

19./I. 1917

Die Annahme der Ententeforderungen durch Griechenland.

Der Wortlaut der griechischen Note.

Wien, 18. Januar.

Die Schweizerische Telegraphen-Information veröffentlicht den Wortlaut der Antwortnote Griechenlands auf das Ultimatum der Entente. Die Note lautet:

Unter Bezugnahme auf die zu verschiedenen Malen den alliierten Regierungen gegebenen Versicherungen, die kürzlich noch durch das an die alliierten Mächte gerichtete Memorandum wiederholt wurden, nimmt die königliche Regierung im Sinne ihrer bisherigen Haltung, die sie beizubehalten entschlossen ist, mit der lebhaftesten Befriedigung von den bestimmten Garantien Kenntnis, die die Mächte Griechenland bezüglich seiner Neutralität, seiner inneren Politik und der Dauer der Blockade gegeben haben.

Von dem Wunsche befeelt, jedes Mißverständnis auszuschließen und in Erwägung ziehend, daß die verlangten ergänzenden Garantien von den alliierten Regierungen als dringend erklärt wurden, um die Orientarmee von aller Unruhe zu befreien, verpflichtet sich die Regierung, neue Truppen- und Materialverschiebungen gemäß den Forderungen der Noten vom 18. und 26. Dezember vorzunehmen.

Im gleichen Sinn akzeptiert die königliche Regierung die Forderungen, die in Nummer 2 der Note vom 18. Dezember niedergelegt sind, sowie die Wiederherstellung der Kontrolle, die von der bezeichneten Note vorgesehen ist und die die verlangten Garantien bezüglich der Sicherheit der alliierten Truppen betreffen.

Die Ausführung dieser Garantien wird einer kommenden Verständigung vorbehalten bleiben, ohne daß hierbei eine Einmischung in die verschiedenen Zweige der Verwaltung und der Verkehrsverhältnisse im Innern des Landes zugelassen wird.

Bezüglich der verlangten Genugtuung erklärt sich die königliche Regierung unter Berufung auf ihr Memorandum vom 23. Dezember zur Satisfaktion bereit. Diese Satisfaktion betrifft die unglücklichen Vorkommnisse zwischen den alliierten Marinetruppen und den griechischen Truppen.

Bezüglich der verlangten Freilassung der in der Note der alliierten Mächte vom 18. Dezember bezeichneten Personen erklärt die königliche Regierung angesichts des Umstandes, daß die Alliierten auf diesem Begehren verharren, daß sie die in dem Memorandum gemachten Einwände fallen läßt und die betreffenden Personen freigelassen werden. Die Einzelheiten bezüglich der Ausführung dieses Versprechens werden unverzüglich festgesetzt werden. Die königliche Regierung vertraut darauf, daß die alliierten Mächte ihrerseits allen Einfluß geltend machen werden, damit jene Personen, die durch das ausführende Komitee gefangengesetzt wurden, freigelassen werden.

Nachdem die Note sich bezüglich des Schadenersatzes aus den Ereignissen vom 1. und 2. Dezember geäußert hat, schließt dieselbe: Die durch das Ultimatum vom 1. Dezember verlangten militärischen Maßnahmen sind bald beendigt. Indem durch die Annahme des zweiten Ultimatus alle Garantien gegeben werden, sind die Bedingungen für die Aufhebung der Blockade schon jetzt als erfüllt zu betrachten.

19. I. 1917

Die Antwortnote der Alliierten an die Schweiz.

Paris, 18. Januar.

Ministerpräsident Briand hat heute den Gesandten der Schweiz, Schwedens, Dänemarks und Norwegens die Antwort der Regierungen der Alliierten auf die Mitteilungen überreicht, die die Schweiz am 22. Dezember 1916 und die skandinavischen Staaten am 29. Dezember 1916 an sie gerichtet hatten, um sich dem Ersuchen des Präsidenten Wilson zugunsten des Friedens anzuschließen. Die Antwort beschränkt sich darauf, an die Antwortnote der Alliierten und Belgiens an Wilson vom 10. Januar l. J. zu erinnern, in der die Gründe auseinandergesetzt sind, aus denen die Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich sei, auf die ihnen ausgesprochenen Wünsche einzugehen.

Die Antwort der Alliierten an die Schweiz hat folgenden Wortlaut:

Die Regierungen der Alliierten haben die Note vom 22. Dezember 1916 erhalten, wodurch die Bundesregierung unter Bezugnahme auf die am 18. Dezember 1916 vom Präsidenten Wilson an die kriegsführenden Mächte gerichtete Note den Wunsch aussprach, daß diese die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu unterstützen, und in ihrem Wunsch, den Frieden wiederhergestellt zu sehen, sich bereit erklärte, an der Annäherung der im Kriege befindlichen Nationen zu arbeiten und die Grundlagen für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu legen.

Die ganze Welt kennt die Bemühungen, denen die Schweiz in hochherziger Weise sich unterzog, um die Leiden der Internierten, Schwerverwundeten und Evakuierten zu erleichtern, denen ohne Unterlaß die hingebendste Sorgfalt gewidmet wurde. Daher sollen die Alliierten den Gefühlen und Absichten, von denen die Mitteilung der Bundesregierung zeugt, ihre Huldigung. Ihre Haltung wurde klar dargelegt in der Antwort, die sie an den Präsidenten Wilson gerichtet haben.

Da die Bundesregierung sich auf den amerikanischen Vorschlag berufen hat, haben die Regierungen der Alliierten die Ehre, ihr beifolgend den Wortlaut ihrer Antwort mitzuteilen. Sie mag in diesem Schriftstück, dem die Note der belgischen Regierung beigelegt ist, die Darlegung der Gründe finden, aus denen die Regierungen der Alliierten glauben, daß es ihnen nicht möglich ist, den Wünschen zu entsprechen, denen die Schweiz sich anschloß.

19. / 7. 1917

9

Neue russische Ministerreise

Wechsel im Kriegsministerium. — Rücktritt des Fürsten Wolkowski.

St. Petersburg, 18. Jänner. General Weljajew, der ehemalige Gehilfe des Kriegsministers und Chef des Generalstabes, wurde zum Kriegsminister ernannt an Stelle des Generals Schuwajew, der zum Reichsratsmitglied ernannt wurde.

Der Rücktritt des Gehilfen des Ministers des Innern, Fürsten Wolkowski, ehemaligen Vizepräsidenten der Duma, ist bewilligt worden.

Der ehemalige Ackerbauminister, Mitglied des Reichsrates Dermalow, ist gestorben.

General Wielajew ist aus der Infanteriewaffe hervorgegangen und war früher Adlatus des Kriegsministers. Im April 1916 trat er vom Amte eines Gehilfen des Kriegsministers zurück, welche Funktionen er durch neun Monate inne gehabt hatte. Er war ein intimer Freund des ehemaligen Kriegsministers Poliwanow, erschien häufig in der Duma, wo er Interpellationen beantwortete. Eine Zeitlang war er später provisorischer Chef des Generalstabes, wurde aber dann definitiv ernannt.

Der bisherige Kriegsminister Schuwajew trat seinen Posten im März 1916 an. Er war der Nachfolger Poliwanows. Ende 1913 wurde Schuwajew, bis dahin Generalintendant und Chef der Hauptintendantur, zum Leiter des Feldintendanturwesens bestellt. Im Jahre 1911 hatte er die Reorganisation des Intendanturwesens durchgeführt. Schuwajew hatte als Hauptpunkt seines Programms die stärkere Heranziehung der Industrie für Armeezwecke formuliert. Er und der Marineminister Grigorowitsch zählten zu den erbittertesten Gegnern Stürmers. Angesichts der Gerüchte von der bevorstehenden Wiederverwendung Stürmers auf einem hohen Posten ist die Tatsache, daß einer seiner Feinde, der an seiner Entlassung wichtigen Anteil besaß, nunmehr selbst gehen muß, entschieden symptomatisch.

Der verabschiedete Gehilfe des Innenministers Fürst Wolkowski — diese Demission ist für die Stellung des Ministers des Innern Protopopow an sich kennzeichnend — ist 1868 in Petersburg geboren. In der vierten Duma war er Vizepräsident, legte aber seine Stelle beim Ausbruch eines Konflikts zwischen der Rechten und Oktobristen nieder. Im August 1915 wurde er Adlatus des Innenministers. Er benützte wiederholt Gelegenheiten, um seine liberale Gesinnung auszudrücken.

Die Meldungen von weiteren Veränderungen im russischen Ministerrate verbieten sich. Danach sollen jetzt der Marineminister Grigorowitsch und der Innenminister Protopopow an die Reihe kommen. Auch von durchgreifenden Veränderungen in den leitenden Militärkreisen spricht man beharrlich.

Die türkische Note an die Neutralen.

Konstantinopel, 19. Jänner.

Die kaiserliche Regierung hat heute den neutralen Staaten eine Note als Erwiderung auf die seitens der Ententemächte auf den Friedensvorschlag des Vierbundes an die Neutralen gerichtete Note übermittelt.

Die Note, deren Wortlaut mit dem der von unseren Verbündeten überreichten Noten fast gleichlautend ist, hebt im Besonderen hervor, daß die Mittelmächte keinen Grund hatten, einen Krieg zu entfesseln, und für die Türkei kein Beweggrund vorhanden war, an einem solchen teilzunehmen, ohne hierzu genötigt zu werden, einfach deshalb, weil keine der genannten Mächte nach Gebiets-erweiterungen auf Kosten des Vierverbandes strebte, was für die Mächte des Vierverbandes nicht gilt. Die Welt kennt die Gelliste Frankreichs auf Syrien und Liban-Loshringen, diejenigen Italiens auf die südwestlichen Provinzen Oesterreichs, jene Russlands auf Konstantinopel, die Meerengen und einen großen Teil Klein-Asiens sowie diejenigen Englands auf Mesopotamien und Arabien. Ebenso kennt man die von diesen Mächten ins Werk gesetzten Intrigen, die das Ziel verfolgen, den natürlichen Aufschwung der Türkei zu verhindern, um eines Tages ihren Aufteilungsplan, und zwar unter Mißachtung des Nationalitätenprinzips, das stets in den Vordergrund stellen, verwirklichen zu können. In Wirklichkeit kümmert sich der Vierverband wenig um dieses Prinzip, sobald es seinen eigenen Interessen nicht entspricht. Die Proklamation des englischen Protektorates über Aegypten, dessen Bevölkerung zu der englischen Rasse gar keine Beziehung hat, die Annexion der Insel Zypern, die in nichts eine Spur englischen Wesens aufweist, die Besetzung Tripolitaniens durch Italien, wo dieses nur ein Eindringling ist, und der schändliche Plan, Rußland Konstantinopel mit dem Maramarabeden, wo die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der türkisch-muselmanischen Rasse angehört, zu weisen zu wollen, all das sind ebenso viele Verletzungen des Nationalitätenprinzips. So wurde die Türkei gezwungen, die Waffen zu ergreifen, wie ihre Verbündeten, zur Verteidigung ihrer Existenz, ihrer Freiheit und ihrer Unabhängigkeit.

Indessen ist die Türkei mit ihren Verbündeten der Ansicht, daß dieses Ziel heute erreicht erscheint. Die feindlichen Mächte hingegen sind in diesem Augenblick von der Verwirklichung ihrer Pläne weiter entfernt als je, und gerade aus diesem Grunde weisen sie mit nervösem Gebahren den offenherzigen Vorschlag zurück und nehmen so in vorgefaßter Absicht die Verantwortung auf sich, das Blutvergießen fortzusetzen. Die Note erinnert an das Schicksal Serbiens, Montenegros und Rumaniens, die von dem Vierverband in den Krieg getrieben wurden, weist auf das von der Entente gegenüber Griechenland befolgte unqualifizierbare Vorgehen hin, durch das Griechenland in den Krieg gestürzt werden sollte, und führt aus, daß das osmanische Reich und seine Verbündeten einen aufrichtigen Versuch unternahmen, um den dem Kriege entstammenden Leiden der Menschheit ein Ende zu setzen, daß jedoch die Gegner diesen Versuch durch ihre völlig grundlose Ablehnung vereitelten und infolgedessen die Verantwortung für die Fortsetzung des Ringens ihnen zur Last fällt.

Die Note schließt mit der Erklärung, daß die vier verbündeten Mächte im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache den Krieg bis zur Erlangung eines die Ehre und Freiheit ihrer Völker wahren und den Nationen einen freien Aufschwung sichernden Friedens fortsetzen werden.

21. I. 1917

Französische Kammer.

Die Interpellation über die Antwortnote vertagt. — Anfragen über die Saloniki-Expedition und die Politik gegen Griechenland.

Paris, 19. Januar.

Die Kammer stellte in Uebereinstimmung mit der Regierung die Besprechung der Interpellation Abel Ferry über die Lage des Expeditionskorps im Orient und der Interpellation Adriani über die Vorgänge in Athen am 1. und 2. Dezember und die Politik der Regierung gegenüber Griechenland auf den 25. Januar fest.

Der sozialistische Deputierte Pressemane wünschte die Regierung über die Antwort der Alliierten an Wilson zu interpellieren.

Ministerpräsident Briand verlangte die Vertagung dieser Interpellation auf unbestimmte Zeit und erklärte: „In Beantwortung des loyalen Ersuchens der großen amerikanischen Nation haben wir den Grund, warum wir kämpfen, und die Sühne (sanctions), die Wiedergutmachungen und die Bürgschaften, welche wir verlangen, freimütig und bestimmt auseinandergesetzt und unsere Kriegsziele genannt. Was können wir mehr sagen? Warum sollen wir in einen Meinungsaustrausch eintreten und Gefahr laufen, die Wirksamkeit des Schriftstückes zu beeinträchtigen, dessen Freimut und Klarheit allen unabhängigen Ländern zum Bewußtsein gekommen ist? (Lebhafter Beifall.)“

Die Kammer vertagte die Interpellation mit 437 gegen 57 Stimmen auf unbestimmte Zeit.

22. I. 1917

16

Stürmer — Leiter der auswärtigen Politik.

An Stelle des beurlaubten Pokrowsky.

R. Mailand, 21. Jänner. „Stampa“ erhält aus Paris eine Bestätigung der Nachricht, daß dem früheren Ministerpräsidenten Stürmer unter dem Titel eines Beirates des für mehrere Monate beurlaubten Ministers Pokrowsky die Leitung der auswärtigen Politik übertragen worden sei.

Auch die italienischen Blätter betrachten die Veränderungen im russischen Ministerium mit großem Mißtrauen und Beunruhigung.

Die Entsendung Sazonows nach London.

R. Bern, 21. Jänner. Der Petersburger Berichtserstatter des „Temps“ meldet, wenn auch die Ernennung Sazonows zum russischen Botschafter in London noch nicht offiziell bekanntgegeben sei, so sei sie doch richtig. Die Wahl sei auf Sazonow gefallen, weil Pokrowsky darauf bestanden habe, daß Sazonow seine diplomatische Tätigkeit wieder aufnehmen. Auch der englische Botschafter in Petersburg habe wiederholt denselben Wunsch in offiziellen Kreisen zum Ausdruck gebracht.

Die Spaltung der Sozialdemokratie.

Berlin, 22. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich im „Vorwärts“ an die Partei mit der Frage, ob die Partei nach dem Kriege in Trümmern liegen solle oder nicht. Die seitgefallene Organisation der deutschen Sozialdemokratie sei alle Zeit von ihren Gegnern als vorbildlich bezeichnet worden. Sie sei stets der Stolz der deutschen Arbeiterschaft gewesen. Niemand zuvor sei die Geschlossenheit der Partei dringlicher geboten gewesen als nach dem Ausbruch und dem Verlaufe des Verteidigungskrieges, den Deutschland seit dreißig Monaten zu führen gezwungen sei. Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führe, sondern gegen eine ungeheure Uebermacht um seine nationale Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpfe, könne von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden. In der Partei müsse die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die rücksichtsloseste Kritik unter allen Umständen sicher gestellt sein. Diesem unantastbaren Rechte gegenüber stehe die Pflicht der Disziplin, der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, der Einheitlichkeit im Handeln.

23. I. 1917

K. K. Bezirksschulrat Wien

Wien, 22. Januar. (A n n u n g e b u n g der deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs zur Friedensfrage.) Bei der am 21. d. abgehaltenen Vertrauensmännertagung der deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs wurde über Antrag der im Kriegsdienste stehenden Parteileitungsmitglieder die folgende Entschloßung einstimmig angenommen:

Die verbündeten Mächte haben mit ihrem Friedensangebot dem tiefen Friedensbedürfnisse der Völker Rechnung getragen. Wer noch über die Gesinnungen und Kriegsziele der feindlichen Mächte im Zweifel war, dem sind diese nun wohl durch die Antwort derselben auf das Friedensangebot in voller Klarheit vor Augen gerückt worden. Die Niederwerfung und Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ist das ausgesprochene Kriegsziel der Feinde. Das bedeutet für uns entehrende Unterjochung, für die breiten Schichten des Volkes Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend. Und noch eines geht aus der Antwortnote der Feinde hervor: daß gleich allen bisherigen verzögerlichen Stimmungen von unserer Seite auch dieses mannhafte Friedensangebot als Beweis fortschreitender Erschöpfung ausgelegt und für die Vernichtungspläne gegen uns verwertet wurde. Angesichts dieser Thaten und Lehren müssen bei uns nunmehr alle bisweilen laut gewordenen Stimmen würdeloser Schwäche gegenüber den Feinden schweigen und alle Volkskräfte müssen mobilisiert werden zur Erlämpfung eines Friedens, der den im Treuen verbündeten Völkern Freiheit und Sicherung nach außen, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit im Innern gewährleistet.

Gleich der Arbeiterchaft des Deutschen Reiches erneuern auch wir in diesen ernsten Stunden das Gelöbnis, treu zu Kaiser und Reich zu stehen und alle unsere Kräfte zu weihen dem Kriegsdienste im Felde und in der bedrohten Heimat. Wir wollen durchhalten, fordern aber die Regierung auf, den breiten Massen das Durchhalten zu erleichtern, indem der gefährlichste innerer Feind, der Ruher jeder Art mit Lebens-

mitteln, bekämpft wird. Wir sind uns aber auch darüber klar, daß es sich nach so vielen Opfern nicht nur um das Durchhalten allein, sondern um den Sieg handeln müsse. Daher heißt unser Losungswort: Nicht nur durchhalten, sondern siegen, denn ein schwächlicher Friede bedeutet Untergang.

Ein Erlass des Zaren an den Fürsten Galizyn.

Reorganisation im Innern. Wohlwollen für die gesetzgebenden Körperschaften. Durchhalten bis zum Endsieg.

Petersburg, 21. Januar.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet:

Kaiser Nikolaus richtete an den Ministerpräsidenten Fürsten Galizyn folgenden Erlass:

Da ich Ihnen den verantwortlichen Posten als Ministerpräsident anvertraut habe, habe ich es für angezeigt, Sie auf die nächstliegenden Fragen aufmerksam zu machen, deren Lösung die Hauptaufgabe der Regierung zu sein hat.

Im gegenwärtigen Augenblick der Wende des großen Krieges richten sich alle Gedanken sämtlicher Russen ohne Unterschied der Nationalitäten und Klassen auf die tapfere, glorreiche Verteidigung des Vaterlandes und erwarten in gewaltiger Spannung die entscheidende Begegnung mit dem Feinde. In vollkommener Uebereinstimmung mit unseren treuen Verbündeten lassen sie den Gedanken an einen Friedensschluß vor dem endgültigen Siege nicht zu. Ich glaube fest, daß das mit Selbstverleugnung die Lasten des Krieges ertragende russische Volk bis zum Schluß seine Pflicht erfüllen wird, ohne vor irgendeinem Opfer Halt zu machen.

Die natürlichen Hilfsquellen unseres Vaterlandes sind unerschöpflich und schließen die Gefahr einer Erschöpfung des Landes aus, die offensichtlich bei unseren Gegnern auftritt. Um so größer ist die Bedeutung, welche die Regelung der unter den gegenwärtigen Bedingungen so wichtigen und verwickelten Fragen der Lebensmittelversorgung gewann. Infolgedessen beauftrage ich vor allem die in Ihrer Person vereinigten Regierung, sowohl für die Versorgung meiner tapferen Armee wie für die Wilderung der unvermeidlichen Verpflegungsschwierigkeiten hinter der Front zu sorgen. Ich zähle darauf, daß die gemeinsame Arbeit der gesamten Regierung auf die Verwirklichung auf breiter Grundlage und die Fortentwicklung der Maßnahmen, die zu diesem Zweck in der jüngsten Zeit ergriffen wurden, gerichtet sein wird. Die Frage der Verpflegung der Armeen und der Bevölkerung erfordert die Uebereinstimmung der Maßnahmen sowohl aller Behörden an der Front wie im Hinterland sowie der durch die Anordnungen des Ministerrates vereinigten verschiedenen Ämter.

Eine andere Frage, der ich vorherrschende Bedeutung beimesse, ist die weitere Verbesserung der Eisenbahn- und Wasserläufe.

Der Ministerrat soll auf diesem Gebiet entscheidende Maßnahmen ausarbeiten, die die vollkommene Nutzbarmachung der Beförderungsmittel sichern, um rechtzeitig die Armeen und das Hinterland infolge des Ineinanderarbeitens aller Amtszweige mit allem Notwendigen versehen zu können.

Indem ich diese nächstliegenden Fragen für die bevorstehende Arbeit hervorhebe, glaube ich gern, daß die Tätigkeit des Ministerrates unter Ihrem Vorsitz die Unterstützung der Reichsduma finden wird, die in dem einmütigen brennenden Wunsche geeint ist, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen.

Ich halte es für die Pflicht aller Personen im Staatsdienst, den gesetzgebenden Körperschaften mit Wohlwollen, Geradheit und Würde gegenüberzutreten.

Bei der bevorstehenden Organisation des wirtschaftlichen Lebens des Landes wird die Regierung die unerfessliche Unterstützung der Semstwoos finden, die durch ihre Arbeit in Friedens- und Kriegzeiten bewiesen haben, daß sie ehrfurchtsvoll die erleuchteten Ueberlieferungen meines Großvaters unvergeßlichen Angebens Kaiser Alexanders II. bewahren.

23. I. 1917

Die Parlamentspräsidenten in Berlin. Eine Rede Dr. Helfferichs.

B. Berlin, 22. Jänner. Der Vertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Helfferich, gab heute zu Ehren der Präsidenten der Parliamente der verbündeten Staaten ein Mahl, zu dem der Reichskanzler, die Staatssekretäre, der Kriegsminister, die diplomatischen Vertreter der verbündeten Staaten, die Vizepräsidenten des Reichstages und andere führende Parlamentarier sowie Beamte der Reichsämtler erschienen waren.

Dr. Helfferich begrüßte die Präsidenten mit einer Ansprache, in der er es als glückliches Vorzeichen erklärte, daß der lange geplante Besuch gerade jetzt verwirklicht werde, da die verbündeten Völker durch Ablehnung des Friedensangebotes seitens der Feinde, welche den Vernichtungskrieg bis aufs Messer erklärt haben, dringender als je zu äußerster Kraftanstrengung und geschlossener Einheit, zu Kampf und Arbeit aufgerufen würden. Wie unsere Völker, sagte der Staatssekretär, die Lage begriffen haben, so müssen auch die Feinde sie begreifen lernen. Diese Zusammenkunft und die herzliche Uebereinstimmung zwischen den Volksvertretern zeigt abermals, wie falsch die Feinde gerechnet haben. Hier gibt es keine Militärkräfte, sondern ein einziges großes Volksheer, das trotz allem durchhalten und siegen wird. Von diesem überall gleichen Geiste unbedingten Vertrauens auf das göttliche Lebensrecht unserer Völker, auf ihre unerschöpfliche Kraft und Opferbereitschaft werden die Präsidenten zu Hause berichten und die Volksvertreter werden mit aller Kraft die gute Sache bis zum Siege führen helfen.

Erwidernng Dr. Schwesters.

Der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Schwesler dankte zunächst im Namen der anwesenden Parlamentspräsidenten der verbündeten Reiche und führte sodann aus: In tiefster Stunde sind die Präsidenten der Volksvertretungen der verbündeten Staaten zusammengetreten, um engen und innigen Austausch ihrer Gefühle und Gedanken zu pflegen. Von Stolz erfüllt sind sie über den Empfang, der ihnen in Berlin zuteil geworden ist. Mit tiefem Danke kehren sie wieder in

die Heimat zurück. Die Friedensbotschaft, die hinausging, ist verflungen, weil die Entente der Ansicht war, daß derjenige, der die Wfufhr erhielt, der Sieger sei. Die Friedensbotschaft, die von dem Gedanken ausging, daß der Stärkere nachgeben solle, war vergeblich. Nun kommt der letzte Gang, der ungemein hart und blutig ausfallen wird. Alle, die wir hier sitzen, sind tief erfüllt von den ungeheuern Mühen und Opfern, die unsere Heldenjöhne an den Fronten für das Vaterland bringen. Wir wollen ihnen Treue um Treue halten, bewundernd auf ihre Heldentaten blickend. Ich ersuche Sie, meine Herren, mit mir anzustoßen auf unsere Heldenjöhne, die sich an der Front für des Vaterlandes Wohl und Wehe opfern. Unsere verbündeten Armeen und ihre bewährten Führer — sie leben hoch!

Reichstagspräsident Dr. Kaempf veranstaltete abends anläßlich der Anwesenheit der Parlamentspräsidenten der verbündeten Staaten einen größeren Empfang.

Stürmers Auferstehung.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —
Wien, 22. Januar.

Die Berufung Stürmers als Berater des russischen Auswärtigen Amtes wird in hiesigen diplomatischen Kreisen auf innerpolitische Rücksichten zurückgeführt. Die Besorgnisse, die in Ententezeitungen, insbesondere in den italienischen, bei diesem Anlasse zum Ausdruck gelangten, erklären sich damit, daß man, als Stürmer noch die Fülle der Macht innehatte, in London, Paris und Rom bei ihm friedensfreundliche Tendenzen annahm. Als er seinen Abschied bekam, wurde dies in der Entente-Pressen herauf gesagt. Und sie gab damals unverhohlen ihre Genugthuung kund darüber, daß es England und dem Reichshaupter Buchanan gelungen sei, den verdächtigen Mann zu entfernen. Aus diesem Grunde sah sich der Zar bemüht, in der Form eines Erlasses an seinen neuen Ministerpräsidenten eine Beschwichtigungsnote an die Verbündeten zu richten und sich neuerlich für die Kriegspolitik zu verpflichten. Das war notwendig, da die Meldungen von einer beabsichtigten Entsendung Sazonows nach London die aufgeregte Entente offenbar noch nicht genügend beruhigt zu haben schienen. Der Erlass spricht gleichzeitig von der Duma und den Semstvos in so respektvollem Tone, daß Uneingeweihte an eine Sinnesänderung des Zaren zu glauben vermöchten, wenn nicht das gewiß unverdächtige Zeugnis der Pariser Presse vorläge, die nicht nur den Gegensatz zwischen Duma und Regierung feststellt, sondern auch von der Parteinahme des Zaren gegen die Duma überzeugt ist.

Über der Erlass ist eben für London und Paris bestimmt, und darum muß der Zar verfassungsfeindlich tun, in seiner tatsächlichen Politik gegenüber seinem Volke und der Duma wird er sich durch die nur für den Auslandskurs bestimmten Beteuerungen schwerlich behindern lassen. Es ist nicht das erstemal, daß russische Staatsmänner, die im Auftrage des Zaren die Duma zu größerer Beiseidenheit zu erziehen trachteten, gleichzeitig vor der Entente als Kriegshelden auftreten, um der in London und Paris so sehr geliebten Dumalinken den Wind aus den Segeln zu nehmen und die Reaktion als ebenso verlässlich und gesinnungstüchtig im Sinne der Londoner und Pariser Kriegspolitik hinzustellen, wie Miljukow und Genossen.

Diesmal hat der Zar persönlich die Aufgabe auf sich genommen, zum Fenster hinauszusprechen, wohl weil diesmal ein besonders starker Sturm des Mißtrauens und des Unwillens aus dem Westen erwartet wird. Ob die Humanité recht behalten wird, die den Regierungen von Frankreich und England die Möglichkeit vor Augen rückt, daß die russische Krise über das Gebiet der inneren Politik hinausgehen könne, ist nicht unsere Sache, in diesem Augenblick zu entscheiden. Das ist vorderhand eine häusliche Angelegenheit der Entente. Wir selbst haben vorläufig damit zu rechnen, daß Rußland vor den Kriegswagen der Entente gespannt bleibt, und die Enthüllungen des Zaren über die Verpflegs- und Transport-

verhältnisse Rußlands berechtigen uns noch mehr, mit dieser Tatsache ohne Bangen zu rechnen.

Der Wortlaut des Erlasses.

Petersburg, 21. Januar.

(P. L. L.) Kaiser Nikolaus richtete an den Ministerpräsidenten Fürsten Galkin folgenden Erlass:

Nachdem ich Ihnen den verantwortlichen Posten als Ministerpräsident anvertraut habe, halte ich es für angezeigt, Sie auf die nächstliegenden Fragen aufmerksam zu machen, deren Lösung die Hauptforge der Regierung zu sein hat.

Im gegenwärtigen Augenblick der Wende des großen Krieges richten sich alle Gedanken sämtlicher Russen ohne Unterschied der Nationalität und Klassen auf die tapfere, glorreiche Verteidigung des Vaterlandes und erwarten in gewaltiger Spannung die entscheidende Begegnung mit dem Feinde. In voller Uebereinstimmung mit unseren treuen Verbündeten lassen sie den Gedanken an einen Friedensschluß vor dem endgültigen Siege nicht zu. Ich glaube fest, daß das mit Selbstverleugnung die Lasten des Krieges ertragende russische Volk bis zum Schlusse seine Pflicht erfüllen wird, ohne vor irgendeinem Opfer Halt zu machen.

Die natürlichen Hilfsquellen unseres Vaterlandes sind unererschöpflich und schließen die Gefahr einer Erschöpfung des Landes aus, die offensichtlich bei unseren Gegnern auftritt. Um so größer ist die Bedeutung, welche die Regelung der unter den gegenwärtigen Bedingungen so wichtigen und verwickelten Fragen der Lebensmittellieferung gewann. Infolgedessen beauftrage ich vor allem die in Ihrer Person vereinigte Regierung, sowohl für die Versorgung meiner tapferen Armee wie für die Milderung der unvermeidlichen Verpflegsschwierigkeiten hinter der Front zu sorgen. Ich zähle darauf, daß die gemeinsame Arbeit der gesamten Regierung auf die Verwirklichung auf breiter Grundlage und die Fortentwicklung der Maßnahmen, die zu diesem Zwecke in der jüngsten Zeit ergriffen wurden, gerichtet sein wird. Die Frage der Verpflegung der Armeen und der Bevölkerung erfordert die Uebereinstimmung der Maßnahmen sowohl aller Behörden an der Front wie im Hinterlande, sowie der durch die Anordnungen des Ministerrats vereinigten verschiedenen Ämter.

Eine andere Frage, der ich vorherrschende Bedeutung beimesse, ist die weitere Verbesserung der Beförderung sowohl durch die Eisenbahn wie auf den Wasserläufen. Der Ministerrat soll auf diesem Gebiete entscheidende Maßnahmen ausarbeiten, die die volle Ruharmachung der Beförderungsmittel sichern, um rechtzeitig die Armeen und das Hinterland infolge des Zueinanderarbeitens aller Amtszweige mit allem Notwendigen versehen zu können.

Indem ich diese nächstliegenden Fragen für die bevorstehende Arbeit hervorhebe, glaube ich gern, daß die Tätigkeit des Ministerrates unter Ihrem Vorsitz die Unterstützung der Reichsduma finden wird, die in dem einmütigen brennenden Wunsche geeint ist, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Ich halte es für die Pflicht aller Personen im Staatsdienste, den gesetzgebenden Körperschaften mit Wohlwollen, Geradheit und Würde gegenüberzutreten. Bei der bevorstehenden Organisation des wirtschaftlichen Lebens des Landes wird die Regierung die unerfährliche Unterstützung der Semstvos finden, die durch ihre Arbeit in Friedens- und Kriegszeiten bewiesen haben, daß sie ehrfürchtvoll die erleuchteten Ueberlieferungen meines Großvaters unvergeßlichen Andenkens, Kaiser Alexanders II., bewahren.

23. / I. 1917

Amerikanische Ideale.

Präsident Wilson hat gestern dem amerikanischen Senat eine Botschaft übermittelt, die die Bedingungen feststellt, die nach Wilsons Ansicht die Voraussetzungen jenes dauerhaften Friedens sind, den alle kriegsführenden Staaten und ebenso auch die neutrale Welt nach Beendigung dieses Krieges anstrebt. Wilson formuliert nicht die Friedensbedingungen in engerem Sinn, die Abgrenzung der Interessen der Kriegsführenden untereinander, die von ihnen selbst vorgenommen werden muß und erst nach Beendigung des Krieges vorgenommen werden kann. Er spricht nur von den Bedingungen eines dauerhaften Friedens, von den Voraussetzungen, unter denen nach seiner Ansicht der künftige Friede zu einem dauernden gemacht werden kann. Die Garantie seiner Dauer kann nicht eine einzelne Macht oder eines der bisher üblichen Bündnisse von Mächten sicherstellen. Solche Bündnisse können ein neues Gleichgewicht der Kräfte bewirken, aber keine Stabilität, keine dauernde Ruhe verbürgen, wofür allerdings die Erfahrung spricht. Dieses Ziel kann nur durch die „organisierte Kraft der Menschheit“ gesichert werden, was nur ein anderer Ausdruck für die Friedensliga der zivilisierten Staaten ist.

Zu einer solchen gehörten natürlich auch die Vereinigten Staaten, und sie sind willens, ihre Kraft diesem Werke zu leihen. Aber welches sind

nun die Voraussetzungen der Teilnahme Amerikas an der Sicherung des künftigen Friedens und, nach amerikanischer Auffassung, die Voraussetzungen eines dauerhaften Friedens überhaupt? Ihre Formulierung bildet das Hauptstück der Wilsonschen Darlegung. Es sind zunächst sechs Punkte, die er später auf drei reduziert. Erstens: Es soll nicht ein Kriegsführender den anderen vernichten, der Frieden soll also nicht auf dem Sieg des einen über den anderen aufgebaut sein. Zweitens: Alle Nationen sollen, ob groß oder klein, ob stark, ob schwach, in der Völkerverfamilie gleiche Rechte genießen. Drittens: Die Regierungen sollen ihre Macht von den Regierten ableiten. Das ist die demokratische Staatsauffassung. Völker sollen nicht von einem Machthaber an den anderen abgetreten werden wie Gegenstände des Privateigentums. Das ist natürlich ein grundlegendes Prinzip von weittragender Wirkung. Wilson leitet daraus die Forderung nach einem einigen, unabhängigen und selbständigen Völkern ab, worin er sich mit den Kriegszielen der Entente berührt, und entwickelt daraus Grundätze der Nationalitätenpolitik, die gleichfalls an die entsprechenden Sätze der Entente erinnern, wenn sie auch behäbiger und interpretierbarer formuliert werden. Das ist der für die kriegsführenden Mächte in Europa kritischste Punkt seiner Schrift. Viertens verlangt er dann für alle großen Völker einen direkten Ausgang zur See, hier wieder an die russische Forderung nach den Dardanellen erinnernd, aber auch hier, ohne sich die schroffe Formel der Entente zueigen zu machen. Fünftens verlangt Wilson die Freiheit der Meere, eine deutliche Forderung, die England einen Verzicht auf seine Seeherrschaft auferlegt. Endlich sechstens die Begrenzung der maritimen und territorialen Rüstungen, was wohl — wir brauchen nur an die berühmten Worte des Reichskanzlers vom 9. November 1916, vom Schrei, der durch die ganze Menschheit gehen wird, zu erinnern — ein Bedürfnis aller Staaten der Welt nach diesem oberbollen Kriege sein wird.

Auf drei Punkte reduziert, lautet Wilsons Programm: Regierung unter Zustimmung der Regierten; Freiheit der Meere; Beschränkungen der Rüstungen. Wilson hat zweifellos Recht, wenn er diese Forderungen „amerikanische Grundätze, amerikanische Richtlinien“ nennt. Sie sind eine förmliche Erklärung der Völkerrechte, die an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und an die dieser nachgefolgte Erklärung der Menschenrechte in der französischen Revolution erinnert — Ideale, die in Amerika längst Wirklichkeit geworden sind. Aber der Krieg spielt zwischen europäischen Mächten, und für Europa sind diese Grundätze, die sich noch lange nicht, wie Wilson meint, die ganze Menschheit angeeignet hat, zum Teil neu und revolutionär, für die Zentralmächte ebenso wie für die Entente, und in der Diskussion, die durch Wilsons Botschaft zweifellos in ganz Europa angeregt werden wird, kann es sich erst zeigen, ob und in welchen Formen etwa diese politischen Ideen von Amerika sich heute auf „unseren Kontinent, den alten,“ übertragen lassen.

23. / I. 1917

Wilson's Friedensgedanken.

„Gern würde ich mich dem Glauben hingeben, daß ich auch im Sinne der stummen Masse der Menschheit spreche, die noch keine Stelle und noch keine Gelegenheit gehabt hat, um ihre wirklichen Gefühle über das Hinsterben und den Ruin zum Ausdruck zu bringen, von dem sie die Menschen und die Stätten heimgesucht sieht, die ihrem Herzen am teuersten sind.“ Dieser Glaube trägt den Präsidenten des Hundertmillionenreiches jenseits des Atlantischen Ozeans nicht, jenes Reiches, in dem sich Blut von dem Blute aller Völker Europas unter dem Banner eines freien Gemeinwesens vermischt hat. Was Präsident Wilson zu den Männern des Senats der Vereinigten Staaten gesprochen hat, ist im Munde eines Staatsoberhauptes neu und urkräftig — besonders, ist eine Botschaft der Zukunft an die unheilvolle Gegenwart, bestimmt, sie zur niemals wiederkehrenden Vergangenheit zu machen. Das Wort Wilsons ist eine so kühne Neuerung, wie jene Tat der Begründung des amerikanischen Freistaates, auf die die Rede anspielt, auf den Staatsvertrag, den die aus der Heimat vertriebenen Pilgrimväter an Bord der „Maiblume“ schlossen: „Wir, die wir willens sind, Gerechtigkeit walten zu lassen, Behörden aufzurichten und ihnen zu gehorchen, errichten einen Staat.“ Aus solchem Anfang ist ein freies Gemeinwesen, ein Bundesstaat mit heute mehr als hundert Millionen Bürgern geworden, eine bewusste Schöpfung zu bewußten Zwecken. So will Wilson, daß aus den Staaten und Völkern der Erde eine Gemeinschaft werde, die jedem ihrer Glieder Frieden und Freiheit verbürgt.

Die Kühnheit dieses Gedankens überrascht immer wieder — aber sie ist ebensowenig eine Utopie als die Vereinigten Staaten von heute, ebensowenig ein Phantom als ihr ungekröntes Oberhaupt Wilson ein bloßer Schein. Wahr aber ist, blutbezeugte Wahrheit, daß der Gedanke Wirklichkeit noch nicht ist.

Wilson spricht vom Frieden dieser Welt zum amerikanischen Senat, zum Oberhaus der Vereinigten Staaten, in dem seit jeher die auswärtige Politik jenes Landes entschieden wird, das den Krieg um Kuba beschloß und die Philippinen annectierte hat. Ein seltsamer Widerspruch besteht da zwischen Sprecher und Hörern, den Hörern, die das kapitalistischste Land der Welt vertreten und von denen vorweg zu vermuten ist, daß sie lieber rechnen als träumen. Diesen Widerspruch gleicht die Wahrscheinlichkeit aus, daß heute der Friede auch für die Welt des Kapitals der rettende Ausweg geworden ist.

Wilson hält sich an die Noten der beiden Kriegsführenden gar nicht, schließt seinen Gedanken kaum mehr an sie an: schon spricht er als die dritte Macht außerhalb ihrer. Von seinen guten Diensten, von Vermittlung ist die Rede nicht mehr — so scheint es auf den ersten Blick. Enttäuschung ist es jedoch nicht. Der Friede zwischen den zwei Parteien ist es nicht so sehr, der ihn angeht. „Der gegenwärtige Krieg muß erst beendet sein... Es macht keinen großen Unterschied, in welcher Weise der Krieg beendet wird... Amerika wird keine Stimme haben bei dem Abschluß des Friedens.“ Aber es wird eine Stimme haben bei der Entscheidung, ob die Friedensbedingungen Dauer haben werden. Der Friede soll — hinterher, wenn er geschlossen ist — erst die Billigung der Menschheit gewinnen. Was den Kriegserfolgen, was dem Begehren der Nationen entspricht, darauf kommt es Wilson so sehr nicht an!

„Denn der Friedensschluß muß auch die Völker der Neuen Welt in sich schließen!“

Man achte auf diese Wendung wohl. Für das, was Wilson vorschwebt, gibt es ein geschichtliches Beispiel: Rußland hatte 1877 die Türkei niedergeworfen und ihr — von Partei zu Partei — im

Vertrag von San Stefano schwere Landverluste und Demütigungen auferlegt, kraft der uralten Rechte des Siegers und Eroberers. Hinterher aber fand Europa, daß dieser Vertragsfriede den höheren Rechten der europäischen Völkergemeinschaft zuwiderlaufe, die Großmächte traten 1878 zum Berliner Kongreß zusammen und setzten die Grenzen zwischen Rußland und der Türkei wie die Rechtsverhältnisse der Balkanvölker eigenherrlich fest. Der Kongreßfriede löste den Vertragsfrieden, der europäische Friede den Frieden inter partes ab!

Wenn der amerikanische Senat diesen Standpunkt Wilsons zu seinem eigenen macht, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die übrigen Völker jenseits des Wassers und die europäischen Neutralen auf diesen Gedanken vereinigen — dann würde den Kriegführenden ein Sieg beinahe zwecklos!

Einen Kooperativfrieden nennt Wilson sein Ziel, einen Frieden, der durch „Zusammenarbeit“ gewonnen und wie durch eine „Genossenschaft“ behauptet wird. Kooperative ist die anglikanische Bezeichnung für Genossenschaft. Durch diese Genossenschaft soll die „organisierte höhere Macht der Menschheit“, eine Macht, die höher ist als jede Macht einzeln und selbst als verbündete Macht mehrerer, aufgerichtet und zum Hüter der Ordnung unter den Völkern gesetzt werden. Sonderbündnisse jedoch sollen ausgeschaltet bleiben. Aufgelöst sollen gelten sowohl Allianz als auch Entente, jeder Staat, ob groß oder klein, unmittelbar dem Weltreich eingeordnet, das der Bürge der Selbstständigkeit aller seiner Glieder ist. Das ist die „Organisation der Welt“.

Der Gedanke der Pilgrimväter! Man spottet nicht über Utopien, denn schon einmal sind sie jenseits des Wassers zur Wahrheit geworden!

Indessen haben wir zunächst zu fragen, was denn der Inhalt dieser Rechtsgemeinschaft sein soll, wie jene ihrer Glieder, die sich heute befrieden, darin bestehen würden. Ein Friede ohne Sieg wird erwartet, somit ein Kompromißfriede, kein Diktat des Siegers. Ein Friede zwischen Gleichen, nicht Unterwerfung und Demütigung. Und er soll kein Glied ausschließen von den Gemeinschaftsrechten, er soll die gemeinsame Teilnahme an einer gemeinsamen Wohltat bringen, also die Erde allen zur gemeinsamen Bewirtschaftung eröffnen. Soweit liegt der Gedanke ganz in der Richtung der Anerbietungen der Mittelmächte. Eine gerechte Lösung der Gebiets- und der Rassenfragen soll bewirkt werden — ein schwieriges Werk, an dem sich oft aus friedlichen Absichten ein Krieg entzündet hat. Keine Verschiedenheit soll im Rechte bestehen zwischen großen und kleinen Nationen und jede Regierung empfangen ihre rechtmäßige Gewalt aus der Zustimmung der Regierten — die Unabhängigkeit Polens wird dabei ausdrücklich erwähnt. Es sind alte Forderungen der europäischen Demokratie, die, so alt sie sind, in den Einzelheiten ihrer Durchführung auch unter Demokraten viel umstritten sind. Sind die Iren noch eine Nation? Sieht Wilson in den Elässern Deutsche oder Franzosen? Schließt er Finnland, Ägypten, Marokko ein? Diese und viele andere gewichtige Fragen bleiben offen.

Ein gesicherter Zugang zum Meere soll Rußland werden, aber nicht notwendig durch Annektionen. Die Neutralisierung des Wegrechtes zur See kann ihn nicht minder verbürgen. Die Freiheit der Meere ist die unerläßliche Bedingung dieses Friedens: ein Hauptziel Deutschlands und die große unblutige Errettung der Vereinigten Staaten, eine Niederlage englischer Träume! Die allgemeine Verkehrsfreiheit zwischen den Völkern soll verbürgt sein und die Einschränkung der Kriegsrüstungen soll den Frieden krönen!

Die Völker haben nun reichen Stoff, den größten Dingen der Welt nachzusinnen, und nicht mehr das vermeintliche Dilemma: „Deutscher oder englischer Friede?“ steht ihnen bloß zur Wahl, sie können auch den dritten Frieden, den amerikanischen, in die Erörterung einbeziehen. Und sie werden das auch tun, die Kriegführenden so gut wie die Neutralen! Und das Wort wird bleiben, sich verinnerlichen und verbreiten bis es Fleisch geworden.

Entente-Konferenz in Petersburg.

S. Petersburg, 29. Jänner. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Demnächst wird hier eine Konferenz der Alliierten stattfinden. Die Regierungen werden hierbei durch ihre Botschafter und besondere Abgesandte vertreten sein.

Die Konferenz ist dazu bestimmt, die bisher in anderen Hauptstädten abgehaltenen Zusammenkünfte fortzusetzen mit dem Zwecke, durch Uebereinkommen die kräftigsten Mittel zur Fortsetzung des Krieges festzustellen und die Ausnützung aller den Alliierten zur Verfügung stehenden Hilfsmittel in wirksamster Weise zu regeln.

S. Petersburg, 29. Jänner. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Zur Teilnahme an der Konferenz der Alliierten sind eingetroffen:

- für Frankreich Kolonienminister Doumergue und General de Castelnau,
- für England Minister Lord Milner, bevollmächtigter Minister Lord Revelstoke und General Wilson,
- für Italien Minister Scialoja und General Ruggeri Laderoni.

Die Kriegspolitik Japans.**Erklärungen des Ministers des Aeußern
Motono.**

Wien, 30. Januar.

Die Agence Havas meldet aus Tokio:

In der Rede, die der Minister des Aeußern Baron Motono am 23. d. im Abgeordnetenhaus hielt, drückte er die Ueberzeugung aus, daß die zivilisierte Welt den Diensten Gerechtigkeit widerfahren lassen werde, die Japan in der Sache der Menschheit geleistet habe, indem es Deutschland den Krieg erklärte und sich der Londoner Deklaration vom 5. Dezember 1915 anschloß, um seine besonderen Interessen, diejenigen der Alliierten und die großen Interessen der ganzen Menschheit, zu verteidigen. „Vor allem,“ sagte er, „ist der Sieg der Alliierten nötig. Japan war von Anfang an gezwungen, die Sphäre seiner militärischen Aktionen zu beschränken. Wir taten alles, um das Unrige zu dem endgültigen Siege der Ententemächte beizutragen. Wir schlossen uns auch den Resolutionen der Pariser Wirtschaftskonferenz an sowie den Antworten, die von Frankreich im Namen der Alliierten auf die deutsche und amerikanische Note vorgeschlagen worden waren. Ebenso stimmten wir den Bedingungen zu, von denen angenommen wird, daß sie dem Feinde in einem Frieden unbedingt auferlegt werden müssen. Die Unterlassung einer jeden Kappitlung auf die künftige Verfügung über die deutschen Kolonien, welche Verfügung von den Alliierten für den Augenblick der Friedensverhandlungen vorbehalten wurde, hatte in unserer Zustimmungserklärung an die französische Regierung die zum Schutze unserer Rechte erforderlichen Maßnahmen zur Folge. Es besteht in dieser Hinsicht zwischen allen unseren Verbündeten, das allerberriedigendste Einvernehmen.“

Baron Motono äußerte dann seine aufrichtige Dankbarkeit für die ungeheuerliche Arbeit der Alliierten und seine tiefe Bewunderung für ihre tapferen Armeen. Der Krieg habe die unerschütterliche Solidarität und die unteilbaren Segnungen des Bündnisses mit England und des neuen russisch-japanischen Abkommens erwiesen. Die Beziehungen Japans mit den neutralen Mächten seien herzlichster Natur. Die Neutralen hätten sämtlich die unschätzbaren Dienste anerkannt, die die japanische Marine ihrem Außenhandel geleistet habe. Die Wolken, die zwischen dem amerikanischen Volke und Japan aufgetreten, seien dank dem guten Willen beider Regierungen im allgemeinen wieder zerstreut. Auch in den schwierigsten Fragen, die offen und freimütig mit dem guten Willen erörtert werden, sie in Güte zu lösen, finde man Mittel und Weg zur Verständigung. Die beiden Regierungen hätten diesen Weg zur großen Genugtuung der beiden Länder befolgt. So sei es möglich gewesen, daß amerikanische Kapitalisten Verträge für eine gemeinsame Aktion in den Finanzangelegenheiten Chinas abschlossen.

Der Minister stellte sodann fest, daß durch die letzten Ereignisse in China eine unerfreuliche Atmosphäre geschaffen werde. Ein solcher Zustand müsse ganz verschwinden. Japan wünsche aufrichtig, daß China sich auf dem Wege der Zivilisation fortentwickle. Der Minister gab sodann eine lange Darstellung der Lage und Parteiverhältnisse in China, befundete den Wunsch, mit China die herzlichsten Beziehungen zu unterhalten, und betonte die Notwendigkeit der schrittweisen Durchführung von Reformen in China. Des weiteren führte Motono das Verhältnis Japans in der Südmandschurei und in der inneren Mongolei an. Indem China die Rechte und Interessen Japans achtet, werde es einer internationalen Pflicht genügen und auf ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Ländern hinarbeiten. Japan werde unter Wahrung seiner eigenen Interessen diejenigen der anderen in China achten und sich durchwegs bestreben, seine Interessen mit denjenigen der anderen in Einklang bringen. Mit etwas gutem Willen werde man übrigens zum Wohle Chinas und aller übrigen Mächte zu einem endgültigen Uebereinkommen gelangen können.

**Die Pariser Presse über die Rede des
japanischen Ministers Motono.**

Gené, 29. Januar.

Zur Rede Motonos bemerkt „Petit Journal“, es sei ein Fehler der Londoner Regierung, daß Japan nur in beschränktem Maße an den Ententezielen in Europa sich beteilige.

„Journal des Débats“ und „Petit Parisien“ hören aus Motonos Erklärungen heraus, daß Japan sich dagegen auflehne, bei den Friedensverhandlungen Mandschauen als Austauschobjekt behandelt zu wissen.

1. II. 1917

Graf Czernin über unsere Friedensbedingungen.

Ein Interview.

Wien, 31. Januar.

Minister des Aeußern Graf Czernin gewährte heute dem Wiener Vertreter der Associated Press of America, Mr. Schreiner, ein Interview, in dessen Verlauf sich der Minister äußerte wie folgt:

„Es ist mir unbegreiflich, wie amerikanische Blätter behaupten können, unsere Feinde hätten in ihrer Antwort an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ihre Friedensbedingungen genannt, während die Mittelmächte dies unterlassen hätten. Tatsächlich haben wir, wie sich jedermann aus dem veröffentlichten Text unserer Noten überzeugen kann, unsere Friedensbedingungen ebenso in allgemeinen Grundzügen angedeutet, wie dies unsere Feinde bezüglich der ihren getan haben.“

Verdichten wir den Inhalt der Erklärungen unserer Feinde, so lassen sich ihre klaren Friedensbedingungen kurz dahin zusammenfassen, daß sie Deutschland territorial amputieren, innerpolitisch seiner freien Selbstbestimmung berauben, Oesterreich-Ungarn zersplittern, Bulgarien vermindern und die Türkei gänzlich vernichten wollen. Wir dagegen haben erklärt, daß wir keinen Eroberungskrieg, sondern einen Verteidigungskrieg führen, setzen also klar und deutlich den offensiven Kriegszielen der Entente unsere defensiven entgegen. Indem wir erklärten, daß unser Krieg ein Verteidigungskrieg sei, daß wir nichts anstreben, als die Sicherung unserer Existenz und unserer freien Entwicklung, haben wir unsere Kriegsziele zum mindesten ebenso klar definiert wie unsere Gegner die ihren.

Welche Bedingungen die gemäßigteren, klügeren sind, die die Zukunft Europas und der Zivilisation sowie einen dauernden Frieden mehr sichern, die untrigen oder die unserer Feinde, welche Bedingungen eine künftige Versöhnung möglich erscheinen lassen, und nicht ewigen Haß und Unfrieden bedeuten, das glaube ich ruhig dem unparteiischen Urteil solcher Neutralen überlassen zu können, denen das Wohl der gesamten Menschheit wirklich am Herzen liegt und die sich nicht von einer Vorliebe für den einen oder den anderen Teil leiten lassen.

Es liegt uns sehr viel an dem Urteil des großen amerikanischen Volkes. Alles, was wir von Ihren Landsleuten wünschen möchten, ist, daß sie die großen Menschheitsfragen, um die es sich handelt, mit jenem Ernst und jener pflichtgemäßen Unbefangenheit prüfen, die eine amerikanische Jury auszuzeichnen pflegen. Unser Friedensangebot war loyal, ehrlich und redlich gemeint, keineswegs eine Falle oder ein Mandöver, wie unsere Feinde behaupten. Daß es abgelehnt wurde, bedauern wir, und wir zögern nicht, dies offen zu bekennen, selbst auf die Gefahr hin, daß uns dies Bedauern, wie schon so oft, als Schwäche ausgelegt werde.

Unsere Feinde haben seit Anfang des Krieges schon so viel Falsches von uns — speziell gilt dies von Oesterreich-Ungarn — behauptet und prophezeit, das dann durch die Tatsachen widerlegt wurde, daß sie wirklich schon gegen ihr eigenes Urteil etwas mißtrauisch geworden sein könnten.

Wie dem auch sei, angesichts der Haltung unserer Feinde, die die Verechtigung unserer in Jahrhunderten gewordenen Existenz einfach leugnen, weil sie ihnen in ihre egoistischen Theorien nicht hineinpaßt, bleibt uns nichts anderes übrig — das wird jeder billig Denkende zugeben müssen — als uns auf das äußerste zu wehren; die Zukunft wird beweisen, daß wir die Kraft besitzen, dies mit Erfolg zu tun. Unsere Feinde wollen keinen Vermittlungsfrieden. Wenn sie uns zwingen, das Blutvergießen fortzusetzen, so haben sie sich das selbst anzuschreiben, und wir hoffen ernstlich, daß man dies in Amerika einsehen und danach unsere Entschlüsse beurteilen wird. Die Zukunft wird lehren, daß die Verwirklichung des von der Entente angekündigten Planes, uns zu vernichten, unmöglich ist; sobald sich diese Ueberzeugung auch bei unseren Feinden Bahn bricht, wird der große und schöne Augenblick gekommen sein, in dem der Friedensgedanke reale Gestalt annimmt. Dann werden wir mit der edlen Friedensarbeit beginnen, eine Welt zu schaffen, die uns wie allen anderen Staaten eine freie, gesicherte Entwicklung ermöglicht und eine Wiederkehr eines Weltkrieges verhindert.“

Die deutschen Kolonien.

England will sie nicht zurückgeben.

London, 31. Jänner. In einer in Westminster gehaltenen Rede erklärte Kolonialminister Long, keine der eroberten deutschen Kolonien werde jemals der deutschen Herrschaft zurückgegeben werden.

1. II. 1917

Cecil über die Blockade.

Die Rechte der Kriegführenden und der Neutralen.
2 Zürich, 1. Februar. (Priv.-Tel.)

Lord Robert Cecil gewährte in seiner Eigenschaft als Blockademinister einem Vertreter des Daily Telegraph ein Interview, in dem er nach der Neuen Zürcher Zeitung sagte:

Um die Probleme der Blockade näher zu formulieren, würde ich sagen, es handle sich darum, die unbestreitbaren Rechte der Kriegführenden, die Verproviantierung des Feindes zu hindern, mit den nicht weniger offensichtlichen Rechten der Deutschland benachbarten neutralen Länder zu versöhnen, alle erforderlichen Lebensmittel, die man in guten Treuen verwendet, sich zu verschaffen. In bezug auf das erste dieser Rechte ist kein Irrtum noch eine Verwechslung möglich. Wir haben das absolute Recht, unsere militärische Macht zur Unterbrechung derjenigen Verbindungswege zu benutzen, auf denen der Feind sich verproviantiert. Wir müssen dieses Recht bis zum Äußersten gebrauchen. Weder der Feind noch irgendeine andere Nation kann uns in dieser Beziehung eine Beschwerde vorbringen, die auf das Völkerrecht oder die Menschenrechte gegründet ist. Tatsächlich haben die Deutschen selbst versucht, die Nahrungsmittelversorgung der britischen Inseln abzuschneiden, und dies ist ihnen nur infolge ihrer Unfähigkeit, den Plan auszuführen, misslungen. (1) Im Jahre 1870 waren sie ebenso entschlossen, Paris zu blockieren und auszuhungern, und gebrauchten ihre Macht ohne allen Vorbehalt und ohne Barmherzigkeit.

Welches ist jedoch unsere Haltung gegenüber dem Recht der Neutralen? Wir beklagen uns darüber, daß die an Deutschland angrenzenden Länder bei ihrer Einfuhr nicht genügend zurückhaltend waren in der Versorgung ihres Landes mit den Lebensmitteln, die ihren wirklich nationalen Bedürfnissen entsprachen. Wir sind durchaus geneigt, ihnen die Einfuhr der Lebensmittel, die sie brauchen, zu erleichtern, und wir erleichtern sie tatsächlich. Die Wirkung dieser Politik ist aus den Berichten ersichtlich, die wir aus neutralen Quellen schöpfen und die von den täglich wachsenden Bedürfnissen Deutschlands sprechen. Wenn ein Land darauf angewiesen ist, in seinen Haushaltungen alles was aus Kupfer besteht, zu beschlagnahmen für alle möglichen Nahrungsmittel künstlichen Ertrags zu schaffen, Karten für Lebensmittel und Kleider einzuführen, wie kann man da von einem Fehlschlagen der Blockade reden? Die geringe Einfuhr, die aus neutralen Ländern noch nach Deutschland gelangte, ist ein weiterer Beweis für die Wirksamkeit der Blockade.

Deutsche Note an Amerika.

Die Antwort auf Wilsons Botschaft.

Berlin, 31. Januar.

Dem hiesigen Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika, Botschafter James W. Gerard, ist heute die folgende Note übermittelt worden:

„Berlin, den 31. Januar 1917.

Eure Excellenz haben die Güte gehabt, mir unter dem 22. d. von der Botschaft Mitteilung zu machen, die der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am gleichen Tage an den amerikanischen Senat gerichtet hat. Die kaiserliche Regierung hat von dem Inhalt der Botschaft mit der ernststen Aufmerksamkeit Kenntnis genommen, die den von höherem Verantwortlichkeitsgefühl getragenen Darlegungen des Herrn Präsidenten zukommt. Es gereicht ihr zu großer Genugtuung, festzustellen, daß die Richtlinien dieser bedeutsamen Kundgebung in weitem Umfang mit den Grundsätzen und Wünschen übereinstimmen, zu denen sich Deutschland bekennt.

Sie zu gehört an erster Stelle das Recht der Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Nationen. In Anerkennung dieses Prinzips würde Deutschland es aufrichtig bedauern, wenn Völker wie Irland und Indien, die sich der Segnungen staatlicher Unabhängigkeit nicht erfreuen, nunmehr ihre Freiheit erlangen. Bündnisse, die die Völker in den Wettbewerb um die Macht hineintreiben und in ein Netz eigenwilliger Intrigen verstricken, lehnt auch das deutsche Volk ab. Dagegen ist seine freudige Mitarbeit allen Bemühungen gesichert, die auf die Verhinderung künstlicher Kriege abzielen. Die Freiheit der Meere als Vorbedingung für den freien Verkehr und den

friedlichen Verkehr der Völker hat ebenso wie die offene Tür für den Handel aller Nationen stets zu den leitenden Grundsätzen der deutschen Politik gehört.

Um so tiefer beklagt es die kaiserliche Regierung, daß das friedensfeindliche Verhalten ihrer Gegner es der Welt unmöglich macht, schon jetzt die Verwirklichung dieser erhabenen Ziele in Angriff zu nehmen. Deutschland und seine Verbündeten waren bereit, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, und hatten als Grundlage die Sicherung des Daseins, der Ehre und der Entwicklungsfreiheit ihrer Völker bezeichnet. Ihre Pläne waren, wie sie in der Note vom 12. Dezember 1916 ausdrücklich betonten, nicht auf die Verschmutterung oder Vernichtung der Gegner gerichtet und nach ihrer Ueberzeugung mit den Rechten der anderen Nationen wohl vereinbar.

Keine Annexionsabsichten gegen Belgien.

Was insbesondere Belgien anlangt, das den Gegenstand warmer Sympathien in den Vereinigten Staaten bildet, so hatte der Reichskanzler wenige Wochen zuvor erklärt, daß eine Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absichten gelegen habe. Deutschland wollte in dem mit Belgien zu schließenden Frieden lediglich Vor Sorge dafür treffen, daß dieses Land, mit dem die kaiserliche Regierung in guten nachbarlichen Verhältnissen zu leben wünscht, von den Gegnern nicht zur Förderung feindlicher Anschläge ausgenutzt werden kann. Solche Vor Sorge ist um so dringender geworden, als die feindlichen Machthaber in wiederholten Reden und namentlich in den Beschlüssen der Pariser Wirtschaftskonferenz unverhüllt die Absicht ausgesprochen haben, Deutschland auch nach Wiederherstellung des Friedens nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, vielmehr systematisch weiter zu bekämpfen.

An der Eroberungssucht der Gegner, die den Frieden diktiert wollen, ist der Friedensversuch der vier Verbündeten gescheitert. Unter dem Aushängeschild des Nationalitätenprinzips haben sie als Kriegsziel enthüllt, Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien zu zerstücken und zu entehren. Dem Versöhnungswunsch stellen sie ihren Vernichtungswillen entgegen. Sie wollen den Kampf bis aufs Äußerste. So ist eine neue Sachlage entstanden, die auch Deutschland zu neuen Entschlüssen zwingt.

Die Verschärfung des U-Bootkrieges.

Seit zweiundeinhalb Jahren mißbraucht England seine Flottenmacht zu dem frevelhaften Versuch, Deutschland durch Hunger zur Unterwerfung zu zwingen. In brutaler Mißachtung des Völkerrechtes unterbindet die von England geführte Mächtegruppe nicht nur den legitimen Handel ihrer Gegner, durch rücksichtslosen Druck nötigt sie auch die neutralen Staaten, jeden ihr nicht genehmen Handelsverkehr aufzugeben oder den Handel nach ihren willkürlichen Vorschriften einzuschränken. Das amerikanische Volk kennt die Bemühungen, die unternommen worden sind, um England und seine Bundesgenossen zur Rückkehr zum Völkerrecht und zur Achtung vor dem Gesetz der Freiheit der Meere zu bewegen. Die englische Regierung verharret bei ihrem Aushungerungskrieg, der zwar die Wehrkraft des Gegners nicht trifft, aber Frauen und Kinder, Kranke und Greise zwingt, um ihres Vaterlandes willen schmerzliche, die Volkskraft gefährdende Entbehrungen zu erdulden. So häuft britische Herrschaftsucht kalten Herzens die Leiden der Welt unbekümmert um jedes Gebot der Menschlichkeit, unbekümmert um die Proteste der schwer geschädigten Neutralen, unbekümmert selbst um die stumme Friedenssehnsucht bei den Völkern der eigenen Bundesgenossen. Jeder Tag, den das fürchtbare Ringen andauert, bringt neue Verwüstungen, neue Not und neuen Tod. Jeder Tag, um den der Krieg abgekürzt wird, erhält auf beiden Seiten Tausenden tapferer Kämpfer das Leben und ist eine Wohltat für die gereinigte Menschheit.

Die kaiserliche Regierung würde es vor ihrem

eigenen Gewissen, vor dem deutschen Volk und vor der Geschichte nicht verantworten können, wenn sie irgendein Mittel unverkühlt ließe, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Mit dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte sie gehofft dieses Ziel durch Verhandlungen zu erreichen. Nachdem der Versuch zur Verständigung von den Gegnern mit verschärfter Kampfanzeige beantwortet worden ist, muß die kaiserliche Regierung, wenn sie in höherem Sinne der Menschheit dienen und sich an den eigenen Volksgenossen nicht versündigen will, den ihr von neuem aufgedrungenen Kampf ums Dasein nunmehr unter vollem Einsatz aller Waffen fortführen. Sie muß daher auch die Beschränkungen fallen lassen, die sie sich bisher in der Verwendung ihrer Kampfmittel zur See auferlegt hat.

Im Vertrauen darauf, daß das amerikanische Volk und seine Regierung sich den Gründen dieses Entschlusses und seiner Notwendigkeit nicht verschließen werden, hofft die kaiserliche Regierung, daß die Vereinigten Staaten die neue Sachlage von der hohen Warte der Unparteilichkeit würdigen und auch an ihrem Teil mithelfen werden, weiteres Elend und vermeidbare Opfer an Menschenleben zu verhüten.

Indem ich wegen der Einzelheiten der geplanten Kriegsmahnahmen zur See auf die anliegende Denkschrift Bezug nehmen darf, darf ich gleichzeitig der Erwartung Ausdruck geben, daß die amerikanische Regierung amerikanische Schiffe vor dem Einlaufen in die in der Anlage beschriebenen Sperrgebiete und ihre Staatsangehörigen davor warnen wird, den mit Häfen der Sperrgebiete verkehrenden Schiffen Passagiere oder Waren anzuvertrauen.

Ich benütze diesen Anlaß, um Eurer Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Gen.: Rimmermann."

Die Denkschrift.

Der gestattete Verkehr zwischen England und Amerika.

Die in der Note erwähnte Denkschrift erklärt zunächst:

„Vom 1. Februar 1917 ab wird in den nachstehend bezeichneten Sperrgebieten um Großbritannien, Frankreich und Italien herum und im östlichen Mittelmeer jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden.“

Die Denkschrift grenzt sodann die Sperrgebiete in gleicher Weise ab, wie dies in unserer Note an die Neutralen geschehen ist, und fährt sodann fort:

„Neutrale Schiffe, die Sperrgebiet befahren, tun dies auf eigene Gefahr.“

Wenn auch Vorsorge getroffen ist, daß neutrale Schiffe, die am 1. Februar auf der Fahrt nach Häfen der Sperrgebiete sind, während einer angemessenen Frist geschont werden, so ist doch dringend anzuraten, daß sie mit allen verfügbaren Mitteln gewarnt und umgeleitet werden.

Neutrale Schiffe, die in Häfen der Sperrgebiete liegen, können mit gleicher Sicherheit die Sperrgebiete nach verlassen, wenn sie vor dem 5. Februar auslaufen und den kürzesten Weg in freies Gebiet nehmen.

Der Verkehr der realemäßigen amerikanischen Passagierdampfer kann unbehelligt weitergehen, wenn

a) Falmouth als Zielhafen genommen wird;

b) auf dem Hin- und Rückweg die Seilins sowie ein Punkt 50 Grad Nord, 20 Grad West angesteuert wird; auf diesem Wege werden keine deutschen Minen gelegt werden;

c) die Dampfer folgende besondere, in den amerikanischen Häfen ihnen allein gestattete Abzeichen führen: Anstrich des Schiffsrumpfes und der Aufbauten, drei Meter breite Vertikalstreifen, abwechselnd weiß und rot; in jedem Mast eine große weiß und rot karierte Flaage, am Heck die amerikanische National-

flagge; bei Dunkelheit müssen Nationalflagge und Anstrich der Schiffe nach Möglichkeit von weitem gut erkennbar und die Schiffe durchweg hell erleuchtet sein;

d) ein Dampfer wöchentlich in jeder Richtung geht, dessen Ankunft in Falmouth Sonntags und Abfahrt aus Falmouth Mittwochs erfolgt;

e) Garantie der amerikanischen Regierung gegeben wird, daß diese Dampfer keine Bannware (nach deutschen Bannwarelisten) mit sich führen.

Karten, in denen die Sperrgebiete eingezeichnet sind, sind in je zwei Exemplaren beigelegt.

Den Regierungen der anderen neutralen Staaten sind entsprechende Notizen übermittelt worden.

Das Verhängnis nimmt seinen Lauf!

Den Fluch des Bösen nennt es der Dichter, daß es das Böse fortzeugt. Mit grauser Folgerichtigkeit verlängert und verschärft sich der Krieg und während von England und Frankreich gemeldet wird, daß die ganze industrielle Macht dieser Länder zur Erzeugung von Kriegsgerät mit unerhörter, unüberbietbarer und unwiderstehlicher Vernichtungskraft aufgeboten wird, verkünden die Mittelmächte, daß sie den letzten und äußersten Entschluß im Kriege zur See gefaßt haben, den Entschluß zum warnungs- und schonungslosen Unterseebootskampf!

Mit verdoppeltem Schmerz erinnert sich der Menschenfreund an diesem Tage — der 1. Februar ist der Stichtag dieser anderen Kriegsmethode zur See — der Versuche und Erwartungen, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen und der Menschheit dieses Neufenster zu ersparen. Mit heißen Hoffnungen wurden die ersten Friedensangebote der Zentralmächte und die ersten Vermittlungsversuche Wilsons begrüßt und mit leidenschaftlicher Zuversicht wurde der Fortgang des Notenwechsels begleitet. Alle jene, die an die Macht der Vernunft, an die geheiligten Gebote der Menschlichkeit, an die Notwendigkeiten der Erhaltung des Wirtschaftslebens glauben, alle, die über Eigennutz und Ehrliche der Einzelstaaten das große Gemeinschaftsinteresse der Welt und Europas stellen, haben den Mut gehabt zu hoffen. Auch wir haben gehofft und niemals werden wir uns schämen, abermals enttäuscht worden zu sein. Besser, in dem Glauben an die bessere Natur der Menschen und Völker getäuscht zu sein, als an ihr mit kalter Resignation zu verzweifeln. Der Bann der Kriegsnot mag unsere Arme zwingen und zwingt uns die Abwehr auf; über unsere Herzen aber und über unsere Gehirne soll er keine Gewalt haben. Späte Geschlechter werden es noch bezeugen, um wie vieles besser es den Völkern Europas gewesen wäre, wenn die dargebotene Hand Wilsons ergrißen worden wäre.

Selbst im äußersten Ungemach gibt es ein Maß. Es gibt eine Grenze, wo das fressende Uebel, herzhaft angefaßt und beseitigt, überwunden und Wiederherstellung gefunden werden kann. Vielleicht war diese Grenze noch nicht überschritten! Gewaltig waren wohl die Zerstörungen der Güter, die Vernichtungen an Volkskraft, die Vermüstungen im Seelenleben der Völker; aber Menschenfleiß und die Kraft der europäischen Rasse und der besänftigende Einfluß alter Kultur und jungen Leides hätten doch vermutlich in nicht allzuferner Zeit das Niedergerissene wieder aufgebaut. Starke Arme, geschulte Hände und reger Forschergeist sind die Tugenden dieses alten Erdteils, sie haben hundertmal nach großen Völkerkatastrophen Wunder gewirkt und Europa rasch wieder zum blühendsten, reichsten und mächtigsten Ländergebiet der Welt gemacht. Vielleicht war das noch möglich um die letzte Weihnachtswochen, als die Botschaft des Friedens durch die Welt ging — vielleicht wird es später doch nicht ausgeschlossen sein. Aber die graue Verbohrtheit, der Wahnsinn, der zur Methode geworden ist, die Folgerichtigkeit des Übels hat es nicht anders gewollt, als daß der Kelch bis zur Reife geleert wird. Die Staatsmänner der Entente wollen den Krieg bis zur Erschöpfung — sie glauben freilich nur an die Erschöpfung der anderen und verhehlen sich selbst offensichtlich, daß sie selbst im Falle eines entscheidenden Sieges, an den unserer festen Ueberzeugung nach gar nicht zu denken ist, nichts ernten würden als die erbarmungswürdige Erschöpfung ihrer eigenen Länder. England zumal steht ganz unter den Zwangsvorstellungen seiner Ueberlieferungen aus der Napoleonischen Zeit: Damals habe man mehr als zwei Jahrzehnte durchgehalten und die Herrschaft über alle Meere, der wunderbare Aufstieg Großbritanniens sei der Lohn dieser Ausdauer gewesen. Welch ein Trugschluß von der Bergangenheit auf die Gegenwart! Jene fünfundsiebenzigjährige Kriegsepoche hat den Zaren Alexander nach Paris geführt und Rußland auf ein Jahrhundert zum Schiedsrichter Europas gemacht. Das war damals der gewinnende Dritte, und durch manches Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts hat England vor der neuen Weltmacht im Osten gezittert. Rußland freilich ist heute selbst Partei, dafür aber erhebt sich

in unbestimmter Größe und als geheimnisvolle Zukunftsmacht heute die Neue und die Ur- alte Welt, Amerika und Ostasien. Und Goethes Wort, daß es Amerika besser habe als der alte Kontinent, weil es keine Schlösser und keine Basalte habe, das wird nun in anderem und weiterem Sinne zur Wahrheit. Während Europa durch Eisenhagel verwüstet und mit den Leichen seiner Jungmannschaft übersät ist, ist der jungfräuliche Boden des Westkontinents buchstäblich mit Gold gedüngt worden. Amerikas Ackergrund ist nicht kulturermüdet, seine Erzlager und Kohlenflöze sind kaum angebrochen, seine Völker tragen keinerlei überlieferte Fesseln und seine Staaten haben heute bei niedrigen Steuern geringe Schuldenlasten. Die überlebensgroße Erzstatue der Freiheit am Eingang des Hafens von New-York ist während des Krieges jählings in die vielfache Höhe emporgewachsen und überschattet von nun ab den Atlantischen und den Stillen Ozean. Hundertundzwei Millionen Menschen zählt die Union und ihr kraftstrotzender Boden faßt das Doppelte. Unermeßliche Räume, groß genug, um mehrere Staatswesen unseres festländischen Stils zu umfassen, durchfliegt die Silzugmaschine ungehemmt und ungehemmt steigt dort das Talent vom Pfluge und von der Werkstatt bis zu jeder ihm erschlossenen Höhe auf, nach dem Vorbild Abraham Lincolns, des Schneidergesellen, der Präsident wurde. Diese unbegrenzten Möglichkeiten des Raumes, Stoffes und Geistes hätten Europa bei Besinnung erhalten müssen, Europa und vor allem England! Washington, ein Farmer jenes Westens, hat dem britischen Weltreich den ersten großen Schmerz getan — trotz aller Sprach- und Blutsgeheimnisse; ein anderer, späterer Washington wird ihm dereinst den letzten tun. England hat es so gewollt, denn England vor allem betrieb die Fortsetzung des Krieges.

Die Vereinigten Staaten sind in Dinkunft Eng-

land in den Werken des Friedens über. Im fernen Osten aber ist durch den Krieg ein Staatswesen emporgediehen, das von der ersten Stunde seines Eintritts in die Zivilisation unter dem Zeichen des Krieges stand, das Inselreich Japan. Es kann sich rühmen, zweier Feinde gleichgelehriger Schüler zu sein. Denn es hat von Deutschland den Landkrieg, von England den Seekrieg gelernt, und alle seine Ueberlieferungen weisen und treiben es auf den Weg der Eroberung. Und schon heute steht hinter der Partei des Landes, die den Krieg im Bunde mit England führt, die zweite Partei, die den Krieg gegen England will. Das Inselreich Japans aber ist eine uneinnehmbare Seefeste, weit mehr als England. Obschon es vermessen wäre, heute die letzte und kleinste Wendung dieses Krieges in Europa vorauszusagen, seinen Ausgang in Asien kennen wir genau: England und Frankreich zusammen werden über den Schiffspark für die Truppenmassen nicht verfügen, die sie benötigen würden, ihre Vorherrschaft in Ost- und Südasien gegen Japan zu behaupten, und Rußland wird mit den Invaliden dieses Krieges im Amurgebiet weniger vermögen als vor einem Jahrzehnt mit seinem unverbrauchten Heer in der Mandschurei. So ist denn eines gewiß: Wenn immer man als „Gewinner“ des Krieges annimmt, sicher hat Europa verloren.

Niemand hat zu zweifeln gewagt, daß Wilson redlich den Frieden betrieben hat, niemand bestreitet, daß seine Botschaft Erfolg gehabt hätte, wenn das Verhandlungsangebot der Mittelmächte ergriffen und festgehalten worden wäre — ein Kompromißfrieden lag im Bereich der Möglichkeit. Das brennende Haus nicht zu löschen, sondern mit vollem Bewußtsein bis zu den Fundamenten niederbrennen zu lassen, das ist ein Verbrechen. Und Schmerzlicheres ist nicht zu denken, als daß keine Handhabe zum Zugriff, nicht Hafen und nicht Eimer, daß nichts bereit steht, um abzuholen. Das Verhängnis nimmt seinen Lauf...

Absage der kroatischen Rechtspartei an die Entente.

Aus Kroatien wird uns geschrieben:

Der Führer der kroatischen Rechtspartei, Abgeordneter Dr. Alexander Horvat tritt dem Ansinnen der Entente, das kroatische Volk von der „Fremdherrschaft“ zu befreien, in einer längeren Erklärung entgegen, aus der die folgenden Stellen hervorgehoben zu werden verdienen:

Die Befreiung der Italiener, Südslawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der „Fremdherrschaft“ wird in der Antwort der Ententemächte auf die Note des Präsidenten Wilson als eines ihrer Kriegsziele angegeben. Offenbar in bezug auf dieses Kriegsziel der Entente äußerte sich Wilson in seiner letzten Botschaft an den Senat, daß es „jedem Volk, dem kleinen sowohl wie dem großen und mächtigen, freistehen soll, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen.“

Aus den bisherigen Kundgebungen der Ententemächte geht zweifellos hervor, daß man dort annimmt, daß die erwählten Völker unserer Monarchie ihre „Befreiung von der Fremdherrschaft“ selbst wünschen, und daher ist die Annahme berechtigt, daß die Entente in der von Wilson angelegten Anwendung der Monroe-Doktrin auf diese Völker eine Unterstützung ihres eigenen Befreiungszieles erblicken wird.

Die Kundgebungen des im Auslande seit Beginn des Krieges wirkenden „Südslawischen Komitees“ werden von der Entente als genügender Beweis angesehen, daß die Südslawen (d. h. die Kroaten) mit ihrer Stellung in der Monarchie so unzufrieden sind, daß sie eine „Befreiung von der Fremdherrschaft“ herbeiführen. In diesen Kundgebungen wird Wahrheit und Dichtung so geschickt gemengt, daß es eigentlich nicht zu verwundern ist, daß sich Fernstehende auch in gutem Glauben irreführen lassen.

Eine ganz offene, ungeschminkte Darlegung der Sachlage ist daher dringend geboten.

Eine Unzufriedenheit der breiten Massen des kroatischen Volkes soll, soweit sie vorhanden ist, nicht geleugnet werden, sondern in ihren Ursachen und Folgewirkungen so klar wie möglich dargelegt werden; denn nur auf diese Weise können die objektiven Fernstehenden zur Ueberzeugung gebracht werden, daß das kroatische Volk auch auf Grund der Monroe-Doktrin „unbehindert, unbedroht, und unerschrocken“ jede „Befreiung aus der Fremdherrschaft“ zurückweist.

Meine Partei ist seit ihrem Bestande oppositionell, sie steht heute mehr denn je Hand in Hand mit den übrigen — numerisch schwächeren — oppositionellen kroatischen Parteien und Gruppen, von welchen sie sich in nationalen Fragen, die hier in Betracht kommen, überhaupt nicht unterscheidet. Alle unzufriedenen Massen des kroatischen Volkes befinden sich also in diesem einem Lager.

Schon infolge dieser Sachlage bin ich berechtigt zu verlangen, daß mir auch im Auslande mehr Glauben geschenkt wird, als dem selbstberufenen „Südslawischen Komitee“.

Mich — ohne Ueberhebung — als Dolmetsch der breiten, radikalen oppositionellen (sohin: unzufriedenen) Massen des kroatischen Volkes fühlend, erkläre ich:

1. Wir protestieren auf das nachdrücklichste gegen jede Befreiungsanmaßung von außen;

2. wir weisen auf das kräftigste jeden fremden Einmischungsversuch in unsere innerpolitischen Kämpfe zurück;

3. das von uns angestrebte Ziel einer Verbesserung unserer nationalen Stellung wollen wir seit jeher ausschließlich innerhalb dieser Monarchie auf gesetzlicher Grundlage erreichen;

4. unsere Bestrebungen kollidierten niemals mit den gleichartigen Bestrebungen irgendeines anderen Volkes der Monarchie;

5. die heutige Stellung des kroatischen Volkes kann keinen Kroaten davon abhalten, daß er, ohne Rücksicht auf seinen Parteistandpunkt, Schulter an Schulter mit seinen innerpolitischen Gegnern, welchem Volke der Monarchie sie angehören, einträchtig mit äußerster Anspannung aller Kräfte den äußeren Feind bekämpfe.

Im weiteren Verlaufe seiner Erklärung präzisiert Horvat die bekannten Ziele seiner Partei und fährt dann fort: Die Verwirklichung dieser Ziele kollidiert vollständig mit der Befreiungsidee der Entente, besonders mit den großserbischen Träumen, kann uns jedoch in keinen grundsätzlichen Gegensatz auch mit der ungarischen Staatsidee bringen, wie dies fälschlich öfter angenommen wird; denn wir streben auch einen ehrlichen Ausgleich mit dem ungarischen Volke nach dem Grundsatze des Begründers unserer Partei Ante Starčević an: „Ich kenne keine zwei Völker, die aufeinander so angewiesen wären, wie das ungarische und kroatische Volk.“

Die Erklärung schließt mit den Worten: „Von der durch Jahrhunderte erprobten Erkenntnis ausgehend, daß nicht nur die Interessen des kroatischen, sondern auch des ungarischen Volkes mit den Interessen der habsburgischen Dynastie und der Monarchie identisch sind, zweifeln wir keinen Augenblick, daß es schließlich zu einer vollständigen Ebnung aller politischen Gegensätze von Volk zu Volk im Sinne Franz Deák und Ante Starčević kommen werde.“

2. II. 1917

„Zusammengeschweißt im Feuer der Schlachten.“

Telegrammwechsel zwischen den Kriegsministern
Krobatin und Stein.

Zum Geburtstag Kaiser Wilhelms sandte Kriegsminister Generaloberst Freiherr von Krobatin folgendes Telegramm an den preussischen Kriegsminister v. Stein:

„Zum drittenmal in diesem Weltkrieg begehrt das deutsche Volk in festlich wehevoller Stimmung das Allerhöchste Geburtsfest seines erlauchten Herrschers, und aus diesem Anlasse bitte ich Eure Excellenz meine innigsten tiefergebenen Glückwünsche genehmigen und an den Stufen des Allerhöchsten Thrones gelangen lassen zu wollen. Zusammen geschweißt im Feuer der Schlachten, zusammengekittet durch das für und nebeneinander vergossene Blut, eng verknüpft durch tausend Bande der Erinnerung an gemeinsam getragene Mühsal, gemeinsam erfochtene Siege, sind die Heere Deutschlands und die Wehrmacht Oesterreich-Ungarns auch heute eins in dem innigen, inbrünstigen, aus den Herzen von Millionen emporsteigenden Gebete, der Allmächtige möge Seiner kaiserlichen und königlichen Majestät Wilhelm II. in diesem neuen Lebensjahre den endgültigen glorreichen Sieg verleihen und es gnädig fügen, daß Seine Majestät sich noch durch viele Jahre der Segnungen des durch die Schärfe seines Schwertes errungenen und dauernd gesicherten Friedens erfreuen dürfte. Das wolle Gott.“

Kriegsminister v. Stein dankte mit folgender Drahtung:

„Eurer Excellenz sage ich wärmsten, aufrichtigen Dank dafür, daß Sie mich zum Vermittler Ihrer, an des Kaisers und Königs Majestät zu seinem Geburtsfeste gerichteten Glückwünsche haben ausersehen wollen. Ich habe sie zum Thron Seiner Majestät gelangen lassen.“

Eurer Excellenz tief empfundene Worte werden freudigen und begeisterten Widerhall finden. Wie Sie, lebe ich, lebt ganz Deutschland der unerschütterlichen Zuversicht, daß das von den verbündeten Heeren vergossene Blut nicht vergeblich dahingegeben ist und die unermesslichen Opfer nicht fruchtlos gebracht sind; daß der Allmächtige unsere Waffen auch weiter segnen und die gegen Ihr und mein Vaterland seit Jahren geschleuderte Verschwörung zu Fall bringen, den räuberischen, durch ruchlosen Mord eingeleiteten Ueberfall vor sein Gericht ziehen wird.

Wächte Gott allen Wünschen, die für das neue Lebensjahr meines Allergnädigsten Herrn zum Himmel emporsteigen, baldige Erhöhung gewähren und Ihn noch viele Jahre sich der Segnungen des von Ihm angebotenen, von den Feinden schände zurückgewiesenen, die Sicherheit der verbündeten Reiche verbürgenden Friedens erfreuen lassen! Wächte Gott auch der auf zahllosen Kampffeldern bewährten Waffenbrüderschaft des k. u. k. und des deutschen Heeres unwandelbaren Bestand verleihe! Das wolle er in Gnaden!

Vortragabend in der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft.

In einer am 29. Januar unter dem Vorsitz des Dr. Freiherrn v. Wieser abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft sprach Kommerzialrat Julius Meinel über das Friedensproblem. Redner bemerkte einleitend, die Oesterreichische Politische Gesellschaft betrachte es als eine ihrer Aufgaben, weitere Kreise für das Problem der Friedensfrage und namentlich der Friedensziele zu interessieren. Darüber nachzudenken, wie man zum Frieden kommt, hätte keinen Zweck, wenn man sich nicht vorher darüber im klaren ist, was man will. Allerdings werden nur solche Forderungen formuliert werden dürfen, die Aussicht haben, durchgeführt zu werden. An die Spitze unserer Forderungen wäre zu stellen der bereits von Wilson im Senat ausgesprochene Wunsch nach Bildung einer Liga aller großen Nationen der Welt zur Verhinderung künftiger ähnlicher Kriege. Wir müssen ferner betonen, daß wir die Integrität Oesterreichs unbedingt erhalten und unter keinen Umständen die Schmälerung unseres Territoriums zulassen

werden. Entsprechende Rundgebungen unserer Volksvertretungen hätten diesen Deklarationen inneres Gewicht zu verleihen. An den Vortrag, der mit einmütigem Beifall aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhafte Diskussion, an der sich unter anderen die Herren Graf Lützow, Abg. Renker, Sektionschef v. Horowitz beteiligten. Unter den Anwesenden bemerkte man die Geheimen Räte Grafen Erich Kielmansegg, Grafen Dominik Hardegg, Grafen Karoslav Thun, Hofrat Prinzen Eduard ^{O. v. Krasinski}, Vertreter des Auswärtigen Amtes und viele Politiker.

Appell Algeriens, Marokkos und Tunesiens an Wilson.

Zürich, 1. Februar. Nachstehende Telegramme sind in den letzten Tagen an Präsidenten Wilson abgesandt worden:

„Zürich, 28. Jänner. Herr Präsident! Ihre letzte Botschaft an den Senat über den Frieden, der zwischen den Völkern herrschen soll, hat den edlen, großmütigen Gedanken kundgegeben, Untertanen, die sich unter einer fremden Herrschaft befinden, sollten nur von einer Regierung beherrscht werden, die sie selbst anerkannt haben. Im Namen der großen Parteien unserer muslimannischen Religionsgenossen aus Algerien erklären wir, daß die französische Herrschaft in diesem Lande in keiner Weise unseren Wünschen entspricht, und wir hoffen, daß Amerika uns nicht vergessen wird, wenn wir die Unabhängigkeit Algeriens und die Befreiung von dem fremden Joch verlangen werden, das uns Frankreich auferlegt hat.

Für das Komitee der algerischen Patrioten:
El Hadj Abdallah.“

„Marsa, 29. Jänner. Herr Präsident! In dem Augenblick, wo Sie Ihre Stimme vernehmen lassen, daß die Regierung ihre Macht nur von der Uebereinstimmung der Beherrschten herleiten dürfe, in diesem Augenblick steht Frankreich im Begriff, das marokkanische Volk und dessen Gebiet seiner Herrschaft zu unterwerfen. Schon sind Söhne Marokkos gezwungen, für Frankreich zu kämpfen. Schon hat Frankreich im ganzen Land einen Propagandadienst eingerichtet, der aus bestochenen muslimannischen Beamten besteht. Noch ist die Eroberung unseres Landes aber nicht beendet und die Tapferkeit der Marokkaner wird ihr den stärksten Widerstand entgegensetzen. Ihre edlen Worte geben uns aber die Hoffnung, daß Sie dieses Werk der Eroberung aufhalten werden, bevor unser Blut noch weiter für die Eroberung des Landes fließen muß.
Abdalaziz Ibn Ismail Belerbi al Skraoni.“

„Tuzerü, 30. Jänner. Herr Präsident! Unter unbegründetem Vorwand besetzte Frankreich im Jahre 1887 unser Vaterland Tunesien und entriß den Beis von Tunis ihre Macht. Wie unsere Brüder in Algerien und Marokko erwarten wir den Tag der Befreiung. Wir rechnen auf die mächtige Hilfe des Präsidenten des großen Amerikas, der soeben seine Stimme für die gerechte Sache der kleinen Völker erhoben hat.

Muhammed Reschid Serrat al Tanisi.“

3. II. 1917

Die Bedrängung Griechenlands.**Neue Forderungen des Bierverbandes.**

Lugano, 2. Februar. Die italienischen Blätter geben die neue Note des Bierverbandes an Griechenland wieder, worin die Fortschaffung auch des als unbrauchbar bezeichneten Kriegsmaterials, einschließlich Uniformen und anderer Kleidungsstücke, nach dem Peloponnes verlangt wird. Ueberdies habe der englische Gesandte mit dem Ministerpräsidenten Lambros die Frage der tatsächlichen Entwaffnung der Reservisten und des Verbleibes von etwa 50.000 Gewehren, die nicht nach dem Peloponnes gelangten, erörtert. Der englische Gesandte habe ferner erklärt, daß angesichts des Lebensmittelmangels der Bierverband demnächst Lebensmittel liefern, aber die Blockade noch nicht aufheben werde, da sie sich als das wirksamste Mittel erwiesen habe, die griechische Regierung zur Vernunft zu bringen.

Entfernung des letzten Teiles des griechischen Matrosenkontingents.

Mailand, 2. Februar. „Secolo“ meldet aus Athen, daß dort nunmehr der letzte Teil des griechischen Matrosenkontingents gemäß der Forderung des Bierverbandes entfernt worden sei.

Der Weltkrieg und die Entwicklung der Türkei.

Von Dr. Phil. Ahmed Emin, Professor an der Universität Konstantinopel und Mitarbeiter des „Tanin“.

Während die Türkei auf verschiedenen Kriegsschauplätzen Proben ihrer Kraft und Lebensfähigkeit gibt, die man ihr nach den Erfahrungen des Balkankrieges kaum zumuten würde, vollziehen sich in ihrem inneren Leben und in den Grundanschauungen und der Lebensauffassung ihrer Bevölkerung Neuerungen, die sich noch vor wenigen Jahren nicht ahnen ließen. Diese Neuerungen kann man in Folgendem zusammenfassen: Die heutige Türkei und ihre Einwohner liefern auf verschiedensten Lebensgebieten Beweise, daß sie

ihr Schicksal selbst schmieden und ihre Geschicke mit Energie und Bedürfnis nach Besserung selbst leiten wollen, anstatt sich vom Schicksal überrumpeln zu lassen und ins Dunkle hinein geführt zu werden.

Das ist ein neuer Zug im türkischen Leben. Bisher hatte man oft genug Selbstkritik geliebt, Worte hatte man genug darüber verloren, wie man sich bessern sollte; aber den guten Willen auf dem Wege der Privatinitiative in Taten umzusetzen hatte man kaum vermocht. Jede vom guten Willen geleitete Reform und Organisationsbestrebung verlor schon am Anfang den Schwung; soziale und wirtschaftliche Vereine, die man mit voller Pracht einweihete, schloßen schon nach den schönen Einweihungsreden ein. Die Regierung konnte viele ihrer Reformen nicht über die Grenze der Papierprojekte hinausbringen.

Das waren krankhafte Zustände, die eine große Energievergeudung verursachten und für die Zukunft nichts Gutes ahnen ließen. Der Balkankrieg hatte einen rettenden Einfluß auf diese Lage. Der Mißerfolg zeigte klar, daß vieles nicht richtig war, daß man die letzten Reste des Selbstgefalleus aufgeben und bessere Arbeitsmethoden einführen mußte, daß man mit Illusionen und Zauberworten nicht sehr weit kommen konnte. Der Krieg auf dem Balkan bereitete durch Zerstörung von Unkraut ein ergiebiges Feld zur positiven Arbeit. Die Fähigkeit, diese Arbeit zu leisten, wurde aber erst durch den Weltkrieg zustande gebracht. Die soziale Disziplin, das Vertrauen an sich und an mächtige Verbündete, die Notwendigkeit, alle Kräfte in Bewegung zu setzen und sich an radikal neue Lebensverhältnisse anzupassen, und verschiedenes andre, welches dieser Krieg zur Folge gehabt hat, haben eine Atmosphäre erzeugt, in welcher man arbeiten, schaffen, organisieren kann. Während man früher jede Reformtätigkeit nur mit großen Geldmitteln in Szene setzte, sich nötige und unnötige Hilfsmittel anschaffte, Studienkommissionen herumschickte und dann die Sache einfach liegen ließ, hat man jetzt gelernt, da wo keine Mittel vorhanden sind, eine schöpferische Tätigkeit zu entfalten. Als ein Beispiel kann man das Konstantinopler Gefängnis erwähnen. Wo vor zwei Jahren noch nur Schmutz, Krankheit, Verbrechen und Laster zu Hause waren, findet man heute eine der best-

organisierten Stätten der Konstantinopler Kriegsindustrie. In nur zwei Jahren hat man hier unter den Verbrechen die Schulpflicht streng durchgeführt, eine sehr gut besuchte Bibliothek gegründet, sanitäre Einrichtungen und elektrisches Licht geschaffen und eine weitfichtige und humane Behandlung der Verbrechen angefangen, welche schon erfreuliche Ergebnisse zeigt. Das alles ist das Werk eines Türken, der nie Europa bereist hat und keine fremde Sprache versteht. Noch vor kurzer Zeit hielten sich die Türken selbst für diese Art des Schaffens unfähig und glaubten, Organisationstalent und Schaffensfreude wären besondere Charakterzüge der Bürger der wenigen fortgeschrittenen europäischen Staaten. Jetzt aber trifft man überall mehr und mehr Türken von diesem Schlag. Das macht sich auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet bemerkbar. Im vollen Getöse des Krieges sind in der Türkei kleinere und größere Fabriken und andre wirtschaftliche Unternehmungen entstanden. Was noch wichtiger ist: auch die Bevölkerung zeigt sich mehr und mehr bereit, das, was sie besitzt, für wirtschaftliche Zwecke zu verwerten, anstatt es, im kurzfristigen Mißtrauen auf jede Kapitalsanlage, brach liegen zu lassen. Man scheint also die Schwelle des kapitalistischen Schaffens endlich erreicht zu haben.

In der Erziehung sind auch große Besserungen bemerkbar. Die Schulen, die bisher so ziemlich ziellos vegetierten, haben angefangen, sich ein Ziel zu stecken und ernst zu arbeiten. Sowohl im Lehrkörper als auch in der Methode und in der Ausstattung sind die Schulen unvergleichlich besser geworden. Die Haupt Sorge der heutigen Generationen in der Türkei besteht darin, der nächsten eine brauchbare praktische Erziehung zu geben,

besonders auf sachtechnischen Gebieten. Was die Eltern selbst alles dafür aufgeben, ist einfach rührend.

Im sozialen Leben sind auch Vorzeichen einer neuen Zeit da. Man nimmt großes Interesse an allen objektiven Darlegungen der sozialen Zustände. Anregungen, auf verschiedenen Gebieten eine vorbeugende, systematische Sozialpolitik einzuführen und der so wichtigen Bevölkerungsfrage volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, finden überall ein günstiges Echo. Die Stellung der Frauen ist eine bessere geworden. Es werden nicht nur für die Erziehung der Frauen große Opfer gebracht, sie werden auch viel anders behandelt und sogar als Beamtinnen in mehrere Ministerien zugelassen. Die verschiedenen Damenvereine, welche der Krieg zustande gebracht hat, versprechen, für eine neue Entwicklung der türkischen Frauen aus eigener Kraft dasien zu können, wenn erst der Friede wieder da ist.

Dieser große Systemwechsel ist vor allem dem Weltkrieg zuzuschreiben. Das, was an Gutem und Vielversprechendem in der Türkei existierte, hätte ohne den starken Druck des Weltkrieges kaum Hand und Fuß gewonnen. Wenn man selbst von der Frage der äußeren Sicherheit des Reiches absteht, kann man also den Krieg an der Seite Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Bulgariens als die Anfangsstation eines neuen Lebens für die Türkei betrachten. Durch dieses Leben wird die Türkei für ihre Verbündeten nicht ein Notkurrent, sondern ein besserer und leistungsfähigerer Verbündeter werden.

3. II. 1917

Beilegung des deutsch-norwegischen Streitfalles.

Christiania, 1. Februar. Die hauptstädtische Presse veröffentlicht die abgeänderte norwegische U-Boot-Verordnung, wozu die halbamtlichen „Intelligensfedler“ schreiben, daß der deutsch-norwegische Streitfall in freundschaftlicher Weise zu beiderseitiger Befriedigung beigelegt und dadurch eine der bisherigen größten Schwierigkeiten für Norwegen beseitigt sei. Es bestehe die erneute Hoffnung, daß trotz weiter vorhandener Schwierigkeiten Norwegen auch fernor vor der aller schlimmsten, nämlich in den Krieg hineingezogen zu werden, verschont bleiben werde. Das norwegische Volk und die Regierung hätten außer der Hoffnung auf einen baldigen Frieden nur den einen Wunsch, die Neutralität und ein gutes Verhältnis zu beiden Kriegführenden Parteien aufrechtzuerhalten.

Was wird Amerika tun?

Alle Welt sieht wieder einmal gespannt nach Amerika und fragt: Was wird Wilson tun? Noch ist die Sensation seiner Friedensbotschaft nicht verpufft, und schon müssen wir eine andere Sensation von ihm erwarten. Wenn der Reichskanzler in seiner den rücksichtslosen Unterseebootkrieg einleitenden Rede den Satz sprach: „Niemand unter uns wird vor dem Ernst des Schrittes, den wir tun, die Augen verschließen“, so hat er nur an Amerika gedacht, denn die anderen neutralen Staaten haben sich in der Diskussion über den Unterseebootkrieg nicht exponiert, und auf die feindlichen Staaten nimmt man selbstverständlich keine Rücksicht. Für Amerika sind auch bei der Ankündigung des neuen U-Boot-Regimes besondere Anordnungen getroffen, eine Ausnahmsbehandlung vorgesehen worden, indem Deutschland sich bereit erklärt hat, einen Passagierdampfer wöchentlich im Verkehr zwischen Amerika und England unter bestimmten von Amerika zu erfüllenden Voraussetzungen freizugeben.

Wird Amerika dieses Angebot, das seinem Verkehrsbedürfnis bis zu einem gewissen

Grade Rechnung trägt, annehmen und sich im übrigen gegenüber dem rücksichtslosen Unterseebootkrieg auf einen formellen Protest beschränken oder ganz passiv verhalten? Wie immer Amerika sich entschließen wird, wird seine Entscheidung von großer Bedeutung sein. Aber wie es sich entschließen wird, darüber kann heute bei uns niemand etwas wissen. Man kann nur, der Information halber, an die Präzedenzen erinnern. Der rücksichtslose Unterseebootkrieg ist ja nicht ganz neu. Begonnen hat der Unterseebootkrieg bekanntlich im Februar 1915 in jenen Formen, die man seither, gerade infolge der Kontroversen mit Amerika, als rücksichtslos von jenen Formen zu unterscheiden gelernt hat, die man als die Formen des Kreuzerkrieges bezeichnet. Zu diesen letzteren ist die deutsche Regierung infolge der Proteste Amerikas im Sommer 1915 stillschweigend übergegangen, ist dann zeitweilig wieder zu den ursprünglichen Formen zurückgekehrt, um sich schließlich vom Mai 1916 an zu den Regeln des Kreuzerkrieges offen zu bekennen. In jener ersten Phase des rücksichtslosen Unterseebootkrieges hat nun die deutsche Regierung, ähnlich wie heute, der amerikanischen Regierung eine besondere Begünstigung für den amerikanischen Passagierverkehr angeboten. Es geschah das in der Note der deutschen Regierung vom 8. Juli 1915. Die amerikanischen Passagierdampfer sollten „durch besondere Abzeichen kenntlich gemacht und in angemessener Zeit vorher angefragt“ werden; auch sollte die amerikanische Regierung „die Gewähr dafür übernehmen, daß diese Schiffe keine Konterbande an Bord haben“ — also ganz ähnlich wie jetzt. Die amerikanische Regierung hat aber in ihrer Antwort vom 23. Juli 1915 dieses Angebot abgelehnt, weil dessen Annahme implizite „ein Aufgeben der Grundsätze bedeuten würde, für die die amerikanische Regierung eintritt“.

Seither ist nun freilich viel vorgefallen, der Krieg ist um anderthalb Jahre älter geworden, und in letzter Zeit haben sich zwei Ereignisse vollzogen, die möglicherweise die Haltung der

Vereinigten Staaten verändern könnten: die Ablehnung des Friedensangebotes der Zentralmächte durch die Entente und die Friedensbotschaft des Präsidenten Wilson — zwei Ereignisse, auf die auch in den Notizen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands bei Ankündigung des rücksichtslosen Unterseebootkrieges Bezug genommen worden ist. Doch muß man auch mit der Gefahr rechnen, daß Amerika auf seiner früheren Gegnerschaft beharrt und daraus sogar die damals angedrohten Konsequenzen zieht. Die Zentralmächte haben diese Möglichkeit bei ihrer Entscheidung mitberücksichtigt. Das bezeugt auch der bayerische Kriegsminister Söllingrath, der gestern in der bayerischen Kammer sagte: „Neben der Gefahr, daß der Eintritt dieses U-Bootkrieges eine Verschiebung der politischen Lage zur Folge haben kann, sind wir im klaren. Wir können dieses Risiko auf uns nehmen und sind für alle Möglichkeiten gerüstet.“

Politische Debatte im bayrischen Landtag.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

☞ München, 8. Februar. (Priv.-Tel.)

Der Finanzausschuß des bayrischen Landtages führte in seiner Sitzung am 1. d. eine interessante politische Debatte ab, deren Ausgangspunkt die bereits gemeldete Rede des Ministerpräsidenten war.

Abg. Held (Zentrum) eröffnet die Aussprache. Er kommt auf die gestrige Rede des Ministerpräsidenten zu sprechen, in der er Angaben über die militärische und wirtschaftliche Lage vermehrt habe; besonders interessiere ihn, etwas über das Verhältnis der Zivilverwaltung zur

Obersten Heeresleitung zu erfahren. Vor Ablehnung des Friedensangebotes habe man sich hinsichtlich der Nachgiebigkeit unserer Gegner falschen Illusionen hingeeben, und es wäre an der Zeit, einzusehen, daß Deutschland nur unter rücksichtsloser Anwendung seiner Machtmittel zu einem ehrenvollen und siegreichen Frieden gelangen könne.

Redner polemisiert heftig gegen die „Scheidemannschen Kriegsziele“, bei deren Erfüllung Deutschlands Wirtschaft nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Einen Scheidemannschen Frieden lehne er ab, denn er bedeute eine Niederlage für unser Vaterland.

Es sei kein Geheimnis, daß zwischen Zivilverwaltung und Kriegsverwaltung nicht immer volle Harmonie bestanden habe, und er verlange Aufklärung über diese wichtige, für den guten Ausgang des Krieges bedeutungsvolle Frage. Der Redner verlangt vor allem den Schutz der nationalen Arbeit für Landwirtschaft und Industrie und volle Parität für alle Vorkenntnisse. (Nuse: Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Befehlsstellung der Stellen in Belgien und Polen habe man nach diesem Prinzip nicht verfahren. Im Steuerwesen fordere er nach wie vor die unbedingte Verminderung aller weiteren Eingriffe in die Steuerhoheit der deutschen Bundesstaaten und in die Selbständigkeit ihres Verkehrswezens.

An der nicht zu leugnenden Verstimmung zwischen Süd und Nord frage Bayern keine Schuld. Das Reich sei uns allen so wert, daß niemand mehr die Rückkehr früherer Verhältnisse herbeiführen möchte, aber wenn wirklich da und dort eine lebhafteste Unzufriedenheit sich geltend gemacht habe, so trage die Schuld daran die Zentralisierungssucht und die immer mehr zutage tretende Ausschaltung des Südens.

Abg. Dr. Gammerschmidt (liberal) sagt: Hinsichtlich unserer Beziehungen zu Amerika hoffe er keine Krübung infolge des rücksichtslosen U-Bootkrieges, erwarte aber, daß jede Einmischung Amerikas in die Entscheidung des großen Kampfes energisch von der Reichsleitung abgewiesen werde.

Abg. Müller (München, Sozialdemokrat) bespricht gleichfalls die Rede des Ministerpräsidenten und hofft, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg nicht die von großen Kreisen befürchteten, für Deutschland gefährlichen Folgen nach sich ziehen wird. Die Freigabe der deutschen Presse, deren Mitarbeit man im Kriege nicht entbehren könne, sei dringend erwünscht. Redner begrüßt die Wiedererweckung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, durch den das Übergewicht Preußens in der politischen Führung des Reiches einigermaßen ausgeglichen werden kann. Man habe im Reich zweifellos ein preussisches System mit nicht zu leugnenden gewissen Vorzügen, aber auch mit schweren Nachteilen. Eine möglichst eingehende Darstellung der militärischen Lage sei dringend notwendig, um über die Kriegsziele in ernster Weise und nicht im Volksversammlungston sprechen zu können. Die Kriegsziele der Sozialdemokratie seien die gleichen geblieben und werden trotz aller Schwankungen auf den Kriegsschauplätzen die gleichen bleiben: die politische und wirtschaftliche Sicherung und Erhaltung der Selbständigkeit des Reiches und seiner Verbündeten, freie Wasserstraßen, freie Meere, freie wirtschaftliche und handelspolitische Entwicklung. Ueber die Frage einer Einmischung Amerikas könne man, wenn der Friede sich nähere, wohl anderer Anschauung sein als der Vorredner, denn man werde der wohlwollenden Vermittlung der Neutralen bei Friedensschluß nicht entbehren können. Redner verlangt weiter gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel und demokratische Orientierung der inneren Politik des Reiches.

Abg. Gebhardt (Freie Vereinigung) warnt im Gegensatz zum Vorredner vor demokratischer Neuorientierung, von der er ernste Gefahren für die Entwicklung des deutschen Vaterlandes erwartet.

Ministerpräsident Graf Hertling: Der Ausschuß des Bundesrates für auswärtige Angelegenheiten hat durch den Krieg sehr wesentlich an Bedeutung gewonnen, aber die Leitung der auswärtigen Politik liege beim Reichskanzler. Es wird aber in diesem Ausschuß frei von der Leber weg diskutiert, und die Auskunftserteilung erfolge in weitgehender Weise. Vor Bekanntgabe unseres Friedensangebotes, das er lebhaft unterstützt, sei ebenfalls der Ausschuß gehört worden. Illusionen über die Schwere des Krieges hat man sich in Berlin nie hingeeben, und niemals konnte die Rede sein von einer allzu nachgiebigen Haltung der Reichsregierung England gegenüber. Das Gerücht über einen Separatfrieden mit Rußland entbehre jeder Begründung, und auch hinsichtlich einer starken Friedensstimmung in Frankreich dürfe man sich keiner Täuschung hingeeben. Was den schrankenlosen U-Bootkrieg angeht, so wäre es falsch, wenn man etwa eine gleichgültige Haltung Amerikas diesem gegenüber erwarten wollte, aber die Zeit der Erwägungen sei vorüber, und es gäbe nun nur eine Möglichkeit zur raschen und erfolgreichen Beendigung des Krieges, und das sei eben die rücksichtslose Durchführung des U-Bootkrieges, mit dem heute der Reichskanzler ebenso einverstanden ist wie die militärische Leitung des Krieges. Kriegsziele sind abhängig von der jeweiligen Kriegslage, und es sei deshalb nicht angängig, heute schon viel darüber zu sprechen. Garantien für die Sicherheit und Entwicklung des Reiches müssen natürlich geschaffen werden, eine ausgesprochene Annexionspolitik lehne auch er ab. Felsenfest sei sein Vertrauen auf den glücklichen Ausgang des Krieges.

4. / II. 1917

Vertrauensvolle Auffassung in Wien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 5. Februar.

Die Botschaft Wilsons kam den hiesigen Aemtern keineswegs unerwartet. Die Auffassung der Lage ist ernst, aber vollkommen fest. Das Vertrauen der Monarchie ruht in dieser Sache ganz auf der deutschen Flotte; nur in diesem vollkommenen Vertrauen konnte man in den gemeinsamen Beratungen im Januar einem so großen Unternehmen seine Zustimmung erteilen. Pressestimmen gibt es noch nicht, da hier die Blätter Montags früh nicht erscheinen. Was ich aber in den Kreisen österreichischer und auch amerikanischer führender politischer Geister hier erfuhr, ergibt dieses Bild:

Die Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung wird ins Auge gefaßt, gilt aber keineswegs für unausbleiblich und wird von wichtigen Stimmen noch immer weit zurückgewiesen. Objektive Köpfe halten den Wilsonschen Satz „dies sei das Mindeste, was er tun könne“, für einen Angelpunkt seiner Botschaft, die als notwendige Vorbeugung vor der erlöschenden Freiheitsstatue, doch nicht als politischer Entschluß aufgefaßt wird. Nicht der Präsident, nur der Kongreß kann die Entscheidung treffen, und dieser Kongreß, besonders unter dem Einfluß der Führer Stone und Gore hat nach dreijährigem Krieg den Rest von Pathos verloren, der früher vielleicht einige Mitglieder erfüllte und dürfte jetzt vollends nur nach rein realen Gesichtspunkten urteilen. In ihm werden die Vertreter der westlichen und südwestlichen Staaten kaum für einen Krieg zu haben sein, der sie des Flottenstützes gegen Japan beraubte, die östlichen aber stellen im Grunde nur eine Majorität von wenigen Stimmen für Wilson dar. Nach den jüngsten Erfahrungen in Mexiko läßt sich ferner der Schluß ziehen, daß eine freiwillige Armee nur spärlich sich zusammenschließen und nur langsam marschbereit werden könnte. Man rechnet ferner damit, daß der Kongreß sich der Bedingung, die Deutschland an seine Nachgiebigkeit im vorigen April knüpfte, und die der Präsident vergessen zu haben scheint, wohl erinnert und so vor dem eigenen Lande das Odium des Wortbruchs verschonend wird, das Wilson den Deutschen auferlegen will. Die Abberufung des Botschafters bedeutet gerade in Amerika auch förmlich nicht den Krieg, wie dies ein Präzedenzfall aus dem Sklaven-Kriege zeigt, in dem die Vertreter Frankreichs ausgewiesen wurden.

Abberufung wird die Abberufung auch des österreichisch-ungarischen Botschafters für möglich erachtet. Die hiesige amerikanische Botschaft verhält sich vollkommen ruhig und hat bisher keine Instruktionen in positivem oder negativem Sinne erhalten. Wilsons Wink an die Neutralen wird hier keinesfalls übersehen, doch hält man sich Schwedens, Hollands und der Schweiz auf alle Fälle für versichert, während über Dänemark, Norwegen und Spanien die Ansichten schwanken. Zugleich liegt der Name „Japan“ auf vielen Lippen.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß Amerikas Schritt auch dann noch nicht notwendig den Krieg zeitigen muß, wenn ein einziger Fall des Unwillens das amerikanische Volk erregen sollte, daß aber der Krieg, wenn er dennoch kommt, in keinem Fall die Entscheidung zu Wasser und zu Lande wesentlich beeinflussen kann, da die

Flotte Amerikas zum Schutze der Westküste, die ständige Miliz von einer Viertelmillion Mann zum Schutze des Landes daheim bleiben muß und daß weder der Rest der Flotte, noch eine imaginäre Armee, die übrigens frühestens erst nach vier Monaten herüberkäme, den verschanzten Lagern Verderben bringen könnte. Durch die Herausforderung vom 1. Februar und ihre Folgen hat der Krieg in diesem vierten Akt seiner dramatischen Entwicklung eine heroische Linie angenommen.

Emil Ludwig.

5. 11. 1917

Zur Reform des preussischen Wahlrechts

In dem neuen Heft von Dr. Heinrich Brauns „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung“ veröffentlicht Professor Friedrich Meinecke eine Abhandlung über die Reform des preussischen Wahlrechts, die von dem Grundgedanken ausgeht, daß es die höchste aller politischen Aufgaben ist, die in dem Weltkrieg hervorgetretene mächtige Willenseinheit der Nation mit allen erdenklichen und möglichen Mitteln zum Maximum ihrer Stärke hinaufzutreiben. Wie man beim vaterländischen Hilfsdienst auf die berechtigten Forderungen der Arbeitenden einging, um die neue Volkspflicht auch vollständig zu machen, so sollte man den Sprung ins Neue auch da wagen, wo er längst erwogen und wiederholt angestrebelt war, und gerade jetzt sei der psychologische Moment gekommen, um an die Neuorientierung unserer inneren Politik, voran an die Reform des preussischen Wahlrechts zu gehen und damit ein neues starkes Band um die Arbeiterschaft und den nationalen Staat zu knüpfen.

Meinecke bejaht die Frage, ob Bismarck mit der Verleihung des Reichstagswahlrechts recht getan hat, und betont dabei ausdrücklich, daß er nicht vom Boden demokratischer Ideale, sondern rein staatlischer Interessen aus argumentiere. Nur in einer in sich beruhenden Monarchie erlöst er die Möglichkeit strenger Zusammenhaltung unserer Machtmittel und Erhalten fester Außenpolitik; aber in den Machtmitteln eines Staates gehören auch solche moralische Qualitäten einer Nation, die nur in der Luft sittlicher und politischer Freiheit gedeihen können. Der tiefere Sinn der Bismarckschen Reichsgründung werde wieder zu Ehren gebracht, wenn man die Umwälzungen des von ihm geschaffenen freien Nationallebens etwas weiter hincuslege, und hierin sei der Kern des Problems des Verhältnisses des preussischen Staats zum Deutschen Reich. Bismarcks Lösung dieses Problems sei nur ein Provisorium gewesen. Meinecke vertritt die Auffassung, daß das preussische Dreiklassenwahlrecht als ein unentbehrliches Korrektiv des Reichstagswahlrechts erscheinen konnte, so lange die frühere oppositionelle Reichstagsmehrheit die Machtbedürfnisse des Reichs nicht erfüllt habe, er jedoch gleichwohl hervorhebt, daß die Uebel im inneren Leben des Reichs durch eine Befestigung des Reichstagswahlrechts nur noch ärger geworden wären. Seitdem seien aber neue Entwürfe eingetreten. Einmal sei das Staatsleben des Reichs immer unitarischer, die Reichsorganisation zu einem mächtigen Organismus von Zentralbehörden geworden, und die Gesamtmacht dieses Reichsorganismus, die Reichsleitung dürfe nicht durch einen preussischen Einzelwillen in ihrem schweren Werte nehmen werden, sondern in der preussischen und der Reichsregierung müsse ein einziger Geist herrschen und ein einheitlicher Wille anzuhängen sein, sich durchzusetzen. Durch Befestigung der Reichsleitung, daß die allgemeinen Intentionen des Reichsanwalters durch einige preussische Ressortminister gehemmt werden können, über man Machtzusammenfassung an der richtigen Stelle. Bei der Durchsetzung der Reichsleitung durch preussische Ressortminister gegenüber dem Ministerpräsidenten und damit des preussischen Konserbativen Profens gehören aber ferner der Geist des preussischen Verwaltungsbürokratismus, der dem in den Reichsämtern sehr verschieden ist, und das Dreiklassenwahlrecht, und darum ist es, die in ihnen liegenden Hemmnisse der Entwicklung eines einheitlichen Reichswillens und Ausgleich der Gemeinsamkeit der Arbeitermassen zu beseitigen. Auf der anderen Seite sieht Meinecke die frühere Rechtfertigung des Dreiklassenwahlrechts als Korrektiv des Reichstagswahlrechts als nicht mehr begründet an nach der Volkseinhaltung der nationalen Arbeiterschaft der Reichsorganismen einschließlich der überwiegenden Mehrheit der Sozialdemokratie, und wenn auch kein Lohn für selbstverständliche Pflichten erfüllt werden darf, so sollte man doch unter keinen Umständen Einrichtungen aufrechterhalten, die einem großen Teil der Bürger die Freude am State vergällen müssen.

Aus dem Vertrauen auf die Gesundheit unserer Staats- und Volksgemeinschaft heraus fordert Meinecke ein demokratisches Zugeständnis vom State, nicht als Clappe zu „einförmiger“ Demokratie, sondern um die Mischung der Kräfte, denen der Staat bedarf, wieder in ein gesundes Gleichgewicht zu bringen. Er will dabei allerdings nicht's wissen von parlamentarischen Regierungen und am wenigsten von einem verstärkten Einfluß der Parlamente auf die auswärtige Politik, sondern meint: Parlamente, die auf dem breiten demokratischen Wahlrecht beruhen, das volle Mitentscheidungsrecht in Gesetzgebung und Finanzen besitzen und dieses Recht vernünftig gebrauchen, wirken mit ungeheurer Macht auf den Geist der Regierungen und werden es, wenn

in Preußen-Deutschland erst die Hemmung des Dreiklassenwahlrechts weggefallen ist, erst recht tun; kein Staatsmann könnte bei gleichen oder ähnlichen Mehrheitsverhältnissen in Reichstag und Abgeordnetenhaus sie dauernd ignorieren und bergewalligen, sondern er werde sich ihnen im ganzen anpassen müssen. Mit diesem allgemeinen Einfluß sollte, so schlägt Meinecke vor, das Parlament sich begnügen, und er empfiehlt die Formel: die Regierung verzichte auf das Dreiklassenwahlrecht und die Demokratie verzichte, wenn auch nicht gleich grundsätzlich, so doch tatsächlich, auf das parlamentarische Regime.

Was den Inhalt einer preussischen Wahlrechtsreform betrifft, so bejaht Meinecke die Vertrauensfrage einer demokratischen Wahlreform, empfiehlt also allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus. Als Gegengewicht redet er einer gleichzeitigen Verklärung der Rechte des Herrenhauses nach süddeutschem Muster das Wort, d. h. einer Ausdehnung des Beschlusrechts auf die Einzelheiten des Stats und bei Meinungsverschiedenheiten beider Häuser einer gemeinsamen Gesamtabstimmung derselben. Falls nicht die ganze Lösung zu erreichen ist, schlägt er sich einem Vorschlag von Friedrich Thimme an, der ein Pluralwahlrecht durch Einführung von Zusatzstimmen nach Dienstzeit, Kinderzahl, Bekleidung von Staats-, Kommunal- oder Ehrenämtern, größeren Versicherungsbeiträgen und dauernden höheren Steuern empföhlen hat.

Die hier entwickelten Grundzüge werden ungeachtet der abweichenden Ansichten in Einzelheiten in ihren auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Wahlreform zielenden Schlussfolgerungen weitgehende Zustimmung zu finden, erst recht der vom Verfasser ausgesprochene Appell an die Regierung, im Fall eines beständigen Friedens die Wahlreform als die erste und dringendste Friedensaufgabe zu betrachten,

als schönste Empfangsprobe für unsere heimkehrenden Krieger, aber es auch getrost schon während des Kampfes zu wagen, da bei wirklich starkem Willen der Regierung der Widerstand der Konservativen zusammenbrechen und ihre Unzufriedenheit von der mächtigen Wirkung überbraut werde würde, die dieses neue Feldbatter nicht nur auf die deutsche Arbeiterschaft, sondern auf alle Freunde einer freien nationalen Monarchie üben würde.

5. II. 1917

101

„Die Gefahr ist groß!“

Ein Appell des englischen Premiers.

London, 4. Februar.

In einer hier gehaltenen Rede erklärte Premierminister Lloyd George, die liberale Partei habe ein besonderes Interesse an den Zielen, für die England in diesem Kriege kämpfe. Eines dieser Ziele sei, daß das Prinzip des internationalen Rechtes die Grundlage des internationalen Friedens sei, das andere die Lehre, daß die Türken unfähig seien, irgend eine andere Klasse gerecht zu regieren, da sie nicht einmal ihre eigene Klasse gut regieren könnten.

Die neue englische Regierung ist ein Experiment. Sie ist ziemlich klein, aber man muß sich nicht eimbilden, daß kleine Männer oder kleine Regierungen weniger tüchtig sind. Zum ersten Male ist der Erfolg im Geschäfte auf gleichen Fuß mit dem Erfolg in der Politik gestellt, um den Anspruch auf ein hohes Amt zu begründen. Erfahrene Männer sind in der Verwaltung versammelt. Die Munitionsherstellung hat alle technischen Quellen des Landes mobil gemacht. Geschosse und Granaten sowie Geschütze jeden Kalibers sind reichlich vorhanden. Wir haben selbst einen Ueberchuß für unsere Alliierten gehabt. Bei Beendigung der Offensive an der Somme waren mehr Geschütze und mehr Munition vorhanden, als bei Beginn der Schlacht. Die neue Regierung hat schon Hunderttausende von Tonnen gerettet. Das war unschätzbar bei den Schwierigkeiten, denen wir zu begegnen hatten. Die Regierung traf auch für den Bau von Hunderttausenden von Tonnen neuer Schiffe Vorsorge. Sie hat große neue Organisationen für die Erzeugung von Lebensmitteln eingerichtet, die Zweigstellen im ganzen Lande haben. Die Regierung macht Pläne, um der Piratenbrutalität Deutschlands zur See zu begegnen. Lloyd George fuhr fort, er habe niemals Zweifel an dem endgültigen Siege gehabt. Ebenjowenig bezweifle er, daß mancher breite wilde Strom überstritten werden müsse, bevor der Sieg erreicht werde. Jeder Mann und jede Frau der Nation müsse der Regierung helfen, diese Ströme zu überbrücken.

Hinsichtlich des Balkans wünsche er nicht, unter den gegenwärtigen Umständen einen Vorteil zu besprechen, nachdem ein anderer fortgeworfen worden sei. Es könne nicht gesagt werden, es sei die Schuld dieses oder jenes Landes. Alle vier Länder seien ohne Zweifel zu tadeln, aber die Balkanwirrnisse sei der einzige Teil des ganzen Schlachtfeldes, das den Alliierten Sorge machen müsse. Auf dem Meere ist unsere Kraft noch immer ungebrochen (?). Der jüngste Schritt Deutschlands ist ein Fortschreiten auf dem Wege vollkommener Barbarei. Deutschland wirft damit die letzte Hülle der Zivilisation ab und zeigt sich als Barbar in seiner angeborenen Wildheit. Jetzt muß er auch vor den nachsichtigsten Neutralen enthüllt dastehen. Aber wir werden damit fertig werden. Die Gefahr ist groß, sie kann aber durch große Energie, Mut und Entschlossenheit überwunden werden. Der Feind hat seinen jüngsten Schritt getan, weil er der Verzweiflung nahe ist. Die Deutschen können Schwärme von Unterseebooten und Flugzeuge herstellen, um über die Blockade hinweg zu kommen, aber wenn sie das Vertrauen in ihre Armee verlieren, so kann der preussische Militarismus nicht wieder ausgerichtet werden. Darum ist es notwendig, daß die Wahndee des preussischen Militarismus zerstört werde.

Der Premierminister sagte, der Feind habe der großen Republik des Westens das lebenswürdige Angebot gemacht, zu gestatten, daß Personendampfer einmal wöchentlich nach England fahren dürften. Habe es jemals eine solche Unverschämtheit gegeben? Dies grenze fast an Wahnsinn. Aber wir werden damit fertig werden. Ein Friede ohne Sieg würde keinen Frieden bedeuten, sondern eine Ruhepause, um dem Feinde Zeit zu geben, sich zu erholen.

Es ist undenkbar, daß über das Schicksal der großen deutschen Gebiete nach dem Kriege ein Entschluß gefaßt werden sollte, ohne die Dominions zu fragen, die ihr Blut vergossen haben, um sie zu erwerben.

Der Premierminister schloß:

Sie werden im Jahre 1917 Frieden bekommen, wenn der Feind merkt, daß er beim Durchhalten bis 1918 schlechter daran sein wird anstatt besser. Unsere große Aufgabe ist, alle Hilfsquellen der Alliierten zu

organisieren, denn der größte Teil unseres Unglücks kam vom Mangel an gemeinsamer Tätigkeit. Aber auch die Nation kann noch mehr tun. Wir müssen nicht nur die tauglichen Männer zwischen 18 und 41 Jahren heranziehen, während die übrigen frei ausgehen, wir müssen alle daran teilhaben. Die neue Organisation der Regierung wünscht die Hilfe der Nation. Ersparnis an Nahrungsmitteln ist Ersparnis an Tonnage und Tonnage ist im gegenwärtigen Augenblicke der Lebensnerv der Nation. England muß darauf sehen, daß die Zeit sich zu seinem Alliierten gefelle, und der einzige Weg, die Zeit zu gewinnen, ist, sie nicht zu verlieren.“

Ueber die Beschränkung des Reiseverkehrs, sagte der Premierminister, die jüngsten Maßnahmen hätten Hunderte von Lokomotiven erspart, die für die Armee in Frankreich benützt werden könnten. Die Führer dieser Lokomotiven gingen freiwillig mit ihnen. Tausende von Wagen, Zehntausende von Tonnen und von Schienen seien ebenso durch diese Maßregel sichergestellt worden. Es dürfte jetzt kein Zögern und kein Hinziehen geben. Die Zeit sei ein zaudernder und verstorber Neutraler, der sich noch nicht entschieden habe, nach welcher Seite er seine furchtbare Sichel schwingen solle. Jetzt säe England den Winterweizen, den es zur richtigen Zeit ernten werde, wenn es nicht schwach werde.

kommen, aus denen Amerika eine Verschärfung der eingenommenen Haltung herauszuleiten vermöchte. Auch jetzt noch will man sich daran halten, daß Wilson eine Friedensaktion begonnen, die mit den Bestrebungen der Mittelmächte willkommene Berührungspunkte aufwies, und man darf dieses Moment sogar in einem Zeitpunkt hervorheben, in welchem die Völker der verbündeten Reiche durch die Unfreundlichkeit des jüngsten Schrittes der Vereinigten Staaten erneut die Gelegenheit bekommen haben, sich an all das Ueble zu erinnern, was ihnen von Amerika im Verlauf des Krieges zugesügt worden ist. Wenn die Stimmung hier ernst ist, so ist sie doch auch ruhig und objektiv.

Die Abreise des amerikanischen Botschafters und seines Personals steht unmittelbar bevor. Jetzt, wo das erwartete Ereignis Wirklichkeit geworden ist, kann mitgeteilt werden, daß schon seit Donnerstag in der Botschaft die Vorbereitungen zur Rückkehr nach Amerika im Gange waren.

Abberufung der amerikanischen Konsuln aus Deutschland.

Washington, 3. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin Mr. Gerard erhielt den Auftrag, die Botschaft zu schließen.

Alle Konsuln und Attachés der Vereinigten Staaten von Amerika sollen Deutschland verlassen.

Spanien wird die Vertretung der Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland übernehmen.

Kein Zurück mehr.

Berlin, 5. Februar. (Privattelegramm.) Staatssekretär Dr. Zimmermann sagte gestern in einer Unterredung mit Korrespondenten amerikanischer Zeitungen: „Im Kampfe um unsre Existenz gibt es jetzt kein Zurück mehr.“

Meinungen des preussischen Kriegsministers.

Berlin, 5. Februar. (Privattelegramm.) Der Kriegsminister General von Stein schrieb für den „Lokalanzeiger“ auf dessen Einladung, sich über den Ernst der Lage zu äußern, folgende kräftige Sätze: Die Entscheidung in diesem Kriege steht noch bevor. Nach der schönen Abweisung des Friedensangebotes unsres erhabenen Kaisers ist Kampf die Lösung. Daher sollte man nicht so viel vom Frieden reden. Solches Gerede schläfert ein und läßt ängstliche Gemüter immer wieder nach dem Strohalm der Friedensausichten fassen. Es gibt keinen Frieden ohne die Waffenentscheidung. Darauf muß sich ein jeder einrichten, dort draußen im Felde und hier in der Heimat. Alles, was wir durch geistige und leibliche Arbeit unsrer Väter ererbt und durch eigene Tätigkeit hinzugebracht haben, alles, was deutsch ist, bildet den Einsatz. Es geht um die deutsche Arbeit auf allen Gebieten. Ob jemand reich oder arm, vornehm oder gering, weise oder unweise ist, er hat um das zu kämpfen, was er sein eigen nennt. Wir müssen alle zusammenstehen zu dem einen Ziel. Dieses Ziel ist der Krieg. Was nützen die besten Vorbereitungen für die Zeit nach dem Kriege, wenn wir vorher vernichtet sind. Daher sind alle Kräfte an den Kampf zu setzen und die Gedanken an den Frieden hintanzustellen.

Die Auffassung in Deutschland.

Berlin, 5. Februar. (Privattelegramm.) Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Vereinigten Staaten trifft die Reichsleitung nicht unerwartet. Auch mit dieser Möglichkeit, wie mit manchen andern, die der ungehemmte U-Boot-Krieg noch bringen könnte, ist gerechnet worden, als die verantwortlichen politischen und militärischen Stellen im engeren Einverständnis mit dem verbündeten Donauraiche den großen Entschluß faßten. Was der Reichskanzler in der Sitzung des Hauptausschusses vom 11. Jänner erklärte, nämlich, daß es kein Zurück mehr gebe, das bleibt in Kraft, und es gilt trotz aller Konsequenzen, die schon eingetreten sind, und die noch kommen werden. Der Reichskanzler stützte sich dabei auf die Worte Hindenburgs, die militärische Gesamtlage lasse es zu, alle Folgen auf uns zu nehmen, die der uneingeschränkte Unterseebootkrieg nach sich ziehen könnte. Mit diesem Satz war gesagt, daß alles vorherbedacht war, und daß man sowohl deshalb wie trotzdem alles, was beschlossen worden ist, auch ausführen werde. Der Reichskanzler gebrauchte in seiner Rede das Wort von „nüchternen Erwägungen“, aus denen heraus die Anwendung der besten und schärfsten Waffe notwendig geworden ist. Nüchterne Er-

... Erwägungen sind die Grundlage der Entscheidung. Die Verantwortung für die Entscheidung liegt bei dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Verantwortung für die Entscheidung liegt bei dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Verantwortung für die Entscheidung liegt bei dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

Protest der Bukowinaer Ruthenen.

Gegen die Ententenote an Wilson.

Dem Minister des Aeußern Grafen Czernin ist nachstehendes vom 3. d. M. datiertes Schreiben des Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Nikolaj v. Wassilko zugegangen:

Da die Ententemächte in ihrer Note an den Präsidenten Wilson als eines ihrer Kriegsziele die „Befreiung der Slawen“ in Oesterreich bezeichnen, fordern dieselben damit auch die Stellungnahme der einzelnen österreichischen slawischen Völker zu dieser, doch in erster Linie angeblich den Interessen der Slawen Oesterreichs selbst dienenden Absicht heraus. Die Ukrainer Oesterreichs haben ihren diesbezüglichen Standpunkt gleich bei Kriegsbeginn klar und unzweideutig zum Ausdruck gebracht: Aufstellung der ukrainischen Legion, der freiwilligen ukrainischen Guzulenschützen, Manifest aller ukrainischen politischen Parteien mit dem Zwecke der Mobilisierung sämtlicher physischen und moralischen ukrainischen Volksträfte gegen den historischen Erbfeind der Ukrainer — gegen Rußland — und für das Habsburger Reich, welches auf dem ganzen Erdball die einzige Stätte ist, auf der sich die Ukrainer national und kulturell entwickeln und ihr Volkstum pflegen konnten. Während der ganzen Kriegsdauer hat sich die politische Orientierung des österreichischen ukrainischen Volkes nicht geändert — wie bei Kriegsbeginn so steht es heute unerschütterlich bei und zu Oesterreich: sehnlich erwartet es den ruhmvollen Sieg der österreichischen Waffen, zu denen es mit seinem Blute so begeistert beiträgt.

Die Ukrainer des Kronlandes Bukowina haben sich diesem Standpunkte der ukrainischen Nation in Oesterreich getreu ihrer Tradition angeschlossen — es war ihnen dies noch dadurch erleichtert, daß dank der vorsehenden Verwaltung in den Grenzen ihres Landes die allslawische, panslawistische und russophile Orientierung niemals Anhang gewinnen konnte, so daß die politische Repräsentanz unserer Nation weder im Landtag noch im Reichsrat auch nur ein Mitglied zählt, welches sich nicht zum Programm „Oesterreicher ukrainischer Nationalität“ bekennen würde. „Treu bei Kaiser und Reich“ waren und bleiben die Ukrainer der Bukowina, ihr einziges Sehnen nach „Befreiung“ ist die Säuberung ihrer heimatlichen Scholle von der unerträglichen russischen Willkürherrschaft!

6. II. 1917

Der deutsch-amerikanische Konflikt.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In dem Verhältnisse zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika ist bis zu diesem Augenblick noch keine Veränderung eingetreten. Der hiesige amerikanische Botschafter hat seine Forderungen nicht verlangt, und es macht auch nicht den Eindruck, als ob in der allernächsten Zeit ein solcher Schritt zu gewärtigen wäre.

Zu einer endgültigen Beurteilung der politischen Lage fehlen noch wichtige Momente. Man weiß noch nicht, wie der amerikanische Kongress sich entscheiden wird. Die Botschaft Wilsons hat zweifellos zu einer Debatte im Kongress Veranlassung gegeben darüber, was Amerika in der nächsten Zeit praktisch zu unternehmen hätte und von welchem Standpunkte aus seine Politik gegenüber dem Schritte der Mittelmächte eingerichtet werden soll. Im Kongress gibt es bekanntlich auch Männer, die nicht grundsätzlich und von vornherein gegen die Mittelmächte gestimmt sind und wiederholt entente-feindliche Auffassungen ungeschämt vertreten haben. Sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach auch diesmal ihre Stimme erheben. Freilich ist das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im Kongress, insbesondere in der jetzt im Vordergrund stehenden Frage, nicht bekannt. Aber schon die Tatsache, auf die an dieser Stelle bereits hingewiesen wurde, daß Präsident Wilson sich in seiner Botschaft einer gewissen vorsichtigen Ausdrucksweise befleißigte, deutet darauf hin, daß er für ein etwa beabsichtigtes aggressives Vorgehen den parlamentarischen Boden erst vorbereiten mußte. Wenn Wilson in der Tat auf die schroffste unter allen denkbaren Lösungen hinarbeiten sollte, so wäre es auch möglich, daß er, um nicht den ersten Schritt selbst tun zu müssen, zweckentsprechende Mittel erwägen würde, um Deutschland zur Kriegserklärung zu provozieren und so die eigene Verantwortlichkeit zu entlasten.

In diesem Zusammenhange verdient die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß der in der Botschaft der deutschen Regierung gemachte Vorwurf, sie hätte ohne vorherige Andeutung eine von ihr gegebene Zusicherung zurückgezogen, vollkommen haltlos ist. Die deutsche Regierung hat eine Zusicherung, die darauf hinauslief, daß sie endgültig und für alle Fälle auf die Führung des unbeschränkten Unterseebootkrieges Verzicht leistete, niemals und niemand gegeben. Sie

hat vielmehr in der letzten an die Vereinigten Staaten gerichteten Note bezüglich des Unterseebootkrieges ausdrücklich den Aufschub des verschärften Seekrieges an die Voraussetzung geknüpft, daß die amerikanische Regierung innerhalb einer allerdings nicht näher bestimmten Frist England veranlassen würde, die von ihm begonnene Verletzung der völkerrechtlichen Regeln für den Seekrieg einzustellen und auf den Boden des bis zum Ausbruche des Weltkrieges gültigen und auch von England anerkannten Völkerrechts zurückzukehren. Ausdrücklich hat sich Deutschland für den Fall, daß Amerika dazu nicht imstande oder nicht gewillt wäre, wieder freie Hand vorbehalten. Ob Amerika nicht in der Lage war oder ob es überhaupt nicht die ernstliche Absicht hatte, England zur Beachtung des Völkerrechts zur See zu verhalten, kann für die Beurteilung des unbedingten Rechtes der deutschen Regierung, nach einer jedenfalls außerordentlich langen Geduldfrist ihre Entschlüsse in Einklang mit ihren Lebensinteressen zu bringen, gleichgültig sein. Was Oesterreich-Ungarn anbelangt, so hat es bekanntlich der amerikanischen Regierung niemals, sei es eine bedingte, sei es eine unbedingte Zusicherung hinsichtlich der Methoden des Unterseebootkrieges gegeben, und es fehlt dem Präsidenten Wilson insofern selbst der Vorwand, der ihm den Versuch erlauben würde, uns auf den Standpunkt, der ihm nunmehr besteht, festzulegen.

Auch ein Teil der europäischen neutralen Presse vertritt die heute morgen an dieser Stelle dargelegte Auffassung, daß der diplomatische Abbruch noch nicht notwendig den wirklichen Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland im Gefolge haben müsse. Es ist jedoch festzustellen, daß weder die amtlichen Kreise der Mittelmächte, noch auch deren Bevölkerung sich in dieser Beziehung einem übertriebenen Optimismus hingeben. In Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn hat die öffentliche Meinung das Vorgehen Wilsons mit der größten Ruhe und Fassung aufgenommen, und nur der Wunsch, die bisherige Distanz von der prahlerischen Art der Entente auch weiterhin zu wahren, rät von dem Bekenntnis ab, daß das Gefühl, das durch die Melbungen aus Amerika hervorgerufen wurde, nicht weit entfernt von Gleichgültigkeit gewesen ist. Tief wurzelt in der Bevölkerung der Mittelmächte das Vertrauen, daß die Regierungen und die verantwortlichen militärischen Persönlich-

6. II. 1917

Der Kampf um amerikanische Konflikte

keiten erst nach reiflicher Ueberlegung und Abschätzung der möglichen Folgen und der zur Verfügung stehenden Gegenwirkungen zu der schärfsten Waffe gegriffen haben. Die Erfahrungen, die die Mittelmächte und ihre Verbündeten mit den Gegnern, die nach Ausbruch des Weltkrieges neu auf den Plan traten, gemacht haben, rechtfertigen durchaus diese ungebeugte und vertrauensvolle Stimmung, durch die alle triumphierenden Ankündigungen der Ententepresse Lügen gestraft werden, als ob ein Eingreifen Amerikas eine moralisch niederdrückende Wirkung auf unsere öffentliche Meinung ausüben würde. Wohl aber ist bei den seit dreißig Monaten mit den Leiden des Krieges vertrauten Völkern eine gewisse Ratlosigkeit über die Motive, die Wilsons Handeln zugrunde liegen könnten, sehr begreiflich. Wenn Amerika es zum Kriege triebe, so würde er bei uns und in Deutschland vor allem als ein durchaus zweck- und sinnloser Krieg empfunden werden. Man braucht nicht erst zu sagen, daß die Mittelmächte selbst keinerlei Interesse daran haben, zu ihrem bisherigen Gegnern noch einen hinzuzubekommen. Aber auch auf die Frage, welchen Vorteil Amerika durch den Krieg wahrzunehmen hoffen sollte, ist eine vernünftige und zufriedenstellende Antwort kaum zu finden. Für seine Bemühungen, den Krieg durch Herbeiführung eines gerechten, auf Verständigung beruhenden Friedens abzukürzen, hat Präsident Wilson nur auf seiten des Verbundes Unterstützung, auf seiten der Entente aber Hohn und Ablehnung gefunden. Wenn er der Meinung sein sollte, daß Amerika durch aktive Teilnahme am Krieg eher imstande wäre, den Krieg abzukürzen, so würde sich das nach unserer festen Ueberzeugung sehr bald als verhängnisvoller Irrtum erweisen. Nicht nur bei den Mittelmächten, deren Gewohnheit es nicht ist, ihre Gegner zu unterschätzen, sondern auch bei der Entente selbst wird die Bedeutung einer etwaigen kriegerischen Aktion Amerikas nicht übermäßig hoch eingeschätzt, und erst vor kurzem hat in einer der vornehmsten englischen Zeitschriften ein Berichterstatter mit unverhohlenem Spott von der Mobilisierung gegen Mexiko Einzelheiten erzählt, die ein nichts weniger als imponierendes Bild des amerikanischen Militärwesens boten:

Allein auch abgesehen davon, was von der amerikanischen Waffenhilfe praktisch zu halten und zu erwarten wäre, würde Herr Wilson recht bald die Erfahrung machen, daß die Entente Hilfe anzunehmen, aber noch besser Dank zu sparen weiß. Einen Vorgesmack davon hat der Präsident der Vereinigten Staaten schon jetzt zu spüren bekommen. Von allem möglichen hat Lloyd George in seiner letzten großen Rede gesprochen, nur von Amerika nicht. Das war gewiß nicht Delikatesse, die den Anschein vermeiden will, als ob ein Druck auf die Entscheidungen der größten von den noch neutral gebliebenen Mächten beabsichtigt wäre. Herr Wilson selbst spricht immer nur von der Verteidigung amerikanischer Interessen, und die Entente ist von ihrem Standpunkt aus ganz im Recht, wenn sie ihn dabei läßt und den Preis der von dieser Seite erwarteten Hilfe beizugeiten niedrig ansetzt.

Was die europäischen Neutralen anbelangt, so warten sie sicherlich gespannt darauf, was Amerika tun wird. Es ist in diesem Augenblick bei keinem einzigen neutralen Staat in Europa Lust oder Absicht zur Einmischung in den Krieg wahrzunehmen. Die von den Mittelmächten verhängte Blockade wird gewiß als eine möglicherweise schwere Beeinträchtigung empfunden, jedoch eher als eine Beeinträchtigung von Export als von Import, insbesondere von Approbitionierungsinteressen. Daß die Schifffahrtunternehmungen in den neutralen Ländern, die nach ihren Ausweisen Gewinne bis zu 200 Prozent an ihre Teilnehmer auswarfen, das plötzliche Abreißen der Riesenkonjunktur nicht gern sehen, wird man, obgleich ohne Regungen übermäßigen Mitgeföhls, begreifen. Dagegen hürften sich die Neutralen, da sie schon seit längerer Zeit auf die nunmehr eingetretene Wendung gefaßt sein mußten, beizeiten mit Lebensmittelvorräten vorgeesehen haben. Ihre Ausfuhrverbote von Lebensmitteln, die in der letzten Zeit recht häufig ergingen, deuten darauf hin, daß ein Abfluß der aufgestapelten Vorräte etwa durch Ueberbietung der Preise von seiten Außenstehender verhindert werden sollte. Am meisten ist man in den neutralen Ländern, wie erwähnt, durch die Sorge vor einer Unterbindung des Exports, vor einer Lahmlegung der Industrie und durch die düsteren Erscheinungen von Arbeitslosigkeit beunruhigt. Die betreffenden Regierungen arbeiten aber schon heute an einer Lösung der erwarteten Schwierigkeiten, und man darf der Erwartung Ausdruck geben, daß sie dabei ebenso wie wir die Erfahrung machen werden, welche ungeahnte Hilfskräfte in einer auf sich selbst gestellten Volkswirtschaft verborgen liegen.

Nicht Krieg!

Der Schritt, den Wilson am dritten Februar vollzogen hat, ist tiefschmerzlich; vor allem deshalb, weil er die große Kraft der Union, die für den Frieden wirksam war, aus den Bemühungen, dem Weltkrieg ein Ende zu machen, wiederum ausschaltet. Denn wie soll Wilson für den Friedensschluß tätig sein, wenn er die Stelle, die ihm gebietet, zwischen den beiden Kriegslagern gerecht zu vermitteln, und die ihm diese Vermittlung möglich macht, verläßt und sich für die einen entscheidet, indem er sich gegen die anderen wendet? Aber es wird sich doch empfehlen, die traurige Wendung kaltblütig zu betrachten und sich den Präsidenten, dessen edle Absichten bis vor wenigen Tagen auch die offiziellen Notizen rühmten, nicht als einen Menschen ausschlagen zu lassen, von dem plötzlich die Kriegsstoltheit Besitz ergriffen habe. In seiner Botschaft an den Kongreß sagt Wilson, daß die amerikanische Regierung nach dem, was sie im April und Mai des vorigen Jahres der deutschen Regierung erklärt habe, jetzt „keine mit der Würde und der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbarliche Wahl hat, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom vorigen Jahre für den Fall einzuschlagen erklärt hat, daß die deutsche Regierung nicht das Aufgeben jener Methoden des Tauchbootkrieges erkläre und bewirke, die sie damals anwendete und zu denen sie wieder zurückkehren will“. Wir, die wir unter dem Kriege leiden und seufzen, müssen natürlich der Meinung sein, daß es Wilson wohl möglich gewesen wäre, einen anderen Weg einzuschlagen, also seine Drohung nicht wahr zu machen; und indem wir daran denken, was sich seit dem 12. Dezember 1916, seit dem Friedensvorschlag der Mittelmächte, alles ereignet hat, glauben wir schließen zu dürfen, daß auch der amerikanische Präsident verpflichtet gewesen wäre, eine Ueberlegung anzustellen, ob die Dinge heute so liegen, wie sie im Mai des vorigen Jahres gelegen sind, und ob gegen die Beweggründe, die ihn damals geleitet haben, heute nicht andere streiten, die wohl gleichfalls Berücksichtigung verdienen würden. Aber daß es nicht so ist, wie es in vielen der gewissenlosen Blätter jetzt dargestellt wird: daß Wilson auf die Möglichkeit des Bruches gleichsam gelauert hätte, daß er nun die Maske fallen gelassen habe und sich in seiner wahren Gestalt zeige, daß er nicht widerwillig und, wie er meint, notgedrungen den Schritt vollziehe, sondern freudig und mit kriegerischen Hintergedanken, das wird dem, der sich die Welt draußen nicht von lauter Bösewichtern bevölkert vorstellt, vorweg einleuchten. Es ist aber auch notwendig, das festzuhalten: weil nur dann, wenn Wilsons Schritt richtig begriffen wird, die Sicherheit besteht, daß Fehler vermieden werden, die nur den Gegnern zum Vorteil gereichen müßten.

Wenn gemeldet wird, daß sich die amerikanische Regierung jedes Schrittes peinlich enthalte, der eine Kriegshandlung wäre, so ist das durchaus glaubwürdig; und den entgegengesetzten „Meldungen“ aus London zu mißtrauen ist aller Anlaß vorhanden. Weder hat die amerikanische Regierung die in den amerikanischen Häfen liegenden Schiffe beschlagnahmt, noch hat sie sonst etwas unternommen, was über den Abbruch der Beziehungen hinausginge, was Krieg wäre oder darauf angelegt, zum Kriege zu gelangen; den gewaltigen Staat jenseits des Wassers etwa so zu betrachten, als ob er ein größeres Portugal wäre, grenzt an Kinderei. Wenn Wilson die Neutralen zum „Anschluß“ einladet, so ist das gewiß nicht so gemeint, daß er um Deutschland herum einen Bann feindseliger Neutralen zu sammeln hofft und legen will; Wilson will wirklich nichts anderes, als jenen unbeschränkten Unterseekrieg verhindern, den ein Jahr gehindert zu haben er als seine große diplomatische und pazifistische Leistung ansieht. Wohl aber wird es das Bestreben Englands sein, die Union in den Konflikt mit Deutschland immer weiter hineinzutreiben, ihn zu verschärfen, bis er, wie es sich die Entente erhofft, unlöslich wird und in den Krieg umschlägt. Diesem Beginnen würde man, indem man die Stimmung in Deutschland schärft und aufpeitscht, nur Vorschub leisten; jene Scharfmacher, denen der bisherige Krieg noch nicht schrecklich genug ist und die ihr Lagerwerk offenbar nicht geleistet zu haben glauben, bevor sie Deutschland nicht mit der ganzen Welt verfeindet haben, jene

Kriegsbeher, die nun Wilson als den Mann schildern, der den Krieg mit Deutschland bewußt anstrebe und mit teuflischen Mänteln herbeiführen wolle, die Besorgnisse, wie schon oft, auch hier die Geschäfte Englands. Es ist schlimm genug, daß sich zwischen Amerika und Deutschland dieser bittere Konflikt aufgetan hat; ihn zum Kriege steigern zu wollen, wozu die gewissen Scharfmacher, die damit „Klarheit“ verbreiten wollen, anscheinend Lust haben, wäre ein Verbrechen. Ein Verbrechen, wenn es Wilson übt, und kein geringeres, wer immer es anrät.

Es ist wahr, daß in diesem Kriege noch nie etwas eingetreten ist, was nach menschlicher Bestimmung ausschaut, daß sich vielmehr immer alles ereignet hat, was befürchtet wurde, was die Menschheit vom Frieden nur immer weiter wegführt. Auch haben wir es allimmer erlebt, daß das Unheil eilt und das Schreckliche seine ganze Logik durchmisst. Aber wir wären tief unglücklich, dabei auch nur durch ein Wort mitgewirkt zu haben, denn jedes fällt als Blutschuld auf den Herab, der es freventlich spricht.

England der Diktator der Entente.

Gardinge über die Lage in Rußland.

Berlin, 6. Februar.

Unter dem Titel „Ein Dokument“ schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Die Presse der feindlichen Länder erregte sich über die in der deutschen Note vom 31. Januar 1917 enthaltene Charakterisierung der Entente als der von England geführten Mächtegruppe und protestierte gegen die Unterstellung, als befänden sich die Verbündeten Englands von diesem irgendwie in Abhängigkeit. Wer sich der Fülle der Tatsachen nicht absichtlich verschließt, weiß, wie die Dinge liegen, und findet gewiß diese Wendung in der deutschen Note sehr schonend. Dem protestfreudigen Teil der feindlichen Presse wollen wir heute mit einem Beispiel dienen in Gestalt eines in unserem Besitz befindlichen Schreibens des früheren Vizekönigs von Indien, jetzigen Unterstaatssekretärs im englischen Auswärtigen Amt Lord Gardinge an den englischen Botschafter in Petersburg George Buchanan vom 21. Juli 1916, das ein Schlaglicht auf die Bemühungen Englands wirft, die Entscheidung seiner Bundesgenossen in Angelegenheiten zu beeinflussen, bei denen ein souveräner Staat eine fremde Einmischung nicht zu dulden pflegt. Wir ersuchen aus dem Schreiben, daß der englische Botschafter in Petersburg wegen des Rücktritts des damaligen russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Sazonow beim Zaren Schritte getan hat, um die Demission, die in England unerwünscht schien, zu verhindern oder rückgängig zu machen. Auch gewisse finanzielle Bande beleuchtet das Schreiben. Es lautet in wortgetreuer Uebersetzung:

Briefstempel
Foreign Office.

Privat.

Auswärtiges Amt, 21. Juli 1916.

Mein lieber George!

Ihr liebes Telegramm von heute morgen, das den Rücktritt Sazonows meldet, ist entschieden betrübend. Es ist sehr möglich, daß in diesem Augenblick ein Wechsel in Betracht gezogen wird, besonders während die Verhandlungen wegen des Eintrittes Rumäniens in den Krieg im Fortschreiten sind und wahrscheinlich befriedigend ausgehen werden. Es ist erstaunlich, eine wie schlechte Rolle die russischen Reaktionen immer spielen. Ich bin froh, daß Sie Ihr Telegramm an den Zaren sandten, und hoffe, es möge eine Wirkung haben. Bendaendorff scheint jetzt sehr niedergedrückt zu sein wegen der Schwierigkeiten, die er in seinem finanziellen Arrangements mit Mac Kenna erfährt. Die wirkliche Crux ist das Geld, das er von uns zu bekommen wünscht, um den Rubelkurs zu halten. Mac Kenna, wie alle Finanzleute engherzig und pedantisch, behauptet, der Rubelkurs sei keine den Krieg berührende Frage. Seine Ansicht ist falsch. Es ist möglich, daß wir intervenieren müssen.

Die Verhandlungen mit Rumänien scheinen befriedigend fortzuschreiten, aber ich werde von ihrem Erfolg nicht eher überzeugt sein, als bis ich Rumäniens Kriegserklärung sehe. Denn Bratianu ist der ausweichendste Mensch und ist es immer gewesen. Sogar jetzt versucht er sich herauszuwinden mit der Behauptung, unsere Offensive in Mazedonien sei nicht alles, was er wünsche. Doch muß er einsehen, daß Rumänien nicht die enormen Länderstücke, wonach es strebt, erhalten wird, soferne es nicht etwas dafür leistet. Ich hoffe noch, daß alles gut gehen wird innerhalb der nächsten Tage.

In Flandern geht alles gut. Wir haben eine Menge von Menschen und Munition und nach allen Berichten erleiden die Deutschen sehr starke Verluste. Unterdessen scheinen die russischen Befehlshaber ihren siegreichen Vormarsch fortzusetzen. Ich hoffe nur, daß ihnen in der nächsten Zeit die Munition nicht knapp wird.

Stets Ihr

Gardinge of P.

Aus dem letzten Absatz des Schreibens sieht man, wie groß die Hoffnungen gewesen sind, die England auf die Offensive an der Somme und auf die Brussilowsche Offensive im vorigen Jahre vergeblich gesetzt hatte. Die Stelle im Schreiben: „Rumänien muß einsehen, daß es nicht die enormen Länderstücke, wonach es strebt, erhalten wird, soferne es nicht etwas dafür leistet“, vergleiche man mit der Erklärung des englischen Premierministers am 11. Oktober 1916: Belgien, Serbien — und jetzt Rumänien, dessen König und Volk, nichtachtend der tausend Lockungen zu einer kleinlichen und selbstsüchtigen Neutralität, sich unserer Sache angeschlossen, vergießt sein bestes Blut für die Sache der bedrohten Unabhängigkeit der kleinen Nationalitäten.

Der wahre Beweggrund Wilsons.

Berlin, 6. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Von amerikanischer und gegnerischer Seite sucht man den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten mit der Behauptung zu begründen, daß Deutschland „mutwillig seine gegebenen feierlichen Versprechungen zurückgezogen habe“.

Demgegenüber weist man hier mit allem Nachdruck darauf hin, daß Deutschland in seiner Note vom 4. Mai sich ausdrücklich volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten habe für den Fall, daß es nicht möglich sei, Englands Kriegführung in die Grenzen des anerkannten Völkerrechtes zurückzuführen. Präsident Wilson habe in dieser Hinsicht nicht das geringste seitdem getan, sondern die Völkerrechtsverletzungen Englands weiter geduldet. In weiten Kreisen Deutschlands bricht sich daher mehr und mehr die Ansicht Bahn, daß der wahre Grund des plötzlichen Vorgehens Wilsons in der durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg herbeigeführten schwierigen Lage des Bierverbandes zu suchen sei. Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg hat als erwartete Folge schon die plötzliche weitgehende Einstellung des neutralen Schiffsverkehrs gezeigt, deren gefährliche Tragweite der Bierverband richtig erkannt hat. Einen Beweis für die in Ententekreisen eingetretene Besorgnis findet man in dem auffallend ernsten und in merkwürdigem Gegensatz zu früheren Reden stehenden Ton der letzten Rede Lloyd Georges in Carnarvon. Wenn nun Wilson die durch

manche Beziehungen mit der Entente eng verknüpften Vereinigten Staaten sofort auf den Plan treten läßt, so sieht man darin eine Rettungsaktion und den Beweis für die Schwäche der Lage des Bierverbandes. Die dürftige, wenig stichhaltige und durch den klaren Wortlaut der deutschen Note widerlegte Begründung Wilsons läßt erkennen, daß man selbst in Amerika nicht glaubt, daß Deutschland amerikanische Lebensinteressen mutwillig bedrohe.

Z. II. 1917

Spaniens Haltung in der Friedensfrage.

Ein Abkommen der dynastischen Parteien.
z Zürich, 7. Februar. (Priv.-Tel.)

Der N. B. Z. wird aus Madrid telegraphiert:

Bei dem Bankett, das das Ayuntamiento von Madrid den Alfalben gab, hielt Romanones, der Ministerpräsident, eine viel bemerkte Rede. Er versicherte zunächst, daß Spanien seine Neutralität nicht aufgeben werde, und erklärte dann, daß die gegenwärtige Lage so sei, daß kein anderer Souverän so wie der König von Spanien in der Lage sei, im geeigneten Moment in den europäischen Konflikt einzugreifen.

Gleichzeitig mit dieser Rede des Ministerpräsidenten Romanones beschäftigt eine Rede des früheren konservativen Ministerpräsidenten, die dieser bei einem Bankett der konservativen Partei hielt, die öffentliche Meinung. Man hat den Eindruck, daß beide Reden auf ein Abkommen hinweisen, das zwischen den Vertretern der dynastischen Parteien nach mehreren Konferenzen des Königs mit den politischen Parteiführern zustande kam. An diesen Unterredungen sollen sich außer dem Ministerpräsidenten Grafen Romanones auch die früheren Ministerpräsidenten Maura, Dato, ferner Garcia Prieto beteiligt haben.

Aus diesen Besprechungen ging die bekannte Note an die Vereinigten Staaten hervor. Diese Note es bekanntlich in sorgfältig redigierter Form ab, den Schritt Wilsons in der Friedensangelegenheit zu unterstützen. Doch wurde damals schon beschlossen, spätere Schritte nicht zurückzuweisen. Der König, der naturgemäß bestrebt ist, zur Beendigung des Krieges mit beizutragen, soll zu seinen Ministern bemerkt haben, es bestehe eine gewisse Gefahr in einem überstürzten Frieden, ganz abgesehen davon, daß im gegenwärtigen Augenblick jeder Vermittlungsversuch unnütz sei.

Der Bruch mit Amerika.

Das Bevölkerungsproblem — ein retardierendes Moment.

Die öffentliche Diskussion in Freund- und Feindesland wird heute von der Frage beherrscht, ob Amerika dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland — ein Bruch mit Oesterreich-Ungarn ist bis zur Stunde nicht erfolgt — den Eintritt in den Krieg folgen lassen wird.

Aller Blicke richten sich jetzt auf die Vereinigten Staaten, mit denen uns nebst den politischen und volkswirtschaftlichen so zahlreiche persönliche Bande nationaler Gemeinschaft und familiärer Beziehungen verbinden. Die Zentralstaaten, mit denen Amerika jetzt in Konflikt geraten ist, haben in den letzten Jahrzehnten den größten Anteil an der Einwanderung nach Amerika gewonnen, und heute führt ein sehr beträchtlicher Teil der Bevölkerung Amerikas seine Abstammung auf Deutschland oder Oesterreich-Ungarn zurück. Wohl haben diese Einwanderungselemente die englische Kultur in Amerika nicht zu verdrängen oder auch nur merklich zu beeinflussen vermocht, sie sind im Gegenteil auffallend rasch von der anglo-amerikanischen Kultur absorbiert und assimiliert worden und politisch im Anglo-Amerikanertum aufgegangen. Immerhin sind sich wenigstens die Eingewanderten der ersten Generation ihrer Heimat noch sehr wohl bewußt, unterhalten lebhaft Beziehungen mit ihr und zwingen die öffentliche Meinung, die der wahre Herrscher in den Vereinigten Staaten ist, zu einer gewissen Rücksichtnahme, zur Vorsicht in allen Fragen, die nationale Empfindungen berühren, und dazu gehören gewiß auch die Fragen, die im gegenwärtigen Kriege ins Spiel kommen. Deswegen ist es gut, sich im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Dinge jenseits des Ozeans die Bedeutung der Einwanderung in den Vereinigten Staaten gegenwärtig zu halten.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat im Jahrzehnt 1900 bis 1910, für welchen Zeitraum die letzten offiziellen Zählungsergebnisse vorliegen, durchschnittlich um rund 1.6 Millionen Menschen im Jahr zugenommen. Dieser relativ große Bevölkerungszuwachs stellt jedoch nur zum Teil den Ueberstich der Geburten über die Todesfälle dar; er ist vielmehr in sehr starkem Maß von der überaus großen Einwanderung beeinflusst, die sich im erwähnten Zeitraum zwischen 780.000 und 1.285.000 Köpfen jährlich bewegte. Rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Union stammt von fremden Eltern (of foreign parentage) ab, und darunter gab es wieder etwa ein Drittel (also etwa 11 Prozent) Auswanderer, die noch selbst im Ausland geboren waren (foreign born). In der Zeit von 1820 bis 1905 übersiedelten nach der Union 7.3 Millionen Menschen aus Großbritannien, 1.7 Millionen aus den skandinavischen Ländern und 5.2 Millionen aus Deutschland. Gegenwärtig hat die Zahl der Auswanderer germanischer Rasse, insbesondere der Deutschen aus dem Reich, bedeutend abgenommen, und an die Spitze der Bewegung haben sich Italien, Oesterreich-Ungarn und Rußland gestellt. Oesterreich-Ungarn hat 1831 bis 1906 an die Vereinigten Staaten 2.6 Millionen Menschen, Rußland 2 Millionen abgegeben. Erst seit 1900 wurde in Oesterreich-Ungarn, seit 1902 in Rußland die Zahl von je 100.000 Auswanderern im Jahr überschritten und erreichte im Jahre 1906/07 (dem amerikanischen Fiskaljahr vom 1. Juli bis 30. Juni) für die Monarchie die Rekordhöhe von 338.452, für Rußland gleichfalls den höchsten Stand von 258.943. Im Jahre 1912/13 wanderten in der Union aus Oesterreich-Ungarn 255.000 Menschen, aus Rußland 291.000 Menschen ein.

Das stärkste Auswanderungskontingent unter den slavischen Völkern stellen die Polen, unter den anderen slavischen Völkern sind insbesondere die Kroaten und Slowaken aus Ungarn an der Auswanderung besonders lebhaft beteiligt. Da die Einwanderer in den letzten Jahren vor dem Krieg in großer Zahl aus Italienern, Slaven und Juden bestehen, die für die Vereinigten Staaten minder erwünscht erscheinen, als die leichter die englische Sprache lernenden Deutschen und schon gar die gleichsprachigen Engländer, da weiter der große Zug dieser Arbeiter sich nicht nach dem aufnahmefähigen Westen und Süden und nicht nach dem Ackerbau, sondern meist der Industrie und den Bergwerksarbeiten zuwendet, entstand gegen sie ein weitverbreiteter Antagonismus, der noch jetzt nicht geschwunden zu sein scheint. Instinktiv dem Grundsatz der Konzentration folgend, siedeln sich die meisten Deutschösterreicher in New-York, Pennsylvania, Illinois, Ohio und New-Jersey; die Polen in den Staaten Pennsylvania, Illinois, New-York, Wisconsin, Michigan, Massachusetts, New-Jersey, Ohio, Connecticut, Minnesota, Indiana, Missouri und Nebraska, in kleineren Gruppen auch in Rhode-Island, North-Dacota, Delaware und New-Hampshire an; die Böhmen und Mährer finden sich meistens in den Staaten Illinois, New-York, Pennsylvania, Ohio, seit 1906 auch in Texas, Georgia und Alabama; die Kroaten und Slowenen verbleiben mit Vorliebe in den Staaten Pennsylvania, Illinois, Ohio, New-York, Minnesota, Missouri, Michigan und Wisconsin; die Slowaken in den Staaten Pennsylvania, New-York, New-Jersey, Ohio, Illinois und Connecticut; die Ungarn in den Staaten Pennsylvania, New-York, New-Jersey, Connecticut, Illinois, Michigan, Ohio; die Juden bleiben in großer Zahl im Staate New-York, überdies in Pennsylvania, New-Jersey, Illinois und Massachusetts; die Ruthenen verdingen sich meist zur Arbeit in Pennsylvania, New-York, New-Jersey, Ohio,

Massachusetts, Connecticut, Illinois; schließlich die Rumänen, Serben und Bosnier in Ohio, Pennsylvania und New-York. Diese Konzentration schafft in den Staaten förmliche Sprachinseln und verzögert die Assimilation, wodurch naturgemäß der Antagonismus der einheimischen Bevölkerung gegen diese Einwanderer vergrößert wird.

Eine weitere Ursache der Gegnerschaft gegen die Einwanderer bildet deren Berufsartigkeit. Bei den Engländern, Franzosen, Deutschen und Juden ist die Anzahl der Einwanderer von höherem Bildungsgrad relativ groß. Insbesondere bei den Juden besteht nahezu die Hälfte aus qualifizierten Arbeitern und Handwerkern. Dagegen überwiegt bei den slavischen Völkern und Ungarn das Arbeiterelement, es beträgt sogar Dreiviertel der Gesamteinwanderer, und in manchen Jahren noch mehr. Eine Ausnahme machen die Tschechen, bei denen die Zahl der Handwerker etwa ein Viertel aller Einwanderer ausmacht. Im Verhältnis zu den Engländern, Franzosen, Deutschen und Juden erfüllen die slavischen Nationen und insbesondere die Polen, Ruthenen und Slowaken die niedrigeren Handleistungen, die schwere physische Arbeit, die relativ schlecht bezahlt wird, und die ein eingebornen amerikanischer Arbeiter sehr ungern übernimmt und jedenfalls nur gegen wesentlich höhere Entlohnung. Bei ihren bescheidenen Lebensansprüchen machen die slavischen Einwanderer vielfach Erparnisse, die sie in den meisten Fällen zum Ankauf von Grund und Boden in ihrer ursprünglichen Heimat benützen. Ein Großteil bleibt aber in seiner neuen Heimat, und wenn er auch seine nationalen Eigenheiten behält, so wird doch zumindest die zweite oder dritte Generation assimiliert.

Z. II. 1917

Der polnische Staatsrat.

Die Bestimmungen des Organisationsstatuts.

W Warschau, 7. Februar.

Das Organisationsstatut des Staatsrates, das in der letzten Sitzung angenommen wurde, handelt von den Organen des Staatsrates: Allgemeine Versammlung, Ausführender Ausschuss, Kronmarschall, Abteilungen, vorbereitende Kommissionen und örtliche Kommissäre.

Der ausführende Ausschuss besorgt unter der Oberaufsicht der allgemeinen Versammlung die organisatorischen und administrativen Aufgaben des Staatsrates. Er verständigt sich im Namen des Staatsrates mit den Okkupationsbehörden. Ihm gehören der Kronmarschall, der Vizemarschall und sieben Abteilungsdirektoren an. Der Kronmarschall ist Vorsitzender der allgemeinen Versammlung und des ausführenden Ausschusses, Siegelbewahrer und bis zur Wahl des Herrschers oder Regenten Oberster Vertreter der polnischen Staatsgewalt, der sie innerhalb und außerhalb des Staates repräsentiert.

Die acht Abteilungen bearbeiten im Auftrage des ausführenden Ausschusses die Gesetz- und Verordnungsentwürfe und geben Gutachten ab. Die Organisation der noch nicht eingerichteten Kriegsabteilung bedarf der Bestätigung des zur Organisation des polnischen Heeres berufenen Oberkommandierenden der verbündeten Mächte. In jeder Abteilung wird ein ständiger Abteilungsrat gebildet, dem Mitglieder des Staatsrates und Sachverständige von außerhalb des Staatsrates angehören. Der Abteilungsrat für Kultus und Unterricht gehören im Abteilungsrat noch Vertreter der Religionsgemeinschaften an: zwei des katholischen Episkopats, einer des evangelischen Augsburger Konsistoriums, einer des evangelisch-reformierten Konsistoriums und einer der jüdischen Landesgemeinde. Der Abteilungsdirektor wird vom ausführenden Ausschuss aus seiner Mitte delegiert und der Vizedirektor durch die allgemeine Versammlung ernannt. Bis zur Errichtung einer Verwaltung wird ein allgemeiner Ausschuss im Einkverständnis mit den Okkupationsbehörden in den Kreisen und größeren Städten Ortskommissäre ernennen. Ein besonderes Statut wird die Kompetenz der Ortskommissäre regeln. Die Staatsratsmitglieder sind Beamte der Krone Polens im Staatsrat, nicht Vertreter und von Parteien und Organisationen, und können nicht am politischen Parteikampf teilnehmen.

Südamerika und der Krieg.

In seiner Botschaft an den Kongress, mit der Präsident Wilson den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland angekündigt hat, sprach er die Erwartung aus, daß die anderen neutralen Staaten dem Beispiel der Union folgen werden. Bis zur Stunde hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. Nach den vorliegenden Blätterstimmen hat es vielmehr den Anschein, daß die europäischen Neutralen von der bisher befolgten Neutralitätspolitik nicht abweichen werden. Dagegen dürften sich, wenn man nach den sporadischen und überdies aus englischer Quelle stammenden Nachrichten urteilen darf, die sogenannten WB-Staaten (Argentinien, Brasilien und Chile) dem Vorgehen der Vereinigten Staaten anschließen. Wenn auch die wirtschaftlichen Interessen dieser Staaten sehr divergieren und beispielsweise Brasilien an den Folgen eines Bruches mit den europäischen Mittelstaaten nach dem Krieg sehr schwer zu tragen haben würde, so ist es doch leider Tatsache, daß in ganz Südamerika die politische Stimmung gegen Deutschland gerichtet ist, und daß seit dem Ausbruch des Krieges die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit dieser Länder von Nordamerika gewaltig zugenommen hat. Ueberdies wickelte sich in den letzten zwei Jahren der Außenhandel Südamerikas, soweit er Europa betrifft, zum weitest aus größten Teil mit den Alliierten und zum geringen Teil mit den Neutralen ab. Eine Unterbindung dieses Handels durch die Verschärfung des U-Bootkrieges wäre fast gleichbedeutend mit einem Abschneiden des Lebensnervs der WB-Staaten, da ein Erías aller europäischen Absatzgebiete fast ausgeschlossen ist. Eine weitere Verlockung für Südamerika, sich dem Vorgehen der Vereinigten Staaten anzuschließen, liegt auch in dem Umstand, daß sie ihrer würgenden Schiffsräumnot durch eine Beschlagnahme der deutschen und österreichisch-ungarischen Schiffe einigermaßen abhelfen könnten. In den Häfen Argentiniens, Brasiliens und Chiles liegen etwa 450.000 Tonnen Schiffe der beiden europäischen Mittelmächte.

Argentinien hat in sich alle Vorbedingungen zu einem Agrarstaat, ist aber bei der riesigen Ueberproduktion über den eigenen Bedarf zu einem einseitigen Exportstaat geworden. Von der gesamten Fläche des Landes von etwa 300 Millionen Hektar entfällt je ein Drittel auf Ackerbau, Viehzucht und Waldbau inklusive Unland. Die heute landwirtschaftlich genützte Fläche beträgt rund 23 bis 24 Millionen Hektar, wovon ein Fünftel auf den Ackerbau, vier Fünftel auf die Viehzucht (Weiden) entfallen. Der Ackerbau wird sehr extensiv auf großen Latifundien betrieben und der durchschnittliche Hektarertrag ist demnach relativ gering. Die Ausfuhr des großen Ueberschusses an Getreide aller Art bildet die Haupteinnahmequelle des Landes. Die nächstwichtigste Einnahmequelle Argentiniens ist die Viehzucht. Nach der Zählung von 1912 besaß Argentinien 30 Millionen Rinder, 8 1/2 Millionen Pferde, 4 1/2 Millionen Ziegen und 74 Millionen Schafe. Im Anschluß an die große Viehzucht hat die einseitige große Industrie des Landes, die Nahrungsmittel-, namentlich die Fleischindustrie große Bedeutung für das Land erlangt. Das Rückgrat der Finanzen Argentiniens bilden die Einfuhrzölle, Hafengebühren und Verbrauchssteuern, die nahezu zwei Drittel der gesamten Staatseinnahmen ausmachen und somit im wesentlichen vom Außenhandel abhängen. Fast alle Industrieerzeugnisse müssen aus dem Ausland eingeführt werden, und die Einfuhr wird mit der Ausfuhr von Naturprodukten bezahlt. Der weitaus größte Teil seiner Ausfuhr ist schon in Friedensjahren nach den Ländern der Entente, namentlich nach England gerichtet gewesen. Im Krieg war es

ausschließlich der Fall. Ueberdies hat Argentinien im Krieg infolge der enormen Preissteigerung der Nahrungsmittel ganz besonders gute Geschäfte gemacht. Während die Einfuhr im Jahre 1913 421 Millionen Pesos Gold (1 Peso Gold = R. 4.78), die Ausfuhr 483 Millionen Pesos Gold betragen hatte, ist erstere im Jahre 1915 auf 227 Millionen Pesos Gold gesunken, letztere dagegen auf 558 Millionen Pesos Gold gestiegen. In erster Stelle steht England, das aus Argentinien Waren für 165 Millionen Pesos bezogen und für 68 Millionen Pesos geliefert hat, an zweiter Stelle befinden sich die Vereinigten Staaten mit einer Einfuhr aus Argentinien von 90 Millionen Pesos und einer Ausfuhr von 56 Millionen Pesos. Frankreich und Italien bezogen Nahrungsmittel für je 40 Millionen Pesos. Diese wenigen Ziffern zeigen deutlich die große Bedeutung der Aufrechterhaltung des Handels mit Europa für Argentinien.

Die Volkswirtschaft Brasiliens, des größten Staates Südamerikas und des fünftgrößten Staates der Welt, beruht gleichfalls auf dem Export. Diese Einseitigkeit hat sich während des jetzigen Krieges sehr gerächt. Die Produkte des Landes blieben, soweit sie nicht von England und Frankreich verbraucht werden konnten, meist aufgestapelt liegen, was zuerst zu einer Störung des Handels und in weiterer Folge zu einer allgemeinen Krise geführt hat. Bei der Ausfuhr Brasiliens ist an erster Stelle der Kaffee zu nennen; nicht weniger als 85 Prozent der Kaffeeproduktion der Welt entfallen auf Brasilien. Die große Steigerung des Kaffeebaues führte zu einer dauernden Ueberproduktion, deren Folgen, ein starkes Sinken des Preises der Ware, zu her bekannten Mangel der Kaffeevalorisation geführt haben. Neben Kaffee kommen noch Kautschuk, Tabak, Rindhäute u. a. als Exportartikel in Betracht. Der Wert der von Oesterreich-Ungarn im letzten Friedensjahr aus Brasilien eingeführten Waren

belief sich auf 69 Millionen Kronen, dem eine Ausfuhr von 13 Millionen gegenübersteht. Doch muß dabei berücksichtigt werden, daß ein großer Teil des über deutsche Häfen vor sich gehenden brasilianischen Handels in diesen Ziffern nicht enthalten ist. Nach Deutschland hat Brasilien in der gleichen Zeit Waren im Werte von 248 Millionen Mark ausgeführt und von daher solche im Werte von 200 Millionen eingeführt. Auf die Handelsbeziehungen mit den Mittelmächten wird Brasilien auch nach dem Kriege um so mehr angewiesen sein, als seine Finanzen, die vor ungefähr zwanzig Jahren von der Firma S. M. Rothschild Söhne in London durch das Fundingloan-Abkommen „saniert“ wurden, keineswegs glänzend sind. Das Gleichgewicht im Haushalt ist noch nicht erreicht, und der scheinbare Ueberchuß beruht — auf Anleihen, die noch immer 45 Prozent der Staatseinnahmen betragen.

Im Gegensatz zu Argentinien ist in Chile der Bergbau von größter Bedeutung. Er erstreckt sich in erster Linie auf die Gewinnung von Salpeter, dessen jährliche Produktion rund 30 Millionen Zentner beträgt. Oesterreich-Ungarn hat aus Chile im Jahre 1913 Waren im Werte von 23 Millionen Kronen (darunter Salpeter 22 Millionen) eingeführt und bloß Güter im Werte von 5 Millionen Kronen ausgeführt. Der Import Deutschlands belief sich auf 200 Millionen Mark (darunter Chilealpeter 171 Millionen), dem eine Ausfuhr von 93 Millionen Mark gegenübersteht. Da der Ausfuhrzoll auf Salpeter das Rückgrat der chilenischen Staatseinnahmen bildet, so ist es einleuchtend, daß die während und infolge des Krieges bei den Mittelmächten zu großer Vollkommenheit gediehene Erzeugung von künstlichem Salpeter die Finanzen Chiles aufs empfindlichste berührt.

Die nordischen Neutralen.

Der Präsident der Nordamerikanischen Union, von der die kleineren Neutralen schon so oft während dieses Weltkrieges die Initiative zur Wiedererlangung des Friedens erwarteten, hat jetzt an seine neutralen Leidensgenossen die Aufforderung gerichtet, auch seine Schicksalsgenossen zu werden und sich seinem Schritt gegen Deutschland anzuschließen. Er erwartet, daß sie sich aus denselben Gründen, die ihm als zwingend erschienen, zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland entschließen würden.

Eine offizielle, amtliche Kundgebung der Regierungen der bisher neutralen Staaten zu dieser Einladung liegt noch nicht vor. Dagegen wurden uns bereits zahlreiche Zeitungsstimmen, insbesondere aus den nordischen Ländern, übermittelt, die, wenn man sie als Ausdruck der öffentlichen Meinung der betreffenden Staaten werten darf, wenig Neigung, zumindest der nordischen Völker, verraten, an der neuesten Wendung der amerikanischen Politik teilzunehmen. Ziemlich übereinstimmend wird in diesen Kundgebungen der öffentlichen Meinung darauf hingewiesen, daß sich die Union und die Neutralen Nordeuropas in grundverschiedener Lage befinden. Das Reich, dessen Geschicke jetzt in der Hand Wilsons liegen, ist eine Großmacht, die gerade in diesem Krieg ihre Reich-

tümer, ihre wirtschaftliche Kraft und ihren Einfluß ins Ungeahnte gesteigert hat. Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen, um die es sich hier handelt, sind aber Kleinstaaten, deren Bevölkerung zwar wohlhabend ist, die aber, selbst alle zusammengenommen und als ideale Großmacht angesehen, noch keine reale militärische oder wirtschaftliche Großmacht bilden. Der allerbedeutsamste Unterschied aber besteht darin, daß die nordamerikanische Union jenseits des großen Wassers ist, während Holland und Dänemark Grenznachbarn Deutschlands sind, das auch Schweden und Norwegen von der Seeheraus aus bedrohen kann, weil es in jenem Teil der Ostsee, der in Betracht kommt, die unbeschränkte Seeherrschaft besitzt. Wenn sich also für die Union aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen die äußersten Folgen ergeben sollten, so hat Nordamerika naturgemäß keinen unmittelbaren Angriff Deutschlands zu befürchten. Anders steht es für seine Nachbarn. Es hat sich gerade in der letzten Zeit an dem Beispiel Rumäniens gezeigt, wie leicht und rasch ein kleiner Staat von den Mittelmächten übermunden und erledigt werden kann, wenn er sich der scheinbar so übermächtigen Vereinigung ihrer Gegner anschließt. Nicht nur für den Kriegsfall, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege, für den Frieden also, steht für die europäischen Neutralen in der Nachbarschaft Deutschlands, deren Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich auch während des Krieges niemals ganz aufgehört haben, weit mehr auf dem Spiele als für die Union, die in einem anderen Weltteil liegt und Europa mehr zu geben hat, als es von ihm zu beziehen braucht. Daraus erklärt sich auch die Schärfe der Sprache, die insbesondere in Schweden gegen den Vorschlag Wilsons geführt wird, den man als eine Wiederholung der Ententeversuche aufsaßt, die Neutralen unter allen Umständen zum kriegerischen Anschluß zu zwingen.

So oft auch in diesem Kriege alle Voraussetzungen, alle Berechnungen getäuscht haben mögen, wird man diesmal vielleicht doch die Erwartung hegen dürfen, daß auch die Antworten der Regierungen der nordischen Neutralen an Wilson

ihnen kaum entsprechen werden. So freudig ihm die Bevölkerung dieser Staaten zustimmte, wenn er in ihnen die Hoffnung erweckte, er werde sie zum Frieden führen, so zögernd und mißtrauisch kommen sie ihm entgegen, wenn er ihnen keine Führerschaft in dem Vernichtungskrieg aller gegen alle anträgt.

**Der Schutz der deutschen Interessen durch
die Schweiz.**

**Mitteilung der Schweizer Gesandtschaft in
Wien.**

Wien, 8. Februar.

Die schweizerische Gesandtschaft teilt uns mit:

Die Schweiz hat auf Ersuchen der deutschen
Regierung den Schutz der deutschen Inter-
essen in Frankreich, England, den Ver-
einigten Staaten, Japan und den nicht be-
setzten Teilen Rumäniens übernommen.

Ablehnung der Kohlenzufuhr für England durch Holland.

Berlin, 8. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Wie wir aus guter Quelle erfahren, hat England die Kohlenzufuhr für Holland bereits vom 29. Januar angefangen von Bedingungen abhängig gemacht, die für Holland unannehmbar waren und daher von der holländischen Regierung abgelehnt werden mußten.

Hienach hat England schon vor der deutschen Erklärung vom 31. Januar die Kohlenzufuhr nach Holland tatsächlich unmöglich gemacht.

Die Schweiz bleibt neutral.**Gespräch mit dem Wiener Gesandten der Schweiz.**

Dr. Charles Daniel Bourcart, der Gesandte der Schweiz am Wiener Hofe, erteilte dem Wiener Vertreter des „N. O.“ folgende, die Lage betreffende Aufklärungen:

Die offizielle Schweizerische Depeschenagentur meldet, sagt der Gesandte, Präsident Wilson hätte die schweizerische Regierung eingeladen, sich dem Vorgehen Amerikas gegenüber Deutschland anzuschließen. Die Antwort der schweizerischen Regierung wird erst veröffentlicht werden, wenn Wilson in ihrem Besitze ist. Es bestehe jedoch nach den Erkundigungen der Schweizerischen Depeschenagentur kein Zweifel darüber, daß die Schweiz, wenn sie von Deutschland mit der Vertretung der deutschen Interessen in Amerika betraut würde, einen solchen Auftrag annehme. — Der letzte Teil dieser offiziellen Meldung allein würde genügen, um alle Zweifel daran zu beseitigen, wie die Antwort der schweizerischen Regierung ausfallen wird, bezw. ausgefallen ist. Wenn die Schweiz gegebenen Falles bereit ist, den Schutz der deutschen Interessen in Amerika zu übernehmen, so bedeutet dies schon, daß sie sich dem Vorgehen Amerikas gegen Deutschland nicht anschließt. Die Schweiz ist in einer ganz anderen Lage als Amerika; sie hat keine Flotte, die Handel treibt, keine Schiffe, die versenkt werden könnten und vor allem: sie ist von den kriegsführenden Mächten umgeben und eingeschlossen. Ihr Vorgehen muß daher naturgemäß anders sein als das Amerikas.

„In der Schweiz selbst besteht keine Nervosität, obwohl natürlich die Lage der Schweiz durch die Verschärfung der Seekriegführung eine bedeutende Verschlechterung erfährt. Die Schweiz bezieht eine Reihe wichtiger Waren, wie Getreide, Wolle, Baumwolle, Kaffee usw. über ausländische Häfen; so ist der Hafen Gatte an der französischen Südküste im Mitteländischen Meer zum größten Teil dem Warenverkehr mit der Schweiz gewidmet. Wir fassen es nun als ein Entgegenkommen der deutschen Regierung auf, daß sie den Hafen von Gatte von der Unterseebootblockade ausgenommen hat.“

Bern, 7. Februar.

Die „Zürcher Post“ erhält von „geschätzter Schweizer Seite“ eine Zuschrift, die darauf hinweist, daß das Verhalten des Präsidenten Wilson die Neutralen sehr enttäuschen müsse und daß Amerika keine Legitimation für seine Aufforderung „zum Schutze gemeinsamer Interessen“ besitze. Amerika habe lediglich vom Standpunkt seiner amerikanischen, den europäischen nicht entsprechenden Interessen niemals erkennen wollen, daß stets englische Verletzungen des Völkerrechtes erfolgten, ehe Deutschland seinerseits vorgegangen sei. Die Zuschrift sagt dann wörtlich: „Wilson kann nach seinem neuesten Schritt nicht mehr den Anspruch erheben, im Interesse der Menschlichkeit zu handeln.“ Amerika brauchte nur materielle Opfer zu bringen, um den Krieg zu Ende zu bringen.

9. II. 1917

Die Beziehungen zwischen unserer Monarchie und den Vereinigten Staaten.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Zwischen dem Grafen Czernin und Mr. Penfield finden seit dem diplomatischen Bruch zwischen Amerika und Deutschland Verhandlungen statt, die der Frage gelten, wie sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn angesichts des auch von der Monarchie angelegten verschärften Unterseebootkrieges künftig gestalten sollen.

Es ist festzustellen, daß sich bei diesen Beratungen auf amerikanischer Seite der Wunsch offenbart, den Bruch mit Oesterreich-Ungarn womöglich zu vermeiden. Man scheut in Washington davor zurück, jegliche Verbindung mit den Mittelmächten zu zerreißen, und auch in Berlin würde man es gern sehen, wenn wenigstens diese Brücke nicht abgebrochen würde. Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatten und haben eben, wie wiederholt betont wurde, keinerlei Interesse daran, es sich mit den Vereinigten Staaten zu verderben, und sie haben auch nach ihrer Ueberzeugung mit dem verschärften Unterseebootkrieg keine Lat gefekt, die die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Politik zwingen würde, wie sie in Washington gegenüber Deutschland eingeschlagen worden ist. Da nun aber der Unterseebootkrieg begonnen hat und keinerlei Absicht besteht, ihn zu widerrufen, insbesondere aber schon mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit, bei den jetzt geltenden Methoden des Unterseebootkampfes die Anwesenheit eines Amerikaners auf einem Schiffe festzustellen, selbst für die hochbewertete Freundschaft der Vereinigten Staaten Konzessionen, die das Wesen des Unterseebootkrieges einfach aufheben und seine Zwecke illusorisch machen würden, nicht gewährt werden können, so wird es an Amerika liegen, Modalitäten ausfindig zu machen, die auch bei Fortdauer des Unterseebootkrieges nach amerikanischer Auffassung die Aufrechterhaltung normaler Beziehungen zwischen Amerika und der Monarchie gestatten würden.

Die Verhandlungen zwischen unserem Ministerium des Aeußern und der amerikanischen Botschaft haben bisher kein Ergebnis gezeitigt. In diplomatischen Kreisen wird jedoch angenommen, daß die Klä-

rung binnen wenigen Tagen erfolgen wird. Eine Voraussage, ob dies in positivem oder negativem Sinne geschieht, ist derzeit unmöglich. Die Schwierigkeit liegt, wie leicht zu ersehen, darin, daß, vorläufig wenigstens, die Regierung der Vereinigten Staaten einen Standpunkt einnimmt, der unsere Beziehungen zu ihr von unkontrollierbaren Zufälligkeiten in der Praxis des Unterseebootkrieges abhängig macht.

Jedenfalls sind die Meldungen amerikanischer Blätter, die zu uns durch die verdächtige Vermittlung Reuters gelangen und denen zufolge der diplomatische Bruch zwischen Amerika und der Monarchie bereits eingetreten sei, eine Erfindung, die nur den Wert hat, uns über die auch sonst nicht zweifelhaften Wünsche der ententefreundlichen Presse in Amerika zu unterrichten. Die Konferenzen in Wien beweisen am besten, daß vorläufig wenigstens die offizielle Politik Amerikas diesen Beziehungsversuchen Widerstand leistet. Uebrigens hat unser Botschafter Graf Tarnowski zwar noch nicht seine Akkreditive überreicht, wohl aber schon mit dem Staatssekretär Lansing eine Unterredung gehabt, die in freundschaftlichem Tone geführt wurde. Es ist bekanntlich auch sonst üblich, daß ein neuernannter diplomatischer Vertreter zuerst mit dem die auswärtigen Geschäfte des betreffenden Landes leitenden Staatsmann in Fühlung tritt, ehe er zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens vor dem Staatsoberhaupt erscheint. Wie sehr gerade in diesen Tagen alle Meldungen des Reuterschen Bureaus mit einem doppelten Maße des Mißtrauens, das man hierzulande dieser Agentur schon seit langem entgegenbringt, aufzunehmen sind, geht daraus hervor, daß auch die von Reuter gemeldete Beschlagnahme der deutschen Schiffe in amerikanischen Häfen sich bisher nicht bestätigt hat. Es ist sogar von amerikanischer Seite ausdrücklich erklärt worden, daß von einer Beschlagnahme abgesehen worden sei, weil dies ein feindseliger Akt wäre und die Dinge noch nicht so weit gediehen seien.

Was die Haltung der europäischen Neutralen betrifft, ist die Sachlage wenigstens für die nächste Zeit durch ihre offiziell gemeldeten

Antworten auf die Wilsonsche Aufforderung geklärt. Es ist zu erwarten, daß sie gegen die Unterseebootblockade mit Protesten vorgehen, es aber vorderhand auch dabei bewenden lassen werden. Die weitere Entwicklung hängt natürlich auch von den speziellen Wirkungen, die den Unterseebootkrieg unvermeidlicherweise auch für die Neutralen fühlbar machen werden, ab. Auch ist es als selbstverständlich vorauszusetzen, daß die Entente, die ja auch bisher ihr Möglichstes zur Verhinderung der Neutralen getan hat, ihre Anstrengungen, sie gegen uns zu stimmen, nunmehr verdoppeln wird. Vorläufig läßt sich nur sagen, daß wir keinen Grund haben, mit der ersten Aufnahme, die unsere Blockade bei den europäischen Neutralen gefunden hat, unzufrieden zu sein.

9. II. 1917

K. K. Bezirksschulrat Wien.

Die Geschäftsordnung des Polnischen Staatsrats.

Die Allgemeine Versammlung des Staatsrats beherrscht seine ganze Tätigkeit und beschließt über Angelegenheiten grundsätzlicher Natur, Gesetze, Verordnungen, Staatshaushalt und ähnliches. Sie ist beschlußfähig bei Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder. Den Vorsitz führt der Kronmarschall oder Vizemarschall, der sie auch einberuft; regelmäßig, oder nach Bedarf, oder auf Antrag eines Regierungskommissärs, von 13 Staatsratsmitgliedern oder von drei Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses. Anträge von wenigstens acht Staatsratsmitgliedern oder von der Okkupationsbehörde sind sofort vom Geschäftsführenden Ausschuss zu begutachten und auf die Tagesordnung der nächsten Allgemeinen Versammlung zu setzen.

Sie beschließt durch einfache Stimmenmehrheit, bei Verfassungen mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder, mindestens jedoch 13 Stimmen.

Der Geschäftsführende Ausschuss führt ihre Beschlüsse aus, besorgt die organisatorische und administrative Arbeit des Staatsrats und beaufsichtigt die Abteilungen. Er besteht aus dem Kronmarschall, dem Vizemarschall und sieben Staatsratsmitgliedern, den Leitern der einzelnen Abteilungen. Andere Mitglieder können als Zuhörer teilnehmen.

Der Geschäftsführende Ausschuss berichtet in grundsätzlichen und Gesetzgebungsfragen an die Allgemeine Versammlung und verhandelt mit den Okkupationsbehörden.

Der Kronmarschall vertritt den Staatsrat und ist der höchste Vertreter der polnischen Staatsgewalt nach innen und außen; er vermittelt den Verkehr mit den Okkupationsbehörden; der Vizemarschall vertritt ihn.

Innerhalb des Staatsrats bestehen acht Abteilungen für: Heer, Finanzen, Politik, Inneres, Volkswirtschaft, Öffentliche Arbeiten, Justiz, sowie Kultus und Unterricht. Sie bearbeiten und begutachten Entwürfe zu Gesetzen und Verordnungen und besorgen Organisation und Administration ihrer Dienstzweige.

Die Organisation der Heeresabteilung bedarf der Bestätigung durch den obersten militärischen Befehlshaber der verbündeten Mächte, der mit der Bildung des polnischen Heeres betraut ist; inzwischen führt eine Heereskommission ihre Geschäfte.

Bei jeder Abteilung wird ein begutachtender Abteilungsrat aus Staatsratsmitgliedern und Sachverständigen gebildet.

Zur Bearbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen können vorbereitende Ausschüsse gebildet werden; ein solcher zur Vorbereitung eines Entwurfs für den Landtag und für die endgültige Staatsverfassung besteht bereits.

Der Ausführende Ausschuss kann mit Zustimmung der Okkupationsbehörden örtliche Beauftragte für Kreise und größere Städte bestellen. Die Mitglieder des Staatsrats sind Beamte der Krone Polens. Sie schwören dem Kronmarschall den Dienst eid, dieser legt einen entsprechenden Eid vor der Allgemeinen Versammlung des Staatsrats ab.

Strikte Neutralität Hollands.

Erklärungen des Ministerpräsidenten.

29 Haag, 9. Februar.

In der Zweiten Kammer gab zu Beginn der Sitzung der Ministerpräsident Cord van der Linden folgende Erklärung ab:

Ich bin jetzt in der Lage, einige nähere Mitteilungen über die ernsten Ereignisse der letzten Zeit zu machen. Die Regierung hat bisher unter den schwierigen Verhältnissen des Krieges ihre Haltung selbständig bestimmt. Sie fand keine Ursache, anlässlich des von Deutschland angekündigten verschärften U-Bootskrieges anders zu handeln. Die Regierung hielt sich während des Krieges streng an das Völkerrecht. Was einmal Recht ist, bleibt ihrer Meinung nach Recht, auch wenn es von anderen verlegt wird. Die Regierung hat es nicht unterlassen, wo die Interessen der Niederlande be-

nachteiligt wurden, ernstlich gegen das Auftreten der verschiedenen Kriegführenden zu protestieren, wenn dieses ihrer Ansicht nach nicht genau mit dem Völkerrecht übereinstimmte. Sie hat namentlich den Grundsatz der Freiheit der Meere hoch gehalten.

Gegenüber den jetzt von Deutschland angekündigten Maßnahmen hat die Regierung unter Beibehaltung ihres unparteiischen Standpunktes nachdrücklich protestiert, sowohl was die Behinderung der freien Fahrt betrifft als auch die beabsichtigte Benützung der U-Boote, die nicht mit dem Völkerrecht übereinstimmt. (Beifall.) Ebenfowenig wie bei anderen Ereignissen, bei denen das Völkerrecht verletzt wurde, hat die Regierung jetzt Anlaß gefunden, etwas an ihrer internationalen Politik zu ändern. Sie hält entschieden an der von den Generalstaaten stets geübten Politik strikter Neutralität gegenüber allen Parteien fest. Sie läßt nicht von ihrem Vorhaben ab, jeder Verletzung unseres Gebietes oder unserer Souveränität, von welcher Seite sie auch kommen möge, bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen. Die Schwierigkeiten, die eine Folge der internationalen Lage sind, hofft die Regierung mit Entschlossenheit und Umsicht zu überwinden. (Lauter Beifall.)

Eine Wandlung.

Der Senat der Vereinigten Staaten von Amerika hat mit 78 gegen 5 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland genehmigt. Die starke Majorität beweist, daß etwa mit Ausnahme der absoluten Pazifisten, wie Bryan, so ziemlich das ganze Land in dieser Sache hinter Wilson steht. Tatsächlich ist auch während der ganzen Kriegszeit bei all den Konflikten mit Deutschland, deren schärfster und, wie es scheint, endgültiger jetzt ausgebrochen ist, Präsident Wilson nicht so sehr das treibende Element gewesen, als eher das zurückhaltende. Die Außer zum Kampf waren die Republikaner, und die lautesten unter ihnen waren die heftigsten persönlichen Gegner Wilsons, allen voran Roosevelt, dann Root, Taft, Lodge. Roosevelt predigte schon kurz nach Ausbruch des Weltkrieges in Wort und Schrift, daß es eine Pflicht der Vereinigten Staaten sei, Deutschland wegen der Verletzung der belgischen Neutralität, in der Roosevelt auch einen Bruch der von Amerika mitunterschiedenen Haager Konventionen sah, den Krieg zu erklären. Wilson leistete Widerstand. Es entwickelte sich ein förmliches Rededuell zwischen dem ehemaligen Ranchreiter und dem ehemaligen Staats-

rechtslehrer, von dem die ganze Union wiederholte. Gegenüber den Greneldarstellungen aus Belgien, die die amerikanische Presse damals veröffentlichte, hatte Wilson einen schweren Stand. Mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit blieb er aber bei seiner Auffassung, die seinen pazifistischen Idealen entsprach, während Roosevelt, der Vertreter der Politik des „großen Stodes“, die kriegerischen Ideale verkörperte. Den Höhepunkt der Friedensliebe erreichte Wilson in einer am 11. Mai 1915 in Philadelphia gehaltenen Rede, in der er davon sprach, daß eine Nation „zu stolz sein könne, zu kämpfen“. Schmach und Feigheit waren seither die Epitheta, die der Wilsonschen Politik in allen gegnerischen Reden regelmäßig angeheftet wurden.

Doch gerade damals, am 7. Mai 1915, trat jenes Ereignis ein, das den Beginn eines Wandels, nicht in den Prinzipien, aber in der praktischen Haltung Wilsons einleitete: die Torpedierung der „Lusitania“. Nun handelte es sich nicht mehr um Belgier, sondern um Amerikaner, die auf der „Lusitania“ untergegangen waren. Die Agitation gegen Deutschland nahm in Amerika ungeheuerliche Formen an. Ein förmlicher Bürgerkrieg, der wohl unblutig, aber in blutrünstigen Worten geführt wurde, spaltete das Land in zwei Lager, Pro-Deutsche und Anti-Deutsche. Wilson hielt sich noch immer so ziemlich in der Mitte, neigte sich aber im Verlauf des gereizten U-Boot-Debeschenwechsels mit Deutschland, der der „Lusitania“-Katastrophe folgte, immer mehr den Segnern Deutschlands zu, ohne aber ihre Kriegsforderung aufzunehmen. In einer Rede, die er am 31. Januar 1916 in Chicago hielt, tat er das bezeichnende Eingeständnis, daß sich „seine Augen für viele Dinge zu öffnen beginnen, von denen er sich vor einem Jahre noch keine Rechenschaft gegeben habe“. Am 7. März 1916 rang er die damals noch sehr kräftige Opposition der deutschfreundlichen Elemente im Kongress nieder. In der Botschaft, die er am 7. Dezember 1916 dem Kongress übersandte, klagte er gewisse

Deutschamerikaner in ungemein heftigen Worten der Untreue gegen ihr neues Vaterland an.

Doch noch immer war er gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg, und die Roosevelt und Genossen setzten ihren Feldzug gegen seine Friedlichkeit oder Feigheit, wie sie es nannten, mit unerminderter Heftigkeit fort. Seinen Verdiensten um die Erhaltung des Friedens hat er die Wiederwahl zum Präsidenten zu verdanken. Das war noch am 7. November 1916. Drei Monate sind seitdem vergangen, und der Bruch mit Deutschland stößt auf fast allgemeine Zustimmung im amerikanischen Senat. Wilson hat nicht allein eine Wandlung durchgemacht, sondern die Bevölkerung mit ihm oder, besser gesagt, er mit dem Volk.

Der erste Mißerfolg.

Ablehnung der amerikanischen Kriegspolitik in den neutralen Ländern beider Weltteile.

Wien, 8. Februar.

Die neutralen Länder werden die Beziehungen zu den Mittelmächten nicht abbrechen. Das ist der erste Mißerfolg einer Kriegspolitik, die, aus dunklen Schichten kommend, bisher keine zureichende Erklärung finden konnte. Völker, die in Freiheit leben, sind von Anklägern häufig beschuldigt worden, daß ihre Vorurteile der Anstoß zu Kriegsgefahren werden können und daß, wie die Gegner sagen, mit dem Wachsen triebhafter Einflüsse, mit der Verpöbelung und Trivialisierung der Öffentlichkeit auch die Bedrohung des Friedens zunehme. Aber die Bewohner der Vereinigten Staaten wollen den Ausbruch des Krieges nicht und die ganze Psychologie des Westens lehnt sich gegen den Gedanken auf, daß amerikanisches Blut in europäischen Streitigkeiten verossen werde. Warum ist die Welt trotzdem an Raube eines häßlichen Brudermordes, in dem Blutsverwandte gegen Menschen kämpfen mußten, die aus demselben Stamme hervorgegangen sind und vielleicht dieselben Großväter und Urgroßväter haben? Weil das Volk seine Macht in die Hände von Berufspolitikern legt, durch welche das Mandat oder das Amt zum Geschäft ausartet und mit den wirklichen Stimmungen kaum noch etwas gemein hat. Die Kriege von heutzutage sind nach den Erfahrungen der letzten Zeit keineswegs immer aus dem Volkswillen hervorgegangen, sondern auch in Ländern mit freien Einrichtungen von einzelnen Personen durch die Hilfsmittel der heimlichen Diplomatie planmäßig vorbereitet und dem Parlamente sowie den Wählern durch Trug und List aufgedrängt worden. Das Urteil über die Kriegsgefahr in den Vereinigten Staaten wird daher trotz des Rechtes beider Häuser des Kongresses, das entscheidende Wort auszusprechen, den Schwerpunkt der Folgerungen in die Personen, in die politische Maschine, in die Heimlichkeiten verlegen müssen. Der in gepanzerten Wänden verschlossene, dem Kongresse niemals unterbreitete Briefwechsel zwischen dem Staatssekretär von Washington und dem von London würde uns mehr Aufklärung geben als Versammlungen und Friedensreden. Die neutralen Länder dürften einiges von dieser heimlichen Diplomatie, von stillen Verabredungen und Verpflichtungen wissen. Spanien, die Schweiz, Holland, Dänemark und die skandinavischen Königreiche steigen nicht in den Rahn, in dem die amerikanische Politik den Platz am Steuer fordert.

Denn schon die bloße Kriegsgefahr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, schon der Gedanke, daß die beiden Völker gerade in diesem Augenblicke zu den Waffen greifen könnten, ist so widersinnig, daß die Erklärung in den finstersten Abgründen der Diplomatie, in Tauschgeschäften, die später enthüllt werden dürften, gesucht werden muß. Amerika weiß, daß England jetzt um eine Weltherrschaft kämpft, wie sie niemals vorher bestanden hat: Absperrung der wichtigsten Zugänge nach Afrika und Asien, Verbindung des ägyptischen Besitzes durch Landbrücken bis nach Indien, unbeschränkte Führung des erschöpften und zerrütteten Festlandes von Europa und Verfügung über sämtliche Meere wie über ein von der Natur zugewiesenes Eigentum. Das amerikanische Volk, die hundert Millionen, die sich in der Entwicklung nicht hemmen und nicht von den Ozeanen an den beiden großen Küsten absperrten lassen wollen, haben keinen denkbaren Grund, die Steine zum Aufbaue dieser englischen Despotie herbeizuschleppen und den Mörtel mit ihrem Blute zu befeuchten. Was hat ihnen Deutschland getan und was haben sie von ihm zu befürchten? Große Militärstaaten werden immer an das Deutsche Reich grenzen und ein nicht geringer Teil seiner Kräfte wird immer durch die nötige Wachsamkeit ver-

braucht werden. Ein Uebergreifen wie bei England, eine Nebenbuhlerschaft im Handel und Verkehr, die im Wohlstande der Vereinigten Staaten zu fühlen wäre, ist sogar für die Zeiträume, mit denen Völker rechnen, beinahe ausgeschlossen. Das amerikanische Volk hat auch nicht vergessen, daß nur die überlegene Klugheit der Königin Viktoria, die Regententugend des Mutes und der Unabhängigkeit, die jetzt im Buckinghampalaste und im Schlosse von Windsor sehr fehlen, in beiläufig dreißig Jahren zweimal den Ausbruch des Krieges mit Amerika verhütet haben. Deutschland und die verbündeten Mittelmächte kämpfen zugleich für die Vereinigten Staaten, indem sie nicht zulassen, daß ein einziges Volk sich zum Herrn der Erde und der Meere aufwerfe und die übrigen Nationen, auch die, die jetzt von England ausgefaugt werden, erniedrige.

Diese unvergänglichen Beweggründe, die so einfach sind, können dem amerikanischen Volke, von dem noch Tocqueville erzählt, daß es nichts so grimmig hasse wie England, schwerlich fremd geworden sein. Schon deshalb nicht, weil die englischen Staatsmänner, obgleich sie von den Amerikanern verachtet und bis zur Preisgabe der Gerechtigkeit verhöhnt worden sind, den inneren Gegensatz zwischen beiden Ländern keineswegs verborgen haben. Ein englischer Minister hat jede amerikanische Vermittlung schroff zurückgewiesen. Bonar Law, ein mittelmäßiger Kopfschal im Inhalt und plump in der Form seiner Reden, hat den Präsidenten wegen seiner Notizen rücksichtslos beleidigt. England wollte nicht, daß ein amerikanischer Vertreter am Tische sitze, wo der Friede beraten und beschlossen werden wird. Es wußte, daß in diesem Augenblicke die amerikanische Natur stärker sein werde als die heimliche Diplomatie mit ihren Unterschleifen. Es fühlte, daß die Vereinigten Staaten in der Stunde, da der Strich unter die Rechnung gezogen wird, um für jeden das Ergebnis festzustellen, sich fragen werden, ob die jetzige Welt von einem einzigen Volke beherrscht werden dürfe, wie einst unter Kaiser Hadrian, da Rom das Gesetz für die ganze bekannte Erde gewesen ist. Diese Angst hat England noch nicht verloren. Wir haben nicht gehört, daß die Bewohner von London, als ihnen mitgeteilt wurde, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten angebrochen worden seien, in die Fenster ihre Kerzen gestellt und aus Freude angezündet hätten.

Der Vorwand zur amerikanischen Kriegsgefahr ist vielleicht noch schmerzlicher als sie selbst. Das Völkerrecht soll geschützt werden; das Völkerrecht, das unter Duldung der Vereinigten Staaten mißhandelt wurde, dem England jede Schmach bereitet und jeden Hohn angetan hat. Für dieses herabgewürdigte, von britischer Willkür geschmähte Völkerrecht sollen hundert Millionen einen Krieg beginnen. Einen Krieg gegen Deutschland! Zu solchen Verlästerungen der Wahrheit führen die Windungen und Krümmungen der feindlichen Diplomatie. Denn nicht einmal die Rassen-gemeinschaft würde einen solchen Krieg verständlich machen, weil die amerikanische Politik niemals die Spuren dieser Vetterlichkeit gezeigt und den revolutionären Ursprung im Verhältnisse zu England nie ganz verloren hat. Was kann somit diese Kriegsgefahr sein? Volkspolitik ist sie nicht, sondern heimliche, in Finsternis ausgespinnene Diplomatie, die den Stachel eines verletzten Prestige benützt. Prestigekriege, Kriege wegen des bloßen Ansehens, Kriege, die nicht aus den Herzkammern kommen, sondern wegen Außerlichkeiten begonnen werden, sind die verwerflichsten. Wir können uns nicht entschließen, an einen solchen Krieg zu glauben, so ernst die Verhältnisse sich auch gestaltet haben. Der frühere Staatssekretär Bryan wendet sich an das Volk. Vielleicht wird es in letzter Stunde die Netze der heimlichen Diplomatie zerreißten. Die Neutralen sind darin nicht gefangen worden.

9. II. 1917

**Ratifizierung des Abbruchs der Beziehungen
durch den amerikanischen Senat.**

Washington, 7. Februar.

Der Senat ratifizierte mit 78 gegen
5 Stimmen den Abbruch der diplomatischen
Beziehungen zu Deutschland.

Abreise Gerards.

Zustellung der Pässe.

zu Berlin, 9. Februar. (Priv.-Tel.)

Die Post. Ztg. meldet:

Der amerikanische Botschafter Gerard erhielt heute nachmittags die Pässe zugestellt. Ihm werden zwei Sonderzüge nach der Schweiz zur Verfügung gestellt. Von dort wird sich Gerard mit seiner Begleitung über Frankreich nach Spanien begeben, wo er in Barcelona bereits Schiffsplätze belegt hat. Ein Zug dient zur Beförderung des Botschafters und des Botschaftspersonals; mit dem zweiten Zug werden andere Amerikaner abreisen, unter ihnen die meisten Berichterstatter amerikanischer Blätter.

Freies Geleite für Bernstorff.

Von England und Frankreich zugestanden.

NB Washington, 8. Februar. (Reuter-Nachricht.)

Ämtlich wird bekanntgegeben, daß Großbritannien und Frankreich dem Grafen Bernstorff und dem Personal der deutschen Botschaft freies Geleite gewährt haben.

10. II. 1917

Die neutralen Mächte gegen die amerikanische Kriegspolitik.

Die bemerkenswerte Antwort der schwedischen Regierung.

Wien, 9. Februar.

Die Verfehlungen der amerikanischen Politik dürften nicht ohne Eindruck auf den Kongreß bleiben. Das große Land ist bisher unter den neutralen Mächten ohne Anschluß geblieben und sämtliche Völker in Europa und in Südamerika haben die an sie gerichtete Einladung, dem deutschen Gesandten die Pässe zuzuschicken, abgewiesen. Das Kabinett von Washington glaubte, mit Bestimmtheit auf diese Gemeinschaft rechnen zu dürfen; es war jedoch unworichtig, sie in der Botschaft anzukündigen, und die Enttäuschung wird desto größer sein, je stärker früher die Sicherheit gewesen ist. Das Repräsentantenhaus und der Senat werden erstaunt sein, daß ein solcher Irrtum geschehen konnte. Schon die Einladung an die neutralen Völker hat die amerikanische Politik bloßgestellt. Der Vorwand zum Abbruche der Beziehungen mit dem Deutschen Reiche war die Beleidigung des Rechtsgefühls. Wenn ein Staat mit dem anderen nicht mehr verkehren will, weil er behauptet, daß dieser in einem fremden Rechtskreis eingebrochen wäre, so liegt in einem solchen Streite durchaus keine Veranlassung, daß der Friedensstifter vom Januar zum Ausbreiter des Krieges im Februar werde, zum Aufpeitscher von Nationen, die den Kampf nicht wollen und wie die Schweiz keine Flotte haben. In der Werbung von Anhängern für die Entente verrät sich ein als Rechtsgefühl verkleidetes Machtgefühl. Die Ablehnung der Neutralen, welche die Vereinigten Staaten auf diesem Wege nicht begleiten wollen, muß in beiden Häusern des Kongresses den Widerstand gegen eine aus dumpfen Geschäftigkeiten oder aus heimlichen Verabredungen entspringende Diplomatie vermehren. Senator Stone, der Obmann des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, hat schon im vorigen Jahre nach der Enthüllung der Kriegspläne in einem heftigen Gespräche mit der Faust auf den Tisch geschlagen und laut gerufen, er werde solche Abenteuer nicht dulden. Vielleicht war der Kongreß gleichgültig gegen den Abbruch der Beziehungen, weil Amerika ähnliche Druckmittel schon früher angewendet hat, ohne daß es zum Kriege gekommen wäre; vielleicht auch deshalb, weil das Kabinett von Washington die Ueberzeugung verbreitete, daß eine Maßregel diplomatischer Feindseligkeiten genügen werde, die Knir von Deutschland zu lösen. Sie haben in Washington sich das Bild der Welt so vorgestellt, daß die Vereinigten Staaten an der Spitze der neutralen Länder von Europa und der südamerikanischen Republiken sich Deutschland und den Mittelmächten entgegenwerfen, sie aus dem Gleichgewichte bringen und den Sieg der Entente entscheiden werden. Nichts davon ist eingetroffen. Der Kongreß wird hören, daß die Vereinigten Staaten unter den neutralen Völkern vereinsamt geblieben sind.

Durch eigene Schuld. Die Note, worin die schwedische Regierung begründet, warum sie der Einladung des Kabinetts von Washington nicht folgen könne, ist ein Denkmal, das der Wahrheit aufgerichtet wurde. Unvergänglich wird es bleiben und für alle Zeiten soll es dem schwedischen Volke zum Ruhme angerechnet werden, daß es in ernster Stunde ein befreiendes, ein mutiges und ein aufrichtiges Wort gegenüber einer zehnfach überlegenen Macht gefunden hat. Wir sind mit dir gegangen, sagt die schwedische Regierung, als du vorgabst, den Frieden zu wollen; wir gehen nicht mit dir, nachdem du dich ansiehst, den Krieg zu verlängern. Wir haben in Washington, erklärt die schwedische Regierung, taube Ohren gefunden bei den Vorschlägen zur Verteidigung der neutralen Rechte. Die Vereinigten Staaten haben jedoch nichts getan, um sie zu schützen; nichts, als Schweden bedrängt wurde, die Durch-

fahrt von Waffen nach Rußland zu gestatten, nichts, als England sich herausnahm, die Unabhängigkeit des schwedischen Handels zu bedrücken, nichts, als die schwedische Schifffahrt in englische Dienstbarkeit gepreßt wurde, und nichts, als sich London erdreistete, den neutralen Ländern eine förmliche Sperre im Verkehre mit den Mittelmächten aufzuerlegen. Die schwedische Note hat unter der Oberfläche kühler diplomatischer Sprache sengendes Feuer, das die Regierung von Washington auf der Haut spüren wird. Deutschland und die Monarchie haben wiederholt Ähnliches gesagt und konnten nicht durchbringen, weil ihre Stimme von der Entente, von den Werksgenossen des Lord Northcliffe in Amerika, von seinen Helfern überschrien wurde. Ein neutraler Staat erzählt zum erstenmale die Geschichte des Völkerrechtes im Kriege, wie sie wirklich gewesen ist. Schweden kann nicht durch Märchen von Grausamkeiten, Seeräubereien und auch nicht durch Fälschung einiger Stellen aus den Büchern von Friedrich Meysche widerlegt werden.

Nun ist eine Woche seit dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reiche vergangen. Ein kurzer Zeitraum, zu klein, um daraus politische Schlüsse abzuleiten, aber genügend, um einem Volke das Besinnen zu erleichtern und es vor einem plötzlichen Fortgerissenwerden ein wenig zu schützen. Die beiden Häuser des Kongresses werden fragen, warum wollen die neutralen Länder keine Gemeinschaft mit Amerika; warum sehen sie uns nicht so, wie wir selbst uns sehen? Denn die schwedische Note enthält eine Anklage gegen die Vereinigten Staaten in der Bemerkung, daß die Regierung von Stockholm ein Herz hat für die unbefehrbaren Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten. Diese Leiden wurden erst so grausam, als die amerikanische Politik die Zertrümmerung des Völkerrechtes, den Hungerkrieg zuließ. Beide Häuser des Kongresses werden vielleicht aufhorchen und nicht unempfindlich sein gegen Vorwürfe, die zeigen, wie das geschichtlich so hervorragende schwedische Volk über die Politik des Kabinetts von Washington urteilt. Wir müssen uns in die Amerikaner hineindenken. Sie leben in einer weiten, zehnfach größeren Welt und der einfache Mann hat so wenig Verührungen und Fühlungen mit Europa, daß die auswärtige Politik ihm fremd ist, etwas, worum er sich weniger kümmert als um die Vorgänge seines täglichen Lebens. Plötzlich hört er, daß der Militarismus sich auch bei ihm einzunisten droht, daß die allgemeine Wehrpflicht, daß zwei Millionen Soldaten und die an der Entente gewonnenen Milliarden nötig wären, um den Krieg gegen das Deutsche Reich zu führen. Das hat er bei der Abgabe seiner Stimme für den Präsidenten Wilson nicht gewollt.

Ein besonderer Verdruß wird es in Washington sein, daß auch die südamerikanischen Republiken nicht mitgehen wollen. Sie haben die Gelegenheit benützt, sich unabhängig zu zeigen. Die Vereinigten Staaten sind auch auf der westlichen Halbkugel allein. Die beiden Häuser des Kongresses werden dieses Ergebnis der Politik als Aergernis empfinden, das hätte vermieden werden sollen. Abbruch der Beziehungen zum Schutze weiterer Munitionslieferungen mochte hingenommen werden. Aber keine Munitionslieferungen, ein diplomatischer Mißerfolg, verweigerte Unterstützung der neutralen Länder und die Gefahr eines bösen Krieges, diese Entwicklung dürfte weder dem Volke noch beiden Häusern des Kongresses genehm sein. Deshalb ist jede Stunde willkommen, in der die Nachdenklichkeit sich in Amerika vertiefen kann. Der Unterseebootskrieg zerstört täglich große Mengen von Schiffsraum, die Reden der englischen Minister sind bereits ein wenig gedämpfter und der Krieg mit Amerika ist am siebenten Tage nach dem Abbruche der Beziehungen nicht erklärt. Weiter darf sich das Urteil nicht vorwagen. Zittrige Hoffnungen sind entfernt von Gewißheit.

10. / I. 1917

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Von Dr. Julius Ullmann.

In diesen schicksalsschweren Tagen wendet sich die allgemeine Aufmerksamkeit den wirtschaftlichen Konsequenzen eines allfälligen Bruches zwischen der Monarchie und der Union zu. Für die Beurteilung dieser Frage ist vor allem die in einem solchen Falle eintretende Aenderung in den privatrechtlichen internationalen Beziehungen beider Länder wesentlich. Die Erfahrungen, welche wir im Kriege gegen Großbritannien machen, welches bekanntlich die Entrechtung der Bewohner des feindlichen Auslandes als eine gesetzliche Waffe ansieht, reichen nicht aus, weil nicht unwesentliche Verschiedenheiten zwischen der englischen und der amerikanischen Auffassung bestehen. Bei Verpflanzung des englischen Rechtssystems auf Grundlage des Common Law, des althergebrachten Wohnheitsrechtes, in die englischen Kolonien Nordamerikas ist vieles ausgeschieden worden, was von der Republik nicht aus dem Königreich übernommen werden konnte. Während die englische Verfassung nicht auf eine niedergeschriebene Urkunde des organischen Rechtes aufgebaut ist, sondern auf Herkommen und gewissen Gesetzesakten, bildet die amerikanische Konstitution von 1789 mit ihren sieben Zusätzen einen festgeschlossenen Kodex, welcher die Gesetzgebung des Parlaments sowohl im Bunde als in den Einzelstaaten mannigfach einschränkt und den Gerichten die höchste Stellung im Lande, insbesondere das Vorrecht einräumt, die Gültigkeit der Gesetze in jedem einzelnen Falle zu prüfen. Das vereinigte britische Königreich hingegen hat die Souveränität des Parlaments zum obersten Grundsatz erhoben, was ein englischer Jurist mit dem Scherzworte kennzeichnet, das Parlament könne alles tun, außer aus einem Manne ein Weib und aus dem Weibe einen Mann machen. Erst mit der formellen Kriegserklärung treten die althergebrachten Regeln des englischen Wohnheitsrechtes und ihre weitere Ausgestaltung durch das Parlament gegen den alien enemy in Kraft.

In der amerikanischen Rechtspraxis knüpfen sich dagegen schon an den Bruch der freundschaftlichen Beziehungen zu einem fremden Staate, an die Auflassung der diplomatischen Vertretung bei denselben wichtige Rechtsfolgen. Schon mit dem Eintritte dieses Zustandes ergibt sich für das österreichische Gericht die Pflicht der Anwendung des § 33 a. b. G. B. Der Untertan der Vereinigten Staaten von Amerika hätte in einem solchen Falle bei Geltendmachung irgend eines Anspruches vor Gericht zu beweisen, daß sein Heimatsland rücksichtlich des von ihm beanspruchten Rechtes in derselben Lage auch österreichische Untertanen wie diese alleinigen behandelt.

Die einschlägigen Gesetze der Bundesstaaten haben diese Beschränkung der Handlungsfähigkeit des Ausländers, was Interesse unserer heimischen Versicherungsnehmer wird, sie das Common Law statuiert, nur zum Teile aufgelassen. Dies auch bei englischen Gesellschaften geschehen ist, für und noch gegenwärtig ist der Grundbesitz von Ausländern zu treffend Maßnahmen und selbstverständlich für im Staate Pennsylvania auf ein bestimmtes Ausmaß, die rechtzeitige Bestellung eines landesfürstlichen Kommandanten auf eine bestimmte Dauer beschränkt. Das äusserst zur Kontrolle des Geschäftsbetriebes entscheidend Recht, Immobilien zu erwerben, ist dem Ausländer in dem. Bei dem Umstande, als die drei großen Lebensversicherungsunternehmen in der Union in freundschaftlichen Beziehungen zu Österreich sich befinden, vorschrittsmäßig nordamerikanischen Union in freundschaftlichen Beziehungen für ihre Verpflichtungen zur Bezahlung der Beiträge. Die letztere gewährt auch nur solchen Staaten Rechtsversicherungsbeiträge bei unserem Versicherungsamt Hilfe, welche mit ihr in Frieden leben, und ist diese deminterlegt haben, wird nur die Aufrechthaltung der Verträge § 4071 der „revidierten Statuten“ entnommene Klausel unter Berücksichtigung eines allfälligen Zahlungsverbotes allen Handels- und Konsularverträgen enthalten, welche das feindliche Ausland im Auge zu behalten sein. In mit europäischen Mächten geschlossen sind. Die Staatsverwaltung der Surplus-Dividenden, welche bekanntlich eine deren Geltung durch den Eintritt des diplomatischen Bruches zwischen Gesellschaften bilden, wird die Berechnung derselben, seitens der nordamerikanischen Republik als suspendiert angesehen nur in der heimischen Zentrale möglich ist, Schwierigkeiten werden sollte, so wird auch hier die Reziprozität angeleitet bieten, es wird jedoch auch hier ein Weg gefunden zuwenden sein. Es kämen für Österreich insbesondere in Betracht müssen, um die inländischen Versicherten vor wechselseitigen Begünstigungen der Staatsangehörigen zu schützen. Wir wollen noch immer hoffen, beider Teile in bezug auf Erbrecht und Landerwerb es zur Lösung dieser und anderer verwandter Probleme (Handelsvertrag vom 27. August 1829, J. G. S. 2505, unsern Monarchie niemals kommen wird und daß das Additionskonvention vom 8. Mai 1846) in Betracht.

Nach Eintritt des formellen Kriegszustandes wird vor allem die Frage auftauchen, ob auch die Vereinigten Staaten gleich ihrem Mutterlande Großbritannien auf ein althergebrachtes Gesetz gegen den alien enemy sich berufen dem Bewohner des feindlichen Territoriums die Handlungsfähigkeit absprechen, ihm nicht nur die Prozeßfähigkeit als Kläger und Antragsteller, sondern auch gewisse vor dem Kriege erworbene materielle Privatrechte entziehen. Der Amerikaner hätte im gegebenen Falle das Gegenteil von dem österreichischen Gerichte zu beweisen. Hier wird die Rechtsprechung der amerikanischen Bundesgerichte maßgebend sein, da kodifizierte Gesetze diesfalls nicht bestehen und seit dem Abschluß der Haager Konvention (1907) der Amerikaner keine Gelegenheit hatten, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es muß hier hervorgehoben werden, daß in der vielumstrittenen Literatur betreffend den Artikel 2 al. h. des Landkriegsabkommens dieser Konvention nannte amerikanische Juristen die Ansicht, wenigstens von dem Weltkriege, vertreten haben, daß diese Bestimmungen welche privatrechtliche Eingriffe gegen den Feind unterlag nicht nur für die Kommandanten des Heeres im Landkrieg wie England behauptet, sondern allgemeine völkerrechtliche Geltung haben sollte. Würde der Konarch im Kriegsfall Zahlungsverbote, Handelsverbote, Zwangsmaßnahmen gegen Privatgut des feindlichen Untertanen erlassen und das Oberbundesgericht keinen Unlaß finden, derartige Verfügungen für verfassungswidrig zu erklären (denn die Konstitution fordert ordentliches Prozeßverfahren für jedermann und läßt Enteignungen auch aus öffentlich-rechtlichen Gründen nur gegen volle Entschädigung zu), dann wird mit Retorsionsmaßnahmen gewiß nicht gezögert werden.

us den traurigen Erlebnissen des Weltkrieges würde gewiß unsere Regierung, falls es zu einem beklagenswerten Schritte gegen die Monarchie kommen sollte, die Notwendigkeit erkennen, aus Gründen der Wohlfahrt oder Sicherheit eigenen Staates mit Vorkehrungen voranzugehen, welche einen Aufschub zulassen.

Die Voraussetzung der Zulassung der amerikanischen Versicherungsgesellschaften zufolge kaiserlicher Verordnung vom 29. November 1865, R. G. Bl. Nr. 125, und Gesetz vom 29. März 1873 ist die Gegenfeitigkeit in der Behandlung unserer Gesellschaften im Heimatsstaate der ausländischen Gesellschaft. Die Fassung des oben bezogenen § 33 b. G. B., welche schon den Zweifel über die gleichmäßige Behandlung für hinreichend hält, um Rechtsschutz abzugeben, könnte dahin gedeutet werden, daß der Betrieb ausländischer Versicherungsgesellschaften einzustellen, auch wenn noch nicht feststeht, daß gleichartige Gesellschaften in dem Staate, welcher die Beziehungen abgebrochen oder den Krieg erklärt hat, bereits an dem Forttriebe gehindert worden sind. Auch ist Österreich

kommissar, welches über den politischen Horizont sich erhebt, an uns vorüberziehen wird.

Schwedens Antwort an Wilson.

A. Stockholm, 9. Februar. Das Svenska Telegramman meldet:

Die Note, die der schwedische Minister des Aeußern dem Gesandten der Vereinigten Staaten Nelson Morris in Beantwortung des Vorschlages des Präsidenten Wilson an die Neutralen übergeben hat, lautet folgendermaßen:

Indem ich Bezug nehme auf Ihren Brief vom 5. d., wodurch Sie der königlichen Regierung die Ansicht des Präsidenten Wilson mitteilten, daß es im Interesse des Friedens angezeigt sei, aus Anlaß der neuen Seesperre, die von der deutschen Regierung erklärt wurde, eine der Haltung der Vereinigten Staaten ähnliche Haltung einzunehmen, habe ich die Ehre, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Politik, die die Regierung des Königs während des Krieges befolgte, ist die streng unparteiische Neutralität. Die Regierung tat alles ihr Mögliche, um treu alle Pflichten zu erfüllen, die ihr diese Politik auferlegt. Gleichzeitig macht sie soweit als möglich die Rechte geltend, die daraus abzuleiten sind. Um ein praktisches Ergebnis zu erzielen und die Prinzipien des Völkerrechtes aufrechtzuerhalten, wandte sich die Regierung mehrmals an die neutralen Mächte, um zu einem Zusammenarbeiten zu dem genannten Zwecke zu gelangen. Insbesondere unterließ es die Regierung nicht, der Regierung der Vereinigten Staaten Vorschläge zu diesem Zwecke zu unterbreiten. Mit Bedauern stellt die Regierung des Königs fest, daß die Interessen der Vereinigten Staaten ihnen nicht erlaubt haben, sich diesen Vorschlägen anzuschließen. Die so von der Regierung des Königs gemachten Vorschläge führten zu einem System gemeinsamer Maßnahmen von Schweden, Dänemark und Norwegen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien.

In der Politik, die die Regierung des Königs zur Aufrechterhaltung ihrer Neutralität und zur Sicherung der legitimen Rechte des Landes befolgt, ist die Regierung des Königs, die ein Herz hat für die unbeschreiblichen Leiden, die von Tag zu Tag grausamer auf der ganzen Menschheit lasten, bereit, jede sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, um zur Herbeiführung eines neuen dauernden Friedens beizutragen. Sie hat sich daher bereit, sich der edlen Initiative des Präsidenten anzuschließen, zu dem Zwecke, die Möglichkeiten zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen den Kriegführenden zu prüfen.

Der Vorschlag, der den Gegenstand des gegenwärtigen Schriftwechsels bildet, gibt als Ziel die Abkürzung der Dauer des Krieges an; aber die Regierung der Vereinigten Staaten hat als Mittel, zu diesem Zweck zu kommen, ein Verfahren gewählt, das durchaus im Gegensatz zu den Grundsätzen steht, die bis zur gegenwärtigen Stunde die Politik der königlichen Regierung geleitet haben.

Die Regierung des Königs, die sich stützt auf die Meinung der Nation, wie sie durch die einstimmigen Resolutionen ihrer Vertreter dargetan wurde, will in Zukunft wie in der Vergangenheit den Weg der Neutralität und Unparteilichkeit gegenüber beiden kriegführenden Parteien weiter verfolgen und wird nur dann ihn zu verlassen geneigt sein, wenn die Lebensinteressen des Landes und die Würde der Nation sie zwingen, ihre Politik zu ändern.

Die Aufnahme in Berlin.

A. Berlin, 9. Februar. In Besprechung der schwedischen Antwortnote an Wilson heben die Abendblätter hervor, wie die Note die von Wilson beliebte praktische Politik in meisterhafter Weise seiner theoretischen Politik gegenüberstellt und betonen, daß die schwedische Note weit mehr als eine Ablehnung bedeute und daß in ihr Wilson zwischen den Zeilen der Vorwurf gemacht würde, daß er schon seit längerer Zeit ganz einseitig eine den Viererband begünstigende Politik betrieben habe.

11. II. 1917

Der Sarajevoer Anschlag.**Weitere Beweise für die Beteiligung serbischer offizieller Kreise.**

Das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau übermittelt uns den nachstehenden Bericht:

Der am 5. und 7. d. in Sarajevo gegen den serbischen Gemeindevorsteher Rade Banjac aus Vjesnica durchgeführte Hochverratsprozess hat weitere Beweise für die Beteiligung der serbischen offiziellen Kreise an dem Mordanschlag gegen das Thronfolgerpaar geliefert.

Es konnte festgestellt werden, daß der bekannte serbische politische Verein „Narodna Odbrana“, der den Zweck gehabt hat, die Revolution in Bosnien und in der Herzegowina vorzubereiten, und die Kostrennung dieser Provinzen von Oesterreich-Ungarn und deren Vereinigung mit dem Königreiche Serbien auf jede Weise zu fördern, unbedingt eine serbische staatliche Institution war. Präses dieses Vereines war der serbische General Bozo Tancosics, als Sekretär fungierte der Major Pribicevics. Von den übrigen Mitgliedern der Narodna Odbrana, der auch viele andere serbische hohe Funktionäre und Offiziere angehörten, hat sich insbesondere der Major Bojin Tancosics einen berühmten Namen gemacht. Tancosics war der, der die Attentäter mit Bomben, Revolvern, Munition und Geld versehen und sie an den serbischen Eisenbahnbeamten Ciganovics gewiesen hat, der den Attentätern Unterricht im Revolver-schießen erteilte. Einer der Hauptagitatoren war ferner der Direktor der serbischen Staatsdruckerei in Belgrad Zivojin Dacic. Dieser hat den Attentäter Cabrinovics in seiner Druckerei angestellt und ihm eine Zusammenkunft mit dem Kronprinzen Alexander vermittelt. Im übrigen ist es erwiesen, daß Kronprinz Alexander selbst an dieser Wühlarbeit gegen die österreichisch-ungarische Monarchie schon früher regen Anteil genommen hat. Er schenkte sich nicht, dem Studenten Wulic, der den Anschlag auf das Leben des gewesenen Vamir von Kroaten Cvaj unternommen hat, durch den Professor Pavlovics während der Haftzeit seine Grüße zu entbieten. Die Narodna Odbrana hat aber auch den Osten von Bosnien-Herzegowina in ihre Organisation aufgenommen und alle serbischen Vereine in diesem Gebiete und selbst solche, die anscheinend humanitären Zwecken dienen, haben ausschließlich hochverräterische Ziele verfolgt.

Aus einem aufgefundenen Originalbericht des Stadtpräsidenten von Belgrad an den serbischen Minister des Innern geht hervor, daß am Tage nach dem Attentat in Sarajevo bei dem Redaktore eines Belgrader Blattes drei Individuen erschienen sind und ihm im Namen des Majors Tancosics und seines Anhanges verboten haben, über die Beziehungen der Attentäter zum Tancosics etwas zu schreiben. Der Aussage des im Hochverratsprozesse gegen Svozar Radakovic einvernommenen Zeugen Dr. Vojislav Belimarkovic, gewesenen serbischen Ministers, ist zu entnehmen, daß Major Tancosics unmittelbar nach dem Attentat in Belgrad verhaftet, jedoch schon nach 24 Stunden über Intervention der russischen Gesandtschaft freigelassen wurde. Schließlich liegt ein Originalakt des serbischen Ministeriums des Aeußern vor, der an das serbische Kriegsministerium gerichtet ist und aus dem zu ersehen ist, daß die Narodna Odbrana durch die serbischen Zentralstellen geleitet wurde. Das serbische Ministerium des Aeußern notifiziert nämlich in diesem Akte dem serbischen Kriegsministerium die Absicht des Pribicevics, von seiner Stelle als Sekretär der Narodna Odbrana zurückzutreten, und ersucht um die Bestimmung eines geeigneten Ersatzes.

Auch Rade Banjac hatte nach Ueberzeugung des Gerichtshofes im Dienste der Narodna Odbrana gestanden. Es wurde ihm nachgewiesen, daß er die Attentäter Princip, Cabrinovics und Grabez bei sich in Vjesnica aufgenommen, sie bis zum Drina-Ufer begleitet und ihnen die Reise und den Uebergang nach Bosnien erleichtert hat,

obwohl er wußte, daß die Genannten zu einem hochverräterischen Zwecke nach Bosnien geschickt und mit Mordwaffen versehen wurden. Das Urteil gegen Banjac lautet auf 12 Jahre schweren Kerkers wegen Verbrechens des Hochverrats.

11. / II. 1917

**Deutscher Besitz in Amerika im Kriegsfall
nicht beschlagnahmt.**

London, 10. Februar.

"Daily Express" meldet aus Newyork:

Präsident Wilson ließ mitteilen, daß im Falle eines Krieges das deutsche Kapital und der deutsche Besitz in den Vereinigten Staaten nicht beschlagnahmt würden.

Neutrale Absagen an Wilson.

Ablehnung Wilsons durch die Schweiz. — Eine Protestnote der Schweizer Bundesregierung.

Bern, 11 Februar.

Die Schweizerische Telegraphenagentur meldet: In der von dem amerikanischen Gesandten am 4. d. überreichten Note unterrichtete Präsident Wilson den Bundesrat von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland und von der Absicht für den von ihm nicht erwarteten Fall, daß die deutsche Regierung die in der Blockadeerklärung auseinandergesetzten Absichten verwirklichen wollte, von dem Kongreß die Ermächtigung zur Verwendung der nationalen Macht behufs Schutzes der auf dem Meere in friedlicher legitimer Tätigkeit sich befindenden amerikanischen Bürger zu verlangen. Hieran knüpft die Note die Bemerkung, daß das Vorgehen nach der Auffassung des Präsidenten in völliger Übereinstimmung mit der von ihm in der Botschaft an den Senat vom 12. Jänner entwickelten Grundsätzen stehe, daß er daher glaube, es würde „die Sache des Weltfriedens fördern (!), wenn die übrigen neutralen Staaten eine dem Vorgehen der amerikanischen Regierung ähnliche Aktion vorzunehmen möglich erachten würden.“

Da der Bundesrat vor seiner definitiven Stellungnahme zur deutschen Blockadeerklärung mit den anderen neutralen Staaten Fühlung nehmen wollte, beschränkte er sich darauf, am 5. Februar den Präsidenten Wilson hiervon zu verständigen, unterließ es aber, ihn schon damals auf die besondere Lage zu verweisen, welche für die schweizerische Regierung aus der durch die Verfassung, die jahrhundertelange Tradition und den Willen des Volkes vorgeschriebenen Staatsmaschine der vollkommenen Neutralität geschaffen wird.

Am 9. Februar brachte der Bundesrat der amerikanischen Regierung seine endgültige Stellungnahme gegenüber der deutschen Blockadeankündigung in einer Note zur Kenntnis, worin er nach Rekapitulation des Inhaltes der vorausgegangenen Note folgendes ausführt:

Der Bundesrat kann auch heute nur auf die am 4. August 1914 abgegebene, den Staatsregierungen zur Kenntnis gebrachte Neutralitätserklärung verweisen. Die Bundesversammlung und der Bundesrat bekundeten damals den festen Willen, in keiner Weise von den Grundsätzen der Neutralität abzuweichen, die dem Schweizer Volk so teuer sind und so sehr seinen Bestrebungen, seiner inneren Einrichtung und seiner Stellung gegenüber den anderen Staaten entsprechen, die die Vertragsmächte vom Jahre 1815 ausdrücklich anerkannt haben.

Der Bundesrat und die Bundesversammlung erklärten deshalb ausdrücklich, daß die schweizerische Eidgenossenschaft während des ausgebrochenen Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes aufrecht erhalten und wahren werde. Die Ereignisse während des gegenwärtigen Krieges bestärkten den Bundesrat in der Überzeugung von der Notwendigkeit der Einhaltung der strikten loyalen Neutralität und lieferten den Beweis, daß heute wie im Jahre 1915 die Unverletzlichkeit und Unabhängigkeit der Schweiz im wahren Interesse der Politik Europas liegt. Die Schweiz wird an der Neutralität festhalten, solange nicht die Unabhängigkeit und

Integrität des Landes, die Lebensinteressen oder die Ehre des Staates verletzt werden. Der Bundesrat darf die Aufmerksamkeit des Präsidenten Wilson auf die einzigartig geographische Lage der Schweiz lenken, die, von allen Seiten von kriegführenden Staaten eingeschlossen, mit Sicherheit zum allgemeinen Kriegsschauplatz werden müßte, sobald sie aus der Neutralität heraustreten würde. So drückend aber daher auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz zufolge der angekündigten Blockade sich gestalten, so sehr je nach deren Durchführung völkerrechtliche Prinzipien verletzt werden, so kann sich der Bundesrat doch nicht entschließen, dem Präsidenten Wilson in den auf Grund einer anders gestalteten Sachlage von ihm gegenüber der deutschen Reichsregierung unternommenen Schritten zu folgen. Der Bundesrat beschränkte sich deshalb darauf, gegen die von der kaiserlichen Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechtes Rechte der Neutralen verletzt werden, Protest und Rechtsverwahrung einzulegen, insbesondere für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte, und sich alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Deutschland und seinen Verbündeten angewandten Mittel schweizerische Staatsangehörige oder eine schweizerische Ladung der Vernichtung preisgegeben werden sollte.

W. B. Wien, 11. Februar.

Die dem österreich-ungarischen Gesandten in Bern seitens der schweizerischen Regierung übergebene Antwort faßt in ihrer Einleitung den Inhalt unserer Note vom 31. v. M. betreffend die Ankündigung des verschärften Unterseebootkrieges zusammen und fährt dann wie folgt fort:

„Es konnte der k. u. k. Regierung nicht entgehen, daß durch diese in der Note aufgeführten Maßnahmen ein schwerer Eingriff in das der Schweiz als neutralen Staate nach den Grundsätzen des Völkerrechtes zustehende Recht des friedlichen Handels begangen wird. In der Tat bedeutet die Blockade fast aller für die Benützung durch die Schweiz in Betracht kommenden Ententehäfen eine ernste Gefährdung unserer Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und unseres überseeischen Exportes. Auch wenn durch freundschaftliche Verständigung mit der französischen Regierung die Benützung des Hafens von Cette, der außerhalb der blockierten Zone liegt, ermöglicht wird, sind die Seetransporte in einer Weise eingeschränkt, daß unserer Volkswirtschaft die empfindlichsten Schädigungen zugefügt werden. Die von der k. u. k. Regierung verhängte Seesperre folgt auf eine ganze Reihe von Maßnahmen, durch die im Laufe des Krieges von beiden kriegführenden Teilen im Widerspruch zu völkerrechtlichen und vertraglichen Normen unsere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit bereits eingeengt worden ist und gegen welche wir vergebens unsere Stimme erhoben haben. Die Sperre ist unter diesen Umständen nur um so drückender und folgenschwerer. Der Bundesrat sieht sich daher gezwungen, gegen die von der k. u. k. Regierung angekündigte Blockade und deren Durchführung, soweit dadurch nach den gemeingültigen Grundsätzen des Völkerrechtes Rechte der Neutralen verletzt werden, nachdrücklich Protest und Rechtsverwahrung einzulegen und vorab für den Fall, daß die tatsächliche Durchführung der Sperre sich als unvollständig erweisen sollte, alle Rechte vorzubehalten, wenn durch die von Oesterreich-Ungarn und seinen Verbündeten angewendeten Mittel Staatsangehörige und schweizerische Ladung der Vernichtung preisgegeben werden sollten.“

Der Bundesrat zweifelt im übrigen nicht daran, daß die k. u. k. Regierung alles tun wird, um den für die Sicherheit der schweizerischen Staatsangehörigen und für das wirtschaftliche Leben der Schweiz aus der Blockade sich ergebenden schwerwiegenden Folgen nach Möglichkeit vorzubeugen.“

12. II. 1917

Abfahrt zweier amerita- nischer Dampfer nach dem deutschen Sperrgebiet.

Die zwei Dampfer unbewaffnet und ohne
Waren.

Newyork, 10. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Zwei unbewaffnete amerikanische Frachtdampfer gehen voraussichtlich heute nach dem Sperrgebiet ab. Es sind voraussichtlich die ersten Schiffe unter amerikanischer Flagge, die von hier seit der deutschen Note über den uneingeschränkten Unterseebootkrieg in das gefährdete Gebiet fahren. Keines der beiden Schiffe hat die von Deutschland vorgeschriebenen Streifen auf den Seiten, sondern beidetragen nur die großen Buchstaben U. S. A. (United states of America, Vereinigte Staaten von Amerika). Die Schiffe treten die Ausfahrt an, da sich ihre Eigentümer auf das Recht amerikanischer Schiffe, das offene Meer zu befahren, verlassen. Die Schiffe führen keine Geschütze, um gegen ungesühliche Angriffe Widerstand zu leisten. Das eine, namens „Orleans“, hat den amerikanischen Kapitän Tucker und eine Besatzung von 35 Mann, darunter 32 amerikanische Bürger, an Bord. Das andere Schiff heißt „Rochester“. Es wird erklärt, daß keines der Schiffe Waren führt. Beide Schiffe gehen nach Bordeaux.

Nach einer späteren Meldung sind die beiden Frachtdampfer nachmittags in das Kriegsgebiet abgefahren.

Vertretung der deutschen Interessen durch die Schweiz.
Bern, 10. Februar. Die Schweiz hat auf Ansuchen Deutschlands außer in Frankreich und in den Vereinigten Staaten die Vertretung der deutschen Interessen in England, in Japan sowie in dem nicht besetzten Teile Rumäniens übernommen.

Der Erfolg.

Wien, am 12. Februar.

Es ist unverkennbar, daß der Biververband eine schwere politische Niederlage erlitten hat, die in der jetzigen vorgeschrittenen Lage nicht weniger Bedeutung hat, als eine verlorene Schlacht an der Front. Die Ankündigung des verschärften Seekrieges ist dank der Wilsonschen, freilich anders gedachten Mithilfe zu einer Abstimmung der Neutralen über ihre Erwartungen des Kriegsausganges geworden; ihr Verhalten gegenüber der von Wilson an sie gerichteten Note läßt keinen Zweifel darüber, daß keiner der Neutralen es für geraten hält, sein Schicksal mit dem des Verbandes heute noch zu verknüpfen, und jeder es vorzieht, mit den Mittelmächten friedlich sich auseinanderzusetzen. Es gibt heute in Europa keine Neutralen mehr, welche die Illusionen, die noch vor sechs Monaten die Regierung Bratianu hegte, heute erneuern möchte, so daß Wilson, der kriegerisch Gesinnte, vereinsamt geblieben ist und in Ermangelung einer europäischen Gefolgschaft, die seine Geschäfte unentgeltlich besorgt hätte, es vorgezogen hat, zu einer sanfteren Auslegung seines Konfliktes mit Deutschland sich zurückzuwenden. Das ist ein diplomatischer Erfolg der Mittelmächte, der nur auf einer vortrefflichen Kenntnis und Berechnung aller für die jetzige Lage in Betracht kommenden Komponenten erzielt werden konnte und vielleicht haben wir hierin auch die Antwort auf die Frage gegeben, warum der verschärfte Seekrieg jetzt und nicht schon früher dauernd durchgeführt wurde.

Es sind heute die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Gelingen des Tauchbootkrieges wie noch nie gegeben. Die Waffe ist durch die zahlreichen Erfahrungen der Kriegszeit in einer Weise vervollkommen worden, die das heutige Tauchboot wesentlich von jenem unterscheidet, das zu Beginn des Krieges in den Flottenlisten bekannt war. Und gerade jetzt ist England durch diese Waffe wirtschaftlich am verwundbarsten. Die Getreideernten Südamerikas und Australiens sind im Antransport nach England, dessen Getreidehangars so stark ausgeleert sind, wie noch niemals; die Kohlentransporte aus England waren für Frankreich und Italien noch zu keiner Zeit so unentbehrlich wie jetzt, da die Munitionsindustrie inmitten der höchsten Anstrengungen für die Frühjahrsoffensive steht und der einheimische Kohlenvorrat überall schon den Boden seher läßt.

Zugleich trat aber die politischen Voraussetzungen für eine Entscheidungstat zur Verkürzung des Krieges in

besonderem Maße zu; diese richtige Gelegenheit zu ergreifen, war die vornehme Aufgabe der Diplomatie der Mittelmächte. Wenn sie mit ruhiger Zuversicht das Schwert der Seekriegsverschärfung aus der Scheide zog, wie dies aus den Kundgebungen des Grafen Czernin und des deutschen Reichskanzlers sich offenbarte, so geschah dies ohne Zweifel auf Grund einer feinen Kenntnis der politischen Stimmungen und militärischen Urteile, die heute die Gedankenwelt der europäischen Neutralen beherrschen. Man kann annehmen, daß es nach dem großen Konzept, das die Verschärfung des Krieges entwarf, nur eine Ueberraschung mehr gab, daß nämlich Präsident Wilson den Mittelmächten den Gefallen tat, durch seine Herausforderung der europäischen Neutralen seine eigene hoffnungslose Isolierung und den geringen Kurswert der Biververbandshoffnungen so sinnfällig zu machen. In Wien und Berlin wird man ihm diesen Liebesdienst gewiß nicht vergessen.

13./II. 1917

Drei Fragen und Antworten im Weltkriege.

Von Karl v. Bez.

Selbst dem aufmerksamen Beobachter können im Gewirre der diplomatischen Ereignisse die verborgenen Zusammenhänge der Dinge entgehen, bis mit einem Male durch das Hinzutreten eines neuen Umstandes die innere Verbindung offensichtlich wird. Und so hat die Entwicklung der politischen Dinge in den letzten Wochen wahrscheinlich außer mir manchen anderen darauf aufmerksam gemacht, daß auf drei wichtige Fragen im Weltkriege zwar bis jetzt noch keine amtliche Antwort erteilt worden ist, der innere Zusammenhang derselben jedoch immer mehr aus dem Gebiete der Zweifel heraustritt und sich in fühlbarster Weise im Ringen der Völker und Staaten geltend macht.

Wir wollen diese drei Fragen nur kurz der Reihe nach vornehmen:

1. Warum hat Mitte 1914 Sir Edward Grey in seiner berühmten Kriegsrede gesagt: „Wir gehen an der Seite von Frankreich und Rußland in den Krieg gegen die Mittelmächte, weil wir in dem Falle kaum größere Opfer zu ertragen haben werden, als wenn wir diesen Weg nicht betreten.“ Spricht derart ein leitender Staatsmann ohne feste Rückendeckung, und wenn er so geheimnisvoll spricht, so hat er eine Rückendeckung, die er nicht verraten darf.

2. Als dann das Ungeheuerliche geschah, und tausend Furien auf Europa losgelassen wurden, warum sagte nicht von seinem Präsidentenstuhle herunter der sogenannte Philosoph von Washington zu seinen untertänigen Mitbürgern: „Meine lieben Kinder, ihr seht, in Europa ist Krieg. Der geht uns nichts an. Lassen wir sie auf einander schlagen. Ich rate euch nichts und warne euch vor nichts, denn das wäre gegen die Neutralität. Aber selbstverständlich darf unser Handel nach Europa nicht leiden. Deshalb lasse ich unter dem Schutze von Kriegsschiffen jeden Tag von New-York und Baltimore aus fünf, vielleicht auch mehr Dampfer nach Rotterdam, kurz nach irgend einem neutralen Hafen in Europa, und von dort wieder zurück nach Amerika gehen. In diesen Dampfern befördern wir ruhig und sicher unsere Reisenden, unsere Post und unsere Waren. Dafür bürgere ich, für alles andere kann ich nicht bürgen.“ Das wäre die Rede eines wahren Neutralen gewesen. Aber ungezählte Milliarden für Kriegslieferungen von unseren Feinden einstecken und für ein solches Schweiggeld unter pharisäischen Protesten alles tun, damit die Seeherrschaft Englands unangetastet bleibe — das ist keine Neutralität.

3. Wem ist nicht schon seit Monaten aufgefallen, daß alle Völker des Verbandes trotz blutigster Niederlagen und größter Verlust an Land, an Menschen und an Habe immer noch sich nicht zu einem deutschen Frieden bequem wollen, daß sie alle Friedensangebote mit Hohne zurückweisen und unentwegt auf eine gründliche Besserung ihrer Lage hoffen? Wie soll sich aber ihre Lage bessern? Alle Versuche, aus eigener Kraft dazu zu gelangen, sind fehlgeschlagen. Wer soll ihnen dazu verhelfen? Gewiß niemand in Europa, denn hier sind schon alle Kräfte ausgespielt worden. Es bleibt als ihre Hoffnung nur M. Wilson übrig.

Und merkwürdigerweise ist gerade dies jener Staatslenker, welcher sich seit Beginn des Krieges eher wie ein Verbündeter Englands als ein Neutraler benommen hat. Es wird offenbar klar, wo der Rückhalt ist, auf dem der ehrenwerte Sir Edward Grey verharrte, als er in den Weltkrieg mitging und warum M. Page, der amerikanische

Botschafter in London, im Februar 1914 auf einem Bankette sagen konnte: „Alles in allem werden die Vereinigten Staaten durch England beherrscht und geführt.“

13. II. 1917

**Versuchte Kriegsabmachungen Wilsons mit
Südamerika.****Eine Enthüllung über die Kriegspolitik Wilsons.**

Berlin, 12. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Wie zuverlässige Nachrichten aus Argentinien besagen, tritt die offiziöse Zeitung „Epoca“ für die Ablehnung des Vorschlages des Präsidenten Wilson und für strikte Neutralität ein. Auch das Blatt „La Prensa“ verhält sich scharf ablehnend und bringt die aufsehenerregende Mitteilung, daß Präsident Wilson vor Jahresfrist den Versuch gemacht habe, die südamerikanischen Republiken durch Abmachungen in den Krieg zu verwickeln. „La Razon“, die sich gleichfalls entschieden für die Ablehnung ausspricht, sagt, daß Wilson in der Frage der Schwarzen Listen seine Unterstützung verweigert habe. Seht wünsche Argentinien, ihm nicht Folge zu leisten.

Die Stimmung in Argentinien ist ruhig.

Aus Brasilien verlautet, daß die Regierung die Aufforderung der Vereinigten Staaten, sich ihnen anzuschließen, mangels gleicher Voraussetzungen abgelehnt habe und sich auf einen Protest gegen eine etwaige Verinträchtigung brasilianischer Interessen beschränken werde.

13. II. 1917

Fortdauer der Neutralität Brasiliens. Einspruch gegen den verschärften Unter- seebootkrieg.

Die Antwortnote Brasiliens an die österreichisch-
ungarische Regierung.

Wien, 12. Februar.

Der brasilianische Geschäftsträger
überreichte heute im Ministerium des Aeußern
folgende Note:

Sobald ich die Ehre hatte, die Note Eurer Excellenz
vom 31. Januar zu erhalten, beeilte ich mich, ihren In-
halt meiner Regierung telegraphisch zur Kenntnis zu
bringen.

Eure Excellenz waren so freundlich, mir die Ent-
scheidung der k. und k. Regierung mitzuteilen, die im Wesen
darin besteht, daß die Küsten Großbritanniens
und Irlands und die dem Vereinigten Königreich benach-
barten Inseln, ferner die Küsten Frankreichs
und Italiens sowie das östliche Mittelmeer
unter Blockade gestellt werden, und zwar mit
Hilfe von Unterseebooten, die, angefangen vom
1. Februar 1917, jeden Seeverkehr in den vorerwähnten
Gebieten verhindern werden, wobei die ehemals im Gebrauch
der Kampfmittel zur See üblichen Beschränkungen auf-
gehoben und vielmehr alle Kampfmittel, die zur Ver-
nichtung von Fahrzeugen führen, zugelassen werden.

Die Note Eurer Excellenz fügt im allgemeinen noch
hinzu, die k. und k. Regierung vertraue darauf, daß
Brasilien die oben angeführten Kriegsmittel richtig ein-
schätzen werde — Kriegsmittel, deren Wahl die k. und k.
Regierung mit Umständen erklärt, die sie zu ihrer An-
wendung gezwungen haben — und hoffe, daß die bra-
silianischen Schiffe vor der Gefahr, die sie durch Eindringen
in die Sperrgebiete laufen, gewarnt werden würden. Dies
würde in gleicher Weise auch für Reisende brasilianischer
Staatsangehörigkeit und für Waren gelten, die sich an
Bord irgendwelcher neutralen oder nicht neutraler Handels-
schiffe befänden.

Ich erhielt soeben Befehle, Eurer Excellenz zu er-
klären, daß die Bundesregierung von Brasilien un-
bedingt Wert darauf legt, daß bis zum
Ende des Krieges in dem Neutralitäts-
verhältnis zwischen befreundeten
Nationen keinerlei Veränderung sich
vollziehen dürfe. Die Bundesregierung hat
immer in diesem Sinne gehandelt, indem sie, wie es ihre
Pflicht war, sich in genau festgestellten Fällen, in denen
brasilianische Interessen berührt wurden, für das Recht

des Einspruches wahrte. Sie ist auch immer in dieser Art
vorgegangen.

Die unerwartete Mitteilung, die die
Bundesregierung soeben erhielt, nämlich die Ankündigung
von ausgedehnten Gebieten für die Blockierung von
Ländern, mit denen Brasilien sehr rege wirtschaftliche Ver-
bindungen unterhält und durch die Schifffahrt im all-
gemeinen sowie durch die brasilianische Schifffahrt im be-
sonderen in ununterbrochenem Verkehr steht, hat, da
damit nicht zu rechtfertigende Opfer an Menschenleben,
die Vernichtung von Privateigentum und die voll-
kommene Störung von Handelsunternehmungen un-
mittelbar angedroht werden, sehr berechtigterweise den
tiefsten Eindruck hervorgerufen.

Unter diesen Umständen und in der unabänderlichen
Verfolgung der Aufgabe, die sie, wie oben erwähnt, sich
gesetzt hat, gibt die Bundesregierung nach Prüfung des
Gegenstandes der österreichisch-ungarischen Note bei dieser
Gelegenheit die Erklärung ab, daß sie die von der
k. und k. Regierung soeben plötzlich verhängte Blockade
nicht als wirksam (effektiv) anerkennen kann.
Der Grund dafür ist der, daß ebensowohl wegen der Mittel,
um die Blockade zu einer wirklichen zu machen, als auch
wegen der maßlosen Ausdehnung der Sperrgebiete, ferner
weil jegliche Einschränkung, darunter auch die einer vor-
herigen Warnung der Schiffe — die neutralen nicht aus-
genommen — fehlt und die Vernichtung mit allen Kampf-
mitteln angekündigt wird, eine solche Blockade weder regel-
recht noch wirksam (ni régulier, ni effectif) wäre und dem
Grundsätzen des Rechtes und den für militärische Opera-
tionen dieser Art ausgemachten Bestimmungen zuwider-
liefe. Die brasilianische Regierung hält es demnach für
ihre Pflicht, trotz ihres lebhaften und aufrichtigen Wunsches,
Gegensätze mit befreundeten Nationen, die sich gegen-
wärtig im bewaffneten Streit befinden, zu vermeiden,
gegen diese Blockade Einspruch zu erheben,
wie es mit der gegenwärtigen Note geschieht. Infolgedessen
hält die brasilianische Regierung dafür, daß auf die
k. und k. Regierung die Verantwortung werde
fallen müssen in allen den Fällen, die von dem Augenblicke
an, da die anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes oder
die von Brasilien und Oesterreich-Ungarn mihunter-
zeichneten Verträge verletzt werden, brasilianische Staats-
angehörige betreffen könnten.

14. / II. 1917

Die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Amerika.

Berlin, 12. Februar.

Das Wolffsche Bureau meldet:

In der neutralen Presse wird eine Meldung des Reuterschen Bureaus verbreitet, wonach Deutschland die Schweiz ersucht haben soll, der amerikanischen Regierung mitzuteilen, daß Deutschland nach wie vor bereit sei, mit den Vereinigten Staaten über die mit dem U-Boot-Krieg zusammenhängende Sperrgebietserklärung zu unterhandeln, sofern die Handelsperre gegen England dadurch nicht berührt werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ dem schweizerischen Gesandten Ritter daraufhin mitteilen, daß sie nicht in Unterhandlungen eintreten könne, ehe

Deutschland sein nach der „Sussex“-Angelegenheit gegebenes Versprechen wieder in Kraft gesetzt und die Ankündigung über die Verschärfung des Tauchbootkrieges zurückgezogen habe.

Dieser Meldung liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Der deutschen Regierung war durch die Schweiz ein Telegramm des schweizerischen Gesandten in Washington übermittelt worden, wonach der Gesandte sich erbötig machte, falls Deutschland einverstanden sei, Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über die Sperrgebietserklärung zu vermitteln, weil dadurch die Gefahr eines Krieges zwischen Deutschland und Amerika vermindert werden könne. Die schweizerische Regierung wurde daraufhin gebeten, ihren Gesandten in Washington dahin zu verständigen, daß Deutschland nach wie vor zu Verhandlungen mit Amerika bereit sei, falls die Handelsperre gegen unsere Feinde, also nicht nur gegen England, dadurch unberührt bliebe. Wie sich von selbst versteht, hätte Deutschland sich auf derartige Verhandlungen nur unter der Bedingung einlassen können, daß zunächst die diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und uns wiederhergestellt worden wären. Als Gegenstand der Verhandlungen wären ferner lediglich gewisse Zugeständnisse auf dem Gebiete des amerikanischen Personenverkehrs in Betracht gekommen. Die durch den unbefristeten U-Boot-Krieg über unsere Feinde verhängte Sperre der überseeischen Zufuhr würde mithin, selbst wenn die diplomatischen Beziehungen mit Amerika wieder hergestellt worden wären, unter keinen Umständen irgendwie gelockert worden sein. In der Antwort an den schweizerischen Gesandten in Washington kam dies ja auch mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Wie schon wiederholt, auch von amtlicher Stelle, erklärt worden ist, gibt es in der entschlossenen Durchführung unseres Unterseebootkrieges gegen die gesamte überseeische Zufuhr unserer Feinde für uns kein Zurück.

Kundgebung der ungarländischen Rumänen gegen die Entente.

Budapest, 13. Februar.

Dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza ist von den hervorragendsten Vertretern des ungarischen Rumänentums eine Kundgebung zugekommen, die nahezu zweihundert Unterschriften trägt, darunter die der höchsten Würdenträger der ungarländischen rumänischen Kirche, der hervorragenden Vertreter des Klerus, der rumänischen Abgeordneten, darunter auch zweier Nationalisten, und auch anderer maßgebender Persönlichkeiten rumänischer Nationalität.

Die Kundgebung lautet:

„Laut der an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichteten Antwort der Entente bildet die Befreiung der verschiedenen Nationalitäten von fremder Herrschaft — darunter auch die der Rumänen — eines der Kriegsziele unserer Feinde.

Mit dieser Erklärung haben es unsere Feinde geradezu auf die Integrität unseres Vaterlandes abgesehen.

Als geistliche und weltliche Vertreter und berufene Führer der in den Ländern der heiligen ungarischen Krone wohnenden Rumänen weisen wir auf das verschiedenste im Namen des vaterländischen Rumänentums jene Behauptung irgendjemandes zurück, als würden wir uns unter fremder Herrschaft befinden.

Wir Rumänen sind freie und gleichberechtigte Bürger des ungarischen Vaterlandes. Es gibt in Ungarn kein Gesetz, welches in bezug auf Rechte und Freiheiten sowie Pflichten zwischen ungarischen Staatsbürgern verschiedener Nationalitäten einen Unterschied machen würde.

Mit der größten Treue und Liebe hängt das rumänische Volk Ungarns seit Jahrzehnten an der mit dem Blute seiner Söhne so oft getränkten Scholle.

Die Treue zu der Person des gesalbten Herrschers und zum erhabenen Herrscherhause ist von altersher ein heiliges und edles Vermächtnis unseres Volkes.

Durchdrungen von diesen erhabenen Gefühlen, haben unsere Vorfahren tausend Jahre hindurch im Verein mit unseren ungarischen Brüdern für Schutz und Ruhm der heiligen ungarischen Krone gekämpft, und daß die Nachkommen dasselbe tun, bezeugt ihr auf den Schlachtfeldern in Strömen fließendes Blut und ihre kein Opfer scheuende Begeisterung im Hinterland.

Nicht fremd ist uns also die Herrschaft der heiligen ungarischen Krone. Wir begehren nicht die ausposaunte Befreiung. Wir stehen ein für die Integrität unseres ungarländischen Vaterlandes.

Diese entschlossene und kein Schwanken kennende Haltung der vaterländischen Rumänen haben nicht augenblickliche, durch Opportunitätsgründe beeinflusste Gesichtspunkte bestimmt, sondern eine tiefe politische Ueberzeugung, welche sich auf Erfahrungen von Jahrhunderten und auf geschichtliche Traditionen stützt; wir sind überzeugt, daß auch in der Zukunft der Glanz und die Kraft der heiligen ungarischen Krone zur Sicherung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des ungarländischen Rumänentums berufen ist.

Wir ungarländischen Rumänen bestehen darauf, daß wir zur heiligen ungarischen Krone gehören. Es bluten tausende unserer Söhne für die Wehr dieses unseres unbeugbaren Willens, und für dessen Sicherung wird das vaterländische rumänische Volk weiterkämpfen mit vollem Einsatz seiner ganzen geistigen und materiellen Kraft.“

15. II. 1917

**Die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen
Deutschland und Amerika.
Die Antwort Lausings an den Schweizer
Gesandten.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 14. Februar.

Aus Rotterdam wird dem „Localanzeiger“ telegraphiert: Aus Washington wird gemeldet: Der Vorkant von Lausings Antwort auf die Mitteilungen des Schweizerischen Gesandten über die deutsche Bereitwilligkeit zu Unterhandlungen war folgender:

Der Präsident bittet mich, unter Bestätigung des Empfanges des Memorandums, das Sie die Güte hatten, mir am 11. d. zu senden, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit der deutschen Regierung über irgendwelche Fragen, die Sie zur Beratung vorschlagen würden, gerne beraten will, wenn sie ihre Proklamation vom 31. Januar zurücknimmt, worin sie plötzlich alle vorhergehenden Mitteilungen und die Versicherungen widerrufen, welche sie der Regierung der Vereinigten Staaten am 4. Mai 1916 gegeben hatte, daß aber die amerikanische Regierung der Ansicht sei, daß sie sich nicht in eine Beratung mit der deutschen Regierung über die Politik der U-Boot-Kriegsführung gegenüber Neutralen, welche sie jetzt befolgt, einlassen kann; es sei denn, daß die deutsche Regierung sich ihrer Versicherungen vom 4. Mai erinnert und nach jenen Versicherungen verfährt.

Ein Akt größter englischer Brutalität.

Rücksichtslose Behandlung der Neutralen.

Berlin, 13. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet: Das englische Regierungsverbot an die in den englischen Häfen liegenden neutralen Schiffe, nicht vor dem 5. Februar auszulaufen, ist in der neutralen Presse zwar vermerkt, aber im allgemeinen ziemlich kritiklos hingenommen worden, obwohl diese von dem Beschützer der Rechte der kleinen Nationen erlassene Verfügung sich wiederum als ein Akt größter Brutalität qualifiziert. Der 5. Februar war bekanntlich jener Termin, bis zu dem die neutralen Schiffe die Häfen des von der deutschen Regierung gesperrten feindlichen Gebietes verlassen haben mußten, um ungehindert ihren Bestimmungsort erreichen zu können, vorausgesetzt, daß sie keine Banware führten. Zwischen Kriegführenden sind selbstverständlich alle völkerrechtlich zulässigen Kriegsmittel erlaubt, die geeignet erscheinen, dem Gegner zu schaden. Die hier in Rede stehende Maßnahme Englands konnte aber in keiner Weise eine Schädigung Deutschlands oder seiner Kriegsführung darstellen, denn es konnte uns gleichgültig sein, ob ein neutrales Schiff im englischen oder neutralen Hafen stillliegt. Der Endzweck für uns blieb immer die Stilllegung des Handelsverkehrs innerhalb des gesperrten Gebietes!

Die draconische Verfügung der englischen Regierung beweist also wieder einmal aufs neue, daß sie auch nicht die geringste Rücksicht auf die Interessen der Neutralen zu nehmen gewillt ist. Ob es sich um eine reine Schifflane oder um die Vertolung egoistischer Interessen handelt, steht noch nicht absolut fest, doch darf daraus, daß das Ausfahrverbot auch bis heute noch nicht aufgehoben ist, wohl geschlossen werden, daß irgendwelche rein englische Interessen sowie das Bestreben maßgebend waren, Zwischenfälle zwischen Deutschland und den Neutralen zu schaffen. Was speziell Holland anbetrifft, so muß in diesem Zusammenhang erneut auf die englische Kohlen Sperre gegenüber diesem Lande hingewiesen werden, eine Maßnahme, die seit dem 29. v. M. bereits in Kraft ist und das Land der allerbittersten Not aussetzen würde, wenn nicht durch entgegenkommende deutsche Maßnahmen dieser Kalamität gesteuert würde. Alle diese Drangsalierungen Hollands seitens der Entente stellen sich als ein für dieses Land zwar betrübliches, für die ganze Welt aber interessantes Gegenstück zu den von deutscher Seite in weitestgehendem Maße erteilten Vergünstigungen, wie zum Beispiel die Schaffung einer ungeschädigten Zone für den holländischen Schiffsverkehr nach der Nordsee, dar.

Der Einspruch Chinas.

Berlin, 15. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet:

Der chinesische Gesandte hat gestern dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes die Abschrift einer Note überreicht, die seine Regierung dem kaiserlichen Gesandten in Peking am 8. Februar hat zugehen lassen und worin gegen die neuen Maßnahmen für den U-Bor-Krieg nachdrücklich Einspruch erhoben wird.

Die Meldung feindlicher Depeschendienste, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe oder daß ein solcher Schritt unmittelbar zu erwarten sei, ist unzutreffend.

16./II. 1917

Die Katholikenkonferenzen in Zürich.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

Zürich 15. Februar.

Die am 12. und 13. d. in Zürich tagende Konferenz katholischer Parlamentarier und Politiker verschiedener europäischer Nationen zum Zwecke einleitender Maßnahmen für Wiederannäherung der politischen, kulturellen und sozialen katholischen führenden Elemente sowie aller Völker nach dem Kriege faßte darauf bezügliche Beschlüsse und schuf vorbereitende Organisationen. Zugleich wurden praktische Maßnahmen besprochen zur Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen und in Angelegenheit der Freilassung der Zivilinternierten sowie der Wiederaufnahme und des Ausbaus der internationalen Übereinkommen, insbesondere auch auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherungen. Der Wortlaut der Kundgebung an den Heiligen Vater wird demnächst bekanntgegeben werden. Die Konferenz hat endlich beschlossen, führende Katholiken der auf ihr nicht vertretenen Nationen zum Beitritt in die internationale katholische Union einzuladen. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Die angesagte Beteiligung der Vertreter Spaniens und Hollands war im letzten Augenblick unmöglich geworden. Infolge der Verkehrsschwierigkeiten konnten auch die Vertreter der Katholiken Bulgariens und der Türkei nicht erscheinen. Den Vorsitz in den Verhandlungen führte der Schweizer Ständerat Witz, das Referat erstattete Chefredakteur Baumberger.

Abgeordneter Stadtrat Dr. Mataja über die Tagung.

Die Abgeordneten Landesauschuß Jodol Fink und Stadtrat Dr. Mataja, die als Vertreter der deutschen Katholiken Oesterreichs an der Züricher Tagung teilgenommen hatten, sind heute in Wien eingetroffen. Abg. Dr. Mataja äußerte sich gegenüber einem unserer Vertreter über ihre Eindrücke, die er auf der Tagung gewonnen:

Die Beratungen nahmen einen geradezu großartigen Verlauf und der Eindruck, der Referate und Stimmung hinterließen, war ein sehr erfrischender. Die Tagung ist ein vielverheißender erster Schritt auf dem Wege zur Wiedervereinigung der Katholiken der verschiedenen Länder und Nationen.

Durch Delegierte waren die Katholiken der Schweiz, Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und des Königreiches Polen vertreten; die spanischen und niederländischen Katholiken haben der Abhaltung der Konferenz zugestimmt; andere wurden durch Verkehrsschwierigkeiten aufgehalten. Die Tagung, deren Führung in den Händen der Schweizer katholischen Organisationen lag, beschäftigt sich vornehmlich mit dem heißen Wunsch aller Völker: der Frage des Friedens; dann ferner mit dem Los der Kriegsgefangenen und Internierten, den internationalen Übereinkommen, namentlich auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und mit den Bemühungen und der Lage des Heiligen Stuhles. Die Vorbereitung der Konferenz war tadellos und als man sich trennte, herrschte unter den Teilnehmern die allgemeine Ueberzeugung, daß ein Werk eingeleitet sei, das für den Frieden der Menschheit viel bedeute.

16. II. 1917

Die amerikanische Frage.**Ein Vortrag in der Oesterreichischen politischen Gesellschaft.**

Vor einigen Tagen hielt der europäische Spezialkorrespondent des Wheeler-Syndikats amerikanischer Zeitungen Dr. Bela Szekely in der Oesterreichischen politischen Gesellschaft einen Vortrag über die amerikanische Frage. Dr. Szekely schilderte vorerst die anglo-amerikanische Organisation der Presse der Vereinigten Staaten. Während zweier Monate nach dem Kriegsausbruch waren die Mittelmächte vom Verkehr mit Amerika überhaupt abgeschlossen, und dieser Umstand gab England Gelegenheit, den überseeischen Nachrichtendienst überhaupt zu monopolisieren und durch eine großartige journalistische Propaganda sowohl die Kriegsziele Deutschlands als die angebliche Grausamkeit der deutschen Kriegführung in einer Weise darzustellen, welche nicht verschlen konnte, die öffentliche Stimmung gegen die Mittelmächte aufzuheizen. Nach Besiegung der Unterseebootfrage begann ein langsamer Umschwung in der öffentlichen Meinung zugunsten der Entente, verursacht durch die inländische Revolution, die Einrichtung von Cament, Verhinderung des überseeischen Postverkehrs und die schwarzen Listen. Derart ging der Umschwung zugunsten der Entente und zugunsten der Mittelmächte parallel vor sich. Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage Amerikas trotz der Munitionslieferungen verschlechtert. Neben dem Mangel des Goldes findet man die Schatten der Verarmung. Die Preise der Lebensmittel sind gewaltig in die Höhe gestiegen und gefährdeten dieses kostbare Gemeingut des Amerikaners, sein „Standard of living“. Diese Umstände bewirkten, daß sich eine gewaltige Friedensstimmung entwickelte. Der Vortragende gab sodann eine Charakterisierung Wilsons und beschreibt die Haltung des Präsidenten vom Ausbruch des Krieges bis zum gegenwärtigen Augenblick. Auch der Arbeiterfrage und der japanischen Gefahr gedachte der Vortragende, um sodann die Situation der in Amerika lebenden Deutschen, Oesterreicher und Ungarn zu schildern. Mit dem Ausbruch der Hoffnung, daß trotz des Abbruchs der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland der Friedensgedanke in den Vereinigten Staaten nicht geschwächt wurde und daß vielleicht gerade im jetzigen Augenblick noch der Friede zustande kommen könnte, schloß Dr. Szekely seinen Vortrag.

Letzten Donnerstag sprach Eduard v. Sormis über die Okkupation Bosniens und die Bedeutung des Besitzes von Bosnien und der Herzegovina für die Monarchie, woran sich eine Diskussion über die südslawische Frage schloß. Gestern referierte Professor Dr. Alfred v. Galban über das polnische Problem. Nächsten Donnerstag, den 22. d., wird die Erörterung der Friedensziele fortgesetzt.

16. II. 1917

Fränkung der dänischen Gebietshoheit.

Loyales Verhalten der deutschen Regierung.

Kopenhagen, 15. Februar.

(Meldung des Rigaschen Bureaus.) Der Minister des Aeußern veröffentlicht folgende Mitteilung: Am 30. Oktober 1916 schossen zwei deutsche Militärpersonen bei Farris auf einen russischen Kriegsgefangenen, der über die dänische Grenze zu entweichen versuchte und holten ihn darauf von dänischem Gebiete zurück.

Aus diesem Anlaß hat die deutsche Regierung nach Untersuchung der Angelegenheit erklärt, nicht einräumen zu können, daß der Flüchtling auf dänischem Gebiet verwundet wurde, dagegen der dänischen Regierung ihr lebhaftes Bedauern ausgesprochen über die Fränkung der dänischen Gebietshoheit, die dadurch geschah, daß sich Militärpersonen auf dänisches Gebiet begaben und den verwundeten Kriegsgefangenen zurückgeholt hätten. Die deutsche Regierung teilte gleichzeitig mit, daß die beiden Militärpersonen zur Verantwortung gezogen werden.

Die deutsche Regierung fügte hinzu, sie würde nicht gezögert haben, den Kriegsgefangenen, falls er mit dem Leben davon gekommen wäre, freizulassen und den dänischen Behörden zu übergeben.

Die Angelegenheit habe Veranlassung gegeben, daß den deutschen Grenzposten wiederum eingeschärft wurde, die dänische Grenze zu respektieren.

Bemerkt wird hiezu, daß die beiden deutschen Heeresangehörigen die Grenze lediglich aus Gründen der Menschlichkeit überschritten haben, um dem auf dänischem Gebiete zusammengebrochenen verwundeten Russen Hilfe zu bringen und daß der eine beteiligte Deutsche garnicht wußte, wie die Grenze verlief.

Die Konferenz katholischer Parlamentarier in Zürich.

(Drahtbericht der „Reichspost“.)

Zürich, 15. Februar.

Zu der Konferenz der internationalen Vereinigung katholischer Parlamentarier und Politiker schreiben die „Neuen Züricher Nachr.“: Es handelt sich um den Anfang eines großen Werkes, das erst im Stadium des eigentlichen Wirkens sich zu erproben haben wird, aber berufen ist, fruchtbare und segensreiche Arbeit für das Gemeinwohl, nicht bloß der Katholizität, sondern für die Völker überhaupt zu leisten nicht bloß Wunden nach und nach zur Heilung zu bringen, die heute schmerzlich bluten, sondern wieder Bindungen in positivem Zukunftsschaffen zum Wohle der gesamten Völkerfamilie herzustellen. Das sind freilich Zukunftspläne; von großer aktueller Bedeutung dagegen sind die Beschlüsse über die Verbesserung der Lage der Kriegsgefangenen und Freilassung der Zivilinternierten sowie betreffend Wiederaufnahme und Ausbau der internationalen Übereinkommen, insbesondere auch auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Sozialversicherungen.

Es fanden 3 Sitzungen statt, an denen bei 40 Teilnehmern 9 Nationalitäten vertreten waren. Von anderen lagen Zustimmungen vor. Das Blatt hebt hervor, daß ein großes Stück Arbeit erledigt wurde und schreibt weiter: „Es fehlte nicht an eigentlich erhebenden Momenten; sie muteten an wie Frühlingsskünde einer neuen besseren, einer guten Zeit, eines wirklich neuen Europa, nicht im Sinne der politischen Geographie, sondern des kulturellen und sozialen Wesens. Die ganze Konferenz war von mutigem und starkem Zukunftsgeliste getragen, der sich nicht scheute, die Konsequenzen zu ziehen, die gezogen werden müssen, freilich auch unter nicht weniger starker Betonung der Aufrechterhaltung dessen, was die erhaltenden Grundsätze für Staat und Gesellschaft sind. Es zeigte sich, wie die Größe der Zeit neue Harmonien schuf. Es sei überflüssig, zu betonen, daß während der ganzen Konferenz auch nicht ein bitteres oder gar beleidigendes Wort gegen irgend eine andere Nation oder irgend einen Staat oder Staatsregierung fiel. Der Geist der Liebe, der in den Zeiten aller hoch über den Leidenschaften des Tages steht, beherrschte die ganze Veranstaltung.“

Krieg oder Frieden mit den Vereinigten Staaten.

In vierundzwanzig Stunden neuerdings rund zweiundfünfzigtausend Bruttoregistertonnen versenkt.

Wien, 16. Februar.

Die Waren stauen sich im Hafen von Newyork. Nordwerkzeuge sollen über das Meer gebracht werden, um österreichische und deutsche Jugend zu vernichten, den Stahlhütten und Kanonengießereien neue Milliarden Gewinne zu verschaffen. Vielleicht ließe sich aus den Leichen, welche die Spuren amerikanischer Geschosse tragen, eine Brücke spannen vom östlichen bis zum westlichen Ufer des Atlantischen Ozeans. Von dieser Menschlichkeit wird vereinst das Schrifttum erfüllt sein, und sollten künftige Dichter an der Größe von so viel Unwahrhaftigkeit nicht achtlos vorübergehen, werden sie uns die Männer schildern, welche die Bilder von Rembrandt kaufen, Kirchen bauen und Friedensstiftungen machen aus dem Gelde, das sie aus den Schmerzen der Völker erpreßt haben. Die großen Anlagen im Hafen von Newyork sind überfüllt mit solchen Erzeugnissen der Nächstenliebe. Die Bethlehemgesellschaft und mit ihr die führenden Kapitäne der Finanzen wollen Klarheit und die Entscheidung dürfte kaum lange verzögert werden. Englische Minister haben sich vor einigen Monaten gerühmt, daß die Entente den Mittelmächten zweifach überlegen sei: in der Ausrüstung mit Munition und in der Freiheit der Zufuhrstraßen auf der See. Jetzt soll das aufhören. Die amerikanischen Sendungen können nicht nach Europa verschifft werden, ein großer Teil des Meeres ist gesperrt, und die Entente fühlt sich in dem Augenblicke, da sie zum stärksten Schläge ausholen möchte, in den Mitteln bedroht, durch die sie hoffte, den Frieden nach einem Siege dem Feinde auferlegen zu können. Die Einfuhr wird unmöglich, der schnelle Bau von Handelschiffen braucht eine größere Zuweisung von Arbeitern, die vielleicht von den Munitionsfabriken herangezogen werden müssen. Die Versorgung der Bundesgenossen ist schwieriger und der landwirtschaftliche Minister seufzt, daß England selbst eine belagerte Festung geworden sei. Die Kriegspartei, die auch den Bischof von Carlisle dazu gebracht hat, die Heilige Schrift gegen einen Frieden ohne Sieg aufzubieten, fröstelt bei dem Gedanken, daß die Munition abnehmen könnte. Dieser Bischof, ein Diener des Himmels, beschwört England, den Feind zu zertreten, und gerade in solchem Munde ist die Rundgebung der Grausamkeit besonders abstoßend und häßlich. Munition und die Beweglichkeit auf dem Meere sollten die Bürgschaft sein, daß der Krieg mit dem Zusammenbruche der Gegner ende. Der Weidewitz für die Entente ist fast die ganze Erde gewesen. Die Rinder, die in den Prärien von Nordamerika grasen, wurden in London verzehrt, die Getreidefelder von Argentinien lieferten das Brot, die Schafhürden von Australien die Wolle, Morgan das Geld. Die Mittelmächte strecken den Arm aus, der verschärfte Unterseeboothkrieg beginnt, die Erde ist verschlossen und die Entente hat von den beiden Ueberlegenheiten, von der Beschaffung der Munition und von der Freiheit der Handelswege, keine mehr.

Das wollen die Vereinigten Staaten nicht. Denn schon in den ersten Tagen des Krieges waren sie mit der Entente zusammengespant und der Mangel an Aufrichtigkeit und Gerechtigkeit hat es so lästig gemacht, wenn diese Politik in den Schein eines verletzten Rechtsgefühles gekleidet wurde. Staatssekretär Lansing ist doch nur die amerikanische Uebersetzung von Salandra und Sonnino, und wie diese hat er die schwächlichen Geste der Neutralität fortgesetzt bis zu dem Augenblicke, da die wirtschaftliche Unterstützung der Entente unmöglich wird und das Bekenntnis der wirklichen Gesinnung abgelegt werden muß. Der ehemalige Finanzsekretär des englischen Kriegsministeriums Charles Mallet ist ebenfalls ein Anhänger des Friedens nach dem Siege und ein Gegner des Friedens ohne Sieg. Er hat jedoch den Vorzug, ein bißchen ehrlicher zu sein als der Bischof von Carlisle und die innere Verängstigung nicht ganz zu verbergen. Was soll mit uns geschehen, fragt er, wenn die Vereinigten Staaten wegen der schlechten Ernte die Ausfuhr von Getreide verbieten würden? Wir kämpfen nicht bloß, fügt er hinzu, gegen

Deutschland, sondern auch gegen die Zeit; nichts könne unrichtiger sein als der Glaube, daß dieser riesenhafte Kampf sich noch lange fortsetzen ließe. Die Verbündeten würden es schon gar nicht aushalten, aber auch das reichste Volk nicht. Keine einzige Nation könne täglich sechs Millionen Pfund ausgeben, ohne ihre Zukunft zu verlieren. Wenn die Entente, sagt Mallet, nicht in diesem Jahre durchgeht, was sie erreichen will, wird sie einen Frieden ohne Sieg schließen müssen; schon deshalb, weil auch in England der Wunsch nach Beendigung des Krieges stark verbreitet ist. Wir haben den ehemaligen Finanzsekretär des Kriegsammtes Charles Mallet sprechen lassen, weil seine Worte den schleichenden Kummer in der Entente so deutlich schildern. Getreide kann aus Amerika nach England nicht mehr gebracht werden. Der Nahrungsminister empfiehlt, daß die Familien in der Woche nicht mehr verbrauchen als für jeden Kopf vier Pfund Brot, zweieinhalb Pfund Fleisch und dreiviertel Pfund Zucker. Die Frage, warum die Engländer nicht aushalten sollen, was die Deutschen, die Oesterreicher und die Ungarn mit solcher Geduld ertragen, ist leicht zu beantworten. Die Mittelmächte haben sich vor dem Wahnsinn gehütet, England vernichten zu wollen. Wir leiden in einem Kampfe um das Leben, die Entente als milde Buße für das Verbrechen, hundertfünfzig Millionen durch Hunger zu bezwingen und die Ländergier zu befriedigen. Nun ist dort gekommen, was den Uebermut strafft und was der Bischof von Carlisle als den Tag des Hornes erkennen mußte.

Die Entente ist in einer Krise. Als die russischen Linien bei Tarnow durchbrochen wurden, hat Italien den Krieg erklärt; als die militärischen Kräfte des Generals Brusilow erschöpft waren, hat Rumänien den Krieg erklärt. Die Frage ist, ob die Vereinigten Staaten sich heimlich in ähnliche Beziehungen eingelassen haben und ob sie jetzt gebrängt werden, das wahre Gesicht zu zeigen. Denn eine unabhängige Politik ist schon seit zweiunddreißig Monaten in Washington nicht zu merken gewesen. Die Friedensnote des Präsidenten Wilson hat in England eine ungnädige Aufnahme gefunden und sofort wurde sie zu einer Bottschaft an den Senat verewässert. Die Erklärung eines Kriegsgebietes in der Nordsee durch die britische Flotte wurde sanftmütig aufgenommen, eine ähnliche Maßregel der deutschen Regierung sofort mit Krieg bedroht. Was so empfindlich berührt, ist die Ausschmückung verborgenen Einverständnisses mit England durch Erhabenheit der Grundsätze, durch das strahlende Licht der Menschenliebe und Friedfertigkeit. Eine feindselige Presse, die aufreizende Sprache in den Blättern, die vertraute Beziehungen zu den regierenden Kreisen hatten, waren ein Spott auf jede Schicksalichkeit in neutralen Ländern und zeigten, daß die Kessel unter Feuer gehalten wurden, damit die Volksleidenschaften nicht erkalten. Lord Northcliffe hat vor einigen Tagen in seinen Zeitungen über einen Besuch, den er bei den amerikanischen Truppen im englischen Lager auf französischem Boden gemacht hat, ausführlich berichtet. Mehr braucht über die Neutralität der Vereinigten Staaten nicht gesagt zu werden.

Amerikanische Flieger, amerikanische Soldaten, amerikanische Munition, amerikanisch so Vieles, was zum Kriege gehört, und nebenher stets die Anrufung von Nächstenliebe und Freundschaft in den Reden und Notizen. Wie schmal ist der Steg, der noch vom wirklichen Kriege trennt. Ob die Regierung der Vereinigten Staaten auch diesen überschreiten werde, ist nur scheinbar davon abhängig, daß ein amerikanisches Schiff von einem Unterseeboote versenkt wird. Die Ausrede mag für die Stimmung im Volke, die ein Krieg braucht, wichtig sein, für den großen Zug der Ereignisse ist sie nahezu gleichgültig. Amerika wird den Krieg erklären, wenn es in heimlichen Verabredungen sich verpflichtet hat, nicht zu dulden, daß die Munitionsversorgung der Entente und die Nahrungszufuhr unterbrochen werden; es wird zu offenen Feindseligkeiten übergehen, wenn es gebunden ist, den Engländern diese Ueberlegenheit zu sichern. Aus wirklichem oder falschem Rechtsgefühl wird der Krieg nicht ausbrechen, sondern aus der Machtpolitik, die seit dem Beginne des Kampfes die festsame Spielart der Neutralität hervorgebracht hat. Der ins Wasser gefallene Amerikaner wird nie fehlen, wenn sie in Washington ihn haben wollen. Nicht der Zufall, die Absicht lenkt diese Politik, und bald wird sie ihre Geheimnisse preisgeben. Der Hafen von Newyork ist voll.

Keine Beschlagnahme der deutschen Schiffe durch Amerika.

New-York, 11. Februar. (Verfp.)

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch:

Unter Bezugnahme auf eine Berliner Meldung, wonach sich Staatssekretär Zimmermann nach der Lage der Besatzungen der internierten Schiffe erkundigte, teilt eine Washingtoner Meldung der Associated Press mit: Es gibt zweierlei Arten von internierten deutschen Schiffen in amerikanischen Häfen. Interniert sind: Die Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich“ und „Kronprinz Wilhelm“ und Marinefahrzeuge, wie die Kanonenboote „Cormoran“ in Juan und „Geier“ in Honolulu. Die Besatzungen dieser Schiffe sind ebenso wie die Schiffe selbst Bestandteile der deutschen Seestreitkräfte, die in neutralen Häfen Zuflucht gesucht hatten, und sind für Kriegsdauer nach den Bestimmungen des Völkerrechtes und der Haager Konventionen gefangen.

Die Lage der durch den Krieg festgehaltenen Handelsschiffe und ihrer Besatzungen ist eine andere. Die Handelsschiffe sind in keiner Weise interniert, sondern bleiben in ihren Zufluchts Häfen. Sie haben die Freiheit, jederzeit in See zu gehen und ihr Glück gegen die feindlichen Kriegsschiffe zu versuchen. Ihre Besatzungen befinden sich in derselben Lage wie alle Fremden, die nach den Vereinigten Staaten kommen. Sie können, wenn sie die Bedingungen für die Einwanderung erfüllen, im Lande zugelassen werden. Solange sie als Auswärtige gelten, werden sie von den Einwanderungsbehörden auf ihre Schiffe verwiesen.

Ähnlich ist es mit den Schritten, die gegen die Vernichtung von Eigentum oder die Bedrohung der Schifffahrt in den amerikanischen Häfen unternommen worden sind. Man nimmt an, daß die Anfrage Deutschlands auf Falschmeldungen zurückzuführen sei, die dort weit verbreitet wurden, als seien die Deutschen in den Vereinigten Staaten gefangen gesetzt und als sei deutsches Eigentum beschlagnahmt worden. Der Präsident erklärt, daß alle fremden Rechte in jedem Sinne geachtet werden sollen.

17. II. 1917

Salaat Paschas Regierungsprogramm.

Die Vorstellung des neuen türkischen Kabinetts in der Kammer.

Konstantinopel, 15. Februar. Der heutigen Sitzung der Kammer, in der sich das neue Kabinett vorstellte, wurde großes Interesse entgegengebracht. Die Sitzung gab Gelegenheit zu einer großartigen Kundgebung für die Regierung und zu einer patriotischen Manifestation.

Nach Verlesung des Einlautes, worunter sich auch der Entwurf betreffend die Einführung des gregorianischen Kalenders befand, der vom Senat behufs Abänderung zurückgeleitet worden war, hielt Präsident Hadjschi Abdil eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache, in der er über den überaus warmen Empfang berichtete, der

ihm als Repräsentanten der türkischen Volksvertretung bei der Zusammenkunft der Parlamentspräsidenten in Berlin bereitet wurde.

Sodann betraten die Mitglieder des neuen Kabinetts den Saal. Der Großwesir wurde vom ganzen Hause mit langanhaltendem Beifall begrüßt und gab sodann mit fester Stimme und entschiedenem Tone die programmatischen Erklärungen der Regierung ab.

Die Tagesordnung, worin gesagt wird, daß das Haus die Regierungserklärung mit Befriedigung aufnimmt und der Regierung das Vertrauen ausspricht, wurde mit sämtlichen abgegebenen 189 Stimmen angenommen. Kein Abgeordneter enthielt sich der Abstimmung. Auch die Griechen und die Armenier stimmten für die Regierung. Der Großwesir sprach der Kammer seinen Dank für das Vertrauen aus.

Die Regierungserklärung.

In der Regierungserklärung heißt es: Wir sind uns der ganzen Schwere der Verantwortung, die wir unter schwierigen Verhältnissen übernehmen, voll bewußt. Unser Land, das allezeit inneren Schwierigkeiten ausgefetzt war, hat sich in der Pflicht gefunden, Opfer auf sich zu nehmen, wie sie unsere Geschichte niemals verzeichnet hat, und alle seine Kräfte für die eine höchste Aufgabe im Weltkriege zu entfalten, der gleich nach dem tripolitaniischen und den Balkankriegen ausbrach, die das Land hart mitgenommen und das Bedürfnis nach einer langen Ruheperiode hervorgerufen hatten.

„Wir lassen nicht von Konstantinopel.“

Unsere Feinde, die uns an unser Leben wollen, verkünden ihre Absicht, uns bis tief nach Anatolien zurückzuwerfen, indem sie uns aus Konstantinopel und von den Meerengen vertreiben möchten. Auf diese lächerlichen Drohungen unserer Gegner, die nach der Niederlage, welche unsere tapfere, den Lebenswillen und die unerschütterliche Festigkeit der ganzen Nation verkörpernde Armee ihren Land- und Seestreitkräften zugefügt hat, geslohen sind, erwidern wir: Wir lassen nicht von Konstantinopel, solange auch nur ein einziger Ottomaner lebt! (Lebhafter Beifall.)

In diesem Niesentkampf werden wir in enger und aufrichtiger Waffenbrüderschaft mit unseren tapferen und siegreichen Verbündeten ausharren, ohne vor irgendeinem Opfer, wie groß es auch sein mag, zurückzusehen, bis wir unsere Feinde gezwungen haben, anzuerkennen, daß wir ein Recht auf unsere Existenz haben. Das ist unser Ziel, soweit es den Krieg betrifft.

Ein Bündnis auf Leben und Tod.

Meine Herren! Wir sind sicher, daß unsere Nation, die mit der Kultur des Westens in innige Berührung gekommen ist und mit den Mittelmächten ein Bündnis auf Leben und Tod abgeschlossen hat, gegenüber den Forderungen und Bedingungen der modernen Zivilisation nicht gleichgültig bleiben kann. In dem Maße, als der Sieg notwendig ist, um den Bestand des Reiches zu sichern, ist der Erfolg auf dem Wege der Reformen und der Reorganisation unerläßlich für die Konsolidierung des Landes. Wir werden mit Beharrlichkeit diesen Weg gehen, um das Ziel zu erreichen. Aber da es nicht möglich ist, während der jetzigen großen Krise wichtige Reformen und grundlegende Änderungen in der inneren Politik vorzunehmen, werden sich alle unsere Bemühungen für den Augenblick darauf richten, die durch den Krieg hervorgerufenen inneren Schwierigkeiten zu beseitigen. Unser sehnlichster Wunsch ist, jedem Ottomanen den Genuß aller Rechte zu sichern, die ihm die Verfassung gewährt und so die Souveränität des Gesetzes im Lande zu verbürgen. (Beifall.)

Wirtschaftliche Politik.

Unsere wirtschaftliche Politik wird auf dem Gebiete der Landwirtschaft darin bestehen, mit allen Mitteln die außerordentliche produktive Kraft unseres Landes nutzbar zu machen und auf dem Gebiete der Industrie durch das Zusammenarbeiten des Kapitals, der Wissenschaft und der Technik des Auslandes mit einheimischem Kapital und einheimischer Arbeit einen industriellen Aufschwung ins Leben zu rufen und so unsere wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Jede von Kapitalisten und Industriellen der verbündeten und der neutralen Länder ausgehende Initiative zur Gründung einer industriellen Unternehmung von Bedeutung wird von der kaiserlichen Regierung günstig aufgenommen werden, die ihnen die nötige Hilfe und die nötigen Erleichterungen wird angebeden lassen, damit diese Unternehmungen rasch Früchte tragen können. Was unsere Finanzen betrifft, wird es unsere Richtlinie sein, möglichst wenig zum Ausland Zuflucht nehmen zu müssen, um nicht von vornherein in den Jahren der Krise, die auf den Krieg folgen werden, ohne Hilfsmittel dazustehen.

Die auswärtige Politik.

Unsere auswärtige Politik wird darin bestehen, den mit unseren Verbündeten abgeschlossenen Verträgen volle Treue zu wahren, das Bündnis möglichst nutzbringend für beide Teile

zu gestalten und unsere guten Beziehungen zu den neutralen Staaten zu befestigen. (Beifall.)

Wenn Sie unser Programm gütetheßen und uns Ihr Vertrauen gewähren, werden wir mit Gottes Hilfe unsere Aufgabe fortführen. (Langanhaltender Beifall.)

18. II. 1917

Die Notifizierung der Thronbesteigung.

Abreise des Erzherzogs Max nach Konstantinopel.

Erzherzog Max ist gestern nach Konstantinopel abgereist, um dem Sultan die Thronbesteigung Kaiser Karls zu notifizieren. Im Geolge befanden sich: Gardelapitän General der Kavallerie Graf Donya, Obersthofmeister Graf Ceschi, Legationsrat Graf Deym, Dienstkammerer Hofmeister Graf Consolati, Sekretär Dr. Wrann, Hofreisefassier Kerzan und Hofarzt Dr. Biella.

In Sachien.

L. Dresden, 17. Februar. Der König empfing gestern die österreichisch-ungarische Sondergesandtschaft unter Führung des Fürsten Johann Schwarzenberg zur Entgegennahme der Notifikation der Thronbesteigung des Kaisers und Königs Karl im königlichen Residenzschloß in feierlicher Audienz.

Der König verlieh dem Führer der außerordentlichen Sondergesandtschaft Fürsten Schwarzenberg das Großkreuz des Albrecht-Ordens mit dem goldenen Stern und der silbernen Krone und seinem Begleiter Kammerer Legationssekretär Grafen Festetics das Offizierskreuz des Albrecht-Ordens.

In Dänemark.

L. Kopenhagen, 17. Februar. Die außerordentliche österreichisch-ungarische Gesandtschaft zur Notifizierung des Thronwechsels an den nordischen Höfen ist gestern abends hier eingetroffen und wurde im Bahnhof von den Herren der hiesigen österreichisch-ungarischen Gesandtschaft und den Vertretern der dänischen Behörden empfangen.

L. Kopenhagen, 17. Februar. Der König empfing heute um 11 Uhr vormittags den außerordentlichen österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Mensdorff zur Notifizierung der Thronbesteigung des Kaisers und Königs Karl. Der Begleiter des Gesandten Legationsrat Graf Eselonics wurde gleichfalls vom König empfangen. Hierauf wurden beide Herren von der Königin empfangen.

Um 5 Uhr nachmittags fand beim Königspaar eine Galatafel statt, an welcher das Königspaar mit den Prinzen-Jöhnen, der Minister des Aeußern, Gesandter Graf Mensdorff, Legationsrat Graf Eselonics und der österreichisch-ungarische Gesandte in Kopenhagen Graf Dionys Szecsenyi mit den Mitgliedern der Gesandtschaft, ferner die zur Begleitung beigegebenen dänischen Herren Schaffalich de Rudabell und Kruse sowie die Herren und Damen des Hofes teilnahmen.

In der Schweiz.

L. Bern, 17. Februar. Der Bundesrat empfing heute nachmittags im Parlamentsgebäude in feierlicher Audienz die besondere vom Grafen Nostitz geführte Mission, welche die Thronbesteigung des Kaisers und Königs Karl notifizierte.

Graf Nostitz wies in seiner Ansprache, mit der er das Notifikationschreiben übergab, auf die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hin, die nie irgend eine Trübung erfahren hätten, und fügte hinzu, daß der junge Herrscher von den gleichen freundschaftlichen Gefühlen befeelt sei, die weiland Kaiser Franz Joseph

während seiner ganzen Regierungszeit gegenüber der Schweiz immer gehegt und bewiesen habe.

Bundespräsident Schultheß nahm das Notifikationschreiben entgegen und wies seinerseits auf die vorzüglichen Beziehungen hin, die immer zwischen den beiden Ländern bestanden hätten. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß sie auch in Zukunft weiterbestehen werden.

Abends gab der Bundesrat zu Ehren der österreichisch-ungarischen Sondermission ein Diner, an welchem Minister v. Wager und das Gesandtschaftspersonal teilnahmen.

18. II. 1917

Unsere Botschaft beim Vatikan.

Wie wir erfahren, hat sich der Botschafter beim Heiligen Stuhle Prinz Johann Schönburg-Gartenstein in die Schweiz begeben, um die Leitung der österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Stuhle vom Geschäftsträger Grafen Balffy wieder zu übernehmen.

Die Vertretungen Oesterreich-Ungarns, Preussens und Bayerns beim Heiligen Stuhle waren bekanntlich bei Kriegsausbruch mit Italien gezwungen, Rom zu verlassen, und fungieren daher jetzt mit Bewilligung der eldgenössischen Regierung auf Schweizer Boden.

Aufbau des polnischen Staates.

Unterredungen mit dem Bürgermeister von Warschau und mit dem Chef der Militärsektion des Nationalkomitees.

Von unserem Berichterstatter.

Warschau, im Februar.

Graf Vinzenz Krasiński hat dem am 5. Oktober 1807, also vor 110 Jahren, eröffneten Staatsrat des auf Grund der Vereinbarungen von Tilsit geschaffenen Warschauer Großfürstentums sein Palais für die gesetzgeberischen Körperschaften vermacht. Bis zum Jahre 1831, da nach Niederzwingung des polnischen Aufstandes Rußland mit Vahmlegung des nationalen Lebens einsetzte, war dieses Palais der Sitz des Staatsrates und des Senats.

Nun sind in dieses Palais fünfundsanzig polnische Staatsräte berufen worden zum Aufbau des polnischen Staates durch die Regierungen beider Mittelmächte.

Staatsverwaltung und Wehrmacht sind das Arbeitsprogramm der eben zusammengesetzten polnischen Regierung. Ich wandte mich daher an zwei der maßgebendsten Persönlichkeiten Warschaus um Aufschluß über die angebliche politische Situation und die nächsten Zukunftsmöglichkeiten. Der Bürgermeister von Warschau und der Chef der Militärsektion des Nationalkomitees hatten die Liebenswürdigkeit, Ihrem Berichterstatter gegenüber sich ausführlich über die mit dem Zusammentritt des Staatsrates in Verbindung stehenden Tagesfragen zu äußern.

Der Bürgermeister von Warschau Siegmund v. Chmielewski waltet seines Amtes seit Einführung der städtischen Autonomie in Polen durch die Zentralmächte und gehört zu den populärsten Persönlichkeiten der Stadt. Politisch ist er einer der Führer der „Liga polnischer Staatlichkeit“, die das demokratische Zentrum im neuen Staatsrat bildet. Bürgermeister v. Chmielewski war auch Mitglied der Deputation, die Ende Oktober vorigen Jahres in Wien und Berlin vorsprach, um die Proklamation vom 5. November zu erwirken.

„Die Bildung des Staatsrates“, sagt Bürgermeister v. Chmielewski, „als des ersten realen Ausdruckes der auferstandenen polnischen Staatlichkeit, erwartete das ganze Land mit großer Ungebuld. Die Bevölkerung wünscht eine Nationalregierung, die im Einvernehmen mit den Regierungen der Zentralmächte sukzessive Macht über das Land gewinnt. Wir erwarten, daß der aus Vertretern verschiedener Richtungen zusammengesetzte Staatsrat nicht nur mit starker Hand die polnische Politik leiten, nicht nur einen Zusammenschluß der öffentlichen Meinung hervorrufen wird, sondern auch viel zur Bernarbung der schweren Wunden, die der Krieg in unserem Lande verursacht hat, beitragen wird.“

„Was erachten Herr Bürgermeister als Hauptaufgabe des Staatsrates?“

„Die erste Tat, die das Land vom Staatsrat erwartet, ist die Bildung der polnischen Wehrmacht, welche, gestützt auf die heldenmütigen, mit größter Liebe und Achtung umgebenen Legionen, den Grundstock der künftigen regulären, auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden polnischen Armee bilden wird.“

„Die ganze Nation“, fuhr der Bürgermeister fort, „fast ohne Ausnahme, würde eine Rückkehr der Russen als furchtbare Katastrophe empfinden. Hieraus ergibt sich unser Verhältnis zu den Mittelmächten. Es gibt da keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, nur noch taktische, und sie sind mehr Sache des Temperaments als der politischen Programme. Aber auch diese Meinungsverschiedenheiten verringern sich stets und werden sich immer mehr verkleinern, je mehr der polnische Staat als lebendige, reale Konstruktion avferstehen wird.“

„Gestatten noch Herr Bürgermeister, daß ich um Ihre Meinung über das Verhältnis der neugeschaffenen Regierung zur Kommunalverwaltung, Ihrem eigentlichen Wirkungsgebiete, frage.“

„In Anbetracht der großen Probleme der Staatsbildung und der Schaffung des Staatsrates, der noch sukzessive auch die Kommunalfragen umfassen wird, hat augenblicklich das Interesse an der städtischen Autonomie nachgelassen. In den durch die Zentralmächte ins Leben gerufenen Kommunalkörpern sowohl der Stadt- als auch der Landgemeinden wird intensiv gearbeitet. Neuzerst wichtig ist, daß sich Leute zu diesen Arbeiten heranbilden, obwohl in einem Lande und einer Generation, die unter russischer Herrschaft der Wohltaten lokaler Selbstverwaltung beraubt war, es schwer fällt, sofort gewandte Führer der Lokalbehörden zu finden. Ich bin aber überzeugt, daß selbst die Behörden der Zentralmächte, die doch sehr viel verlangen, zugehen werden, daß in dieser Hinsicht von Tag zu Tag Fortschritte aufzuweisen sind.“

„Noch eine Frage, Herr Bürgermeister. Wie stellen Sie sich die Entwicklung der Nationalitätenfrage im Königreich Polen vor?“

„Da ist die jüdische Frage die wichtigste und komplizierteste. Die Majorität der polnischen Gesellschaft steht auf dem Standpunkt gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller loyalen Bürger des polnischen Staates und ist sowohl jedem Separatismus als auch jeder Verfolgung irgendeines Glaubensbekenntnisses abhold. In dieser Richtung wird sich auch sicherlich die künftige polnische Gesetzgebung betragen.“

Die Unterredung mit dem Bürgermeister von Warschau bezog sich nicht auf die Frage der Wehrmacht. Hierüber konnte mir der Chef der Militärsektion des Nationalkomitees Regionsoberst Ladislaus v. Sikorski Bescheid geben. Seit Anbeginn steht v. Sikorski an der Spitze dieser Institution. Unter seiner Führung vollzog sich die Uinwerbung und Ergänzung der Legionen, ihm ist auch gegenwärtig die Organisation des Werbewesens zur polnischen Wehrmacht übertragen worden.

„Die Legionen bilden eine der wichtigsten Prämissen der staatlichen Organisation Polens. Sie wurden durch das organisatorische Statut vom Jahre 1914, erlassen durch das k. u. k. Armeeeberkommando, ins Leben gerufen, erhielten durch einen kaiserlichen Erlass die Rechte der Kombattanten, somit auch eine entsprechende Stellung in den Armeen der Zentralmächte und bilden nach über zweijährigen Kämpfen vorzügliche Kader, die der eben formierten polnischen Wehrmacht einen besonderen nationalen Charakter verbürgen.“

„Welche Bedeutung kann der polnischen Wehrmacht zugemessen werden?“

„Für uns Polen ist sie die Bürgschaft staatlicher Ordnung, die autoritative Basis der Regierung und des künftigen Königs. Für die Zentralmächte wird die polnische Wehrmacht eine doppelte Bedeutung haben. Die polnischen Divisionen, die man im Frühling an die Ostfront, diese jüdische polnische Front, entsenden wird, werden hier ihre militärische Rolle erfüllen. Wichtig ist, daß die Zentralmächte nicht auf die polnische Mithilfe unbedingt angewiesen sind, daß die Leitung der Ostfront diese Mithilfe nicht unbedingt in die strategischen Berechnungen zu nehmen braucht. Wichtig ist aber gleichzeitig, daß sogar die Legionen, im Vergleich zu den im Osten wirkenden Kräften zu Zahl gering, doch in manchen Momenten strategisch wichtige Aufgaben erfüllen konnten. Um so mehr wird sie die polnische Wehrmacht erfüllen. Deren Bedeutung ist aber nicht hoch genug einzuschätzen als Friedensfaktor, der den Krieg um ein Bedeutendes kürzen kann. Die ersten polnischen Divisionen im Felde und eine gleichzeitige Organisation einer einige hunderttausend Mann zählenden Armee bilden eine starke Position in der Hand der Zentralmächte und sind eine Garantie des Friedensschlusses.“

„Wie stellen sich Herr Oberst die Bildung dieser Armee vor?“

„Die freiwillige Werbung bildet einstweilen die Grundlage der Bildung der polnischen Wehrmacht. Vom polnischen Standpunkte wurde diese Werbung noch nicht proklamiert. Das wird der Staatsrat tun. Ich glaube an den Erfolg der Anwerbung; doch kann dieselbe keine dauernde und gesunde Grundlage für die Entwicklung einer regulären Armee bilden. Die einsichtigen Politiker Polens geben sich darüber Rechenschaft und befassen sich bereits jetzt mit dem Problem der Rekrutierung, einem Problem, dessen Lösung der polnischen Regierung zufallen wird.“

M.

18. II. 1917

Der Standpunkt Wilsons gegenüber Deutschland.

Von Julius Grafen Andrássy.
Königlich ungarischer Minister a. D.

Budapest, 16. Februar.

Oft kann man hören: Die wirksamste Garantie des Friedens sei die Herrschaft der Demokratie. Diesen Satz schien es zu bestätigen, daß der Vertreter der vollständigsten Demokratie der Welt der erste war, der von verantwortlicher Stellung aus die große Frage des dauernden Friedens in einer ernsten Studie aufgeworfen hat. In Amerika begann man uns Europäer bereits als einander verheerende wilde Völker zu betrachten, von deren Wahnsinn die Volksherrschaft die Amerikaner bewahrt. Wir würden uns freuen, wenn dem so wäre. Der Demokratie gehört die Zukunft, wenn daher die Demokratie den Frieden bedeutet, so würde die Zukunft dem Frieden gehören, jenem Frieden, nach welchem sich die Menschheit mehr denn je sehnt. Ist es aber wahr, daß Demokratie und Frieden identische Begriffe sind?

bleiben wir bei dem Beispiel Amerikas. Seine Haltung wird der Wertmesser jenes politischen Gedankens sein, welchen es vertritt. Die Botschaft Wilsons an den Senat beruht auf erhabenen Prinzipien. Wenn sie auch nicht eine nach jeder Hinsicht sichere Lösung bietet, so ist es doch zweifellos, daß sie Ziele steckt, deren Anstreben schon allein dem politischen Leben einen neuen und edleren Gehalt geben kann. Weiber ist jedoch diese erhabene Botschaft nicht die einzige, die wir von Amerika zu hören bekommen. Derselbe Wilson, der im Dienste der Ideale der Menschheit zu stehen scheint, derselbe Wilson betreibt auch Großmachts- und Prestigepolitik.

Wenn er über seine Friedensaktion Rechenschaft ablegt und von dem Kampfe anderer spricht, scheint er im Namen des Gewissens der Menschheit zu sprechen, den Geist der Humanität und der Selbstlosigkeit gegen die Großmachtpolitik anzurufen. Die Garantien des dauernden Friedens erblickt er im Verlassen der auf der gegenseitigen Eifersucht beruhenden Gleichgewichtspolitik und in einem Bunde des organisierten Friedens. Wo aber von seinen eigenen Dingen die Rede ist, da proklamiert er eine energische und schroffe Machtpolitik, bei welcher der durch ihn gewünschte Friedensbund gar nicht organisiert werden könnte. Er gebraucht die selbstbewusste Sprache der Cäsaren, indem er spricht, als ob Amerika bereit wäre, seine ganze Kraft für den Schutz eines jeden einzelnen seiner Bürger aufs Spiel zu stellen, ohne auch nur das Geringste zu veranlassen, damit die Amerikaner die gefährdete Zone meiden und damit den Krieg verhindern.

Zwischen diesen beiden Standpunkten liegt eine ganze Welt. Der eine ist Washingtons, des großen Idealisten, würdig, der nur für die Freiheit, für das Existenzinteresse das Schwert zieht, der andere ist der Rüstkammer Palmerstons entnommen, der seit den napoleonischen Zeiten der markanteste Vertreter der Großmachtsidee, man kann sagen, des imperialistischen Hochmutes ist.

Jedenfalls kann konstatiert werden, daß die an Deutschland gerichtete Note Amerikas jener Theorie, welche der kriegereifste Minister des Außern, den England bis auf Lloyd-George hatte, im Jahre 1850 im Falle Don Pacificos betont hat, näher steht, als der Auffassung des Begründers Amerikas. Die Ähnlichkeit ist so groß, daß es der Mühe lohnt, sich mit dieser Angelegenheit, die seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat und welche auch in anderen Beziehungen aktuell ist, zu beschäftigen.

England wollte die vermögensrechtlichen Forderungen seiner einzelnen Bürger Griechenland gegenüber im Bewußtsein seiner großen Ueberlegenheit mit Gewalt geltend machen. Es blockierte die Häfen Griechenlands ebenso, wie dies heute die Entente tut. Es ist interessant, daß Rußland und Frankreich, welche heute zusammen mit England Griechenland droßeln und als Rechtstitel hierfür anführen, daß sie die Freiheit Griechenlands garantiert haben, sich auch damals auf das selbe Recht berufen haben, doch nicht um ihren Schützling zu KonzeSSIONen, welche gegen seine Souveränität verstoßen, zu zwingen, sondern um ihn gegen Usurpierungen von seiten anderer zu schützen, was schließlich das einzige Recht, und die einzige Pflicht ist, welche vernünftigerweise daraus abgeleitet werden kann, daß die Staaten versprochen haben, die Souveränität des Landes zu verteidigen. Mit prophetischen Worten, die auch auf die heutige Haltung Englands passen, charakterisiert der damalige russische Minister des Außern die Politik Englands, indem er es beschuldigt, daß es seine riesige maritime Uebermacht mißbraucht, sich über jede Pflicht hinwegsetzt und den großen Mächten ein Beispiel dafür bietet, den Schwächeren gegenüber sich nur von der eigenen physischen Macht leiten zu lassen.

In England, wo in der Vergangenheit alles Edle und Gerechte gewöhnlich glänzende Fürsprecher gefunden hat — und es ist zu hoffen, daß es sie in der Zukunft neuerdings finden wird — wurde das gewalttätige Vorgehen Palmerstons zum Gegenstande einer scharfen Kritik gemacht. Das Oberhaus verurteilte es. Im Unterhause setzte eine der schönsten und wirksamsten Debatten des englischen parlamentarischen Lebens ein. Palmerston verteidigte sein Vorgehen in einer glänzenden Rede. Er gab eine klassische, zum geflügelten Worte gewordene Charakteristik der Prestigepolitik, indem er den Ausspruch tat, daß wie in der Römerzeit derjenige, der von sich sagte: „Civis romanus sum“, sich überall in Sicherheit fühlen konnte, weil die Legionen des Imperiums ihn beschützten, so auch der Engländer, wo immer und unter welchen Umständen er sich auch zeigt, fühlen müsse, daß hinter ihm die gesamte Macht Großbritanniens stehe. Der Standpunkt Wilsons scheint heute aus einer ähnlichen imperialistischen Auffassung hervorzugehen. Wollte er das Leben eines jeden einzelnen amerikanischen Staatsbürgers auch auf dem Blockadegebiete mit seiner vollen Macht beschützen, wünschte er, daß wir von dem im Verteidigungskampfe für notwendig erachteten Vorgehen, so oft wir in die Nähe eines Amerikaners geraten, abziehen, so würde er in die Spuren Palmerstons treten.

Palmerston wurde von den damals lebenden größten englischen Staatsmännern scharf angegriffen. Gladstone jagte in einer seiner ersten großen politischen Reden, daß der römische Bürger, auf den sich Palmerston berufe, Mitglied einer Erobererkaste war, mit der Ueberzeugung und Präension, daß sein Recht über dem eines jeden anderen stehe und daß es verfehlt wäre, in dem englischen Staatsbürger einen solchen Geist großzuziehen. Eine zweite Zierde Englands, Robert Peel, bricht in seiner letzten Rede des Stab über die Politik Palmerstons in Worten, die auch heute zu beherzigen sind, indem er sagt, daß eine Diplomatie, die ihre Aufgabe nicht in der Abschleifung der Gegensätze, sondern in der Zuspitzung derselben erblickt, eine Diplomatie, welche aus jeder Hauptstadt eine gereizte Korrespondenz führt und die Interessen Englands überall in einen Gegensatz zu den Interessen der übrigen Mächte bringt, nicht bloß teuer, sondern auch gemeingefährlich ist.

Es wäre überraschend und entmutigend, wenn Wilson und die amerikanische Nation sich nicht zu der geklärten Auffassung Gladstones und Peels, sondern zu derjenigen Palmerstons bekennen würden, dessen ehrgeizige Politik Europa in ewige Aufregung gehalten hat.

18.7.1917

Südafrika will mitentscheiden.**Ueber die deutschen Kolonien in Afrika.**

A. Amsterdam, 16. Februar. Die „Times“ melden aus Kapstadt: General Smuts ist Montag in Kapstadt angekommen. Er sagte in einer Rede in der Stadthalle, Südafrika habe durch die Teilnahme am Krieg das Recht erworben, über die in Afrika erworbenen Gebiete mit zu entscheiden. Niemand könne noch sagen, was mit Deutsch-Ostafrika geschehen werde, aber Südafrika werde dabei mit zu reden haben. Unendlich viel mehr Interesse hätte die Union an Deutsch-Südwestafrika. Die Nationalisten behaupten, Südafrika ginge der Krieg, in dem England verwickelt sei, nichts an. Dies sei nicht richtig. Ein deutscher Sieg würde für Südafrika ernste Gefahren mit sich bringen.

20. II. 1917

174

Die Wählerarbeit der Entente. Keine Herabholung der amerikanischen Flagge in Brüssel.

A. Berlin, 19. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet: Laut Nachrichten aus Amerika scheint dort das Gerücht verbreitet zu sein, wonach die deutschen Verwaltungsbehörden Belgiens den amerikanischen Gesandten Whitford angewiesen hätten, die amerikanische Flagge vom Gesandtschaftsgebäude herunterzuholen. An dieser Behauptung ist kein wahres Wort.

Erfunden ist auch die Behauptung, wonach angeblich die Mitglieder der amerikanischen Gesandtschaft in Brüssel an der Ausübung der Hilfsstätigkeit in der Würden. Vielmehr setzen die Herren der Gesandtschaft im Einvernehmen mit den deutschen Behörden diese menschenfreundliche Tätigkeit ungehindert zusammen mit den Hilfskomitees in Belgien fort. Die gegenteiligen Behauptungen sind ein neuer Beweis der unverantwortlichen Wählerarbeit unserer Gegner, die mit allen Mitteln versuchen, die Vereinigten Staaten zum Kriege mit Deutschen aufzureizen.

20.7.1917

Stimmungen und Zustände in Holland.

Von Robert Sandel (Haag).

Holland galt uns bei Kriegsausbruch als ein entente-freundliches Land. Als die Deutschen Belgien über- rannten und die Flüchtlinge aus Antwerpen Holland überfluteten, waren die Niederlande stark berührt.

Seit jenen denkwürdigen Tagen ging Schritt für Schritt eine Wandlung in den Geistern des kleinen, kulturell so hochstehenden Landes vor sich. Stimmung, Sympathie und Parteinahme haben sich längst gewandelt. Nichts Neuerliches ist geschehen. Kein marianthes Novum, das zu melden wäre, aber Duzende und Hunderte kleiner Symptome sind aufgetaucht, die alle die gleich hereditäre Sprache sprechen, aus denen die gleiche Lesart heraus- klingt: Wir lassen uns von der Entente nicht mehr duplizieren, wir glauben von ihren Phrasen kein Sotum mehr, glauben nicht an ihre Ideale, an ihren so schmierenhaft gespielten ethischen Drang, kleine Völker zu befreien, nicht an ihr Nationalitätenprinzip, nicht an ihren Handelskrieg nach dem Kriege und nicht an ihre Verleumdungen.

Wie kam diese Wandlung?

Die Holländer haben ihr moralisches Urteil gefällt.

Den ersten freundschaftlichen Dienst erwies uns Italien. Mit Ausnahme des „Telegraaf“ fand sich kein Blatt, welches Volk und Regierung, die einen Bündnis- vertrag so hinterlistig brachen, verteidigt hätte.

Dann kam die Drangsalierung Griechenlands, der Kriegseintritt Rumaniens, dessen Länderkrieg als Kriegs- ursache mit den härtesten Worten verurteilt wurde, die bis dahin in der holländischen Presse gestanden hatten. Aber damals war es nicht mehr nur die Presse, da war es schon die Mehrheit des holländischen Volkes, die ebenso urteilte. Damals glaubte man nicht mehr an den Willen zur Befreiung der geknechteten Nationen mehr. Die Phrase war schon entlarvt, nur das Schreckgespenst des Militarismus der Zentralmächte spukte noch herum.

Alle neutralen Staaten der Welt hatten gegen den Sinn des Völkerrechtes den bewaffneten Rauffahrtrei- schiffen der Kriegsführenden ihre Häfen offen. Alle, mit der einzigen Ausnahme von Holland. Holland war uner- schütterlich und bestand darauf, den Geist der völkerrecht- lichen Abmachungen zu wahren. Die britische Presse drohte, Asquith verhandelte, sein Nachfolger Lloyd- George verlangte, aber Holland wahrte nach wie vor seine guten Rechte. An dem Tage, an dem in London beschlossen wurde, daß Lloyd-George die Stelle von Asquith einnehmen sollte, fand im Haag ein näch- tlicher Ministerrat statt, der im Auslande wenig beachtet wurde. Man sah in der Person des englischen Diktators eine neuerliche Bedrohung Hollands und krasser als bis dahin erschien den Augen der holländischen Staatsmänner das Gespenst der Nahrungsmittelfrage.

Die Not im Lande steigt, schon fehlt es an Kartoffeln, vom 5. Februar ab wird das Brot rationiert und die Andeutungen wohlinsinierter Stellen lassen vermuten, daß der gegenwärtig im Lande lagernde Getreidevorrat Mitte April erschöpft sein muß. Die Sorge könnte mit einem Schlage behoben werden. England würde sich gewiß entgegenkommend zeigen, wenn Holland sich dazu ver- stünde, seine Häfen den bewaffneten Handelsschiffen zu öffnen. Aber diese Hoffnung ist eitel. Das unbeugsame Rechtsgefühl der Holländer ist nicht durch Drohung, nicht durch Expresung, nicht durch arge Verlegenheiten und nicht durch Not zu erschüttern.

Holland war einmal ententefreundlich. Es ist heute be- dingungslos, was auch geschehe, gegen jede Hetz- und Wühl- arbeit gewappnet, durch sein Gefühl, daß es einzig und allein prohollandisch ist und bleiben muß. Holland will nicht nur neutral bleiben in dem Sinne, daß es sich keiner der Parteien militärisch anschließt, sondern daß es auch in seinem Urteil und in seinen Sympathien gerecht sein will. Holland steht auf dem Boden von Recht und Gesetz. Un- wandelbar und unverrückbar.

Das von England proklamierete Prinzip der „fort- gesetzten Reise“ hat den Schein der formalen Berechtigung. Nur den Schein. Aber um dieses Scheines willen mußte sich Holland beugen, mußte zusehen, wie sein ganzer Handel vernichtet, seine Schifffahrt gelähmt, seine Industrie stillgelegt wurde, wie England eine Kontrolle in Holland einführt, wie es dem Lande die Waren nach Einzello und Einzelter zumaß, und auf dem Wege über die Weltmeere nicht ein Gramm mehr durch seine Nordseesperre durchließ, als Holland für seine eigene kümmerliche Existenz brauchte. Und selbst da blieb noch das Mißtrauen, selbst für diese Ware mußten noch materielle Garantien des doppelten, dreifachen, häufig des zehnfachen Wertes dafür geboten werden, daß die Güter im Lande bleiben und nicht über die Grenze kommen.

Dies alles sprach im Herzen jedes Holländers gegen England, schuf Empörung, Erbitterung und das Gefühl der Gerechtigkeit für Englands Gegner. Trotzdem be- durfte es eines gewaltigen Ereignisses, um die tief- wurzelnden Vorstellungen den Hirnen der Neutralen heraus- zureißen. Als der Vorschlag zu Friedensverhandlungen von den vier verbündeten Herrschern ausging, konnten die Menschen in Holland das Ereignis im ersten Augenblick gar nicht fassen. Das Friedensangebot gewann uns die

Holländer nicht nur als kaltblütige gerechte, objektive Be- urteiler, sondern gewann uns auch einen Teil ihres warm- blütigen Gefühles. Es sind auch nicht nur unsere Laten, die für uns sprechen, auch unsere Segner sorgen mitunter dafür, daß der Keim des warmen Gefühles für uns bei den Neutralen nicht erstickt. Ihre Antwort an Wilson hat einen Widerhall gefunden, der nicht minder laut für uns sprach, wie einst bei Kriegsbeginn der Haß gegen uns. „Der Zehnverband hat mit dieser Antwort eine Blutspur auf sich geladen“, schrieb ein so gemäßigtes Blatt wie „Nieuws van den Dag“, und die Blätter aller Parteien sprachen minder stark dasselbe aus.

Man hat gewiß manche unserer Handlungen auch später noch mißverstanden, hat dies und jenes an uns auszuwickeln, aber diese Streitigkeiten über Einzelfälle können die eine Tat- sache nicht aus der Welt schaffen, daß der unbeeinflussbarste aller Europäer, daß der Holländer aus eigenem Antriebe sich zu bemühen beginnt, uns zu verstehen.

Man hat es als Zeichen einer gewissen Unfreundlich- keit angesehen, daß Holland sich der ersten Wilsonschen Friedensanregung nicht angeschlossen hat. Es war keine Unfreundlichkeit. Es war — vom holländischen Standpunkt aus gesehen — eine Klugheit. Die holländische Regierung glaubte zu wissen, daß die Entente jedweder Anregung zum Frieden noch abgeneigt ist, ja, daß sie selbst die Ver- mittlung einer Aussprachsmöglichkeit nicht als sympathi- schen Akt begrüßen würde. Deshalb wollte die holländische Regierung sich für spätere Zeiten, wenn die Ereignisse die Entente eines Besseren belehrt haben würden, nicht um ihren Kredit bringen. Sie wollte nicht für eine derzeit noch verloren Sache eintreten.

Hollands Logik ist nicht unsere Logik. Aber seine Ziele sind unsere Ziele. Hollands Regierung und Volk will gleich uns einen gerechten, dauernden, die Sicherheit und Wohlfahrt der Völker schützenden Frieden. Holland wünscht gleich uns ein gesichertes Zentraleuropa und wir wünschen gleich Holland, daß die junge, latente Freundliche Bewegung in seinen Kolonien die Wohlfahrt des Mutter- landes stärken möge.

Die Wiener Universität gegen die Entente-Note.

In der Universität fand vor wenigen Tagen eine Versammlung der Professoren und Dozenten aller Fakultäten statt, um gegen die Teilungspläne Stellung zu nehmen, die in der Antwort der feindlichen Mächte auf die Note des Präsidenten Wilson enthalten sind.

Nach einer Begrüßungsrede des Rektors der Universität Hofrat Professor Dr. Reich hielt der Professor der juristischen Fakultät Dr. Hans Spezl einen kurzen Vortrag zur Begründung der folgenden Entschliebung, die ohne Wechselrede einstimmig angenommen wurde. Die Entschliebung lautet:

„Die Feinde Oesterreich-Ungarns haben die Befreiung der Italiener, Slawen, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft als ihr Kriegsziel verkündet. Sie berufen sich auf ein Nationalitätenprinzip. Ohne daß sie es jemals auf die in ihren Ländern national niedergehaltenen Völkerschaften angewandt hätten, dient ihnen dieses Prinzip nur zur Verkleidung ihrer Absicht, die Zentralstaaten Europas zu vernichten. Sie legen dabei Unkenntnis und schwere Irrtümer an den Tag über die geographischen, ethnischen und nationalen Verhältnisse in unseren Staaten. Bei uns wohnen keine unterdrückten Völkerschaften, die zu befreien wären. Allen Stämmen und Sprachen ist durch die Verfassung politische Freiheit, Selbstverwaltung in den Gemeinden und autonomen Behörden, sowie Vertretung im Parlamente gewährt.

In dem von Deutschen gegründeten, durch deutsche Führung stark und groß gewordenen Oesterreich haben die Slawen kulturell, wirtschaftlich und politisch eine Höhe erreicht, wie sie ihnen in keinem slawischen Staate der Welt je zuteil geworden ist. Die gewählten Vertreter aller slawischen Gruppen, der Rumänen und der Italiener Oesterreichs haben in Abwehr der Ententezumutungen einmütig erklärt, daß auch diese Völkerschaften im Rahmen ihrer bisherigen staatlichen Heimat bleiben wollen. Sie wollen festhalten an dieser geographisch notwendigen, geschichtlich vertieften, durch Jahrhunderte bewährten Lebens- und Kulturgemeinschaft.

Alle Völker Oesterreichs, Deutsche und Nichtdeutsche, sind ihrem Herrscherhause in Anhänglichkeit und Liebe zugehan und keines ist gesonnen, sich von ihm trennen zu lassen. Alle weisen es zurück, daß sich Fremdvölker in das innere staatliche und nationale Leben unserer Heimat einmischen. Die Völker unserer Staaten wollen ihr politisches Schicksal nach eigenem Willen regeln und ihr Wille ist, die Erfüllung der ethnischen, nationalen und kulturellen Aufgaben, die sie sich stellen, im Verbands der österreichisch-ungarischen Monarchie anzustreben.

Die Universität Wien ist sich bewußt, mit allen Bewohnern unseres Staates in Uebereinstimmung zu sein, wenn sie feierlich Widerspruch erhebt wider den von unseren Gegnern an der österreichisch-ungarischen Völkerschaft geplanten Frevel und gegen den Gedanken, als könne der Friedensschluß dazu führen, daß die heute in der Monarchie lebende Völkergemeinschaft durch erzwungene Abtrennung einzelner Teile verstümmelt werde.“

Wilson, der Kongreß und Oesterreich-Ungarn

Als Präsident Wilson am 3. Februar dem Kongreß jene Mitteilung machte, die zum Bruche der diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche führte, da betonte er, er könne nicht glauben, daß die deutschen Behörden wirklich beabsichtigten, das durchzuführen, was sie in ihrer Note vom 31. Januar angedroht hatten. „Ich kann nicht glauben — so sagte Wilson damals — daß sie amerikanische Schiffe zerstören werden. Wenn trotz dieses meines alten Vertrauens in ihre Umsicht und ihren klaren Blick ihre Absichten unglücklicherweise in Erfüllung gehen sollten, würde ich mir erlauben, vom Kongreß die Ermächtigung zu erlangen, alle Mittel anzuwenden zu dürfen, die notwendig sind, um unsere Matrosen und unsere Mitbürger auf ihren legitimen und friedlichen Reisen zur See zu schützen.“

Der Augenblick, da Wilson diese Absicht ausführt, scheint nun gekommen zu sein. Wenn die Prekmeldungen der letzten Tage richtig sind, so wird er noch im Laufe dieser Woche im Senat Erklärungen abgeben, die darin münden werden, daß die Befugnisse des Präsidenten auszudehnen seien, daß ihm für den Fall der Torpedierung eines amerikanischen Schiffes die Machtvollkommenheit verliehen werde, zu Abwehrmaßnahmen oder, wie andere wissen wollen, sogar zu Angriffsmaßnahmen. Doch scheint man in den Vereinigten Staaten selber noch nicht recht einig zu sein über die Tragweite der Schaffung einer solchen Diktatur. Zum Kriegszustand braucht auch ein Beschluß des Kongresses im Sinne Wilsons nicht zu führen. Man gewinnt mehr und mehr den Eindruck, die Vereinigten Staaten möchten es am liebsten nicht so weit kommen lassen.

Inzwischen bemühen sie sich, Oesterreich-Ungarn gegenüber zu einer Klarheit zu kommen. In einer Note, die vorgestern in Wien bekannt wurde, beruft sich die Regierung der Vereinigten Staaten auf eine Aeußerung des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern vom 29. Dezember 1915. Damals habe dieser ausdrücklich erklärt, er stimme im Wesentlichen der Auffassung Amerikas zu, nach der feindliche Privatschiffe, solange sie nicht fliehen oder Widerstand leisten, nicht vernichtet werden dürfen, bevor die Passagiere in Sicherheit gebracht worden sind. Die amerikanische Regierung macht nun aufmerksam auf den Widerspruch zwischen dieser Erklärung und derjenigen vom 1. Februar 1917 und ersucht um endgültige Erklärungen darüber, ob jene früheren Zusicherungen heute als abgeändert oder zurückgezogen zu gelten hätten.

Es dreht sich im Grunde also um die gleiche Fragestellung wie gegenüber den deutschen Erklärungen im Falle „Sussex“. Die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland wurden abgebrochen, weil nach der Meinung Amerikas jene früheren Versprechungen von Deutschland nicht gehalten worden sind — das gleiche wird gegenüber Oesterreich-Ungarn eintreten, wenn die Antwort nicht nach Wunsch der Amerikaner ausfällt. Tatsächlich ist sie ja schon erteilt, denn Oesterreich-Ungarn hat sich vorbehaltlos den deutschen Erklärungen über die Verschärfung des Unterseebootkrieges angeschlossen. Und an diesen Entschliessungen wird es heute nichts mehr ändern. Die wenigen bisher vorliegenden Preßstimmen aus Oesterreich-Ungarn äußern sich sehr knapp in dem Sinne: die Klärung des Verhältnisses Amerika-Oesterreich werde nicht lange auf sich warten lassen.

Meldung über deutsche Bugeständnisse an Dänemark.

Die Ausfuhr von Fettstoffen nach England.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 20. Februar.

Nach Meldungen aus Kopenhagen sollen dort einige Teilnehmer einer Abordnung dänischer Schiffsreeder und Großhändler, die vor kurzem in Berlin mit maßgebenden Regierungsstellen über die Frage verhandelt haben, wie weit die deutsche Regierung unter gewissen Bedingungen geneigt sei, die Ausfuhr bestimmter dänischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach England freizugeben, sich ziemlich günstig über das Ergebnis dieser Verhandlungen ausgesprochen haben. Wie Kopenhagener Blätter berichten, handelt es sich um die Ausfuhr bestimmter Mengen von Butter, Speck und Eiern nach England unter der Bedingung, daß ähnliche Mengen nach Deutschland geliefert werden, die vornehmlich zur Versorgung der in der Bergwerks-, Stahl- und Munitionsindustrie tätigen Arbeiterschaft dienen sollen.

Wegen dieser Verhandlungen sind von alldeutscher Seite Angriffe gegen die deutsche Regierung gerichtet worden.

Der „Vorwärts“ tritt heute für die deutsche Regierung ein und führt aus: Es ist selbst durch die neue Art des U-Boot-Krieges keine Aussicht vorhanden, in absehbarer Zeit Fettknappheit in England herbeizuführen. Die Gefahr des U-Boot-Krieges liegt für England und seine Verbündeten auf ganz anderem Gebiete; vor allem auf dem Gebiete der Kohlenversorgung. Schon jetzt hat die Hemmung der Kohlenzufuhr in Frankreich und Italien die Stillsetzung zahlreicher Fabriksbetriebe und Gasanstalten sowie eines beträchtlichen Teiles des Eisenbahnverkehrs bewirkt. Weitere Verhinderungen werden unzweifelhaft auch die Stahl- und Munitionsindustrie größtenteils lahmlegen. Ebenso wird England weit mehr durch die Abschneidung seiner Einfuhr von spanischen und schwedischen Eisenerzen, von Holz, Salpeter, Getreide, Vieh und Fleisch, Zucker, Baumwolle getroffen, als durch eine Verhinderung der Zufuhr von dänischer Butter und dänischem Speck.

21. II. 1917

**Gloße Bestätigung der Note Carranzas durch
Lausung.**

Washington, 20. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet:

Staatssekretär Lausung beantwortete die Note des
Präsidenten von Mexiko Carranza, der die Ein-
stellung der Munitionsausfuhr von Ame-
rika an die Kriegführenden vorgeschlagen hatte, mit der
bloßen Bestätigung des Empfanges der Mitteilung.

21./II. 1917

**Anfragen über die Autonomie Irlands im
englischen Unterhause.****Ablehnende Antwort Bonar Law's.**

Rotterdam, 20. Februar.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus
London:

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte ein Nationalist den Staatssekretär des Außenwerts Balfour, ob er dafür sorgen werde, daß entsprechend beglaubigte Vertreter Irlands in der internationalen Konferenz, die die Friedensbedingungen festsetzen würde, eine unabhängige Erklärung über das Recht Irlands auf Selbstverwaltung abgeben können. Balfour antwortete verneinend.

Schatzkanzler Bonar Law sagte in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Lynch, ob die Autonomie auf der Reichskonferenz zur Sprache gebracht werden würde, daß die Beratungsgegenstände der Konferenz vermutlich erst nach der Ankunft der Vertreter der überseeischen Dominions festgesetzt würden. Ueber Fragen, die die Verwaltung des Vereinigten Königreiches betreffen, könnte einzig und allein das Reichsparlament entscheiden, aber man werde den Auffassungen der irischen Vertreter Rechnung tragen.

21. II. 1917

Bonar Law gegen den Frieden.

Eine Rede im Unterhaus.

London, 21. Februar.

Im Unterhaus erklärte Schatzkanzler Bonar Law in Erwiderung auf die Reden einiger pazifistischer Abgeordneter, die zu Friedensverhandlungen drängten: Der beste Beweis für unseren Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit war, daß das Haus in Schweigen zugehört hat.

Was die Friedensfrage betrifft, hatten wir uns zu fragen, ob es irgendein anderes Mittel gab, durch das wir unsere Freiheiten retten konnten, außer dem Mittel, daß wir für sie kämpften. Ich habe im gegenwärtigen Augenblick keine Möglichkeit gesehen, den Frieden zu sichern, außer dadurch, daß man für ihn kämpft.

Ich kann die Beweggründe der Reden nicht einsehen, die man jetzt gehört hat. Die Pazifisten hatten etwas an unseren Friedensbedingungen auszusetzen, aber wie steht es mit den Friedensbedingungen unserer Feinde? Wir haben unsere Friedensbedingungen, die ich nicht für weitgehend halte, festgesetzt. Deutschland wurde vom Präsidenten Wilson aufgefordert oder zum mindesten eingeladen, seine Friedensbedingungen endgültig mitzuteilen, aber Deutschland hat es nicht getan.

Die Bedingungen Deutschlands gründeten sich klar auf den deutschen Sieg, der die Betomung der deutschen militärischen Maschine bedeuten würde, was die Welt jederzeit all den Greueln aussetzen würde, unter denen sie jetzt leidet. Gibt es irgendein menschliches Wesen, das jetzt daran zweifeln könnte, daß die Deutschen nach dem Grundsatz handeln, den Krieg nicht bloß durch Bekämpfung der feindlichen Streitmacht zu gewinnen, sondern durch Terrorisierung der Zivilbevölkerungen und der neutralen Länder?

In der Rechtfertigung des Unterseebootkrieges sagen die Deutschen, es sei eine Pflicht gegenüber der Menschheit, das schnellste Mittel, selbst wenn es ein graufames wäre, zu gebrauchen, um den Krieg zu beenden. Deutschlands Menschlichkeit und

Grausamkeit sind ein und dasselbe. Wir kämpfen nicht für einen Gebietszuwachs oder gar, um einen ruhmreichen Sieg sicherzustellen, der das Ansehen unserer Waffen erhöhen würde, sondern wir kämpfen dafür, der Rasse, die diese Verbrechen begangen hat, beizubringen, daß diese sich nicht bezahlt machen.

Bonar Law erklärte schließlich, er könne die Friedensagitation in dem gegenwärtigen Augenblick nicht verstehen, in dem die größte neutrale Nation selbst erkannte, daß ein Unterschied zwischen Recht und Unrecht bestehe und selbst einsah, daß die Ausreden bis zu einem Grade gediehen seien, die sie jedem Neutralen als unerträglich erscheinen ließen.

Aus dem Unterhause.

Rotterdam, 21. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet weiter über die gestrige Sitzung des Unterhauses:

Noel Burton stellte an den Kolonialminister Long die Frage, ob er Aufklärung zu seiner Bemerkung geben könne, daß England die deutschen Kolonien behalten wolle.

Long erwiderte, er habe nicht in seinem eigenen Namen oder in dem der Regierung gesprochen, sondern im Namen der Dominions, deren Wortführer er als Kolonialsekretär sei. Er habe übrigens nicht gesagt, daß Deutschland keinerlei Kolonien haben dürfe. Die Regelung am Ende des Krieges würde von Bedingungen abhängen, die von den Teilnehmern an der Friedenskonferenz aufgestellt werden würden. Sie würden nicht vom Worte eines einzelnen Ministers abhängen, sondern davon, ob England entschlossen wäre, seine ganze Kraft einzusetzen, um den Krieg zu Ende zu bringen.

Wardle (Arbeiterpartei) erklärte, das einzige Mittel, einen dauernden Frieden zu schaffen, sei, Deutschland eine große militärische Niederlage beizubringen.

22./II. 1917

Ermächtigung Wilsons durch den Senat, die Munitionsausfuhr zu verhindern.

Washington, 20. Februar. (Reuter.)

Die Regierungsvorlage gegen Spionage wurde vom Senat mit 60 gegen 10 Stimmen angenommen. Sie sieht schwere Strafen für Verschwörungen zur Verletzung der amerikanischen Neutralität und für Ausspähung in Sachen der Landesverteidigung vor. Die Vorlage beschäftigt sich auch mit den internierten Mannschaften und Seeleuten und enthält Strafmaßnahmen gegen den Paßschwindel.

Ein anderer Abschnitt ermächtigt den Präsidenten der Republik, Munition und Munitionsschiffe, die für einen Feind einer Nation bestimmt sind, mit der die Vereinigten Staaten in Frieden leben, zu beschlagnahmen, zurückzuhalten und für verfallen zu erklären.

22./II. 1917

Friedensreden im englischen Parlament.

Bestige Angriffe gegen die Regierung.

Rotterdam, 20. Februar. (Privat.) Aus London wird gemeldet: Der bekannte Friedensmann Bonfouby hielt im Unterhaus eine Rede, in der er ausführte, daß es Heuchelei ist, wenn behauptet wird, daß die Mächte nur zu Zivilisationszwecken den Krieg führen. Er meinte, die Mächte erklären, es sei keine Heuchelei, aber da sie den Krieg mit reinen Händen begonnen hätten, wollen sie den Kampfplatz nicht mit leeren Händen verlassen. Das aber wäre das Argument, das der Militarismus anführt.

Im Namen der Regierung antwortete darauf Mc. Keill.

Dann sprach der zweite Pazifist Frelyan in viel leidenschaftlicherem Tone, er sei gar nicht überzeugt, daß das Blutbad im Frühjahr die Lage ändern werde. Die optimistischen Prophezeiungen vor dem Beginn des Krieges wären immer dieselben geblieben und wären immer jämmerlich zusehender geworden. Der Krieg wird unentschieden bleiben, es sei denn, daß die Deutschen in Petersburg und Paris oder die

Entente in Berlin und Wien stehen. Aber weder das eine, noch das andere sei möglich.

Nach einer erregten Debatte antwortete Bonar Law.

Bonar Law hält die englischen Friedensbedingungen für nicht weitgehend.

London, 20. Februar. (Unterhaus. Meldung des Reuterschen Büreaus.)

Schatzkanzler Bonar Law erklärte in Erwiderung auf die Reden einiger pazifistischer Abgeordneter, die zu Friedensverhandlungen drängten: Der beste Beweis für unseren Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit war, daß das Haus in Schweigen zugehört hat.

Was die Friedensfrage betrifft, hatten wir uns zu fragen, ob es irgend ein anderes Mittel gab, durch das wir unsere Freiheiten retten konnten, außer dem Mittel, daß wir für sie kämpften. Ich habe im gegenwärtigen Augenblick keine Möglichkeit gesehen, den Frieden zu sichern, außer dadurch, daß man für ihn kämpft. Ich kann die Beweggründe der Reden nicht einsehen, die man jetzt gehört hat. Die Pazifisten hatten etwas an unseren Friedensbedingungen auszusehen, aber wie steht es mit den Friedensbedingungen unserer Feinde? Wir haben unsere Friedensbedingungen, die ich nicht für weitgehend halte, festgesetzt. Deutschland wurde vom Präsidenten Wilson aufgefordert oder zum mindesten eingeladen, seine Friedensbedingungen endgültig mitzuteilen, aber Deutschland hat es nicht getan. Die Bedingungen Deutschlands gründeten sich klar auf den deutschen Sieg, der die Bestimmung der deutschen militärischen Maschine bedeuten würde, was die Welt jederzeit all den Greueln aussetzen würde, unter denen sie jetzt leidet. Gibt es irgend ein menschliches Wesen, das jetzt daran zweifeln könnte, daß die Deutschen nach dem Grundsatz handeln, den Krieg nicht bloß durch Bekämpfung der feindlichen Streitmacht zu gewinnen, sondern durch Terrorisierung der Stolzbevölkerungen und der neutralen Länder? In der Rechtfertigung des Unterseebootkrieges sagen die Deutschen, es sei eine Pflicht gegenüber der Menschheit, das schnellste Mittel, selbst wenn es ein grausames wäre, zu gebrauchen, um den Krieg zu beenden. Deutschlands Menschlichkeit und Grausamkeit sind ein und dasselbe. Wir kämpfen nicht für einen Gebietszuwachs oder gar, um einen ruhmreichen Sieg sicherzustellen, der das Ansehen unserer Waffen erhöhen würde, sondern wir kämpfen dafür, der Rache, die diese Verbrechen begangen hat, beizubringen, daß diese sich nicht bezahlt machen.

Bonar Law erklärte schließlich, er könne die Friedensagitation in dem gegenwärtigen Augenblick nicht verstehen, in dem die größte neutrale Nation selbst erkannte, daß ein Unterschied zwischen Recht und Unrecht bestehe, und selbst einsah, daß die Anseden bis zu einem Grade gediehen seien, die sie jedem Neutralen als unerträglich erscheinen ließen.

22. / II. 1917

Ein Schreiben der Ukrainer an Wilson.

Protest gegen die Befreiung durch die Entente.

Die ukrainische parlamentarische Vertretung richtete anlässlich der Note der Entente über ihre Kriegsziele an den Präsidenten Wilson ein Schreiben, das dem amerikanischen Botschafter in Wien überreicht und in der Kabinettskanzlei übergeben wurde. In dem Schreiben heißt es: Wir Ukrainer bilden in der slawischen Völkerfamilie eine selbständige Nation. Wenn nun von den Ententemächten in einem Schreiben an Sie von der angeblichen Befreiungslawischer Völker Österreich-Ungarns gesprochen wird, so werden Sie sich wohl der Einsicht nicht verschließen, daß diese Prahlerei von uns Ukrainern unmöglich ernst genommen werden kann und daß diese Prahlerei auf einen lebhaften Widerspruch von unserer Seite stoßen muß. Die ukrainische Nationalität wird auch jetzt trotz der unleugbaren Selbständigkeit der ukrainischen Sprache, die sogar von der kaiserlichen Petersburger Akademie der Wissenschaften anerkannt worden ist, von den russischen Regierungen konsequent gelehnet und der Gebrauch der ukrainischen Sprache bei einem Dreißigmillionenvolk nicht nur nicht im Amte, sondern nicht einmal in der Schule, die Volksschule nicht ausgenommen, zugelassen.

Die angekündigte „Befreiung“ wurde aber von den Ententemächten schon teilweise durchgeführt, als Rußland im Jahre 1914 in das von den Ukrainern bewohnte Ostgalizien und in die Bukowina eindrang und Gelegenheit hatte, ein Muster der jetzt angekündigten „Befreiung“ zu geben. Denn gleich nach der Invasion wurden von den „Befreier“ in diesem Lande, in dem die 3/2 Millionen Ukrainer, dank der freiheitlicheren österreichischen Verfassung sich trotz aller Hindernisse manche nationale Erregungenschaften zu erkämpfen wußten, nicht nur alle ukrainischen Schulen geschlossen, sondern die ukrainische Sprache wurde überhaupt sowie im Zarenreiche mit Verboten belegt und das ganze nationale Leben des ukrainischen Volkes in Galizien aufs brutallste unterdrückt. Dieser Unterbindung des ganzen selbständigen kulturell-nationalen Lebens folgte auch die persönliche Verfolgung: von den russischen „Befreier“ wurden nicht weniger als 4000 ukrainische Patrioten nach Zentralrußland und Sibirien verschleppt und der Führer der galizischen Ukrainer und das Oberhaupt der griechisch-unierten Kirche, der Lemberger Metropolit Graf Andreas Szepetyzkyj, als russischer Staatsverbrecher in russischen Gefängnissen interniert. Gegen eine derartige „Befreiung“ müssen wir Vertreter des ukrainischen Volkes in Galizien entschieden Verwahrung einlegen. Unsere Gefühle werden vom ganzen ukrainischen Volke geteilt, das weder Rußland noch einem etwa neuzubildenden oder im Werden begriffenen fremden nationalen Nachbarstaate in irgendeiner Form angehören will, sondern entsprechend seiner Zahl, seiner Vergangenheit, seiner eigenartigen, nationalen Kultur und den natürlichen Reichtümern seines Landes einer wahren nationalen Befreiung zustrebt.

22. / II. 1917

Muß es sein?

Man erwäge nur die Situation, in der sich Wilson befindet, der Präsident des Programms „Frieden und Wohlfahrt“, der nun dem Krieg entgegen- taumelt, obwohl sein ganzes Wesen ihm widerstrebt. Welch erschütternder Widerspruch: er wird, um eine Ausschreitung des Völkerkrieges zu bekämpfen, selber Krieg anfangen; er soll, um von dem mißhandelten Völkerrecht eine Bestimmung zu retten, einen Krieg

auf sich nehmen! Der Krieg aus einer pazifistischen Grundstimmung und Auffassung heraus: wären unsere Sinne nicht so abgestumpft, wir würden den bitteren Kontrast dann stärker begreifen, als er uns jetzt dünkt, wo gegenüber allen neuen Schrecken unsere Empfindungen wehrlos sind. Der Krieg verschlingt eben alles und macht sich auch die tributär, die ihm am leidenschaftlichsten widerstreben. . . Man lese die Rede Bonar Law, womit der englische Kriegsheld die Friedensreden im Unterhause — die wir nicht kennen, die aber dartun, wie gründlich falsch die Vorstellung von dem „kriegsbegeisterten England“ ist — abzuwehren gesucht hat. Warum kann England nicht Frieden schließen? Weil man den Frieden nicht erreichen kann, „außer dadurch, daß man für ihn kämpft“. Bisher meinte die Welt, man schlosse Frieden, um den Krieg zu beendigen; jetzt soll sie glauben, man müsse Krieg führen, um den Frieden zu bekommen. Aber wenn man ihn schon haben kann: wozu dann die Fortführung des Krieges? Sie wissen es selbst nicht, sie wissen es wirklich nicht! Wahrhaftig, sie führen Krieg, um den Frieden zu vermeiden! Deshalb sträuben sie sich, den Gegner so zu sehen, wie er wirklich ist; deshalb muß in jedem Lande von dem Gegner ein furchtbar-erschreckendes Bild entworfen werden, muß er als unzählbares Scheusal dargestellt werden, von dem die Welt befreit werden müsse, und natürlich nur durch restlose Besiegung befreit werden könne. Wenn sie sich nur entschließen könnten, die Welt einmal so zu sehen, wie sie in Wirklichkeit ist, überall Wahrheit und Irrtum, überall guter Glauben und Wahn, überall Erkenntnis der Tatsachen und ausschweifendes Hinübergreifen, überall aber leidende und hoffende Menschen, dann würden wir dem Frieden halb entgegenreisen. Wird diese geistige und moralische Umkehr nie erreicht werden?

Immer packt einen die Hoffnung, es könnte aus dem Uebermaß des Schrecklichen der Umschlag kommen. Nun sollen neue Offensiven werden, neue Ströme ins Blutmeer geleitet werden, ein neues und das allerschrecklichste Morden anheben. Und in allen Menschen lebt nur die eine Frage: Muß das sein? Denjenigen, die das Angebot vom zwölften Dezember abgelehnt haben, wird die bellommene Frage, die sich heute im Innern jedes Menschen erhebt, einmal wie Donnerschlag erklingen. Mußte es sein? — das Wort wird die Völker über sie zum Gericht anrufen.

170000
51
1917
19/11-13/11
Amper, Polidisk 30.

Notes
19.11.1917

Balfours Kommentar.

London, 17. Jänner. Der Staatssekretär des Aeußern Lord Balfour richtete an den britischen Botschafter in Washington folgende Depesche, die der Regierung der Vereinigten Staaten am 16. d. übermittelt wurde:

Indem ich Ihnen eine Uebersetzung der Note der Alliierten übersende, möchte ich folgende Bemerkungen machen, die Sie zur Kenntnis der Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen haben.

Ich entnehme aus dem allgemeinen Gedankengang der Note des Präsidenten, daß er, während er von dem lebhaftesten Wunsch

erfüllt ist, daß der Friede bald kommt und daß er, wenn er kommt, dauerhaft sei, sich für den Augenblick wenigstens nicht selbst mit den Bedingungen befaßt, unter denen er zustande gebracht werden soll. Sr. Majestät Regierung teilt völlig das Ideal des Präsidenten, hat aber das starke Gefühl, daß die Dauerhaftigkeit dieses Friedens in weitem Maße von seinem Charakter abhängen muß und daß kein dauerhaftes System internationaler Beziehungen auf Grundlagen errichtet werden kann, die tatsächlich hoffnungslos mangelhaft sind.

Dies tritt klar zutage, wenn wir die Hauptumstände betrachten, die das Unglück ermöglichten, worunter die Welt jetzt leidet. Diese bestanden in dem Vorhandensein einer Großmacht, die von Herrschbegierde verzehrt wurde, inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die für die Verteidigung schlecht vorbereitet waren, zwar in reichem Maße unterstützt durch internationale Gesetze, aber durch keine Maschinerie, um sie durchzusetzen, und geschwächt durch die Tatsache, daß weder die Grenzen der verschiedenen Staaten noch ihre innere Verfassung mit den Bestrebungen ihrer einzelnen Rassen übereinstimmten oder ihnen eine gerechte und billige Behandlung sicherten. Daß dieses letztere Uebel stark gemildert würde, wenn die Alliierten die in ihrer gemeinschaftlichen Note entworfenen Veränderungen in der Karte Europas durchsetzen könnten, ist offenbar, und ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen.

Die Vertreibung der Türken.

Es ist tatsächlich eingewendet worden, daß die Vertreibung der Türken aus Europa keinen eigentlichen oder logischen Teil an diesem allgemeinen Plane bilde. Die Erhaltung des türkischen Reiches wurde viele Menschenalter hindurch von einem Staatsmann von Weltruf als wesentlich für die Erhaltung des europäischen Friedens betrachtet. Weshalb, so wird gefragt, wird jetzt die Friedenssache mit dem vollkommenen Umsturz dieser überlieferungsgemäßen Politik in Verbindung gebracht? Die Antwort darauf lautet: Weil die Umstände sich völlig geändert haben. Es ist unnötig, jetzt in Erwägung zu ziehen, ob die Schaffung einer reformierten Türkei, die zwischen den feindlichen Rassen des nahen Ostens vermittelt, ein Plan war, der niemals ausgeführt werden konnte, als der Sultan aufrichtig war und die Mächte geeint waren. Sicher ist es, daß er jetzt nicht ausgeführt werden kann. Die Türkei, der Einheit und des Fortschrittes ist mindestens ebenso barbarisch und viel aggressiver als die Türkei des Sultans Abd ul Hamid. In den Händen Deutschlands hat sie sogar offenbar aufgehört, ein Bollwerk des Friedens zu sein, und sie wird offen als ein Werkzeug der Eroberung benutzt. Unter deutschen Offizieren kämpfen jetzt türkische Soldaten in Ländern, aus denen sie lange vertrieben waren, und die türkische Regierung, die von Deutschland beauftragt und mit allen Mitteln unterstützt wird, ließ sich Weheleien in Armenien und Syrien zuschulden kommen, wie sie so schrecklich selbst die Geschichte dieser unglücklichen Länder nicht aufzuweisen hat. Augenscheinlich erfordern die Friedensinteressen und die Ansprüche der Nationalitäten gleichermaßen, daß die türkische Herrschaft über fremde Rassen wenn möglich beendet wird, und

wir dürfen hoffen, daß die Austreibung der Türkei aus Europa ebensoviel zur Friedenssache beitragen wird wie die Zurückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, der italienischen Irredenta an Italien oder jede andre der Gebietsveränderungen, die in der Note der Alliierten angegeben werden.

Keine Friedenssicherheiten.

Es ist augenscheinlich, daß solche territoriale Wiederherstellungen, wenn sie auch die Gelegenheiten zum Kriege vermindern können, keine hinreichende Sicherheit gegen dessen Wiederkehr bieten, wenn Deutschland oder vielmehr diejenigen Kreise in Deutschland, die seine öffentliche Meinung bilden und seine Geschicke beherrschen, sich wiederum vorsehen, die Welt zu beherrschen. Sie mögen dann zwar finden, daß ein Abenteuer durch die neue Ordnung der Dinge schwieriger, aber kaum, daß es unmöglich würde. Sie werden dann immer noch ein politisches System zur Hand haben, das durch und durch auf militärischer Grundlage aufgebaut ist. Sie werden weiter große Vorräte an militärischen Ausrüstungsgegenständen ankaufen und weiter ihre Angriffsmethoden vervollkommen, so daß ihre friedlicheren Nachbarn niedergeschlagen werden können, bevor sie sich selbst zur Verteidigung vorzubereiten vermögen. Wenn in dieser Weise Europa, sobald der Krieg vorbei ist, weit ärmer an Leuten, Geld und gegenseitigem gutem Willen ist, als es zur Zeit des Kriegsbeginnes war, sich trotzdem aber nicht in größerer Sicherheit befinden wird, dann werden die Zukunftshoffnungen für die Welt, die der Präsident hegt, ihrer Erfüllung fernher als jemals sein.

Es sind Menschen vorhanden, welche glauben, daß internationale Verträge und Gesetze für diese traurigen Zustände hinreichende Vorforge zu treffen vermögen. Aber solche Personen begreifen die Lehren schlecht, die von der neuesten Geschichte so klar aufgestellt sind. Während die andern Nationen, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, danach strebten, durch Schiedsgerichtsverträge die Sicherheit zu gewinnen, daß keine Aussicht auf Streit den Frieden stören könne, den sie dauernd zu gestalten wünschten, stand Deutschland abseits. Seine Geschichtschreiber und Philosophen predigten den Glanz des Krieges. Die Macht wurde als der wahre Zweck des Staates proklamiert. Der Generalstab schmiedete mit der unermüdblichen Industrie zusammen die Waffen, womit im geeigneten Augenblick der Machtgedanke vollendet werden sollte. Diese Tatsachen bewiesen klar genug, daß Vertragsabschlüsse zur Aufrechterhaltung des Friedens nicht dazu angetan waren, viel Geneigtheit in Berlin zu finden. Diese Tatsachen ließen darauf schließen, daß derartige einmals abgeschlossene Verträge schließlich unwirksam werden könnten.

Beschuldigungen der Mittelmächte.

Das sprang erst in die Augen, als der Krieg ausgebrochen war, aber dann war die Beweisführung dafür allerdings überwältigend. Solange Deutschland das Deutschland bleibt, das ohne einen Schatten von Berechtigung in barbarischer Weise ein Land überrannte und mißhandelte, zu dessen Verteidigung es verpflichtet war, kann kein Staat seine Rechte als geschützt ansehen, wenn er keinen besseren Schutz für sie besitzt als einen feierlichen Vertrag. Der Fall wird noch schwieriger gestaltet durch die Ueberlegung, daß diese Methoden berechneter Grausamkeit von den Mittelmächten nicht nur dazu bestimmt sind, diejenigen zu zerschmettern und aufzureißen, mit denen sie sich im Kriege befinden, sondern auch dazu, diejenigen einzuschüchtern, mit denen sie noch im Frieden leben. Belgien war nicht bloß ein Opfer, es war ein Beispiel. Die Neutralen wurden darauf hingewiesen, sich die Schandtaten zu merken, von denen seine Eroberung begleitet war: die Schreckensherrschaft, die seiner Besetzung folgte, die Wegbringung

eines Teiles seiner Bevölkerung und die grausame Unterdrückung des zurückbleibenden Teiles. Und damit die entweder durch die britische Flotte oder durch ihre eigene vor den deutschen Armeen glücklicherweise geschützten Völker sich trotzdem vor den deutschen Methoden nicht sicher glauben sollten, wetteiferte das Unterseeboot innerhalb seines Wirkungsbereiches beharrlich mit den barbarischen Praktiken der Schwesterwaffe. Die Kriegsstäbe der Mittelmächte sind jetzt sicherlich zufrieden, die Welt in Schrecken zu versetzen, wenn sie sie nur auf diese Weise ihrer Schreckensherrschaft unterwerfen können. Wenn dann die Mittelmächte erfolgreich sind, so werden sie solchen Methoden ihren Erfolg verdanken.

Wie kann irgendeine Reform der internationalen Beziehungen auf einen solchen Frieden begründet werden? Ein solcher Friede würde den Triumph alles dessen bedeuten, was den Krieg gewiß und was ihn brutal macht. Es würde die Unzulänglichkeit aller der Mittel bedeuten, auf die die Zivilisation baut, um Gelegenheit für internationale Streitigkeiten wie deren Grausamkeit zu beseitigen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben den Krieg unvermeidlich gemacht, indem sie die Rechte eines kleinen Staates antasteten, und sie erzielten einen anfänglichen Triumph, indem sie die das Gebiet eines andern schützenden Verträge verletzten. Werden kleine Staaten in ihnen ihre Beschützer für Verträge erblicken können, die von ihnen als Schutz gegen Angriffe geschlossen worden sind? Terrorismus zu Lande und zur See werden sich als Mittel zum Sieg erwiesen haben. Werden ihn die Sieger auf einen Appell der Neutralen hin aufgeben?

Wenn die bestehenden Verträge nicht mehr sind als Fetzen Papier, können uns dann neue Verträge helfen? Wenn die Verletzung der grundlegenden Regeln des Völkerrechtes von Erfolg gekrönt ist, werden die versammelten Nationen nicht umsonst daran arbeiten, diese Verträge zu verbessern? Niemand wird von ihren Bestimmungen Nutzen haben als die Verbrecher, die sie verletzen. Die sie halten, werden unter den Paragraphen leiden.

Die Bedingungen der Entente.

Daher kann das englische Volk, obwohl es den Wunsch des Präsidenten nach Frieden vollauf teilt, nicht glauben, daß der Friede dauerhaft sein kann, wenn er nicht auf den Erfolg der Sache der Alliierten gegründet ist, denn ein dauerhafter Friede kann kaum erwartet werden, wenn nicht drei Bedingungen erfüllt sind:

- 1. daß die bestehenden Ursachen internationaler Beunruhigung so weit wie möglich entfernt und geschwächt werden,
- 2. daß die Angriffslust und die bedenkenlosen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten,
- 3. daß hinter allen vertragsmäßigen Abkommen zur Verhütung oder zur Begrenzung von Feindseligkeiten irgendeine Form internationaler Sühne gesetzt werde, die dem kühnsten Angreifer Einhalt gebietet.

Diese Bedingungen mögen schwer zu erfüllen sein, aber wir glauben, daß sie allgemein im Einklang mit den Idealen des Präsidenten stehen, und wir sind überzeugt, daß keine von ihnen selbst unvollkommen erfüllt werden kann, wenn der Friede nicht, wenigstens soweit Europa betroffen wird, innerhalb der großen Grundlinien gesichert wird, die in der beigefügten Note gezogen sind.

Deshalb hat England Opfer an Gut und Blut, die ohne gleichen in seiner Geschichte dastehen, gebracht und ist noch weiterhin bereit, sie zu bringen. Es trägt diese schweren Lasten nicht nur, um so seine vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, noch um einen unfruchtbaren Triumph einer Gruppe von Nationen über die andre zu sichern; es bringt sie, weil es fest glaubt, daß von dem Erfolg der

Alliierten die Aussicht auf eine fr. übb
zivilisation und auf diejenigen n
ationalen Reformen abhängt, welche, n
esten Denker der Neuen und der Alten
zu hoffen wagen, der Beendigung des ge
wärtigen Unheils folgen werden.

Balfours Bedingungen.

Herr Balfour, der seit Greys Verabschiedung die auswärtige Politik Englands leitet, hat die Note der Entente an Wilson mit einem langen Kommentar begleitet, der dem Präsidenten von dem britischen Botschafter in Washington übergeben wird. Die Note ist der Versuch, sich vor dem Präsidenten des Freistaates zu rechtfertigen, dessen Anruf an Menschlichkeit und Gerechtigkeit von den Alliierten so schönede zurückgewiesen worden ist; ist der Versuch, dem Präsidenten zu beweisen, daß seine edlen Absichten, die von der Entente so gehässig verleugnet werden, nicht verwirklicht sein, solange die Entente nicht gesiegt habe. Die Glenden, die dem Präsidenten das Schriftstück zugesandt haben, in dem sie seine Friedensbemühungen schroff zurückweisen, sie fühlen wohl, daß sie damit auch Wilson verlegt haben, tief verlegt haben, und Balfours Kommentar hat keinen anderen Zweck, als den üblen Eindruck, den die Ententenantwort in den Vereinigten Staaten hervorrufen muß, abzuschwächen und zu verwischen. Es soll so dargestellt werden, als ob die Entente, die um eiller Prestigeinteressen und verworflicher Machtinteressen willen den Krieg fortsetzt, ihn nur notgedrungen, nur wegen der hehren Ziele fortsetzen würde, die sie als den Vorfall ihres Krieges ausgibt. Daß die scheinheilige Beweisführung auf den Präsidenten einen anderen Eindruck machen könnte als den, den sie auf jeden machen muß: als den des Abscheus, wird man wohl als ausgeschlossen betrachten dürfen.

Herr Balfour ist gegen die Beendigung des Krieges, weil der Friede, jetzt geschlossen, keine Bürgschaft böte, daß er ewig dauern würde. Aber alle Menschen, die unter der furchtbaren Last des Krieges stöhnen, alle Menschen, in denen ein Herz für die Leiden der Welt schlägt, werden wohl sagen: Das Wichtigste ist, den Krieg zu beendigen, die Zukunft zu retten, indem man die Menschheit rettet! Denn der Friede wird eine Stütze haben, die niemand mehr zerbrechen können wird: den Krieg selbst, die Erfahrung dieses Schrecklichen, die sich der Menschheit bemächtigen und aus ihrem Bewußtsein nie mehr schwinden wird. Der Menschheit wird aus dem entsetzlichen Erlebnis des Weltkrieges der Entschluß reifen, sich die Geißel des Krieges, die sie erst jetzt in ihrer furchterlichen Gewalt ganz erfahren hat, in alle Ewigkeit fernzuhalten; nicht bloß die allgemeine Erschöpfung Europas wird die Wiederkehr des Krieges hindern, sondern vor allem die durch den Krieg bewirkte Umwälzung und Umformung des moralischen Bewußtseins der Welt. Deswegen ist es nur eine erlogene Begeisterung für den dauernden Frieden, die um seinetwillen weiter Krieg führen will; ist es nur Heuchelei, wenn als Ziel der Fortführung des Krieges, als Grund der Fortführung des Krieges die Sehnsucht nach dem ewigen Frieden ausgegeben wird. Wer den dauernden Frieden will, muß doch vor allem den Frieden wollen; wer von der Menschheit den Fluch des Krieges lösen will, muß doch vor allem die Beendigung des Krieges wollen. Denn sonst ist seine Schwärmerei, seine Leidenschaft für die Dauer und Beständigkeit des Friedens nicht mehr und nichts anderes als Lüge, als Menschheitslästerung.

Herr Balfour stellt für den dauernden Frieden viele Vorbedingungen auf. Erstens müssen die Alliierten „die in ihrer Note entworfenen Veränderungen in der Karte Europas durchzuführen“. Es ist da recht bemerkenswert, daß Herr Balfour die Tatsachen, die so „verändert“ werden sollen, als die „bestehenden Ursachen der internationalen Beunruhigung“ bezeichnet. Welches sind nun die „Veränderungen“, die nötig seien, damit die „Beunruhigung“ aufhöre? Herr Balfour bezeichnet als solche die Vertreibung der Türkei aus Europa, die Zurückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, der „italienischen Irredenta“ an Italien, und überhaupt die Gebietsveränderungen, die die Alliierten „entworfen“ haben. Ist das nun nicht ein unverhülltes Geständnis, daß „Beunruhigung“ in Europa war, weil die Gegner Heute machen wollten? Wenn es die Staatlichkeit Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei war, die die in dem Zehnband vereinigten Gegner „beunruhigt“ hat, wenn sie die Ursache der Beunruhigung und damit des Krieges war: wie

stimmt dazu die Behauptung, daß der Krieg von der „Herrschbegierde“ Deutschlands ausgeht? Daß Herr Balfour die Herrschbegierde der anderen die „Beseitigung von Ursachen der Beunruhigung“ nennt, ändert nichts daran, daß nicht die Vierbundmächte, daß die Zehnbundmächte Eroberungen im Sinne hatten. . . . Mit den „Veränderungen in der Karte Europas“ schießt Herr Balfour den Krieg noch nicht gebannt. Sie würden wohl die „Gelegenheit zum Kriege“ vermindern, aber noch „keine hinreichende Sicherheit gegen dessen Wiederkehr bieten“. Auch „internationale Verträge und Gesetze“ würden nicht ausreichen; es ist augenscheinlich, daß Herr Balfour mit dieser Polemik gegen Menschen, „die vorhanden sind“ und die Zukunft der Menschheit auf die sittliche Läuterung ihrer Beziehungen bauen wollen, den Präsidenten Wilson selbst höhnen will, der diesem Gedanken mit der ganzen Kraft seiner Seele anhängt. Warum würden „internationale Verträge und Gesetze“ nicht nützen? Weil Deutschland den Neutralitätsvertrag über Belgien verlegt habe! Auch wenn der Einwand mehr wäre als die Wut derjenigen, die sich bei der Nichtachtung der belgischen Neutralität verspätet haben, auch dann wäre es ein unehrlicher Einwand: denn der Krieg, der für jeden Kriegsführenden die schmerzreichste Prüfung war, wird den ihn beendigenden Friedensvertrag ganz anders verankern als die Verträge früherer Zeiten. Wie will also Herr Balfour, der vorgibt, nur für den dauernden Frieden zu streiten, nur um seinetwillen den entsetzlichen Krieg fortzusetzen, wie will er der Welt den dauernden Frieden erringen? Es muß die „Bedingung“ erfüllt werden, daß hinter die Verträge eine internationale Gewalt gestellt wird, was noch zu begreifen ist, und es muß die „Bedingung“ erfüllt werden, daß die Angriffslust und die bedenkenlosen Methoden der Mittelmächte bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit geraten. Wenn es Angriffs-lust wäre, wäre sie schon längst in „Mißkredit“ gekommen und würde es immer sein; auch nach „bedenkenlosen Methoden“ tragen die Völker der Mittelmächte keine Reigung und würden sich mit ihnen nie solidarisch fühlen. Aber wie denkt sich Herr Balfour die „Erfüllung“ dieser „Bedingung“? Will er die Völker der Mittelmächte auf irgend eine Anschauung oder Ueberzeugung einschwören lassen? Er sieht wohl selbst ein, daß das nur Ausflüchte sind, denn er fügt, seiner selbst spottend, hinzu, „diese Bedingungen mögen schwer zu erfüllen sein“. Aber wer den Frieden ablehnt wegen Bedingungen, von denen er selbst bekennt, daß sie „schwer zu erfüllen sind“, wegen Bedingungen, die objektiv unmöglich sind, der will den Frieden eben a b l e h n e n, und alles, was er vorbringt, um die Mißfät der Fortführung des Krieges zu rechtfertigen, ist eitel Lüge.

Wir vertrauen dem Präsidenten Wilson, bei dem der Wille, dem Norden der Menschheit ein Ende zu setzen, zur sittlichen Leidenschaft geworden ist, daß er der Entente die Antwort nicht ersparen werde, die sie befehlen wird, daß sie nicht hoffen darf, von den Neutralen, die wohl die Schiedsrichter der Welt werden könnten, für ihr Treiben Absolution zu erhalten. Ein entschlossenes und kräftiges Wort von den Neutralen, und der Hochmut der Entente ist dahin. Wird doch auch in der Note Balfours sichtbar, daß die Entente ein schlechtes Gewissen hat, und ihre Rabulistik verrät allzu deutlich die Furcht vor ihren eigenen Völkern, die nicht mehr lange willens sein werden, das schönede Spiel mitzumachen. Nur nicht nachlassen in der Aufzeigung der ehernen Tatsache, daß der Friede möglich ist; sie werden diese moralische Belagerung nicht lange aushalten.

Ein Nachwort Balfours zur Verbandsantwort an Wilson.

Wien, am 18. Jänner.

Der englische Staatssekretär des Aeußern hat sich hemüßigt gefühlt, der Verbandsantwort an Wilson in der Form einer Depesche an den britischen Botschafter in Washington ein Nachwort über den Ozean nachzuschicken, worin er der amerikanischen Welt die Friedensweigerung des Verbands der zehn Mächte zu erklären trachtet. Daß ein solcher Erläuterungsversuch für notwendig befunden wurde, läßt den Schluß zu, daß man in London von dem neutralen, insbesondere amerikanischen Echo der Verbandsantwort nicht sehr erfreut war und nun über Hals und Kopf sich zu rechtfertigen trachtet. Auch zeugt es schwerlich von einer Festigkeit der Entschlüsse und Klarheit der Ansichten jener, welche die Verbandsantwort abgefaßt haben, wenn man ihren Inhalt so rasch nach der Abfindung auch noch weitläufig kommentiert. Es wird damit eine Schwäche der Note zugegeben, die darin besteht, daß sie ihre Begründung und Rechtfertigung nicht in sich selbst trägt.

Ueber Balfours Nachwort ist wenig zu sagen. Es bestätigt nur neuerdings die absolute Unfähigkeit der britischen Diplomaten Sprache zur Aufrichtigkeit und zu einer höheren Logik, als sie die widerlichste Selbstsucht eingibt.

Balfours ganze Weisheit besteht darin, daß er das nachgerade langweilig gewordene Sprüchlein von der Schlechtigkeit der Mittelmächte und von der Güte der Briten und ihrer Verbündeten wiederholt. Aus edelster Menschenfreundlichkeit und reinem Idealismus haben die Verbandsmächte beschlossen, einige Veränderungen an der Landkarte Europas, wie die Vertreibung der Türken, die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns, die Verkleinerung

des Deutschen Reiches um mindestens Elsaß-Lothringen und was dergleichen friedliche Ententespäße mehr sind, durchzusetzen — als „territoriale Wiederherstellungen“ verdolmetscht der edle Balfour den Amerikanern alle diese hübschen Absichten —, wohingegen alles, was die Mittelmächte getan haben und noch tun wollen, gemeine Vertragsbrüche, Gewalttaten, berechnete Grausamkeiten usw. seien. Man kennt diese Londoner Melodie nachgerade zur Genüge. Besonders weiterschweifig ist Balfour bei der Schilderung der Vertragsbrüche und infolgedessen der ferneren Vertragsunfähigkeit des Vierbundes, zumal Deutschlands, geworden; die Neutralen, insbesondere aber Griechenland, haben am eigenen Leibe erfahren, was von der Vertragstreue Englands zu halten ist. Nicht Belgien, das sich eingestandenermaßen vertragswidrig zur Teilnahme an Englands Einkreisungspolitik und Kriegsanstiftung hatte verleiten lassen und sein Schicksal dadurch heraufgefördert hat, ist „ein Beispiel“, wie Balfour sagt, sondern Griechenland ist ein Beispiel. Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien sind allerdings auch Beispiele, aber solche der Warnung für andere Neutrale, sich vom feindlichen Verband mißbrauchen zu lassen. Balfour selbst veräußert übrigens nicht, das System der britischen Politik zu entschleiern. Er gibt zu, daß die Erhaltung der Türkei früher zu den Leitgedanken der britischen Orientpolitik gehörte. Als Grund, warum jetzt auf einmal die Zertrümmerung der Türkei zum Programm der nämlichen britischen Politik geworden ist, weiß Balfour den erstaunten Amerikanern nichts anderes zu sagen, als daß „sich die Umstände völlig geändert haben“. Je nach dem, ob ein Staat den Briten zu Willen ist oder nicht, wird er von London aus geschützt oder zerstückelt — dies gibt Balfour als britischen Grundsatz zu. Die Türkei der hamidischen Greuel war den Briten gefügig, also konnte sie trotz aller blutigen Zwischenfälle im Innern auf Englands Wohlwollen rechnen; die Türkei von heute ist zwar im Vergleich zu früheren Zeiten ein Kulturstaat geworden, hat sich aber der britischen Bevormundung entledigt, daher muß sie zertrümmert werden. Und die Londoner Politik, die solche, ausschließlich der Selbstsucht entspringende Grundsätze nicht nur praktiziert, sondern offen einbekennt, will sich zum Richter über die Moral der anderen aufwerfen!

Und die nämliche Ethik zieht sich wie ein roter Faden durch Balfours ganze Depesche. Sie spricht vom Terrorismus der deutschen Kriegsführung und von der Schreckensherrschaft der Tauchboote und vergiftet ganz auf die Hungerblockade, unter der die Neutralen noch mehr zu leiden haben, als die Vierbündler und schweigt von der Schreckensherrschaft der britischen „silbernen Kugeln“ selbst in den verbündeten Ländern. Sie wirft dem Deutschen Reich das Streben nach Weltherrschaft vor und vergiftet mitzuteilen, daß die Briten eine Art Weltherrschaft sich bereits angeeignet hatten und daß niemals gieriger und brutaler erobert wurde, als es die Briten und Russen, die Franzosen und Italiener getan oder zu tun versuchten. Muß vor solcher Heuchelei nicht selbst den britomansten Neutralen ekeln?

Schließlich gibt Balfour die englischen Ansichten über einen „dauerhaften Frieden“ zum besten. Sie sind vollkommen dessen würdig, was man hierüber schon bisher aus London vernommen hat. Das, was die Briten als „Ursachen internationaler Beunruhigung“ bezeichnen — man kennt es zur Genüge — soll möglichst entfernt oder doch geschwächt, die Mittelmächte und ihre Methoden sollen bei ihren eigenen Völkern in Mißkredit gebracht werden, und schließlich sollen die Mittelmächte dafür, daß sie im Sommer 1914 von einer Generalverschwörung überfallen wurden, auch noch irgendeine „internationale Sühne“ leisten. Man weiß nicht, soll man mehr über die Unversorgenheit oder über die Naivität solcher britischer Herzensergüsse staunen. Versöhnen könnte einigermaßen Balfours Eingeständnis, daß die Londoner Wünsche „schwer zu erfüllen“ sein dürften. Aber um so verbrecherischer erscheint bei solcher Einsicht das britische Justament, das der Menschheit noch weitere furchtbare Leiden aufzwingt. Wenn Balfour nicht unterläßt, die Amerikaner durch den Hinweis freundlicher zu stimmen, daß England in diesem Krieg bereits „Opfer an Gut und Blut, die ohne gleichen in seiner Geschichte dastehen“, gebracht habe, so ist die Gegenvorstellung am Platze, wer denn England dazu genötigt hat. Was ging die Briten der Mordprozeß an, den Oesterreich-Ungarn gegen Serbien anzustrengen gezwungen war? Warum stachelte es Rußland zur Einnengung auf? Warum ermunterte es Frankreich? Warum wühlte und hegte es in Belgien? Kein englisches Interesse stand auf dem Spiel als jenes eine, das Jahre vor dem Kriege in

England auf die allesbesagende Formel gebracht worden war: An dem Tage, an dem Deutschland niedergeschlagen würde, wäre jedermann in England reicher! Es ist gewiß kein Zufall, daß kürzlich der englische Premier Lloyd George in seiner Guildhallrede den erbaulichen Gedanken aufgriff, indem er die Briten über die Opfer der Gegenwart mit dem Hinweise hinwegzutrusten suchte, daß alles vergossene Blut nach dem Kriege sich in größeren Reichtum und hypothekensfreien Besitz verwandeln werde. Diese britische Geistesverfassung und nicht die gruselige Geschichte, die Balfour, wie vor ihm andere britische Staatsmänner auch, über die Mittelmächte den Amerikanern vorsetzt, sind der Grund, warum Europas Völker, denen das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember die Aussicht auf Frieden eröffnete, fortbluten müssen. England, der Bannerträger des Materialismus und kapitalistischer Beutegier, ist der Schuldige.

Eta'sreden im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. Januar.

(Fortsetzung.)

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Breitenbach: Die Ablehnung unseres Friedensangebotes durch die Entente hat auch in diesem Hause nur das eine Gefühl ausgelöst: Nun Kampf für unser geliebtes Vaterland bis zum äußersten!

Der Ernst und die Schwere des Krieges nötigen uns, immer wieder zu der Frage: was kann geschehen, um Deutschland den Frieden zu bringen? Das hochherzige Friedensangebot ist frivoll zurückgewiesen worden.

Mit solchen Kriegszielen, wie sie der Abg. v. Kardorff ausgesprochen hat, daß der Frieden dem Ertrag der militärischen Lage entsprechen müsse, wird sich wohl jeder Vertreter der hohen Politik einverstanden erklären können.

Gegen die Kanzlerseinde.

Wer sich Bedrungen fühlt, gegen die Politik des leitenden Staatsmannes Stellung zu nehmen und je nach der Festigkeit seiner Stellungnahme sein Ansehen nach außen zu erhellen, der übernimmt nicht nur für sich, sondern auch vor dem Volke und der Geschichte eine außerordentlich schwere Verantwortung.

Herr von Bendeband sowie den übrigen Vortrednern danke ich für die Anerkennung, die sie der Arbeit der Staatsbehörden und der Staatsbeamten während des Krieges haben zuteil werden lassen.

Es kann außerdem erscheinen und gibt zu besonderem Nachdenken Anlaß, daß ein Volk mitten im furchtbarsten Kampfe der Weltgeschichte sich Ziele steckt für die Zeit nach dem Krieg.

Neuorientierung — keine „grundstürzenden Veränderungen“.

Regierung und Volksvertretung sind sich darin einig, daß die ungewohnten Ereignisse dieses Weltkrieges an dem Aufbau und der Gestalt unseres Staatswesens nicht spurlos vorübergehen können.

Abg. Dr. Friedberg (mitl.): Die Beschäftigung mit den Einzelheiten ist kein Zeichen dafür, daß wir uns verzetteln, sondern ein Zeichen der festen Zuversicht auf einen siegreichen Ausgang des Krieges.

Das Defizit.

Interessanter als der Voranschlag ist die Rechnung für das Jahr 1915. Das Defizit wurde bei den damaligen Verhandlungen von Finanzminister auf 300 Millionen geschätzt, und auf diese Schätzung gründete sich seine Forderung von 100 Millionen neuer Steuern.

nahmt wurde, für weitere Aufgaben aufgespart und nicht herausgegeben. Durch die jetzige Finanzpolitik werden die im Lande vorhandenen Finanzquellen vorzeitig abgegraben.

Fort mit dem alten Klassenwahlrecht!

Zur „Neuorientierung“ wäre es ungemein wichtig, zu erfahren, welche vorbereitenden Schritte unternommen sind. Mit dem alten Klassenwahlrecht ist überhaupt nichts zu machen, das hat vollständig abgewirtschaftet!

Von allen billig denkenden Neutralen müssen wir wirkliche Neutralität erwarten. Wir hoffen zuversichtlich auf einen Sieg der deutschen Interessen, der auch in Zukunft uns und die Welt vor einer neuen Katastrophe bewahrt.

Finanzminister Dr. Koenig: Abg. Dr. Friedberg hat gemeint, die Lehre Siendovells sei eigentlich überflüssig gewesen. Es klang der Wunsch hervor, als ob wir entweder schlagartig oder nicht ganz augenblicklich gehandelt hätten.

Die Friedensfrage.

Abg. Dr. Paschke (Dpt.): Lassen Sie mich beginnen mit der Frage, die uns alle bewegt, mit der Friedensfrage. Herr von Bendeband sprach nur von der Ablehnung unseres Angebotes, ich will auch von dem Angebot selbst sprechen.

Schließlich war das Angebot auch richtig insofern auf den Zeitpunkt. Er war so gewählt, daß uns die Fiktion sicher blieb. Auch die Form hielt sich fern von Ueberhebung und Schwäche.

Die Eroberungspläne der Feinde.

Der Präsident hat die Ablehnungsnote unverkämmt genannt. Seit langer Zeit, die kürzlich und tollte. Man bekannte sich darin zu Eroberungsplänen, alles Ullgen strafend, was man bisher gesagt hatte, zu Eroberungsplänen.

Der v. Kardorff hat mit Recht die Erörterung von Kriegszielen für bedenklich erklärt, wenn nicht das Vertrauen zur Herrschaft bestände, daß sie über die Grenze des Erreichbaren nicht hinausgeht.

bisheriger Verlauf. Unsere Truppen schreiten mit einem Heldenmut, der alles überwindet, von Slog zu Slog, unsere Landboote haben von Monat zu Monat steigende Erfolge und zeigen damit, daß die Vertreter unserer Fraktion, die im Reichstage schon 1908 für einen beschleunigten Bau von Unterseebooten eingetreten sind, als andere die Bedeutung dieser Waffe noch nicht erkannt hatten, auf dem richtigen Wege waren.

Vertrauen zu unserer Führung in der U-Boot-Frage.

Die Anwendung der Kampfmittel, auch der Tauchboote ist, soweit die militärische Betrachtung kommt, Sache der militärischen Leitung und, soweit sich politische Folgen daran knüpfen, Sache der politischen Leitung.

Die Agitation gegen den Kanzler.

Die U-Boot-Agitation hat vielfach das fälschliche Gebiet verlassen und sich persönlich zu einem Kampf gegen den Kanzler zugespitzt. Ich erinnere an das Machwerk von Junius Moller, über das ja der Kanzler in seiner Rede über die Wirten der öffentlichen Meinung das Erforderliche gesagt hat.

Das Fideikommissgesetz.

Die Zweck Kolonisation wird und muß fortgesetzt werden. Mit ihrem Innere steht aber im schroffen Widerspruch das eingedachte Gesetz über die Fideikommiss (Abg. Sehr richtig!) Die Anregung dieser Frage stellt geradezu einen Bruch des Burgfrieden dar.

Das Reichstagswahlrecht für Preußen.

Ein Parlament muß die Stimmung des Volkes widerspiegeln, und deshalb muß ein Wahlrecht, das ganze Klassen beschränkt oder entzweit, abgeändert werden. Diesem Grundsatze entspricht das Reichstagswahlrecht. (Zustimmung bei den Vp.)

Das Haus vertagt die weitere Beratung auf Freitag 11 Uhr.

Polendebatte im Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 19. Januar 1917.

Am Ministerisch: Brettenbach, Venze, Voßell, Troitz zu Solz, Frhr. v. Schorlemer.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Korfanty (Polen): Die polnische Nation hat zweifellos die Grenzen der christlichen Gestirnung und der abendländischen Kultur viele Hunderte von Kilometern nach Osten hinausgeschoben. Das gibt dieser Nation, die wie keine andere in der Vergangenheit gelitten hat, Recht auf die Zukunft. Auch in diesem Weltkriege haben die Polen ihre volle Schuldigkeit getan. Um so unangenehmer mußten es die Polen empfinden, daß nicht nur keine Dankbarkeit den Polen gezollt wurde, sondern daß man die Polen teils als *quantité négligeable*, teils als halbe Barbarenation behandelt hat. Das mußte verlegend wirken und politische Proteste auslösen. Man darf doch nicht übersehen, daß das Königreich Polen zum Schauplatz dieses verheerenden Krieges geworden ist, daß Polen in allen kriegsführenden Ländern wohnt und daß der Vater gegen den Sohn, der Bruder gegen den Bruder, der Freund gegen den Freund kämpfte. Ueber die Haltung der preussischen Polen sind keine Klagen laut geworden. Unter dem ersten Eindruck des Krieges hat die Regierung deshalb auch eine Aenderung der bisherigen Polenpolitik versprochen. Wir haben diesem Versprechen zunächst auch geglaubt. Aber bald zeigte sich, daß wir damals zu optimistisch gedacht haben. Jetzt sind 2½ Jahre verfloßen und nichts ist inzwischen geschehen, als daß für die Zeit nach dem Krieg Erwägungen über eine Aenderung der Polenpolitik zugesagt worden sind. Damit können wir uns natürlich nicht zufrieden geben.

Polnisches Mißtrauen.

Ich bin beauftragt, dem Mißtrauen meiner Fraktion gegen die jetzige Politik der Regierung energisch Ausdruck zu geben. (Sehr wahr! bei den Polen.) Nicht einmal zu der Auffassung des Abg. v. Kardorff hat sich die Staatsregierung bisher durchgerungen, obwohl das, was der Abg. v. Kardorff uns zugestehen will — Religionsunterricht in der Muttersprache und vorübergehende Nichtanwendung des Erziehungsgesetzes — unsere nationalen Wünsche bei weitem nicht erfüllt. Wir verlangen volle nationale Gleichberechtigung. (Beifall bei den Polen.) Die Regierung entschuldigt ihre Untätigkeit mit dem Burgfrieden. Wo ist der Burgfrieden geblieben? Überall herrscht der politische Kampf. Es dient im höheren Sinne dem wahren Burgfrieden, wenn altes Unrecht gesühnt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit 2½ Jahren fließt polnisches Blut für deutsche Kriegsziele. Aber die Polen bleiben entrechtet, bleiben Bürger zweiter Klasse, denn die Ausnahmegebung gegen sie wird weiter gehandhabt. Als im Reichstag versucht wurde, bei der Novelle zum Reichsverfassungsgesetz den Sprachenparagrafen zu beseitigen, ließ die Regierung ein „Unannahmbar“ erklären. (Hört! Hört! links.) Und wenn einmal ein entgegenkommender Erlass der Zentralbehörden erfolgt, bleibt er von den Lokalbehörden unausgeführt. (Hört! Hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Das muß aufreißend wirken. Polnische Frauen, die gemeinsam für den deutschen Sieg beteten und fromme Lieder sangen, wurden auseinander getrieben, angeblich, weil sie eine öffentliche Versammlung veranstaltet haben, die nicht angemeldet war. (Hört! bei den Polen.) Man sollte sich wirklich dieser Dinge schämen. Alle polenfeindlichen Positionen sind auch im neuen Etat enthalten. Die Erfahrungen von 2½ Jahren Weltkrieg haben weder die Regierung, noch den polenfeindlichen Mehrheitsblock zu einem Entgegenkommen veranlaßt. Bei der letzten Polendebatte sprach der Minister von „polnisch sprechenden Preußen.“ Sie sprechen niemals von deutschsprechenden Ungarn oder deutschsprechenden Russen, sondern immer nur von den Deutschen in Ungarn und den Deutschen in Rußland. Warum sprechen Sie dann nicht auch von den Polen in Preußen? (Sehr gut! bei den Polen.) Wie können wir Vertrauen zur preussischen Regierung haben, die uns niemals wie ihre Kinder behandelte? Wir haben tiefstes Mißtrauen und legen schärfsten Protest ein gegen die fortbauende Unterdrückung unserer Nationalität. Mit Versprechungen geben wir uns nicht mehr zufrieden, wir verlangen Taten. Bis dahin aber vertrauen wir auf unsere eigene Kraft. (Beifall bei den Polen.)

Gegen polnische Undankbarkeit.

Minister des Innern von Voßell: Wenn der Vorredner seinen Stammesgenossen nutzen wollte, so hat er seinen Zweck nicht erreicht. Ich habe am 20. November im Auftrage der Regierung hier erklärt, daß unsere Entschlüsse von Wohlwollen gegen unsere polnischsprechende Bevölkerung getragen sein werden. Ich nehme nichts davon zurück, betone aber, daß, je vorurteilsloser die preussischen Untertanen polnischer Zunge sich auf den Boden des preussischen Staates stellen und sich als preussische Staatsbürger fühlen, es den Mehrheitsparteien in der Regierung erleichtert werden wird, die Wege einzuschlagen, die zu einer Verständigung führen. Meine damalige Erklärung war durchaus entgegenkommend und war in verständlichem Sinne gehalten. (Sehr richtig!) Aber wie war die Antwort der Polen? Die Antwort war nicht nur kühl und ablehnend, sondern sie enthielt nicht ein einziges Wort des Dankes für die großherzige Tat der beiden Kaiser, die den Polen politische Freiheit gebracht hatten. Dazu kommt nun die heutige Rede des Vorredners. Er sagt, die Regierung mache sich den Burgfrieden zunutze und lehne unter seinem Schutz jede Neuorientierung ab. Entsprach die Rede des Abg. Korfanty auch nur den bescheidensten Ansprüchen an einen Burgfrieden? Er hat Anklagen erhoben, wie wir sie hier während der schärfsten politischen Kämpfe haben hören müssen. (Sehr richtig!) Auch er hat kein Wort des Dankes und der Anerkennung für das übrig gehabt, was im letzten Jahre geschehen ist. (Unruhe bei den Polen.) Die Verwaltung hat sich die größte Mühe gegeben, um einen Kampf innerhalb unserer Grenzen zwischen Preußen und Polen zu vermeiden. (Zuruf bei den Polen und bei den Soz.: Und die Etatspositionen?) Mit großer Enttäuschung hat der Vorredner eine Fülle von Handlungen vorgetragen, durch die sich seine Stammesgenossen verletzt fühlen. Angesichts dieser Klagen über Vergewaltigung und Drangsalterung ist es doch wunderbar, daß solche Beschwerden an die Zentralinstanz nicht gelangt sind. (Hört! Hört! rechts und bei den Natl.) Der Vorredner sagte, die preussische Regierung habe die Polen nie wie ihre Kinder behandelt. (Sehr richtig! bei den Polen.) Nun, was ist denn aus der Provinz Polen geworden? Wie hat sie sich entwickelt unter preussischer Verwaltung? (Sehr gut! rechts und bei den Natl.) Sie (zu den Polen) sind den preussischen Königen zu hohem Danke verpflichtet, die in dieser Weise für Sie gesorgt haben. Statt dessen haben Sie nur schändlichsten Un dank bereitet. (Unruhe bei den Polen.) Sie sollten noch heute Gott auf den Knien danken, daß Sie zu einer solchen Entwicklung gekommen sind. (Wiederholter Beifall bei der Mehrheit.) Die polnische Fraktion aber hat nur schärfsten Mißtrauen gegen die Regierung. Wenn Sie so voll Mißtrauen gegen uns erfüllt sind, dann können Sie es der Regierung auch nicht verdenken, wenn sie ihrerseits mit der Darbietung des vollen Vertrauens sehr vorsichtig ist. (Sehr richtig! rechts und bei der Natl. — Zurufe bei den Polen.) Sie können doch nicht erwarten, daß, wenn solche Reden wirklich dem Empfänger Ihrer Stammesgenossen entsprechen, die Regierung ganz ohne Rücksicht auf solche Ausführungen Ihnen volles Vertrauen entgegenbringen kann. (Lebh. Zust. bei der Mehrheit.) Das kann keine Regierung tun, die sich ihrer Pflicht vor dem Lande bewußt ist. Der Abg. Korfanty sagte, der Burgfriede habe ja längst aufgehört. Ich denke anders. Die gestrige Sitzung hat den Beweis

gegeben, daß der Vorredner nicht recht hat. Die Geschlossenheit des deutschen Volkes kann durch solche bedauerlichen Einzelerklärungen nicht gestört werden. (Beifall.)

„Die Regierung ist auf dem Posten gegenüber den Polen.“

Herr Korfanty, hinter Ihnen steht nur eine sehr geringe Zahl von Gesinnungsfreunden, und diese kleine Zahl ist nicht imstande, den unbedingten Siegeswillen im deutschen Volke irgendwie zu lähmen. (Lebh. Beifall.) Der Vorredner hat gesagt, polnisches Blut fließt für deutsche Kriegsziele, aber die Polen blieben Staatsbürger zweiter Klasse. Er scheint demnach einen Unterschied zu machen zwischen deutschen und polnischen Interessen. Die Mitglieder der polnischen Fraktion sind Polen und Deutsche und für Deutschland kämpfen wir alle, auch die Landsleute des Vorredners. (Lebh. Beifall.) Einen Unterschied zu machen zwischen polnischen und deutschen Interessen hier im Inland ist unmöglich und ungehörig. (Erneuter Beifall. — Zurufe bei den Polen und bei den Soz.: Der Etat macht Unterschiede!) Ich bedauere, daß eine so scharfe Zurückweisung notwendig war. Aber die Rede des Abg. Korfanty durfte nicht ins Land gehen, ohne daß die Regierung zeigte, daß sie die Konsequenzen aus einer solchen Rede ziehen will und ziehen muß, daß sie auf dem Posten ist und die Maßnahmen ergreifen wird, die nach solchen Ausführungen sich als notwendig ergeben. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Die Antwortnote unserer Gegner zeigt, daß sie den Krieg als Eroberungskrieg fortsetzen wollen. Da gibt es für einen Deutschen kein Ja und ein Nein und Schwanken mehr, da es nur dazu dient, den Krieg zu verlängern. Unser Wunsch ist aber, den Krieg nach Möglichkeit abzukürzen. Gegen die Haltung des Hauses in der U-Boot-Frage müssen wir Protest erheben. Hierfür ist nicht das Abgeordnetenhaus, sondern nur der Reichstag zuständig. Allerdings, wenn er so weittragende Beschlüsse fassen will, muß er sich auch mit den Völkern genau vertraut machen. Auf den blauen Dunst hin kann er sich nicht entscheiden. (Sehr richtig! links.)

Der Lebensmittelmacher muß nicht nur in den Kreisen der Arbeiter, sondern auch in den Kreisen der Verbraucher energisch bekämpft werden. Wer über die nötigen Geldmittel verfügt, kann auch heute noch im Ueberflusse leben. Ueber das Kriegs-ernährungsamt möchte ich kein Wort verlieren. Was nützt es uns, immer auf das Ausland hinzuweisen, wo es noch schlechter ist, als bei uns?

Dadurch werden unsere Ernährungsverhältnisse nicht besser.

Wir beschränken uns nicht auf die Forderung des allgemeinen, geheimen, gleichen, direkten Wahlrechts, sondern verlangen auch das Wahlrecht für die Frauen. Das ist nur eine selbstverständliche Folgerung aus ihren auch vom Regierungstisch anerkannten Leistungen in diesem Kriege.

Die Aussprache schließt.

wir „unsere taktische Stellung in der belgischen Frage durch das unpolitische Wort des Reichskanzlers vom begangenen Unrecht unheilbar verdorben hätten“, am 9. August 1914 aber schrieb Otto Hoersch:

„Durch die schlichten Worte, mit denen der Kanzler den Einmarsch in Luxemburg und Belgien ankündigte, klangen die friederizianischen Trompeten; das ist wie 1746, damals Sachsen,

wenngleich sie gegenwärtig dieses Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen suchen als die verbündeten Zentralmächte, oder es sich vorläufig noch ganz anders vorstellen mögen, als es im Interesse einer dauernden Verständigung der kriegsführenden Mächte in Wahrheit gehalten werden muß. Eines steht jedenfalls fest: die Sehnsucht, diesem „fürchtbarsten aller Kriege, die die Geschichte je gesehen hat“, und der, je länger er dauert, desto mehr die wertvollen Erbschaften einer alten Kultur zu vernichten droht, ein Ende zu machen, das Dauer verbricht — diese Sehnsucht ist allen Völkern ohne Unterschied gemeinsam. „Wenn bei uns,“ so sagte der deutsche Reichskanzler in der ersten der beiden Reden von weltgeschichtlicher Bedeutung, die er in den letzten Monaten gehalten hat, „wenn bei uns nach der Beendigung des Krieges seine entsetzlichen Verwüstungen an Gut und Blut der Welt erst zum vollen Bewußtsein kommen werden, dann wird durch die ganze Menschheit ein Schrei nach friedlichen Abmachungen und Verständigungen gehen, die, soweit es irgend in Menschenmacht liegt, die Wiederkehr einer so ungeheuerlichen Katastrophe verhüten. Dieser Schrei wird so stark und so berechtigt sein, daß er zu einem Ergebnis führen muß.“

Der Reichskanzler knüpfte dabei an die Rede von Lord Grey an, in der der englische Staatsmann sich ausführlich mit der Zeit nach dem Kriege, mit der Gründung eines internationalen Bundes zur Bewahrung des Friedens beschäftigt hat, in der er also das gleiche Ziel wie der leitende deutsche Staatsmann verfolgt. Damit waren die Brücken zu einer Verständigung geschlagen, die augenblicklich wiederum in weite Ferne gerückt scheint. Aber daß diese Verständigung in absehbarer Zeit dennoch kommen wird, kommen muß, darüber kann bei keinem Einsichtigen ein Zweifel bestehen, so schwierig sie auch heute noch erscheinen mag, und mit dieser Verständigung ist der Wiederherstellung der internationalen Rechtsordnung der Weg ein für allemal gebahnt.

Jüngst wurde in diesem Blatt von anderer Seite auf die Versuche hingewiesen, die auch jenseits des Meeres zur Erreichung des gleichen Zieles gemacht werden. Prof. v. Litz hat in Nr. 5093 der „Zeit“ vom 26. November v. J. in sehr dankenswerter Weise die Bestrebungen anschaulich gemacht, die sich in den Vereinigten Staaten von Amerika an die League to enforce Peace knüpfen. Mit Recht hat er darauf hingewiesen, daß dieser Bund trotz seines Namens durchaus nicht den Zweck hat, dem großen Völkerringen gewaltsam ein Ende zu bereiten, sondern daß er lediglich daran denkt, die Beziehungen der Staaten zueinander auf die feste Grundlage des Rechtes zu stellen, mit anderen Worten: die internationale Rechtsordnung wiederherzustellen, die schon vor dem Kriege bestand, und ihr eine festere Grundlage zu geben, als sie bisher besaß, denn daß die bisherige Grundlage nicht ausreichte, einen dauernden Frieden zu sichern, das hat der Krieg auch dem blödesten Auge flaggemacht. Und dennoch wird man an diese Grundlage, an das Werk vom Haag, wieder anknüpfen müssen, wenn man zu dem erwähnten Ziele gelangen will: darüber herrscht unter allen denen keine Meinungsverschiedenheit, die den wahrhaft großartigen Versuch der Errichtung eines Völkerbundes, eines internationalen Friedensbundes, den die erste Haager Konferenz von 1899 unternommen hat, von Anfang an richtig zu würdigen verstanden haben, jenen Friedensbund, der von dem allgemeinen Grundsatz ausging: „Um in den Beziehungen zwischen den Staaten die Anrufung der Gewalt soweit wie möglich zu verhüten, erklären sich die Vertragsmächte einverstanden, alle ihre Bemühungen aufzuwenden zu wollen, um die friedliche Erledigung der internationalen Streitfragen zu sichern.“

Auch der Gedanke der Gründung der Amerikanischen Liga ist ja nicht aus dem Nichts entstanden, auch er bildet nur ein Glied in jener Kette von Friedensbestrebungen, die, von hervorragenden Männern aller Nationen

Die Wiederherstellung der internationalen Rechtsordnung.

Von Prof. Richard Eichhoff,

Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, Vorsitzender der Deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union.

Was durch den Weltkrieg völlig in Frage gestellt zu sein schien: daß die internationale Rechtsordnung, die durch ihn zerstört wurde, jemals wiederhergestellt werden könnte, ist nunmehr so gut wie zur Gewißheit geworden; an dieser erfreulichen Tatsache ändert auch nichts die schroffe, ablehnende Haltung der Regierungen der Entente gegenüber dem Friedensangebot der Mittelmächte: denn daß dieses Angebot von den Gegnern ohne weiteres angenommen werden würde, hat wohl niemand ernstlich geglaubt, und nur die eben so ungeschickte wie unwürdige Form dieser Ablehnung hat vielleicht Erstaunen hervorgerufen. Undes weder durch diese Ablehnung selber noch auch durch ihre Form wird man sich darüber täuschen lassen dürfen, daß der Wille, die internationale Rechtsordnung wiederherzustellen, auch bei unseren Gegnern vorhanden ist.

Glossen zu Mr. Balfours Sondernote.

Von Dr. Ernst Wittmann.

Budapest, 20. Januar.

In seiner Sondernote an Amerika schreibt Mr. Balfour wohl schöne Worte über den Frieden, der ewig dauern, über die Harmonie der Völker, die keine Nation zu stören imstande sein soll, von dem Kriege jedoch, den Mr. Balfour gegen die Zentralmächte weiter zu führen gedenkt, von dem Wirtschaftskriege schweigt er wohlweislich, und doch haben die Bevollmächtigten Englands auf der Wirtschaftskonferenz in Paris nicht vom Frieden deklamiert, sondern stramm gearbeitet, um harte Waffen zu schmieden für den Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte, der nach Friedensschluß erst beginnen soll.

Mr. Balfour sagt: „Nieder mit den Waffen!“ schweigt sich aber aus über die Parole der Pariser Wirtschaftskonferenz, die „Hoch der Wirtschaftskrieg!“ lautet. Ewiger Frieden und ewiger Wirtschaftskrieg — dies wäre somit das Ideal Englands, und diese beiden Gegensätze sollten sich trotzdem ergänzen, denn das Resultat würde den Interessen Englands dienlich sein.

In der Note, in der er die Mächte zur zweiten Haager Friedenskonferenz lud, erklärte John Hay, damaliger Minister des Aeußern der Vereinigten Staaten: „Das Endziel unserer Bestrebungen sei, daß alle Konflikte zwischen den Nationen so erledigt werden, wie im Staate die Streitigkeiten zwischen den einzelnen Bürgern entschieden werden, das heißt nach Recht durch den Richter.“

Wir nehmen nun an, dieses Ziel wäre erreicht und die Interessenkonflikte der Nationen würden derart geschlichtet wie jene zwischen den Bürgern im Staate: werden dann auch alle Konflikte nach Recht und durch den Richter erledigt werden können? Werden denn auch im Staate alle Konflikte zwischen den eigenen Bürgern nach Recht erledigt und können sie alle so erledigt werden? Die Fabriken stehen still und in breiten Scharen ziehen die Arbeiter in ihr Streiklager; Beschlüsse werden gefaßt, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als die geforderte Lohn-erhöhung bewilligt wird, denn die großen Verluste, die der Stillstand verursacht, werden, so behaupten die Führer der Arbeiterschaft, die Fabrikanten zum Nachgeben veranlassen. In ihrer Versammlung beraten wieder die Fabrikanten, und da behaupten die Redner, die Arbeiter würden nicht ausharren können, der Hunger würde sie zur Arbeit treiben.

Ist nicht auch da ein Interessenkonflikt gegeben? und wie, wenn nun sich eine der Parteien an den Richter wenden und verlangen würde, die andere Partei zu verhalten, einen höheren Lohn zu bezahlen, oder die Arbeit in der Fabrik wieder aufzunehmen? Wird der Richter mit seinem Urteile den Interessenkonflikt erledigen können? Nein, er wird entscheiden, den Parteien steht es frei, miteinander Krieg zu führen, jedem steht es frei, einen Lohnvertrag abzuschließen, gemäß Bedingungen, die er als angemessen betrachtet, denn Gesetz und Recht kennen nur im Ausnahmefalle einen Zwang zum Eingehen eines Lohnvertrages.

Interessenkonflikte können mit Urteil eines Richters nicht endgültig entschieden werden, denn selbst nach dem Urteil könnten die Parteien weiter kämpfen, die Arbeiter weiter streiken, die Fabrikanten weiter boykottieren, bis eine oder die andere Partei besiegt oder zu einem Kompromiß gezwungen wurde. Der Interessenkonflikt kann nur durch Abschluß des Friedensvertrages beendet werden, und die Bedingungen eines Vertrages zu bestimmen, ist der Richter in der Regel nicht berechtigt und nicht befähigt.

Interessenkonflikte können in der Regel nur durch den Sieg des Stärkeren und nicht durch den richterlichen Spruch ausgetragen werden. Trusts werden gebildet, Kartelle abgeschlossen, Produzenten, Händler und Konsumenten gruppieren sich in Verbänden, und all dies nur, um im Wirtschaftskriege der Stärkere zu bleiben. Der Staat muß sich begnügen, diese Kämpfe als Unparteiischer zu beobachten, muß sich begnügen, die Parteien handeln und kämpfen zu lassen, und verbietet nur, im Kampfe rohe Gewalt und unerlaubte Mittel anzuwenden. Die Interessenkonflikte der Bürger im Staate werden daher auch nur in wenigen Fällen nach Gesetz und Recht vom Richter, sondern zumeist durch den Kampf der Parteien erledigt. Manchmal siegt das Recht, ein andermal der Stärkere.

Das internationale Recht kann ebenso wie das interne nicht alle Interessenkonflikte regeln, und der Schiedsrichter kann oft in Ermangelung von Rechtsnormen über den Streit der Parteien nicht urteilen. Gerade auch in jenem Vertrage, von dem Balfour behauptet, daß durch ihn die Vereinigten Staaten und England den Frieden dauernd zu gestalten wünschten, das ist im Schiedsvertrage vom 3. August 1911, heißt es eben mit Rücksicht auf diese Tatsache, daß nur solche Konflikte vor das Schiedsgericht gehören, die ihrer Natur nach einer gerichtlichen Erledigung und einer Erledigung durch Anwendung von Rechtsnormen fähig sind; über andere Konflikte aber, das heißt über jene, die ihrer Natur nach nicht „justiciable“ sind, soll das Schiedsgericht nicht entscheiden können. Das internationale Recht ist aber heute noch arm an Normen, und nur wenige Konflikte können durch Anwendung international-rechtlicher Normen geschlichtet werden.

Nun behaupten die englischen Politiker, die Lehre des Weltkrieges sei, daß die Zentralmächte über die größere militärische Kraft, die Staaten der Entente jedoch über die stärkere wirtschaftliche Macht verfügen, die richtige Ordnung der Welt wäre daher, daß in Zukunft nur Wirtschaftskriege gestattet sein sollen. Auch die Natur hat die Tiere mit verschiedenen Waffen für ihren Kampf ums Dasein ausgestattet. Die einen kämpfen und verteidigen sich mit Krallen oder Zähnen, die anderen mit Hörnern

oder Hufen. Jene mit Krallen und Zähnen proponieren nun den anderen, die sich mit Hörnern oder Hufen verteidigen, es solle in Zukunft ewiger Frieden herrschen, den niemand solle mehr im Kampfe Hörner oder Hufe benutzen dürfen. Wird es da ewigen Frieden geben? Unparteiische Beobachter dürften meinen, daß die mit den Zähnen und Krallen wohl praktische Bestien sind, den erwünschte Zustand würde jedoch nicht zum ewigen Frieden führen, denn die Krallen und Zähne werden auch die Hörner und Hufe bald zur Arbeit zwingen.

Ewiger Frieden und ewiger Wirtschaftskrieg sind Gegensätze. Nur ein wirtschaftliches Zusammenwirken, nur ein wirtschaftlicher Frieden kann einen politischen Frieden sichern, denn anders liegen die Verhältnisse zwischen den Bürgern im Staate als zwischen den Staaten. Das interne Recht verbietet die Anwendung der rohen Gewalt im Wirtschaftskriege, und der Staat hat die Macht, seine Gebote zu verwirklichen. Im zwischenstaatlichen Leben fehlt diese Macht, die den Zusammenstoß der Kräfte in gewisse Bahnen lenken und die Anwendung der rohen Kraft hemmen könnte.

Die Energien streben nach einer gleichmäßigen Verteilung, nach einem Gleichgewicht. Arbeitskraft, Rohstoffe und Waren sind verschiedene Erscheinungsformen der menschlichen Energie, und sie streben gleich anderen Kräften nach gleichmäßiger Verteilung. Arbeitskraft, Rohstoffe und Waren, die im Inlande keine Verwendung finden, wandern aus dem überfüllten Inlande in das weniger angefüllte Ausland. Die Wanderungen von Kapital, Rohstoffen oder Waren sind die Erscheinungsform der Tendenz der Energien nach gleichmäßiger Verteilung. Die ständigen Wanderungen haben Verbindungen zwischen den verschiedenen Ländern und Staaten hergestellt, und es gibt verschiedene Zirkulationssysteme, Arterien und Venen, Kanäle, die die Welt umkreisen und durch welche die verschiedenen Energien von Staat zu Staat wandern. Jeder Staat trachtet die Wanderungen der Energien den eigenen Interessen gemäß zu regeln. Diese ständige Bewegung hat bisher und muß auch in Zukunft in den Staaten, die Energien abgeben, sowie in denen, die Energien aufnehmen, Aktionen und Reaktionen auslösen. Japan und China konnten z. B. ihre überflüssigen Arbeitskräfte nicht verwenden und exportierten diese in die Küstenländer des Stillen Ozeans. Diese Wanderungen haben in den Vereinigten Staaten und auch in den anderen Küstenländern Reaktionen ausgelöst, und es wurden Gesetze geschaffen, die die Einwanderung der Selben unmöglich machten. Diese Gesetze lenkten nun die Wanderung in andere Bahnen. Angenommen jedoch, alle Wege wären versperrt, so hätte endlich und schließlich die Energie sich mit Gewalt einen Weg bahnen müssen, der Krieg wäre notwendig geworden. Ein Staat exportiert seine überflüssigen Rohstoffe in einen andern Staat, und der importierende Staat sperrt seine Grenzen ab; da wird denn der Export andere Wege suchen. Wenn jedoch alle Wege abgesperrt sind, müssen und werden neue Wege mit Gewalt gesucht werden. Nicht nur der Mangel, auch Ueberfülle erzeugt im Organismus Schmerzen, und jeder gesunde Organismus reagiert auf Schmerzen mit Bewegungen, die die Schmerzen lindern oder beheben. Die politische Isolierung der Zentralmächte war Englands Plan in der Vergangenheit, die wirtschaftliche Isolierung ist der Plan für die Zukunft, und der eine Plan wie der andere sind Pläne, die zum Kriege führen und den Frieden verhindern.

Wenn daher Balfour vom ewigen Frieden spricht, Lloyd George jedoch tatkräftig den Wirtschaftskrieg vorbereitet, so ist ein Widerspruch zwischen Worten und Taten gegeben, ein Widerspruch, wie er bei englischen Politikern auch früher stets üblich gewesen.

Poster Lloyd
22. I. 1917

Eine Statistik der Kriegsmüdigkeit in Feindesland.

Von Professor Dr. Alfred Maues (Berlin).
Berlin, 21. Januar.

Das ferne Australien hat der Welt schon manches eigenartige neue Experiment in Friedenszeiten geboten. Nun darf es sich rühmen, auch im Kriege etwas vollständig Originelles geschaffen zu haben, nämlich eine Statistik der Kriegsmüdigkeit. Als solche stellt sich nämlich das Ergebnis der Abstimmung dar, welche vor kurzem in Australien stattgefunden hat und bei der die Gesamtheit aller Wahlberechtigten unmittelbar zu der Frage sich zu äußern hatte, ob Australien die Ueberseewehrpflicht gesetzlich einführen sollte oder nicht. Männer wie Frauen, Anwesende und Abwesende, Zivilisten und Soldaten haben in der wohl demokratischsten Abstimmungsweise ihre Stimmzettel abgegeben, und darunter waren namentlich auch die der 320.000 australischen Freiwilligen, soweit sie noch am Leben waren und auf den ägyptischen oder den europäischen Kriegsschauplätzen sich befanden.

Die Annahme dieser Ueberseewehrpflicht mit überwältigender Stimmenmehrheit sollte das Werk des australischen Ministerpräsidenten, des lautesten Schreiers für den Wirtschaftskrieg Hughes krönen, dessen Maßlosigkeit im Haß alles Deutschen nur noch übertroffen wird durch die Menge seiner Reden, die Ueberschätzung seiner Fähigkeiten und die falsche Beurteilung wirtschaftlicher Möglichkeiten seines Landes. Hughes war berauscht durch zahlreiche übertriebene Ehrungen, die man ihm von Seiten englischer Prehmagnaten, Finanzaristokraten, Stadtverwaltungen und Universitäten bei seinem Besuch in England entgegengebracht hatte, um ihn, den ehemaligen Schirmhüter, als Köder zu benutzen, mit dessen Hilfe man weitere Zehntausende Blutopfer in den sonst so vernachlässigten britischen Ueberseebestimmungen einfangen zu können hoffte. Aber nicht nur Hughes war davon überzeugt, daß das australische Volk noch im dritten Kriegsjahr so begeistert, opferfähig und England slavisch zugeian sei wie in den ersten Kriegswochen. Beweis dafür sind die nunmehr bei uns eingetroffenen australischen Zeitungen aus der Zeit des Wahltages, in denen es unter anderem heißt: „Der Wahltag wird eine Schlacht sein zwischen den Kräften, die für nationale Macht, Seelengröße, Weitblick und patriotische Opfer kämpfen auf der einen Seite, und Anhängern von Verbrechen, Freundschaft für Deutschland und Englandhaß auf der anderen Seite. Hier wird eine scharfe Grenzlinie gezogen zwischen den schlechten Eigenschaften unserer Rasse und denen, die Gefühl haben für Ehre und sich aufzuopfern vermögen für das Vaterland. Ohne Wehrpflicht kann der Krieg nicht gewonnen werden, denn ohne sie wird der Feind nicht besiegt. Dann bleibt jenes Ungeheuer, das der ganzen Welt seinen Fuß auf den Nacken setzt, der preußische Militarismus, unbesiegt und bedroht weiter die Freiheit des Menschengeschlechtes in der ganzen Welt.“ So schreibt das führende Melbourne Blatt The Age in einem Leitartikel vom 27. Oktober. Und Sydney Morning Herald, gleichfalls eines der führenden australischen Blätter, schreibt noch am Wahltag, am 28. Oktober: „Nie haben wir Australier eine feierlichere Pflicht zu erfüllen gehabt als heute, aber wir fürchten nicht das Ergebnis der heutigen Abstimmung. Wird die Wehrpflicht abgelehnt, so lastet auf uns das Brandmal eines Volkes von Feiglingen und Verrätern, deren gegebenes Wort nichts wert ist und nur einen Fetzen Papier bedeutet, der zerrissen wird, wenn der Augenblick kommt, in dem das schriftlich gegebene Wort gehalten werden soll. Versagen wir jetzt im höchsten Augenblick unserer Geschichte, dann können wir der Welt nicht mehr ins Antlitz sehen und unser Name wird nur ein Schimpfwort sein.“

Aber mit noch drastischeren Mitteln hat die australische Presse gearbeitet, namentlich soweit sie unter dem Einfluß und im Solbe des edlen Lord Northcliffe steht. Die Sydney Sun brachte ein von Northcliffe selbst veranlaßtes Telegramm, das am Vorabend der Wahl die zahlreichen Australier irischer Abstammung zugunsten der Wehrpflicht beeinflussen sollte, des Inhaltes, daß die irische Frage von der englischen Regierung in einer die Iren befriedigenden Weise gelöst worden sei. Gegen diese gemeine Fälschung hat sogar die in London erscheinende halbamtliche australische Zeitschrift schärfsten Widerspruch erhoben. British-Australasian vom 28. Dezember erklärt, hier liege ein empörendes Beispiel dafür vor, wie schlecht es um die australische Presse bestellt sei, wenn das Land durch solche Northcliffe'sche Schwindelmeldungen getäuscht werden könnte.

Wenige Stunden, nachdem die hier wiedergegebenen Zeitungsausschnitte in den Händen der australischen Leser waren, wurde auch bereits das Ergebnis der Wahl bekannt, daß nämlich das australische Volk die Wehrpflicht abgelehnt hatte. Wohl niemals haben Hughess und seine Londoner Verehrer eine größere Enttäuschung erlebt. Aber noch hoffte man darauf, daß die im Felde stehenden Australier durch einmütiges Eintreten für die Wehrpflicht die in Australien selbst erfolgte Ablehnung umstoßen

könnten. Obgleich jedoch, wie gleichfalls einwandfrei von englischer Seite festgestellt worden ist, hohe australische militärische Vorgesetzte die Abstimmung ihrer Soldaten zugunsten der Wehrpflicht mit allen Mitteln zu beeinflussen gesucht haben, zeigte sich auch hier eine Ablehnung. Bis vor kurzem hat man versucht, das ziffermäßige Ergebnis zu verschweigen, weil es sich außerordentlich niederschmetternd für die Australier, wie für das ganze englische Heer darstellt. Es haben nämlich, wie nun Freeman's Journal vom 5. Januar verrät, 106.000 Mann der australischen Truppen gegen und nur 40.000 Mann für die Wehrpflicht gestimmt. Da die gesamte Mehrheit gegen die Wehrpflicht aber 61.000 Stimmen betrug, so läßt sich sagen, daß die ganze Wahl durch die ablehnenden Stimmen der australischen Truppen entschieden worden ist!

Niemals wohl hat sich die australische Presse in peinlicherer Verlegenheit gefunden, wie am Tage nach dieser sie beschämenden Wahl; denn wenn sie auch zur Erklärung für die Abstimmung in Australien selbst immerhin geltend machen konnte, es sei dies ein Nachhaft der Iren, ein Ausbruch der Aengstlichkeit der weiblichen Wähler, eine verräterische Kundgebung der Australier deutscher Abstammung, so mußten alle diese sadenscheinigen Erklärungsgründe in nichts zerfallen als bekannt wurde, daß auch die australischen Truppen gegen die Wehrpflicht sich erklärt hatten. Was bedeutet dies anderes als eine unzweideutige Erklärung dieser kolonialen Truppen gegen die Fortsetzung des Krieges? Die Kriegsbegeisterung ist auch bei den australischen Feldtruppen verraucht, denn sie haben die Engländer nur aus nächster Nähe kennen gelernt und wünschen nichts dringlicher als einen Schutz vor diesen ihren Feinden. Bittere Wahrheiten bekommen die Londoner Herren von den Australiern zu hören; nicht nur begründete Klagen über die verschiedenartigsten Nachlässigkeiten und Schlamperien der britischen Seeresverwaltung, Rücksichtslosigkeiten gegenüber Verwundeten, es wird auch immer wieder darauf hingewiesen, daß gerade die Kolonialtruppen in die gefährlichsten Stellungen gebracht werden. Aber seit jeher unterscheidet der Engländer zwei Klassen britischer Untertanen: die Vollblutengländer im Mutterland und die Kolonialen einschließlich der Farbigen. Im Kampfe haben letztere stets den Vortritt. Die Kriegsmüdigkeit der Australier wird aber weiterhin dadurch bedingt, daß sie nunmehr ihren Erzfeind im Lande sehen, gegen den zu verteidigen sie allein sich ehemals rüsten wollten, denen aber die Engländer Australien nunmehr rettungslos ausgeliefert haben: — die Japaner.

31. I. 1917

71

Das rumänische Problem und Mitteleuropa.

Von **Dakinos Mangua**,

Wirklicher Geheimer Rath, gr.-or. rumän. Metropolit.

Unter sämtlichen Kriegsschauplätzen hat sich die Kriegslage auf dem Balkan am schärfsten herauskristallisiert. Wenn sich auch ähnliches über die konkreten Kriegsziele betreffend den Balkan, die zur Zeit noch publizistisch nicht behandelt werden können, in diesem Maße noch nicht behaupten läßt, so hat doch der Krieg in Bezug auf das gegenseitige Verhältnis zwischen der Monarchie und den Balkanstaaten, ferner auf deren Zukunftspolitik bereits zu namhaften Ergebnissen geführt. Was sich dem Beobachter auf diesem Gebiete vor Allen aufdrängt, ist die unzweifelbare Tatsache, daß nicht die Ententemächte und als deren Mandatar Rußland, sondern der mitteleuropäische Bund, vornehmlich aber Oesterreich und Ungarn, die südslawische Frage zu lösen berufen sind und diese auch lösen werden. Rußland hat seine sämtlichen Rechtstitel eingebüßt, um auch künftighin in der Rolle des Beschützers und des Vormundes der kleinen Balkanstaaten aufzutreten. Es kann diese Rolle nunmehr sogar gegenüber den kleinen slavischen Balkanvölkern nicht weiter spielen, umsoweniger aber der größten,

nichtslavischen Balkanaktion, der rumänischen, gegenüber, die das ganz unnatürliche Bündniß mit dem moskowitzischen Czarenthum bereits dem vollen Untergang nahe brachte.

Wir sind leider nicht in der Lage, die psychische Einwirkung näher und unmittelbarer beobachten zu können, die der bisherige Kriegsverlauf auf die Rumänen ausübte. Es wird aber unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse nicht schwer sein, diesbezüglich doch gewisse Folgerungen zu ziehen. Es ist uns Allen bekannt, daß in Rumänien seit dem Beginn des Weltbrandes zwei scharf einander entgegengesetzte Strömungen in stetem Zusammenstoß stehen. Die eine wollte der tatsächlichen Lage und den tatsächlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Rumäniens Rechnung tragen und hatte in klarer Weise erkannt, daß eine wahre rumänische Politik nur an der Seite der mitteleuropäischen Mächtegruppe zur Geltung gelangen könne. Die andere aber wollte, durch falsche, dem rumänischen Rahmen durchaus nicht entsprechende imperialistisch-demagogische Schlagwörter betäubt, die territoriale Integrität Oesterreichs und Ungarns angreifen und glaubte nur bei den Ententemächten die Garantien für die glorreiche Zukunft der rumänischen Nation zu finden.

Die für Rumänien recht traurigen Ergebnisse des „Befreiungskrieges“ konnten die erste Gruppe in ihrer Ueberzeugung nur befestigen. Ihr Ansehen vor den Hunderttausenden des rumänischen Volkes, die fern vom Vaterlande, im heiligen Rußland als Flüchtlinge die furchtbarsten Leiden und Entbehrungen zu dulden haben, hat sich sicher nicht unwesentlich gestärkt. Was sie längst verkündeten — und auf was auch ich stets bestrebt war, die Aufmerksamkeit des gesammten Rumänenthums hinzulenken, daß nämlich die russophile Politik keine rumänische Politik, sondern ein fatales Verkennen der weltgeschichtlichen Mission der rumänischen Nation darstelle — kam in seiner vollen Bedeutung zur Geltung. Rumänien ist auch jetzt gerade, wie einst gegenüber dem „kranken Manne“ — in Rußlands Händen, bloß ein Mittel zur Verwirklichung seiner imperialistischen Ziele im fernen Osten, und Rußland hat Rumänien in den Stunden der Gefahr noch gewissenloser im Stiche gelassen als damals. Es garantierte zwar angeblich wiederholt, auch unlängst die territoriale Integrität Rumäniens, aber nur auf dem Papier

siegreichen
id und die
Bandes fest
st in nicht
atsmänner
nblid ver-
russophilen

schehen ist,
u Behauptung
seindlichen
uns nicht
indgreiflich
aus zahl-
der sämt-
die russen-
rt wurde.

t tragischer
Ite Ideale
ne Ideale
tom Groß-
and Westen
den realen
nd sich auf
tlichen und
nänien.

leitenden
t werden.
so leichtere
ie niemals
die seinen
würde. Die
sen und die
zukunft Ru-
wie sie auch
en machten.

Mazedonien und die Nationalitätenthese der Verbandsmächte.

Bulgarische Randbemerkungen zu der Ententenote an Wilson.

Die Herstellung der Rechte der kleinen unterdrückten Nationen bildet den Grundpfeiler des Systems, auf dem die Ententemächte — angeblich — ihren Frieden begründen wollen. Dieser Friede soll in einem reiflosen Triumph des Nationalitätenprinzips kulminieren und eine volle Erneuerung und Wiedereinsetzung, vor allem auch den beiden kleinen Mitläufern Belgien und — Serbien, bringen. Uns Bulgaren interessiert nun vor allem die Frage, wie denn die Erneuerung und Wiedereinsetzung Serbiens mit der andern These der Verbandsmächte vom Selbstbestimmungsrechte der Nationalitäten in Einklang gebracht werden soll. Der Konflikt, an dem sich schließlich der Weltkrieg entzündet hat, hatte seinen Ursprung zum nicht geringen Teil in der Tatsache, daß sich Serbien im Zuge seiner imperialistischen Gelüste über das, was auf der Balkanhalbinsel als nationales Recht zu gelten hat, ohne alle und jede Rücksicht hinwegzusetzen vermaß. Es hat zunächst in dem Bestreben, an der Adria Fuß zu fassen, große Gebiete Albaniens in seine Gewalt zu bringen versucht und sich, als ihm das durch das entschlossene Beto Oesterreich-Ungarns unmöglich gemacht wurde, Mazedoniens bemächtigt, welches ihm dann dank den verräterischen Mächtschaften, die durch den famosen Frieden von Bukarest ihre Sanktion erhielten, tatsächlich in der Hand geblieben ist. Wie stellen sich nun die Ententemächte die Erneuerung und Wiedereinsetzung Serbiens in Beziehung auf dieses vergewaltigte, geraubte Mazedonien vor, wie soll die endgültige Inkorporierung dieses fremdnationalen Gebietes in Serbien unter dem Gesichtspunkte des von ihnen aufgestellten Grundsatzes vom Selbstbestimmungsrechte der kleinen Nationen bewerkstelligt und gerechtfertigt werden? Gewiß, wenn es erst nötig wäre, die ganze innere Verlogenheit der agitatorischen Machte der Entente an einem auch für die ganz Blinden unter den Neutralen fasslichen Exempel zu demonstrieren, der eine Fall Mazedoniens wäre wie geschaffen dazu, und er allein müßte genügen, um das von den verantwortlichen Lenkern des Verbandes zur Irreführung der Welt mühsam aufgebaute System zur Verschleierung ihrer wahren Absichten und Beweggründe ad absurdum zu führen.

Was die Ethnographie Mazedoniens betrifft, so darf wohl heute ruhig gesagt werden, daß es in ganz Europa, und zwar sowohl dies- und jenseits der Trennungslinie, die der Krieg gezogen hat, kein Forum gibt, vor das der längst abgetane Streit um dieselbe gebracht werden könnte. Mazedonien ist der erdrückenden Mehrheit seiner Bevölkerung nach ein bulgarisches Land, und darüber, daß dem so und nicht anders ist, stimmen die kompetenten Beurteiler aus aller Herren Ländern mit alleiniger Ausnahme Serbiens überein. Und zu dieser wissenschaftlichen Feststellung ist man heileibe nicht ohne eine den rigorosesten Anforderungen Rechnung tragende Erforschung an Ort und Stelle gelangt. Es gibt vielmehr ein zweites ethnographisches Problem in der weiten Welt, das in einer langen Reihe von Jahren mit so viel Fleiß und Gründlichkeit bearbeitet worden wäre wie jenes Mazedoniens. In der großen Slawischen Enzyklopädie, die von der Petersburger Akademie der Wissen-

schaften herausgegeben wird, umfassen die einschlägigen Quellennachweise allein neun enggedruckte Seiten, und die Zahl der Werke, die zur Ethnographie Mazedoniens angeführt werden, beträgt 193. Als die wichtigsten, für das Thema maßgebenden Arbeiten gelten aber in der ganzen wissenschaftlichen Öffentlichkeit die nachfolgenden Werke: Die sieben Schriften Koncevs über Mazedonien (1890—1900), Schopovs „La Macédoine“ (Paris 1892), die Reisetagebücher von Madengie und Irby (russisch, in Petersburg 1878), Maturschews „Die Slawen des Adria- und Donaugebietes“ (Petersburg 1867), S. Bertowies „Das topographisch-ethnographische Bild Mazedoniens“ (Petersburg 1889), Lejean „Ethnographische Karte von Mazedonien“, Laveleye „La Péninsule des Balkans“ (Paris 1888), Voiseau „Le Balkan Slave et la Crise autrichienne“ (Paris 1898), Bérard „La Macédoine“ (Paris 1898) und desselben Autors „La Turquie et l'Hellénisme contemporain“ (Paris 1897). An diese Schriften schließen sich die deutschen Werke von Ranik, Hahn, Griesebach, Barth und Weingarts an, und in deutscher Sprache hat auch der Serbe Spiridion Gopcevic seine mit unbestreitbarem Talent gearbeiteten Balkanbücher ediert. Alle hier angeführten Autoren gelangen nun bis auf den einen zuletzt genannten Serben Gopcevic übereinstimmend zu dem Schluß, daß Mazedonien ein weit überwiegend von Bulgaren bewohntes Land sei und daß es seinem ganzen völkischen Charakter nach zur bulgarischen Machtzone gehöre. Ja viele von den zitierten Autoren gehen sogar noch weiter und stellen auf Grund genauer Erkundung an Ort und Stelle fest, daß das bulgarische Element selbst in Mtserbien, dem inneren serbischen Machtzentrum aus der vor-türkischen Zeit, entschieden überwiege.

Dieser ganze durch den Spruch der internationalen Wissenschaft festgelegte Tatsachenstand wurde in den letzten Jahren von niemand mehr als den Serben allein bestritten. Von diesen allerdings bis zuletzt halsstarrig und mit der ihnen eigentümlichen Rücksichtslosigkeit. Doch als der Balkanbund abgeschlossen werden sollte, mußten auch sie sich unter dem Zwang der Umstände entschließen, die längst unhaltbar gewordene Position zu räumen. Die unumgängliche Voraussetzung einer Uebereinkunft bildete eben die volle Anerkennung der grundlegenden ethnographischen Tatsachen, und die wichtigste derselben bildete eben die Frage der nationalen Zuweisung Mazedoniens. Sie wurde im Sinne der legitimen Ansprüche Bulgariens gelöst, wobei aber letzteres noch sein besonderes Entgegenkommen dem bösen Nachbar dadurch bewies, daß es vorbehaltslos darauf verzichtete, seine unbestreitbaren völkischen Interessen innerhalb der altserbischen Zone in Diskussion zu ziehen. Dieser Balkanvertrag ist aber notorisch unter dem Protektorat und den Auspizien der Westmächte und Rußlands zustande gekommen, und der unbestreitbare nationale Anspruch Bulgariens auf Mazedonien wurde von ihnen insbesondere voll und ganz anerkannt. Nun fragen wir aber, wie können heute dieselben Mächte vor die Welt hintreten und unter pathetischer Anrufung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen eine Erneuerung und Wiedereinsetzung Serbiens in seinen alten Grenzen, das ist mit Einschluß des von ihnen längst als bulgarisch anerkannten Mazedoniens, anfordern? Beweist nicht dies allein schon, wie sehr alle die beweglichen Deklamationen der Ententemächte von Freiheit und dem Rechtschutz der kleinen Nationen, von welchen auch der Text ihrer Epistel an Wilson überströmt, im ganzen und im einzelnen nur ein schnödes — Kriegs-

manöver sind? Die Bulgaren, die die herben Erfahrungen des Jahres 1913 hinter sich haben, wurden von diesem Gestus der Feindschaft nicht im geringsten überrascht, schon darum nicht, weil sie ja nur zu gut wissen, daß die Entente in bezug auf den ganzen Komplex der Balkanfragen ausschließlich nur den Instinkten der russischen Politik folgen muß. Und die Eingebungen des nationalen Gerechtigkeitssinnes dieser Macht vermag niemand besser einzuschätzen als eben Bulgarien. Sein nationales Interesse war vom ersten Tage seines staatlichen Seins immer nur ein Spielball in der Hand der treulosen russischen Machtpolitik.

Im Vertrag von San Stefano ging Rußland bei der Abmessung der Grenzen des als Vasallenstaat gedachten Bulgariens bis an die äußerste Grenze der ethnographischen Möglichkeiten. Sogar Stücke serbischen Gebietes wurden unbedenklich dem neuen staatlichen Gebilde zugewiesen. Man hatte eben in Reichstadt auf Serbien verzichtet gehabt und wollte sich das notgedrungene Zugeständnis dadurch wieder kompensieren, daß man den neu zu schaffenden Staat in einer Weise ausstattete, daß er später einmal befähigt wäre, die ganze Balkanhalbinsel zu dominieren. Als dann aber das spätere Bulgarien des Berliner Vertrages den Händen Rußlands immer mehr entglitt, wandte man seine gesamte Liebe und Fürsorge wieder Serbien zu und war bemüht, für dasselbe auf Kosten des abtrünnigen „Schmerzenskinds“ Bulgariens neue Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Von da an wurde namentlich auch die serbische Propaganda in Mazedonien in jeder Weise unterstützt und gefördert. Es war russisches Geld, mit dem diese Propaganda alimentiert wurde, und die Behinderungen, gegen welche die mühsame bulgarische Kulturarbeit, die Gründung und Erhaltung von Schulen und Kirchen in den mazedonischen Bergen anzukämpfen hatte, gingen zumeist von den russischen Konsulaten aus. Als dann aber die Berichte, die von diesen immer gut bedienten Exposituren in Petersburg einlangten, alle darin übereinstimmten, daß die serbischen Anstrengungen doch gänzlich aussichtslos wären, wurde die Taktik nach und nach gewechselt und man verlegte sich darauf, die bulgarophilen Tendenzen der Mazedonier zu fördern, aus ihnen aber zugleich willige Werkzeuge einer gegen das verhasste Regime des „Koburgers“ gerichteten Propaganda zu machen. Die mazedonische Frage aber, von der man wußte, daß sie das Ziel aller Sehnsüchte des Volkes bilde, wurde zu einem wahren Bezierbild in der Hand der Petersburger Politik. Das Land sollte einfach den Preis einer völligen Unterwerfung Bulgariens unter den Willen Rußlands bilden. Es rückte heute bis in den unmittelbaren Handbereich, um morgen wieder in unabsehbarer Ferne zu verschwinden, je nachdem in Sofia die Allien der Russenfreunde stiegen oder fielen. Und als nach dem Ausmerzen der Obrenovics Serbien durch die neue Dynastie ganz und gar in das russische Fahrwasser gedrängt wurde, wurde in Petersburg über Nacht eine ganz neue Formel zur Lösung des mazedonischen Problems aufgebracht. Mtserbien mit all dem, was die Serben dazu rechnen, sollte zu Serbien geschlagen, Mazedonien, oder besser das, was davon übrig geblieben wäre, sollte dagegen als autonomes, die Machtphären Bulgariens und Serbiens trennendes Gebiet konstituiert werden. Die Politik Rußlands vis-à-vis der mazedonischen Frage war eben von Anfang bis zu Ende eine Politik hinterhältiger, verräterischer Winkelzüge, und daß sich daran bis an den Ausgang des Weltkrieges nichts ändern soll, beweist auch die

Ententenote an Wilson in der Art und Weise, wie sie über die heiligsten, unverjährbaren nationalen Rechte der bulgarischen Bevölkerung Mazedoniens verfügen zu dürfen glaubt!

Eine vergessene Friedensbürgschaft.

Von Emil Neugeboren, Hermannstadt,
Mitglied des ungarischen Reichstages.

Die Friedensbotschaft, die der Präsident der Vereinigten Staaten an seinen Senat gerichtet hat, enthält sehr schöne Grundsätze, die nur folgerichtig zu Ende gedacht und ehrlich und allseitig durchgeführt zu werden brauchen, um wirklich außerordentlich dauerhafte Bürgschaften des künftigen Friedens abzugeben. Freiheit der Seewege, Gleichberechtigung der Nationen, Entwicklungsraum für jede nationale Individualität — das wären wahrhaftig feste Strebenpfeiler, die den gewaltigen Dom der Menschheitskultur schützen könnten. Aber das Baustem des Herrn Präsidenten weist zum mindestens eine große Lücke auf, deren Ausfüllung von dem großen Friedensareopag, der unter Wilsons Vorsitz zusammentretend gedacht wird, jedenfalls vorgenommen werden müßte. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß auch für das Verhalten der Neutralen in jedem künftigen Krieg Regeln aufgestellt werden, die geeignet sind, die Verlängerung des Krieges infolge der indirekten Mitwirkung von Staaten, die sich fälschlich neutral nennen, hintanzuhalten. Die Geltung solcher Regeln würde unbedingt eine Erschwerung des Entschlusses zum Kriege bedeuten, da die kriegführenden Parteien eben nicht mehr mit der verstoßenen Vorschubleistung seitens der Neutralen rechnen könnten.

Amerikas Neutralität könnte da geradezu als Beispiel hingestellt werden, wie man es nicht machen darf, wie man einen Krieg, an dem man selbst nicht teilnimmt, nicht künstlich verlängern und wie man seine Stellung nicht zu einseitiger Einwirkung auf die Lage der kriegführenden mißbrauchen darf. Es muß als unbestreitbare Tatsache festgestellt werden, daß der Krieg vielleicht schon im ersten Jahre, jedenfalls aber sehr bald nach Beginn des Unterseebootkrieges beendet worden wäre, hätte nicht Amerika unseren Feinden für Milliarden Munition geliefert und wäre nicht von der Union die erfolgreiche deutsche Kampftätigkeit zur See gelähmt worden. Die künftige Verhinderung einer Kriegsverlängerung durch die Neutralen sollte also wohl auch unter den Wilsonschen Friedensidealen sich befinden. Das Mittel dazu wäre die ganz genaue Umschreibung des Begriffes der Neutralität, der sich im gegenwärtigen Kriege als sehr unvollkommen, lückerhaft und unklar erwiesen hat. Der Begriff der Neutralität kann natürlich nicht kasuistisch für alle eintretenden Verhältnisse festgestellt werden und er hängt auch zum Teil davon ab, wie die jeweiligen internationalen Abmachungen, z. B. über den Begriff der Bannware, lauten. Aber selbst wenn man vielleicht nicht so weit gehen wollte, jede in internationalen Vereinbarungen vor dem Kriege für Bannware erklärte Ware von der Lieferung durch neutrale Staaten an kriegführende auszuschließen — was eigentlich das Richtige wäre, weil solche Ware nach der vereinbarten Ansicht Hilfsmittel der Kriegführung ist — so kann doch nicht der geringste Zweifel sein, daß die Lieferung fertiger Waffen oder einschlägiger Halbfabrikate und unmittelbarer Mittel der Kriegführung (Stachelbraut, Spaten, Sprengstoffe, Automobile, Scherenferntrohre, Scheintwerfer u. dgl. m.) als direkte Unterstützung der kriegführenden ohne flagranten Verletzung der Neutralität nicht zugelassen werden dürfte. Es ist doch sonderbar, daß es als Neutralitätsverletzung gilt, wenn es ein Staat ausdrücklich gesehen läßt, daß aus den Reihen seiner Bür-

ger Freiwillige in das Lager der Kriegführenden eilen, daß aber Gewehre, Kanonen, Mörzer, Patronen, Geschosse, Sprengladungen usw., ohne die der Krieg ebenso wenig geführt werden kann wie ohne Menschenmaterial, in ungezählten Schiffsladungen sollen geliefert, und den Staaten, die dies dulden, ja die Untersagung solcher Lieferungen ausdrücklich verweigern, doch noch immer der Charakter als Neutrale zuerkannt werden dürfe. In der Definition des neutralen Staates müßte somit einen der vornehmsten Punkte das Verbot der Lieferung, bezw. Duldung der Lieferung von unmittelbaren Kriegsmitteln — deren Umfang ganz genau abgegrenzt sein könnte — bilden. Selbstverständlich würde es dabei keinen Unterschied machen, ob beiden kriegführenden Parteien oder nur einer geliefert wird, denn in beiden Fällen gleichermaßen wird von nicht am Kriege beteiligten Mächten eine Einwirkung auf den Stärkegrad des Kampfes ausgeübt, wiewohl die tatsächliche Aufhebung der Neutralität in dem Falle stärker hervortritt, wenn, wie es im gegenwärtigen Kriege geschieht, Amerika infolge der geographischen Lage nur dem einen Teil zu liefern imstande ist.

Am Verhalten der Vereinigten Staaten kann Wilson, wie gesagt, per contrarium ergründen, wie die richtige Neutralität beschaffen sein muß. Wie erinnerlich, leitete Wilson die Berechtigung zu seinem Einspruch gegen den U-Boot-Krieg daher ab, daß mit der mit mörderischer Fracht vollbeladenen „Lusitania“ auch einige amerikanische Bürger untergegangen waren, und wollte die Einwendung, daß die „Lusitania“ im Grunde genommen ein englisches Kriegsschiff gewesen sei, auf dem neutrale Bürger nichts zu suchen hatten, nicht gelten lassen. Da kam dann der ätzende Wit von den amerikanischen Schutzhengeln der Munitionsendungen auf. Wilson erhob Kriegsdrohungen, während er alle die zahllosen offensibaren Eingriffe der Engländer in die Hoheitsrechte der Vereinigten Staaten, vom Postraub angefangen bis zu den Schwarzen Listen, hinnahm, ohne sie anders als mit zahmen Vorstellungen zu beantworten. Neutral sein kann aber nur heißen, zu energischerer Wahrung seiner Rechte gegenüber absichtlichen Angriffen verpflichtet sein, während man andererseits dafür Sorge trägt, daß die eigenen Bürger keine Zusammenstöße mit einer kriegführenden Macht provozieren. Mit dem geläuterten Begriff der Neutralität wird es in Zukunft hoffentlich unvereinbar sein, mit Rücksicht auf zufällige Nebenwirkungen den einen kriegführenden Teil wegen solcher Kriegshandlungen zu tadeln, die eine notwendige logische Folge der Handlungen des Gegners sind. Der U-Boot-Krieg des Jahres 1915 war die Abwehrwaffe Deutschlands gegen Englands völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg; nichtsdestoweniger hing sich Amerika unausgesetzt in Deutschlands Verhalten ein, obwohl es nichts Ernstes unternommen hatte, um England an seine völkerrechtlichen Pflichten zu mahnen, ja, es zu deren Einhaltung zu zwingen, wozu es die Möglichkeiten vollauf gehabt hätte. Neutral im vollen Sinne des Wortes wäre es gewesen, den Dingen ihren Lauf zu lassen, wenn man schon die erste und schreiendste Verletzung des Völkerrechtes nicht hintanhaltend zu können vermeinte. Von den Neutralen der Zukunft dürfen wir im Sinne der Friedensidee des Präsidenten Wilson erwarten, daß sie diese strenge und gerechte Auffassung ihrer Pflichten hegen und betätigen.

Es ist kaum noch fraglich, daß England den Krieg vermieden hätte, wenn es nicht darauf hätte rechnen können, daß ihm die stammverwandten Vereinigten Staaten unter dem Deckmantel einer durchaus unaufrichtigen Neutralität unausgesetzt treulich Handreichung

gewähren würden. Ohne amerikanische Munition und ohne amerikanische Advokatenkniffe gegen den deutschen U-Bootkrieg wäre England verloren gewesen. Der Gedanke, künftighin auf sich allein gestellt zu sein und einen Meereskrieg ganz aus eigener Kraft führen zu müssen, wird die großen Raubstaaten, die uns diesmal heimtückisch überfallen haben, zur äußersten Vorsicht mahnen. Wenn es in späteren Kriegen nur noch offen kriegführende und ehrlich neutrale Staaten geben wird, so werden die durch die Entwicklung etwa notwendig gewordenen Zweikämpfe der großen Staaten und Staatengruppen schneller und einfacher verlaufen. Die Sorge für die Schaffung fester und lauterer Neutralitätsbestimmungen gehört darum zu den wichtigsten Aufgaben, zu deren Lösung sich die Menschheit nach diesem Kriege zusammenscharen muß.

Wilson's Friedensrede und die Monroe-Lehre.

Von Doctat D. F. Lentner.

o. ö. Professor der Universität Innsbruck.

In seiner großen Senatsrede, gemahrend an das politische und soziale Glaubensbekenntnis der beiden Gründer der Vereinigten Staaten von Amerika, Washington und Franklin, hat Präsident Wilson würdevoll und eindrucksvoll den Vorschlag gemacht, es mögen sich die Völker einmütig den Grundfah des ehemaligen Präsidenten der Union James Monroe vor Augen halten, daß kein Volk danach streben sollte, seine Regierungsform auf irgend ein anderes Volk oder eine andere Nation zu erstrecken, daß es vielmehr jedem Volke, dem kleinen sowohl wie dem großen und mächtigen, freistehen solle, seine Regierungsform und seinen Entwicklungsgang unbehindert, unbedroht und unerschrocken selbst zu bestimmen.

Noch heute gilt diese sogenannte Monroe-Doktrin jedem gesinnungstüchtigen Bürger des amerikanischen Freistaates als edles Erbeil alter Zeiten, als Palladium und Schutzwehr der Freiheit und Einheit. Da diese hochbedeutungsvolle Kundgebung Monroes, weil nur von einem einzigen Staate erflossen, nicht Quelle allgemein verbindlicher Rechtsätze sein kann, kommt ihr auch nur die Bedeutung einer Grundanschauung (Doktrin) zu. Die Amerikaner, unter denen vor nahezu einem Jahrhundert der edelste Gemeingeist und seltene Aneignungsfähigkeit herrschten, wünschten auch nicht, dieser Erklärung die Präge juristischen Völkerrechts zu geben, hielten sie doch dafür, daß auf Grundsätze besserer Verlaß sei als auf Rechtsätze und daß das Völkerrecht — richtiger das Staatenrecht — nicht so sehr auf Rechtsformen, als auf ethischen Gesetzen, dem Sittengesetze, aufgebaut sei. Denn nur letzteres hat die zwingende Gewalt in sich selbst, wie sie dem internationalen Rechte eigen sein soll, und wofür eine Zwangsgewalt, wäre es selbst eine Liga der gesamten Staatengenossenschaft, nicht angerufen werden kann. Das Völkerrecht, sagten sie sich, beruhe auf dem gegenseitigen freien Einverständnis über das für das Völkerleben und den Völkerverkehr Notwendige, Nützliche und Heilsame, im letzten Grunde auf der Einwirkung des in jede Menschenbrust gelegten, wenn auch zu Zeiten verdunkelten oder nicht zum klaren Bewußtsein gelangten Empfindens für Recht und Gerechtigkeit.

Während das alte Europa einige Menschenalter hindurch in Eroberungszügen, wechselnden Allianzen, staats- und völkerrechtlichen Irrungen aller Art sich erschöpfte, reifte der neue Weltteil sicher und stetig unter dem wohlbewährten Schutz demokratischer Einrichtungen einer Weltstellung zu, bei der die Rückwirkung auf das europäische Festland nicht lange ausbleiben konnte. In den romanischen Kolonien Südamerikas, deren Abfall von der spanischen und portugiesischen Herrschaft um so weniger fernzuhalten gewesen, je bedrohlicher ihnen der von der heiligen Allianz begünstigte Absolutismus und die Maßnahmen der Kongresse von Troppau, Laibach und Verona erscheinen mußten, garte es gewaltig und die Abneigung Englands gegen das politische System der heiligen Allianz verschaffte ihrer Los-trennung vom Mutterlande, allerdings erst nach dem wirksamen Eingreifen der nordamerikanischen Union,

auch den Schutz des Ministeriums Canning. In diesem Zusammenhange entstand unter Monroes Präsidentschaft auf des greisen Thomas Jefferson Rat und Henry Clays diplomatisches Betreiben hin das unter dem Namen Monroe-Doktrin bekannte Dokument, dessen Wortlaut, bis in die neuere Zeit nur wenigen bekannt, nunmehr im Urtexte in Fleischmanns „Völkerrechtsquellen“ abgedruckt ist. Offen und unumwunden, mit männlicher Festigkeit erklärte der Präsident Monroe in seiner Eröffnungsbotschaft der ersten Session des 18. Kongresses der Vereinigten Staaten, ddo. 2. Dezember 1823, es handle sich hierbei nicht bloß um den ungeschmälernten Besitzstand Nordamerikas, sondern vor allem um die Wahrung und Sicherung der republikanischen Grundanschauung, nicht um ein System der Abwehr oder der Abschließung von den europäischen Mächten, sondern um den Grundfah des unbehinderten Selbstbestimmungsrechtes in den Amerikaangelegenheiten.

Die Botschaft enthält zwei Erklärungen, welche gesondert betrachtet sein wollen, weil sie verschiedene Begebenheiten zum Ausgangspunkte haben, wie denn überhaupt der ganze positive Bestand des Völkerrechtes eigentlich nur in historischem Boden wurzelt. Die erste Erklärung (Abs. 7) richtete sich gegen Rußland und England, Bezug nehmend auf die strittigen Nordwestgrenzen Amerikas und erklärt diesfalls jede neue Erwerbung von Kolonialgebiet auf dem amerikanischen Festland seitens europäischer Mächte als unstatthaft, womit die Doktrin allerdings weit hinausgreift über die Grund- und Regelsätze des alten Völkerrechtes und einem neuen Völkerrechte Eingang zu verschaffen sucht. Die zweite Erklärung (Abs. 48, 49) ist gegen den Versuch der europäischen Mächte gerichtet, zugunsten Spaniens und Portugals gegen die abtrünnigen Kolonien einzuschreiten, sei es zunächst nur durch Einberufung eines europäischen Kongresses. Doch unterließ es der Präsident nicht, seinen aufrichtigen Willen kundzugeben, freundschaftliche Beziehungen zu allen europäischen Mächten zu pflegen, allenthalben Gerechtigkeit zu üben, selbst aber kein Unrecht zu dulden. In dieser Erklärung findet sich auch jene Stelle, daß die Amerikaner ihrerseits in europäische Händel sich nicht einmengen wollen und daß es immer noch ihre Politik gewesen sei, im Streite befindliche Staaten sich selbst zu überlassen, in der Voraussetzung, daß auch alle übrigen Mächte den gleichen Vorgang beobachten werden.

Nicht zu verkennen ist, daß die Amerikaner in der Praxis weit über die ihnen in der Monroe-Lehre vorgezeichnete Richtlinie hinausgegangen sind. Abgesehen von ihrer Rolle in der mexikanischen Kaisertragedie, die von ihrem Standpunkte begreiflich, sicher aber nicht hochherzig war, haben sie sich in der Folgezeit mit steigender Bestimmtheit eine Vorherrschaft über die süd- und mittelamerikanischen Staatswesen angemacht, sich aber auch in die Konflikte europäischer Staaten mit amerikanischen eingemengt (Grenzstreit zwischen England und Venezuela), wobei sie allerdings noch in ihrem Vorbehalte in der Plenarsitzung vom 25. Juli 1899 der ersten Haager Konferenz erklärten, es sei selbstverständlich, daß in dem Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle nichts so ausgelegt werden darf, als wenn es für die Vereinigten Staaten von

Amerika ein Aufgeben ihrer überlieferten Haltung in Ansehung der rein amerikanischen Fragen in sich schließt.

Am weitesten haben sich die Vereinigten Staaten von den moralischen Grundsätzen der Monroe-Doktrin in der Panama-Angelegenheit entfernt. Gerade unter Berufung auf ihre Doktrin haben sie in selbstüchtigster Weise mit raffinierten Winkelzügen eine gemeinsame englisch-amerikanische Verbürgung der Neutralität des interozeanischen Kanals bereitet, England, das damals im Burenkriege stand, das Recht der Mitbeaufsichtigung abgenommen und dann mit dem Staate Panama, den sie auf revolutionärem Wege ins Leben rufen halfen — bis dahin war dieses Gebiet ein Teil der Republik Columbia gewesen — ein Abkommen getroffen, durch welches der Panamakanal und seine beiden Ufer unter die Gebietshoheit der Vereinigten Staaten gestellt wurden, die nun über die Neutralität des Kanals selbst wachen werden.

Verträge sind trennbare Ehen und Friedensbotschaften, mögen sie noch so verheißungsvoll klingen, Worte, und Worte sind Luft, wenn ihnen nicht unzweideutige Tatsachen folgen. Wenn es dem Präsidenten Wilson gelingen sollte, seiner Friedensbotschaft Taten folgen zu lassen, zunächst die Einstellung der Lieferung von Munition und Kriegsmaschinen an unsere Feinde, dann, aber erst dann werden wir in seine Kundgebung und in die Friedensmöglichkeiten das volle Vertrauen setzen können.

Wenn es sich darum fragt, wie Wilsons Friedensaktion dem Lehrsysteme des internationalen Rechtes an richtiger Stelle anzugliedern sei, so ist sie ganz sicher keine Intervention, keine Einmischung, charakterisiert durch Anwendung eines Druckes seitens eines Staates auf die wechselseitigen Beziehungen zweier oder mehrerer Staaten, noch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates; auch keine Intervention; kein direktes Dazwischentreten, wobei ohne Druck alle sonst rechtlich und moralisch zulässigen Mittel angewendet werden mögen und noch weniger ein Plan, als Schiedsrichter für Europa aufzutreten, wie auch gesagt worden ist. Auf das, was Präsident Wilson bisher getan, auf seine Vorschläge, die er gemacht und über deren Durchführung, wie verlautet, er sich noch des Näheren äußern will, damit geklärt wird, was noch unklar geblieben ist, paßt dasjenige, was im 2. Titel des Haager Abkommens vom 29. Juli 1899 über die guten Dienste und die Vermittlung gesagt ist, deren Zweck darin besteht, auf die streitenden Teile freundschaftlich einzuwirken, Vorschläge zu machen, zu versuchen, durch Vermittlung eines Meinungsaustausches die Kampfparteien einander näher zu bringen und so die ersehnte Entspannung der Situation herbeizuführen. Das Recht, die guten Dienste anzubieten, steht den am Streitfall unbeteiligten Mächten auch während des Ganges der Kämpfe zu und die Ausübung dieses Rechtes kann niemals als ein wenig freundschaftliche Akt angesehen werden, sagt auch die Haager Konvention.

Die amerikanische Betrachtungsweise ist zwar nicht vollkommen die unsere, aber darin wird man dem Unionspräsidenten zustimmen können, wenn er sagt, daß es eine erhabene Aufgabe der Vereinigten Staaten ist, ihr Gewicht und ihre Macht zu dem Gewichte und der Kraft anderer Nationen hinzuzufügen, um Frieden und Recht auf der ganzen Welt zu sichern.

2. II. 1917

gegen eine ausgebaute russische Stellung. Passiv haben sich die Russen noch immer gut geschlagen. Die bulgarische Armee bewacht das Donaudelta von Galatz bis zum Meer. Sie hat Interesse daran, diese künftige Grenze zwischen dem Zarenreich und dem bulgarischen Königreich sehr festzuhalten.

Die Erkundungskämpfe längs der makedonischen Front sind aus dem schläfrigen Stadium der letzten Monate herausgetreten. Es ist überall lebhafter geworden. Artilleriekämpfe und Erkundungen von beiden Seiten zeigen, daß es dem Heere des Generals Sarraill darauf ankommt, sich nicht überraschen zu lassen und daß andererseits die verbündeten deutschen und bulgarischen Truppen nicht daran denken, das Feld zu räumen.

Aus anfänglichen Plänkeleien hat sich an dem nördlichsten Teile der deutschen Front südlich und westlich von Riga ein Kampf entwickelt, durch den die Russen abermals genötigt sind, ihre ganze dort verfügbare Kraft daranzusetzen, um das wichtige Riga zu halten. Sie haben erfahren, daß unsere Front am Meerbusen von Riga zugunsten unserer Initiative in Rumänien durchaus nicht geschwächt wurde. Die Vorteile, die wir bis jetzt erzielt haben, liegen auf taktischem Gebiet. Aber auch auf moralischem, denn die Ueberlegenheit des deutschen Truppengeistes über die teilweise meuternden Russen ist offenbar geworden. Ob diese Kämpfe ihren örtlichen Abschluß bereits gefunden haben, läßt sich nicht übersehen.

Ebenso ist die westliche Front unruhiger geworden, als sie bisher war. Die breitere englische Front hat bei De Transloy, nördlich der Somme, einen kleinen Erfolg aufzuweisen. Im übrigen steigerte sich das Artilleriefeuer innerhalb begrenzter Abschnitte und zwischen durch fanden Vorfeldgefechte statt und Erkundungsabteilungen wurden von beiden Seiten vorgetrieben. Es herrscht allgemeiner Zustand gespanntester Vorbereitung. Nur die Kämpfe, welche erneut um die Höhe 304 westlich der Maas entbrannt sind, haben vielleicht eine augenblickliche größere Bedeutung. Wir erinnern die französische Heeresführung daran, daß die Bedrohung Verduns nach wie vor besteht und daß die Aufgabe des Generals Rivelle noch nicht gelöst ist.

Wilson und Kant.

Von R. W.

Budapest, 1. Februar.

Der im Pester Lloyd am 30. Januar unter dem obigen Titel erschienene interessante Artikel bedarf einer kleinen Ergänzung und Berichtigung. Der Artikelschreiber weist wohl eine Begegnung der Ideen Wilsons und Kants nach, stellt aber schließlich fest, daß sich der Idealismus Wilsons bezüglich der praktischen Folgerungen weit über denjenigen Kants erhebt; während Wilson mit apodiktischer Gewisheit behauptete, daß ein ständiger Friede nur durch einen Bund sämtlicher Staaten verbürgt werden könne, blicke Kant mit Zweifel und Melancholie der Zukunftsentwicklung entgegen. Diese Schlussfolgerung erheischt eine Berichtigung.

Kant führt aus, daß sich überhaupt nur zwei Arten einer solchen Organisation der Menschheit, bei der der Krieg unmöglich wäre, vorstellen lassen. Die eine Art bestünde darin, daß nach der aufeinanderfolgenden Besiegung und Eroberung der schwächeren Staaten als Konsequenz der unausgesetzten Kriege sich sämtliche Völker der Erde in einem einzigen großen Staat vereinigen würden. Er erkennt aber alle Gefahren dieser Lösungsart, die wir mit einem modernen Wort als die äußerste Entwicklung des Imperialismus bezeichnen könnten. Er erkennt, daß eine solche Entwicklung weder wünschenswert, noch zwingend notwendig ist. Er erblickt und erhofft die

Wie eine Stunde später sieht man diese Mädchen

dauern den neutralen Völkern nicht zu versagen, die nun aufs Neue die Schrecken dieses Krieges verspüren müssen, von dessen Schalle auch die Fenster ihrer friedlichen Wohnungen erzittern. Gewiß ist es für viele von ihren Bürgern kein Trost, daß der Krieg für breite Erwerbsschichten der neutralen Länder durch viele Monate reiche Einnahmen geschaffen hat und nicht zuletzt aus dem Besitz der Mittelstaaten ungezählte Riesenvermögen in neutralen Ländern entstanden sind, die nun die Verpflichtung hätten, jenen die Beschwernisse eines Krieges tragen zu helfen, von dem sie selbst so überreichliche Vorteile genossen haben. Aber daß die Mittelmächte mit der Seesperre zur Abkürzung des Krieges schreiten, das ist Schutz und Rettung im höchsten Sinne auch für die neutralen Staaten, denn wenn volkswirtschaftlich der Krieg einzelnen ihrer Schichten auch Vorteil und Gewinn brachte, wenn sich daran viele einzelne bereicherten, erwächst dieser Krieg doch immer mehr zu einer Bedrohung der politischen und nationalen Existenz der mittleren und kleinen Staaten. Abgesehen von Griechenland, das von der Fochlut gehässiger Vergewaltigung ganz umbrandet ist, gibt es auch für die übrigen Neutralen kaum ein Gebiet ihrer staatlichen Freiheit mehr, in das nicht schon die gezielten Geschosse der englischen Kriegsdiktatur eingeschlagen hätten. Noch einige Zeit Krieg und dem zerstückten Völkerrecht folgt die zerlöchernte Souveränität der Neutralen, die auf ihrem eigenen Grund und Boden als freie Herren ausgemietet und unter englische Polizeiaufsicht gestellt, zu einer grauen Masse von Sträflingen oder Trabanten werden.

Mit Recht sprach ein angesehenes holländisches Blatt von der „Schreckensherrschaft“, die gegen die Neutralen jenes Land entfalte, das den Krieg für die kleinen Nationen zu führen behaupte. Auf Holland lastet nicht nur die Seeblockade, sondern eine im Völkerrecht unerhörte englische Landblockade, die den ganzen holländischen Binnenverkehr, die gesamte holländische Industrie und Landwirtschaft unter strenge Kontrolle stellt, in Holland schwere Strafen austeilt, mit kaltblütiger Härte niederländische Firmen vernichtet, die sich nicht willig der fremden Vorschrift fügen; holländische Schiffe dürfen mit keiner anderen als englischer Kohle heizen, die ihnen vorenthalten wird, wenn sie nicht Getreide nach England bringen; jedes holländische Schiff muß sich verpflichten, einen englischen Hafen anzulassen. Wer in Holland, in der Schweiz, in Spanien oder irgendwo anders in neutralen Ländern in Verdacht steht, Handelsverbindungen mit den Mittelmächten aufrecht zu erhalten, nicht in Bannware, nein, in Erzeugnissen, die nur für den Bedarf der Zivilbevölkerung dienen können, kommt auf die „schwarze Liste“; laut königlicher Order ist sein in den Bannverbandsländern erreichbares Vermögen oder Guthaben zu konfiszieren, allenfalls auch zu versteigern; wo es der Arm des Bannverbandes vermag, wird er in seiner wirtschaftlichen Existenz erdroffelt. Jeder norwegische Fischer muß eidlich erklären, daß er kein deutsches Schiffsgerät an Bord führe; er darf nicht Kohle, nicht Holz, nicht Öl, nicht einmal Salz aus Deutschland verladen, sonst ist er verloren. Auch nur der entfernteste Verdacht, er liefere Fische nach Deutschland, wird mit vernichtender Gewalt beantwortet und selbst für ganz Norwegen sperre England die Meeresfuhr, um es zu zwingen, jedem Handel nach Deutschland zu entzagen.

gehalten, selbst Wertpapiere, die in ihren Heimatbanken gekauft wurden, an Bord neutraler Schiffe beschlagnahmt. Hunderttausende Tonnen von Frachtgütern, von neutralen Staaten rechtlich erworben, wurden, ohne Bannware zu sein, auf Nimmerwiedersehen nach England geschleppt; allein an Kaffee verlor Schweden Stückgüter im Werte von vielen Millionen. Kein Hoheitsgebiet ist sicher vor dem Eindringen von Kriegsfahrzeugen des Bannverbandes, die in dem spanischen Hafen Rio d'oro den deutschen Hilfskreuzer „Kaiser Wilhelm den Großen“ vernichteten, wiederholt, in den schwedischen Gewässern, zum Beispiel im Falle „Abatos“ am 2. Juli 1915, deutsche Fahrzeuge angriffen. „Der Teufel hole das blödsinnige norwegische Gebiet!“ schrie ergrimmt der Kapitän eines englischen Hilfskreuzers, der im norwegischen Westfjord bei einem Angriff auf ein deutsches Schiff an die norwegischen Hoheitsrechte erinnert wurde. Er gab nur den Rechtsbegriffen Ausdruck, die England täglich praktiziert.

Es besteht für die Neutralen nicht einmal eine politische Sicherheit ihres Landgebietes mehr. Die Insel Island steht nur mehr dem Namen nach unter dänischer Herrschaft, die tatsächliche Oberhoheit hat dort völlig England an sich gerissen; nicht einmal der Handelsverkehr mit dem dänischen Mutterlande ist frei. Auf den Alandinseln hat Rußland entgegen internationalen Verpflichtungen große Befestigungen vorgenommen, die Schwedens Stellung im Bottenischen Meerbusen hart gefährden und die schwedische Hauptstadt aus unmittelbarer Nähe bedrohen. Unter der Flagge und den Farben der Neutralen feuern als Handelsschiffe verummunte englische Kriegsfahrzeuge. Alles ist dem kleinen Neutralen von England und seinen Verbündeten konfisziert: die Freiheit auf dem Meere, die Sicherheit des Handelsverkehrs auf dem Lande; selbst im eigenen Staate ist er nicht frei; konfisziert sind ihm selbst die Staatsregalien, kein Recht und keine Staatsautorität deckt ihn mehr — sein Staat und die armliehen Rechte seiner Freiheit leben ihre zitternde Existenz nur mehr von Gnaden Englands.

Die „Piraterie“ Englands, wie ein norwegisches Blatt in Bohn und Bitterkeit die Pratorianerherrschaft Englands über die bedauernswerten Neutralen genannt hat, lastet schwer auf allen am Kriege nicht beteiligten Ländern, die es für klüger und gewissenhafter gehalten haben, den Spuren Belgiens, Serbiens, Montenegros und Rumäniens zur Schlachtbank nicht zu folgen. Einen Stein nach dem anderen schlägt die brutale Faust des britischen Völkerrichters aus dem Diadem ihrer staatlichen Macht und Ehre. Der Krieg der Mittelmächte ist heute schon ein Krieg für die Freiheit und die gesicherte Fortexistenz auch der Neutralen geworden. Wenn nun die Seesperre von den Mittelmächten über die Fluten des Ozeans gespannt wird, um dem Weltkriege ein früheres Ende zu setzen und ihren Friedenswillen dem verbissen widerstrebenden Feinde aufzuzwingen, so ist dies eine Tat im Namen der Menschlichkeit und des Friedens, die auch für die Neutralen eine Befreiungstat ist, selbst wenn sie die Lasten des Krieges noch einmal ihnen hart fühlbar macht. Wer gewinnen will, darf auch die Opfer nicht scheuen. Für die Neutralen steht mehr auf dem Spiele, als das Risiko vorübergehender Verkehrs- hindernisse und Arbeitskrisen. Der Sieg Englands wäre für sie die Verheißung des Endes nach dem Beispiele aller, die sich nicht rechtzeitig vor England gerettet haben.

Die Neutralen und die Seesperre.

Wien, am 3. Februar.

Wie ein Wettertschlag ist die Verkündigung der Seesperre gegen die Westmächte des Bannverbandes niedergefahren. Sorgsam und die harten Erschwerungen nicht scheuend, die dadurch für die Seemacht der Lauchboote entstehen, haben die Mittelmächte für die Neutralen alle denkbaren Rücksichten und Ausnahmen in den Sperrvorschriften freigelassen, aber so wie dieser Weltkrieg bisher keinen Neutralen Europas unberührt ließ, so kann auch diese gewaltige Maßregel, die über die Meere breite Verbotszonen legt, nicht die Neutralen völlig von den Wirkungen ausschalten. Der Schlagbau der Verbotszonen liegt auch über den Handelsstraßen der Neutralen, die nach England führen; in Holland, Schweden, Dänemark sah man sich deshalb schon gezwungen, die zahlreichen regelmäßigen Dampferverbindungen nach England einzustellen, die Versicherung für Schiffe, die Englandsfahrten machen, wurde vielfach schon aufgehoben und Tausende Arbeiter feiern in den Hafenplätzen, die jetzt durch das plötzliche Abreißen des Verkehrs nach England und Frankreich als Verlade- um ihr Brot gekommen sind.

Wir, die wir wissen, was Absperrung heißt, und gegen die sie nun das dritte Jahr mit unmenschlicher Grausamkeit geübt wird, vermögen unser Mitleid und unser Be-
Es gibt für die Neutralen kein Postrecht mehr. Seit Mitte 1915 werden ihre Postfäcke beliebig von England und Frankreich geöffnet, ihre Telegramme auf-

Dienste und Unterhandlung; 2. Untersuchungskommission, und 3. gelegentliche, freiwillig an-gerufene schiedsgerichtliche Entscheidungen. Als Resultat der Konferenz wurde außer neuen Konventionen und Deklarationen über die Regeln und Gebräuche der Kriegsführung eine Konvention zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten mit Entschluß von Vorschriften über den fakultativen Gebrauch aller drei jener „zur Verfügung der Diplomatie stehenden Mittel“ entworfen. Und es wurde ein Gerichtshof vorgesehen, der im Bedarfsfalle aus einer langen Liste von Schiedsrichtern, die von den verschiedenen Regierungen zu ernennen waren, zusammengeleitet werden sollte.

So gut und wohlthätig auch diese Konvention war, so brachte sie doch nicht in ihren Bestimmungen ausdrücklich die Rechtsauffassung zum Ausdruck. Jede Signatarmacht behielt die vollständige Freiheit, ein jedes dieser drei diplomatischen Mittel abzulehnen. In dieser Konvention war alles rein gelegentlich, freiwillig, und daher nicht obligatorisch. Es wurden Rechtsmittel anempfohlen, aber nirgends war man übereingekommen oder hätte man auch nur behauptet, daß sie für souveräne Staaten obligatorisch sein sollten.

Die Haltung der Konferenz in dieser Frage ist nicht mißzuverstehen. Es wurden Konzessionen im Interesse des „Friedens“ empfohlen, und es wurde ein Weg gezeigt, um sich ihrer zu bedienen; aber nirgends war man übereingekommen oder hatte man gesagt, daß ein souveräner Staat im rechtlichen Sinne gehalten sei, irgendeine Frage einem Gerichtshof zu unterbreiten. Die Errichtung eines Gerichtshofes war vorgeschlagen, aber abgelehnt worden. Das Interesse der Konferenz ging nicht über jene Bestimmungen hinaus, die zur Erhaltung des Friedens beitragen sollten.

Eine merkwürdige Illustration zu dieser Haltung lieferte die Debatte über den Vorschlag, eine Wiederaufnahme eines Falles vorzusehen, wenn in einer schiedsgerichtlichen Entscheidung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes nach ihrem Ergehen ein rechtlicher oder tatsächlicher Irrtum entdeckt werden sollte. Es wurde behauptet, daß an einer solchen Bestimmung „die ganze Schiedsgerichts-idee Schiffbruch erleiden“ würde, da ihr angeblicher Zweck einfach der sei, Streitigkeiten ein Ende zu machen, weniger aber, der Gerechtigkeit zu dienen. „Der Zweck des Schiedsgerichtes ist, eine Kontroverse endgültig zu beenden.“ Auf der anderen Seite wurde behauptet: „Eine Sache ist nicht beigelegt, wenn sie nicht richtig beigelegt ist.“ Hierauf wurde erwidert, daß „die kontrahierenden Parteien, durchdrungen von den Beweggründen der Gerechtigkeit... durch ein besonderes Übereinkommen eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorsehen sollten“, daß aber böse Konsequenzen daraus entstehen würden, wenn man das zu einer allgemeinen Bestimmung machen wollte, und daß „die Regierungen Gefahr laufen würden, nicht länger ihre eigenen Herren zu sein“.

Zimmerhin, wenn auch in der schließlich abgeschlossenen Konvention die Sache der Gerechtigkeit der Sache des Friedens untergeordnet wurde, und wenn sowohl Friede wie Gerechtigkeit noch nicht durch das Eingehen bestimmter Verpflichtungen gesichert worden waren, so war doch ausdrücklich konstatiert worden, daß die Konferenz „die Ausdehnung der Herrschaft des Rechtes und die Stärkung des Gefühls für internationale Rechtspflege wünschte“, und darin war alles niedergelegt, was zu jener Zeit in der Form eines allgemeinen Übereinkommens zu erreichen war.

Die zweite Haager Konferenz.

Das Programm der zweiten Haager Konferenz (15. Juli bis 18. Oktober 1907) enthielt „Verbesserungen der Vorschriften der Konvention von 1899 über die Beilegung internationaler Streitigkeiten“, schlug aber keine radikale Erweiterung vor.

Die Einschränkung der Rüstungen war in dem Programm nicht einmal erwähnt, aber einige Nationen reservierten sich das Recht, die Frage zur Sprache zu bringen, und schließlich wurde die Resolution von 1899 von der Konferenz bestätigt, die ferner erklärte, daß es „höchst wünschenswert sei, daß die Regierungen sich mit dem ernstesten Studium der Frage beschäftigen“.

Was die zweite Haager Konferenz hauptsächlich charakterisierte und den in der öffentlichen Meinung eingetretenen Fortschritt seit der ersten Konferenz kennzeichnete, war das erhöhte Interesse an der Rechtsidee im Gegensatz zu den bloßen Friedensbestrebungen von 1899. Es zeigte sich besonders in der Konvention über die Errichtung eines internationalen Briegerichtes, in dem Projekt eines permanenten Schiedsgerichtshofes und in dem Uebereinkommen, keine kontraktlichen Schulden mit Gewalt einzutreiben, ehe nicht ein Schiedsgericht darüber befunden habe oder ehe nicht zum mindesten die Ueberweisung an ein solches vorgeschlagen und abgelehnt worden sei; vor allen aber zeigte es sich in dem allgemeinen Ton der Diskussionen, in denen ein kühneres, festeres Erfassen der Grundsätze der Rechtskunde als der richtigen Unterlage für internationale Vereinbarungen zu Tage trat, zugleich mit einem augenscheinlichen Nachlassen der 1899 hervorgetretenen Neigung, souveräne Staaten als willkürliche Einheiten zu betrachten, die keinen autoritativen Rechtsgrundsätzen unterworfen seien. Die Konferenz bestand aus Vertretern von 44 Mächten gegen 25 in der ersten Konferenz, und die Debatten nahmen einen entsprechend weiteren Umfang an, gingen auch in der Form über die früheren Grenzen hinaus und wiesen eine größere Verschiedenheit der Ansichten auf. Obwohl die Debatten weit mehr in Uebereinstimmung mit diplomatischen als mit parlamentarischen Gepflogenheiten geführt wurden, so wurde doch die juristische Note mehr als die diplomatische akzentuiert, da die Diplomaten während der ganzen Konferenz sich mehr mit Obstruktion als mit der Förderung der Beratungen befaßten.

Es wurde von allen Seiten anerkannt, „daß die Schiedsgerichts-idee in den verflochtenen acht Jahren große Fortschritte gemacht und daß sie sich in der Welt das Bürgerrecht erobert“ habe, denn es waren vier wichtige Fälle im Haag beigelegt und 33 Schiedsgerichtsverträge verzeichnet worden. Alle gaben zu, daß Verbesserungen an der letzten Konvention vorgenommen werden müßten, und 32 Mächte erklärten sich für obligatorische Schiedsgerichte für bestimmte Klassen von Streitigkeiten.

Es ist nicht notwendig, hier im einzelnen die Bemühungen zur Errichtung eines permanenten Schiedsgerichtshofes — ein Entwurf wurde in der Schlussakte der Konferenz veröffentlicht — zu schildern, noch die Ursachen aufzuzählen, die zu einem Mißerfolg führten. Aber was besonders bemerkenswert ist, ist die Tatsache, daß kein grundsätzlicher Widerspruch dagegen erhoben wurde. Es erhob sich keine Stimme mehr zur Verteidigung der jetzt augenscheinlich ohne Verteidiger dastehenden Theorie, daß es unter der Würde souveräner Staaten sei, ihre Meinungsverschiedenheiten über die Frage, bei der Rechtsprinzipien involviert seien, der Entscheidung neutraler Richter zu unterbreiten, deren Aufgabe es nicht nur ist, eine annehmbare Via media für sie im diplomatischen Sinne zu finden, sondern auch zu entscheiden, was im juristischen Sinne Recht ist.

Das bedeutete den schließlichen Triumph der juristischen Auffassung des Staates im Prinzip. Im offenen Forum der öffentlichen Diskussion erwies sich diese Auffassung als unangreifbar, oder zumindest fand sie keinen offenen Gegner unter den Delegaten der 24 souveränen in der zweiten Haager Konferenz vertretenen Staaten — dem ersten allgemeinen Kongreß in der Geschichte der Welt.

Es ist richtig, daß diese Auffassung bis jetzt noch nicht die organische Gestalt angenommen hat, die notwendig ist, um sie praktisch wirksam zu machen; aber sie hat auf moralischem und geistlichem Gebiet einen Sieg errungen, der als eine der größten Errungenschaften der Menschheit bezeichnet werden muß. Es wäre unpassend für irgendeinen Mann oder irgendein Land, sich zu rühmen, daß dieser Triumph durch diese oder jene besondere Initiative, durch dieses oder jenes besondere Argument erreicht worden sei, als ob das Resultat solchen Ursachen zuzuschreiben sei. Tatsächlich bedeutet es, daß eine Wahrheit, die bis dahin in jedem menschlichen Geist geschlummert hatte, der sich mit der wirklichen Natur des Staates beschäftigt hatte, seit diese große Frage zum Gegenstand des Nachdenkens geworden ist, zu unmittelbarem klaren Bewußtsein erwacht ist. Die Friedensfrage ist heute eine Frage der Gerechtigkeit, ist von jeher nichts anderes gewesen. Wo vollkommene Gerechtigkeit, ist Friede, und wo eine ernste Ungerechtigkeit vorhanden ist, da ist auch eine Ursache für Konflikte bis zu ihrer Beseitigung vorhanden. Der Friede ist immer nur durch eine ungerechte Handlung gebrochen worden, und der Krieg wird grundsätzlich niemals enden, so lange es noch Ungerechtigkeit gibt, oder so lange die Menschen gezwungen werden, sich ihr zu fügen. So lange das Unrecht andauert, werden es die besten Menschen als ihre Pflicht betrachten, es zu bekämpfen, und sie werden sich auch auf den unvermeidlichen Kampf vorbereiten. Der wirkliche Friede besteht einzig und allein in dem Triumph des Rechtes über das Unrecht. Das ist das menschliche Ideal, zu dessen Verwirklichung der moderne Staat geschaffen worden ist, und so lange es noch nicht voll verwirklicht ist, werden die Nationen fortfahren, sich gegen ihre wirklichen oder vermeintlichen Feinde zu rüsten.

gespannt. Freitag abend beriet Wilson mit den Senatoren. Das Kabinett erschien gespalten: ein Teil befürwortete eine ausschließende Behandlung der Angelegenheit.

Die Botschafter an den Kongreß.

Ueber die Botschaft, in der Präsident Wilson dem Kongreß den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland ankündigte, wird — gleichfalls von Neuter — berichtet:

Washington, 8. Februar.

Präsident Wilson erinnerte in seiner Botschaft an den Kongreß an die amerikanische Note an Deutschland vom 8. April 1916, nach der Torpedierung der „Suffez“, an Deutschlands Antwort hierauf vom 4. Mai und an die Antwort Amerikas vom 8. Mai, in der die deutschen Zusicherungen angenommen wurden. Wilson sagte, Deutschland habe diese Note nicht beantwortet. Hierauf zitierte Wilson aus dem deutschen Memorandum vom 31. Januar 1917 (über den unbeschränkten U-Boot-Krieg) und sagte:

„Angesichts dieser Erklärung, die plötzlich und ohne vorherige Andeutung irgendwelcher Art vorzüglich die feierlichen Versicherungen, die in der deutschen Note vom 4. Mai 1916 gegeben wurden, zurückzieht, bleibt der Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl, die sich mit der Würde und der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbaren ließe, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 8. April für den Fall ankündigte, als Deutschland seine U-Boot-Methoden nicht aufgeben wollte. Ich habe deshalb den Staatssekretär Lansing beauftragt, dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff mitzuteilen, daß die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen sind, daß der amerikanische Botschafter in Berlin sofort abberufen werde und daß dem Grafen Bernstorff die Pässe ausgehändigt werden.

Trotz dieses unerwarteten Vorgehens der deutschen Regierung und dieses plötzlichen tief bedauerlichen Widerrufs ihrer unserer Regierung gegebenen Versicherungen in einem Augenblick der kritischsten Spannung in den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Beziehungen weigere ich mich zu glauben, daß die deutschen Behörden tatsächlich das zu tun beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie sie uns bekanntgegeben haben, berechtigt halten. Ich bringe es nicht über mich, zu glauben, daß sie auf die alte Freundschaft der beiden Völker oder auf ihre feierliche Verpflichtung keine Rücksicht nehmen und in mutwilliger Durchführung eines unbarmherzigen Flottenprogramms amerikanische Schiffe und Menschenleben vernichten werden. Nur wirkliche offenkundige Taten von ihrer Seite können mich das glauben machen. Wenn mein eingewurzeltstes Vertrauen in ihre Besonnenheit und ihre kluge Umsicht sich unglücklicherweise als unbegründet herausstellen sollte, wenn amerikanische Schiffe oder Menschenleben in achtsloser Uebertretung des Völkerrechts und der Gebote der Menschlichkeit geopfert werden sollten, so werde ich den Kongreß um die Ermächtigung ersuchen, die Mittel anwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seeleute und Bürger bei der Befolgung ihrer friedlichen und legitimen Unternehmungen auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann nicht weniger tun. Ich nehme es als ausgemacht an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden.

Wir wünschen keinen kriegerischen Konflikt (wörtlich: hostile conflict) mit der deutschen Regierung. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen ernstlich, den Frieden mit der Regierung zu erhalten, die sein Sprachorgan ist. Wir werden nicht glauben, daß sie uns feindlich gesinnt ist, außer, wenn es soweit kommt, daß wir es glauben müssen, und wir beabsichtigen nichts anderes als eine vernünftige Verteidigung der unzweifelhaften Rechte unseres Volkes. Wir haben keine egoistischen Absichten. Wir suchen nur den uralten Grundfäden unseres Volkes treu zu bleiben, unser Recht auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unbelästigtes Leben zu schützen. Das sind Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges. Möge Gott es fügen, daß wir nicht durch Akte vorfälliger Ungerechtigkeit von Seiten der Regierung

Wilsons Entschluß.

Von
Georg Bernhardt.

Die Stimmen der Presse aller neutralen Länder über den deutschen Entschluß zum uneingeschränkten Unterseebootkrieg zeigten fast übereinstimmend ein riesiges Ersauern. Dieses Deutschland, dessen Heere Heldentaten ohnegleichen in allen Teilen Europas verrichteten, hatte gegenüber der englischen Seesperrre bisher die Rolle des Dulders gespielt. Und nun plötzlich dieses Aufreden des Riesen. Kurz entschlossen, wortkarg, eine Tat!

Die gleiche Stimmung in Washington. Der Präsident erklärt dem Kongreß: Er könne es gar nicht glauben; er hoffe, daß es, wie schon einmal, bei der Ankündigung bleiben werde; daß auch diesmal wieder anstelle des Handelns das Verhandeln treten werde. Aber er irrt. Diesmal gibt es für Deutschland kein Zurück. Und es ist jetzt daher doppelt notwendig, daß vor aller Welt Klarheit über Recht und Unrecht geschaffen wird. Präsident Wilson will nicht glauben, daß Deutschland des Bruches eines Versprechens fähig sei. Er tut recht daran. Was Deutschland verspricht, hat es von je gehalten. Aber seine Voraussetzung, daß Deutschlands Ankündigung die Rücknahme eines gegebenen Versprechens bedeute, ist eben falsch. Die Urkunden zeugen für uns.

Genau vor zwei Jahren, am 4. Februar 1915, veröffentlichte der „Reichsanzeiger“ die Erklärung des deutschen Seekriegsgebiets um England. Vom 18. Februar sollte nach dieser Erklärung innerhalb des Kriegsgebietes jedes feindliche Rauffahrtsschiff zerstört werden. Und es wurde von uns ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß in Anbetracht des von der britischen Regierung angeordneten Mißbrauchs neutraler Flaggen auch neutrale Schiffe im Kriegsgebiet Gefahr laufen würden. Von jenem historischen Tage ab datieren die Bemühungen Amerikas, jede wirksame deutsche Kriegführung gegen England zu durchkreuzen. Obwohl Deutschland wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß die Kriegsgebietserklärung lediglich die Antwort auf den völkerrechtswidrigen Aushungerungskrieg Englands gegen unsere Frauen und Kinder bilde, stellte sich Amerika unter völliger Nichtachtung dieser Tatsache auf den Standpunkt, daß amerikanische Bürger unbehelligt auch auf feindlichen Handelsschiffen über den Ozean reisen dürfen. Die deutsche Regierung sah sich veranlaßt, diesem Standpunkt Rechnung zu tragen. Es kam aus Anlaß verschiedener „Fälle“ zu Verhandlungen. Im Laufe dieser konnte Deutschland dem Staatssekretariat in Washington den Beweis erbringen, daß England gegen jeden bisher geltenden Brauch nicht nur seine Handelsschiffe bewaffnet, sondern auch den Handelskapitänen Anweisung zum Angreifen der Unterseeboote mittels der Schiffsgepöcke gegeben und sogar Prämien auf die Zerstörung deutscher Unterseeboote gesetzt hatte.

Die Folge dieser Verhandlungen war das denkwürdige Memorandum vom 18. Januar 1916, das vom Staatssekretär Lansing unterzeichnet war. Dieses Memorandum darf nicht in den Hintergrund gedrängt werden durch all das, was inzwischen geschehen ist. In ihm brachte das amerikanische Staatssekretariat klar zum Ausdruck, daß bewaffnete Handelsschiffe als Hilfskreuzer anzusehen seien; denn die Aufstellung von Geschützen auf Handelsschiffen könne nur durch die Absicht erklärt werden, Handelsschiffe den Unterseebooten an Stärke überlegen zu machen. Das Memorandum schloß mit dem folgenden Gutachten des Staatssekretärs Lansing: „Bei der Unterbreitung dieses Vorschlages als Grundlage für die bezüglichen Erklärungen der kriegführenden Regierungen gehe ich von der vollen Ueberzeugung aus, daß jede Regierung in erster Linie

5.11.1917

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Der zuerst durch die Mitteilung des Reuter-Bureaus bekannt gewordene amerikanische Schritt gegenüber Deutschland hat in den hiesigen diplomatischen Kreisen keine Ueberraschung oder Beunruhigung hervorgerufen. Unter den möglichen Folgen des verschärften Unterseebootkrieges hatte man selbstverständlich von vornherein auch den nunmehr eingetretenen Fall ins Auge gefaßt. Es ist dies keine nachträgliche Verstellung. Vielmehr ist von Seiten der deutschen Regierung gleichzeitig mit der Ansage des verschärften Unterseebootkrieges die Erklärung in die Welt gegangen, daß die Mittelmächte entschlossen seien, den von ihnen zur Abkürzung des Krieges gewählten Weg auf alle Fälle bis ans Ende zu gehen. Es ist aber auch mit Berufung auf die erfolgreichsten Heerführer des Weltkrieges gesagt worden, daß hinter dieser Entschlossenheit die Kraft vorbereitet steht, jeglicher neuen Wendung der Dinge zu begegnen.

Die erste durch den verschärften Seekrieg hervorgerufene Aenderung in der weltpolitischen Lage geht von Amerika aus. Diese Wendung ist noch nicht der Krieg, noch nicht jenes grauenvolle Messen der gesamten Volkskräfte, von dessen Lärm und Leiden die europäische Welt seit dreißig Monaten erfüllt ist. Vorderhand hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nur die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Der Zustand, der hiemit zwischen den beiden Ländern eingetreten, ist uns aus den Erfahrungen der hinter uns liegenden Kriegsmonate zur Genüge bekannt. Die diplomatischen Vertreter werden beiderseits von ihren Posten entfernt, es entfällt die Möglichkeit einer direkten Ansprache, und wenn der Wunsch oder die Notwendigkeit einer Mitteilung entsteht, muß neutrale Vermittlung hierfür in Anspruch genommen werden. Im gegenwärtigen Kriege war Amerika selbst oft genug dieser Vermittler. Jetzt müßte er vorkommendenfalls aus dem wieder enger gewordenen Kreise der noch Neutralen gewählt werden.

Amerika hat die Beziehungen vorläufig nur zum Deutschen Reiche abgebrochen. Bis zu den Abendstunden des heutigen Tages, da diese Zeilen geschrieben werden, ist noch kein analoger Schritt Amerikas gegenüber Oesterreich-Ungarn erfolgt. Weder hat hierher amerikanische Botschafter Mr. Penfield seine Pässe verlangt, noch sind unserem Geschäftsträger in Washington, soweit man hier unterrichtet ist, die seinigen zugestellt worden. Unser neuer Botschafter für Amerika Graf Larnovski ist nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen vor zwei Tagen in New York eingelangt, hat aber noch nicht die Weiterreise nach Washington angetreten und daher auch seine Akkreditive noch nicht überreicht. Ob Präsident Wilson die Absicht hegt, die Beziehungen mit der Monarchie vorläufig aufrechtzuerhalten, um auf diese Weise sich die Möglichkeit zu wahren, die diplomatischen Fäden mit den Mittelmächten ohne anberührende Vermittlung fortzuspinnen, muß abgewartet werden. Als Italien uns den Krieg erklärte, begnügte sich Deutschland, und als Deutschland an Portugal den Krieg erklärte, begnügte sich die Monarchie mit dem Abbruch der Beziehungen. Es ist nicht gänzlich ausgeschlossen, daß Wilson in sinnzweckiger Abwandlung dieses freilich auf alle Fälle künstlichen Verfahrens den Abbruch mit Oesterreich-Ungarn zunächst zu vermeiden wünscht, aber selbstverständlich maß immerhin schon in diesem Augenblick auch mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß dem Bruch mit Deutschland der mit der Monarchie entweder alsbald oder nach einiger Zeit erfolgen wird. Heute hat jedenfalls noch eine längere Unterredung zwischen unserem Minister des Aeußern Grafen Czernin

und Mr. Penfield stattgefunden, und es liegen bis zu dieser Stunde auch noch keine Anzeichen dafür vor, daß man in Washington die Abberufung Mr. Penfields aus Wien ins Auge gefaßt hätte. Natürlich würde die Initiative zur Einstellung der Beziehungen wie gegenüber Deutschland, so auch gegenüber Oesterreich-Ungarn von Amerika ergriffen werden.

Die Hauptfrage, die an dem heutigen schicksalsschweren Tage auf aller Lippen steht, ob aus dem Abbruch der Beziehungen der Krieg zwischen Amerika und Deutschland hervorgehen werde, läßt sich nicht mit Sicherheit beantworten. Auch die Tatsache, daß bereits ein amerikanisches Schiff dem Unterseebootkrieg zum Opfer fiel, muß noch nicht unbedingt den Kriegszustand herbeiführen. Nach hiesiger diplomatischer Auffassung ist es nicht notwendig, als sicher anzunehmen, daß Präsident Wilson unbedingt auf den Krieg mit Deutschland hinarbeite. Solche Absicht kann weder aus seiner bisherigen, wenngleich mitunter recht unfreundlichen Vorgangsweise, noch aus seiner letzten Botschaft an den Kongreß ohne weiteres gefolgert werden. Gerade diese Botschaft enthält Wendungen, die immerhin auch die Annahme zulassen, daß Präsident Wilson der Wunsch hegt, nach Möglichkeit dem wirklichen Kriegszustand auszuweichen. Präsident Wilson hat für den Fall, daß ein amerikanisches Schiff oder Menschenleben durch den verschärften Seekrieg zu Schaden käme, von Kongreß die Ermächtigung zur Anwendung der Mittel verlangt, die zum Schutze der Amerikaner auf dem offenen Meere notwendig wären. Diese Mittel brauchen nicht ausgesprochen kriegerischer Natur zu sein. Vielleicht denkt Wilson daran, die amerikanischen Dampfer durch die Begleitung von Kriegsschiffen vor den Gefahren des Unterseebootkrieges sicherzustellen. Er würde dann von der Ansicht ausgehen, daß die begleitenden Kriegsschiffe einen etwaigen Angriff abzuwehren imstande wären, oder aber daß die Unterseeboote es gar nicht versuchen würden, anzugreifen. Eine solche Deutung der betreffenden Stelle in der Botschaft ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Wendung: „Wir wünschen keinen hostile conflict mit der deutschen Regierung“, ist vielleicht mit Absicht so gewählt, daß eine mildere Deutung noch möglich ist. Feindselige Konflikte müssen noch nicht in kriegerischer Form ausgetragen werden. Es wäre denkbar, daß Wilson sich die Möglichkeit auch dieser Deutung offen gelassen hat. Vor allem aber lassen sich positive Folgerungen aus der Botschaft Wilsons schon aus den Grunde in diesem Augenblick noch nicht ziehen, weil man die Stimmung und Haltung des Kongresses, auf dessen Votum nach der amerikanischen Verfassung der Präsident in den Fragen von Krieg und Frieden angewiesen ist, noch nicht kennt. Wilson hat dem Kongreß seine Auffassung der Sache vorgetragen, aber so entschieden die Botschaft auch klingt, bei näherem Hinsehen entbedt man doch, daß er es vermeiden wollte, dem Kongreß die Hände zu binden.

Dies alles sind Bemerkungen, die sich aus der Erwägung der vorliegenden Meldungen und der bekanntgewordenen Tatsachen dem Urteil aufdrängen. Wollte man aus dem menschlichen Gefühl heraus, das Wilson so häufig angerufen hat, das Urteil schöpfen, so käme man dazu, einen Krieg zwischen Amerika und Deutschland oder Oesterreich-Ungarn für eine unmögliche Sache zu halten. Alles in uns sträubt sich in dieser Stunde voll hohen Ernstes, es zuzugeben, ein Mann wie Wilson, dem eben noch Worte edelster Menschenliebe, Worte des Erbarmens mit der Not im Kriege stehender Völker von den Lippen strömten, könnte das eigene Volk ohne bittersten Zwang in den Krieg treiben, könnte über sein Land all das Elend, von dem Europa seit zweieinhalb Jahren heimgejagt ist, verhängen, wenn nicht wirkliche Interessen des

Lebens und der Entwicklung dieses Volkes und dieses Landes es unabwehrbar erforderten. Wir sehen aber keine solchen Interessen der Vereinigten Staaten irgendwie bedroht. Die unbehinderte Fortsetzung von Munitionslieferungen kann uns natürlich nicht als amerikanisches Interesse von solcher Wichtigkeit gelten, daß zu seinem Schutze nicht weniger als ein Krieg notwendig wäre. Wenn amerikanische Reisende ein neutrales Land, ja wenn sie selbst das uns feindliche England zu besuchen wünschen, so stellt nicht einmal diesem bedeutenden amerikanischen Interesse unser Unterseebootkrieg ein Hindernis in den Weg. Es ist die englische Presse, die noch am Tage vor dem Abbruch der Beziehungen aus New York meldete, man halte in Amerika den Bruch mit Deutschland durchaus nicht für sicher; das Volk habe die Ueberzeugung, daß der europäische Krieg Amerika nichts angehe und daß der Präsident alles versuchen werde, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Wenn in der amerikanischen Demokratie die Ueberzeugungen des Volkes Gewicht haben, wenn in ihr die Regierungen die Zustimmung der Regierten nicht nur im allgemeinen, sondern auch zu den auf Lob und Leben gefaßten Entschlüssen dieser Regierung für notwendig erachten, dann sollte man annehmen dürfen, daß der Krieg unmöglich ist. Wenn Wilson sagt, die Amerikaner seien aufrichtige Freunde des deutschen Volkes, so können auch wir das Freundschaftsgefühl der Zentralmächte für Amerika noch mehr als bloß befeuern, wir können es beweisen. Nur aus Freundschaft für Amerika, nur wegen unseres aufrichtigen Wunsches, diese Freundschaft vor Trübungen zu bewahren, haben wir mit der Anwendung der schärfsten, uns zur Verfügung stehenden Waffen so lange gezögert. Unser Zögern hatte keinen anderen Grund, denn unsere Rechtsüberzeugung hinsichtlich des als Notwehr gegen offenkundiges Unrecht ins Werk gesetzten Unterseebootkrieges war vor einem Jahre genau die gleiche wie heute. Ein Jahr lang haben wir den Vereinigten Staaten nicht nur unsere Rechtsüberzeugung, sondern auch das Leben ungezählter Tausende unserer Volksgenossen in den Schützengräben zum Opfer gebracht. Soll es möglich sein, daß Amerika dieses Opfer gleich nichts achtet? Wir sind nicht aus Mutwillen in den Krieg gegangen, und schon gar nicht lebt in uns auch nur die Spur eines feindseligen Gefühls gegen das Land, das so vielen unseres Volkes zur zweiten Heimat geworden ist. So ist es auch weder Mutwillen, noch eine gegen Amerika gerichtete feindselige Gesinnung, sondern die blanke Notwehr, die uns in den verstärkten Tauchbootkrieg gehen heißt.

Präsident Wilson und Amerika waren Zeugen unserer Bemühungen, die Abkürzung des Krieges, die nicht nur im Interesse der Kriegführenden, sondern auch in dem der Neutralen liegt, durch andere Mittel zu bewirken, aber auch Zeugen der verbrecherischen Gewissenlosigkeit, mit der nicht bloß unser Friedensangebot abgelehnt, sondern auch alle Friedensunternehmungen der Vereinigten Staaten hohnvoll vereitelt wurden. Uns ist kein anderes Mittel gelassen worden, den Krieg abzukürzen, als die Ausübung des Notwehrrechts gegen die britische Seethrannei. Wilson kann unmöglich der Meinung sein, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg die Dauer des Waffenganges abkürzen würde. Von allen möglichen Wirkungen einer amerikanischen Kriegserklärung ist die einer Verlängerung des Krieges die einzige ziemlich wahrscheinliche. Daß Amerika die Kriegslage selbst, wie sie sich heute darstellt, durch kriegerisches Einschreiten irgendwie wesentlich zu verändern vermöchte, ist kaum anzunehmen. Amerika verfügt nicht über ein kriegsbereites Heer, seine Wehrverfassung beruht wesentlich auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Als die gespannten Beziehungen zu Mexiko den Krieg mit diesem Land in die Nähe rückten, zeigte sich kein sonderlich starker Zulauf zu den Fahnen. Würde das

kriegsgebietes Rauffahrtsschiff nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß diese fliehen oder Widerstand leisten."

Aber sie fügte hinzu:

„Im Daseinstampfe, den Deutschland zu führen gezwungen ist, kann ihm jedoch von den Neutralen nicht zugeholfen werden, sich mit Rücksicht auf ihre Interessen im Gebrauche einer wirksamen Waffe Beschränkungen aufzuerlegen, wenn es den Gegnern gestattet bleibt, ihrerseits völkerrechtswidrige Mittel nach Belieben in Anwendung zu bringen. Ein solches Verlangen würde mit dem Wesen der Neutralität unvereinbar sein. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine derartige Zumutung fern liegt. Dies entnimmt sie aus der wiederholten Erklärung der amerikanischen Regierung, daß sie allen Kriegführenden gegenüber die verlegte Freiheit der Meere wieder herzustellen entschlossen sei."

Darauf erwiderte die Regierung der Vereinigten Staaten am 8. Mai indem sie natürlich die gegebenen Zusicherungen annahm:

„Die Regierung der Unionstaaten hält es für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt, verstehen zu geben, daß die Aufrichterhaltung der neu angekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Unionstaaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhängt, obwohl einige Stellen in der Note der kaiserlichen Regierung vom 4. Mai einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Unionstaaten der kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See seitens der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringstem Grade von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam, absolut, nicht relativ."

Auf diese Note vom 8. Mai gab die kaiserlich deutsche Regierung keine Antwort.

Am 31. Januar, Mittwoch der laufenden Woche, überreichte der deutsche Botschafter unserem Staatssekretär zusammen mit einer formalen Note ein Memorandum, das die folgende Angabe enthält:

„Die kaiserlich deutsche Regierung bezweifelt nicht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Situation begreifen wird, welche Deutschland aufgezwungen ist durch die brutalen Kriegsmethoden der Entente-Alliierten und durch ihre Entschlossenheit, die Mittelmächte zu vernichten, und daß die Regierung der Vereinigten Staaten weiter erfassen wird, daß die nunmehr offen enthüllten Absichten der Entente Deutschland die Freiheit des Handels wieder geben, welche sie sich in ihrer am 4. Mai 1916 an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichteten Note vorbehalten hat. Unter diesen Umständen wird Deutschland den ungerathlichen Maßnahmen seiner Feinde dadurch begegnen, daß es nach dem 1. Februar 1917 in einer Zone rings um Großbritannien, Frankreich, Italien und im östlichen Mittelmeer alle Schifffahrt, die der Neutralen eingeschlossen, aus und nach England, aus und nach Frankreich usw. durch Gewalt verhindern wird. Alle innerhalb dieser Zone angetroffenen Schiffe werden versenkt."

Ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, daß angesichts dieser Erklärung, die plötzlich und ohne eine wie immer geartete vorangegangene Verständigung die feierliche Zusage der Note der kaiserlich deutschen Regierung vom 4. Mai 1916 überlegt zurückzieht, die amerikanische Regierung keine mit der Würde und der Ehre der Vereinigten Staaten vereinbarliche andere Alternative hat, als den Weg einzuschlagen, den sie in ihrer Note vom 18. April 1916 für den Fall einzuschlagen erklärt hat, daß die deutsche Regierung nicht das Aufgeben seiner Methoden des Tauchbootkrieges erkläre und bewirke, welche sie damals anwendete und zu denen sie wieder zurückkehren will.

Ich habe daher den Staatssekretär beauftragt, Sr. Excellenz dem deutschen Botschafter mitzuteilen, daß alle diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich abgebrochen sind, daß der amerikanische Botschafter in Berlin sofort abzurufen und daß er in Uebereinstimmung mit diesem Beschlusse Sr. Excellenz die Pässe ausfolge.

Wozu dieses unerwarteten Vorgehens der deutschen Regierung und dieses plötzlichen, tief bedauerlichen Widerrufs ihrer unserer Regierung gegebenen Versicherungen in einem Augenblicke der kritischen Spannung in den zwischen den beiden Regierungen bestehenden Beziehungen sträube ich mich, zu glauben, daß die deutschen Behörden tatsächlich das zu tun beabsichtigen, wozu sie sich, wie sie uns bekanntgeben, für berechtigt halten. Ich bringe es nicht über mich, zu glauben, daß sie keine Rücksicht nehmen werden auf die alte Freundschaft der beiden Völker, auf ihre feierliche Verpflichtung, und in mutwilliger Durchführung eines unbarmherzigen Flottenprogramms amerikanische Schiffe und amerikanische Menschenleben vernichten werden. Nur wirkliche, offenkundige Daten von ihrer Seite können mich das selbst jetzt noch glauben machen. Wenn mein eingeordnetes Vertrauen in ihre Uebersetzung und kluge Umsicht sich unglücklicherweise als unbegründet herausstellen sollten, wenn amerikanische Schiffe und amerikanische Menschenleben in achlosler Uebertretung des Völkerrechtes und der deutlichen Gebote der Menschlichkeit geopfert werden sollten, so werde ich wieder vor den Kongreß treten, um die Ermächtigung anzujuchen, alle jene Mittel anzuwenden zu können, die notwendig sind, um unsere Seelen und Bürger bei der Verfolgung ihrer friedlichen und legitimen Unternehmungen auf dem offenen Meere zu schützen. Ich kann

nicht weniger tun. Ich nehme es als sicher an, daß alle neutralen Regierungen denselben Weg einschlagen werden.

Wir wünschen keinen kriegerischen Konflikt mit der kaiserlich deutschen Regierung. Wir sind aufrichtige Freunde des deutschen Volkes und wünschen ernstlich den Frieden mit der Regierung, die sein Sprachrohr ist. Wir werden nicht glauben, daß sie uns feindlich gesinnt sind, außer wenn es so weit kommt, daß sie es glauben müssen, und beabsichtigen nichts anderes, als eine vernünftige Verteidigung der unzweifelhaften Rechte unseres Volkes. Wir haben keine egoistischen Absichten. Wir trachten nur, den uralten Grundsätzen unseres Volkes in Gedanken und Handlungen treu zu bleiben, die ich in meiner Adresse an den Senat vor bloß zwei Wochen mich darzulegen bemühte, unsere Rechte auf Freiheit, Gerechtigkeit und ein unbelästigtes Leben zu schützen. Das sind die Grundlagen des Friedens, nicht des Krieges. Möge Gott es flügen, daß wir nicht durch Akte vorfälliger Ungerechtigkeit seitens der Regierung Deutschlands herausgefordert würden, uns zu verteidigen.

Nov

24

Die Botschaft des Präsidenten Wilson an den Kongreß vom 3. Februar.

Der Wortlaut der Botschaft.

Wien, 6. Februar.

Wir erhalten von der amerikanischen Botschaft den Text der Botschaft, die Präsident Wilson am 3. Februar an den Kongreß gerichtet hat.

Die Botschaft lautet in wörtlicher Uebersetzung:

„Meine Herren vom Kongreß: Die kaiserlich deutsche Regierung hat am 31. Januar der amerikanischen Regierung und den Regierungen der anderen neutralen Nationen angekündigt, daß sie vom ersten Tag des gegenwärtigen Monats Februar an in bezug auf den Gebrauch von Tauchbooten gegen alle Schifffahrt in gewissen bezeichneten Teilen der hohen See eine Politik anwenden werde, auf die Ihre Aufmerksamkeit zu lenken meine klare Pflicht ist.

Lassen Sie mich den Kongreß daran erinnern, daß die amerikanische Regierung am 18. April 1916 im Hinblick auf die am 24. März ohne Anruf oder Warnung erfolgte Versenkung des Aermelkanal-Passagierdampfers „Sussex“ durch ein deutsches Dampfboot und im Hinblick auf den dadurch erfolgten Verlust des Lebens mehrerer Bürger der Vereinigten Staaten, die Passagiere der „Sussex“ waren, an die kaiserlich deutsche Regierung eine Note gerichtet hat, in welcher sie die folgende Erklärung abgab:

Wenn es noch die Absicht der kaiserlichen Regierung ist, unbarmherzig und unterchiedslos weiter gegen Handelsschiffe durch Unterseeboote Krieg zu führen, ohne Rücksicht auf das, was die Regierung der Vereinigten Staaten als heiligen unbestreitbaren Gebote des internationalen Rechtes und die allgemein anerkannten Gebote der Menschlichkeit ansehen muß, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich zu der Folgerung gezwungen, daß es nur einen Weg gibt, den sie gehen kann. Sofern die kaiserliche Regierung nicht jetzt unverzüglich das Aufgeben der gegenwärtigen Methoden des Unterseebootkrieges gegen Passagier- und Frachtschiffe erklärt und bewirken sollte, kann die Regierung der Vereinigten Staaten keine andere Wahl haben, als die diplomatischen Beziehungen zur deutschen Regierung ganz zu lösen.

In Erwiderung auf diese Erklärung gab die kaiserlich deutsche Regierung der amerikanischen die folgende Zusicherung:

„Die deutsche Regierung will gleichzeitig ihr Verstehen zeigen, um, so lange der Krieg noch dauert, eine Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen, ein Ziel, das die Freiheit der Meere einschließt und in dem die deutsche Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten sich auch heute noch einig glaubt. Von diesem Gedanken geleitet, teilt die deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß die Weisung an die deutschen Seestreitkräfte erlassen ist, in Beobachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über die Anhaltung, Durchsüchung und Zerstörung von Handelsschiffen auch innerhalb des See-

6./II. 1917

Mut und Vertrauen — im Weltensturm!

Wien, am 5. Februar.

Die Heimsuchung der Menschheit scheint noch nicht groß genug zu sein; noch nicht genügend scheint die Zahl der Kriegsführenden und Kriegsschauplätze. Neue Kriegsgefahr droht am Horizont. Die Reihe unserer Feinde soll sich vermehren; in dem Land, das uns den Friedensengel senden sollte, rittelt Mars am Schwert. Es soll allem nach keinen Streifen Landes, keine Ozeaninsel mehr geben, die nicht in den Weltenbrand hineingezogen würde. Bis zur Reize soll die Menschheit den Leidenskelch kosten. — Was sagt ihr Weltweisen des letzten Jahrhunderts zu diesem Zusammenbruch aller Zivilisation, zu diesem Kampfe aller gegen alle? Immerfort spricht und schreibt ihr von Kultur und Fortschritt; sie schienen um so sicherer, je mehr die Menschheit nur sich selbst vertraute, fern von allen Gottes- und Jenseitsgedanken sich selbst genüge. Immerfort schreibt ihr von Völkerverbrüderung und Völkerharmonie; sie schienen um so sicherer, je mehr es Handelsflotten, Eisenbahnen, Kaufleute gäbe, ein Weltende mit dem andern verknüpfend. Nun habt ihr die Früchte. Ein Wüten und Kämpfen, dergleichen unser Planet nie sah; alle technischen Erfindungen und Entdeckungen gleichsam nur gemacht, um die Menschheit mit wahnwitzigen Mordwerkzeugen und Zerstörungsmaschinen auszurüsten; Bibliotheken, gleichsam nur geschrieben, um Machiavellianer großzuziehen; Telephone, Telegraphen, freie Journale und Unterseekabel, gleichsam nur eingerichtet, um Kraft und Tragweite von Lügen und Verleumdungen zu vermilionenfachen; die Welt mit Worten von Freiheit und Selbstherrlichkeit des Einzelnen wie mit ewigen Platzregen überoffen, die Welt mit freien Parlamenten und Verfassungen beglückt — und nun lumpige Tribunen wie ein Lloyd George, wie ein Briand, wie ein Sonnino imstande, ganze Völker zu terrorisieren und zu tyrannisieren, wie nie auf dieser Erde tyrannisiert wurde — und ganze Völker wie Schafherden zur Schlachtbank geführt! Wahrhaftig, wer jetzt noch nicht einsieht, daß diese Erde verflucht ist, daß die Sünde im Menschenreich wuchert, daß wir auf uns selbst gestellt und uns selbst genügend nur immer in Kannibalismus enden, daß wir Erlösung brauchen, daß wir nur im Glauben an Gott und Jenseits Gesittung und Frieden finden, wer dies nach 5000 Jahren Weltgeschichte und nach 2¹/₂ Jahren Weltkrieg noch nicht erfährt, dem ist nicht zu helfen. Ein Philosoph spricht einmal von der Erde als dem Ort, où le coeur se brise ou se bronce — wo das Menschenherz brechen oder versteinern muß. In der Tat — es muß heute brechen oder versteinern außerhalb des Gottesglaubens.

Warum wohl läßt die Vorsehung eine eventuelle Erweiterung und Verlängerung der Kriegsheimsuchung zu? Warum scheint der Allmächtige, ohne dessen Willen kein Haar vom Haupte, kein Sperling vom Dache fällt, zuzulassen, daß übelwollende Machthaber, gegängelt von bloßen Spekulanten und Goldjägern, Kriegsnot und Kriegsleid mehren; daß die Erde immer mehr Blut Unschuldiger trinkt? Wahrscheinlich, weil die Menschheit noch nicht genügend gelernt hat, noch nicht genügend geläutert ist. Weil noch zu wenig Abshüttelung unheilvoller Firtümer und Vergehen. Weil die Menschheit noch allzuviel und allzuhäufig geschändet wird von Typen, denen Leid nur Anlaß zu Hohn, denen Kriege nur Anlaß zu

Beutezügen. Weil fast überall noch die Wucherer sich blähen, die Spekulanten mehr als je spekulieren, weil weithin noch die Gelehrten unbefehrt einhergehen, die Zeitungsschreiber mehr als je das Volk verdummen, die Diplomaten und Politiker aus dem Bannkreis der Plutokratie, der bloßen Wirtschaftsinteressen und Machtgedanken nicht loskommen; weil breite Massen trotz der Totenselder und Lazarettbilder das Sichbelustigen an frivolen Theaterstücken, in seichten Tingeltangeln nicht lassen können. Cornelius Scipio Nasika wollte einst die Zerstörung Karthagos durch Rom vermeiden wissen, denn wenn diese Stadt, die stärkste Nebenbuhlerin des römischen Reiches, die mächtigste und reichste der Feinde, vernichtet würde, so sei auch die Rom im Zaum haltende Schrecknis vorbei, sei die Gefahr der Entartung Roms da. Scipio hatte nicht Unrecht. St. Augustin schreibt in seinem „Gottesstaat“: Nach der Zerstörung Karthagos brachen so viele Uebel über den römischen Staat herein, dessen Sitten durch Wohlstand und Sicherheit in die größte Verderbtheit versanken; und so große Drangsale führte diese Sittenverderbnis herbei, daß das so schnell gestürzte Karthago ihnen offenbar größeren Schaden zufügte, als das stehende und feindliche Karthago ihnen je hätte antun können. — Vielleicht wird den Mittelmächten der Sieg über das moderne Karthago und seinen Anhang durch das mögliche Auftauchen neuer Feinde erschwert, verzögert, bis ein Seelenzustand dieser Mächte erreicht, dem ein Sieg nicht mehr gefährlich.

Aber siegen werden wir. Und wenn die Welt voller Teufel wäre. Und wenn noch neue Feinde zu dem Duzend bisheriger kommen. Denn wir kämpfen für die bessere, gerechtere Sache. Wir wollen keine Pharisäer sein, in der Heimat nur ein Engelsreich, beim Gegner nur Teufelswelten sehen. Wir dürfen nicht schlechtthin sagen, der Weltkrieg sei der Kampf zwischen Händlern und Helden, zwischen Idealisten und Plutokraten, zwischen dem military type und dem industrial type, zwischen Christen und Freimaurern; diese Dinge sind unter beide Teile gemischt. Aber was den Geist der öffentlichen Zustände, die Gerechtigkeit der Staatsführung, die Gesundheit der Verfassung, die Veranlassung des Krieges, die Politik während desselben betrifft, sind wir den Gegnern unendlich überlegen. Wie groß steht die vom Gedanken des Gottesgnadentums beseelte, von religiös-sittlichen Gefühlen durchtränkte monarchische Verfassung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands neben den auf seichte Aufklärungsphilosophie gegründeten Verfassungen Frankreichs und Amerikas, wo aus korrupten Wahlen hervorgehende Führer dazu verurteilt sind, bloße Sprachrohre von Finanzleuten zu sein? Oesterreich stellte sein Ultimatum an Serbien und erklärte Krieg, weil ihm der herrliche Thronfolger ermordet worden war und weil es galt, Verschwörernester auszuheben. Wie sittlich ist solches Kriegsmotiv neben dem sacro egoismo, der zwei einstige Bundesgenossen, Italien und Rumänien, zum bloßen Raub über die ehemaligen Freunde und Förderer herfallen ließ? Wie groß ist der österreichische Staatsgedanke, monach gemeinsame Geschichte und Kultur, gemeinsame Verschweißung mit einem Herrscherhaus durch viele Jahrhunderte hindurch, höhere Bindung bedeutet, als die bloße gleiche Beschaffenheit des Blutes und der Sprache? Wie herrlich steht die Sozialpolitik Deutschlands, seine staatliche Versicherung und Versorgung des vierten Standes neben der Innenpolitik Englands mit den schauerlichen Proletariervierteln seiner Riesenstädte, neben der Innen-

6. II. 1917

lassen. Wie immer die Würfel fallen mögen, ein Fluch wird über dem erbärmlichen Spiele liegen, das man mit dem Gedanken des Friedens getrieben hat. Die Ablehnung des Friedensangebots ist die Untat, die das Signal zu dem furchtbaren Endlampf und zu dem noch verhängnisvolleren Enderfolg gegeben hat.

Die Mittelmächte sind durch mehr als zwei Jahre mit Auszehrung bedroht worden. Wir alle wissen, daß das kein leeres Spiel mit Worten ist. Das Gleichnis von der belagerten Festung ist kein bloßes Gleichnis. Der Krieg ist an sich blinde Wiedervergeltung und so hat denn ein Auszehrungsplan den anderen geboren. Sobald man einmal in den satanischen Zirkel geraten war, den der Friedensfreund fürchtet und vermeiden möchte, gab eben eine Folge die andere. Da sich der rein animalische Lebensinstinkt jedes Gesundsinigen gerade gegen diese Androhung mit wildem Grausen auflehnt, so ist die Vergeltung des Hungers mit Hunger die unentrinnbare Schlußfolgerung. Sie hat die Gewalt einer aus der physischen Natur geschaffenen Zwangsvorstellung und Präsident Wilson hat angesichts solcher Gedankenverknüpfungen leicht reden von amerikanischen Schiffen, Waren und Reisenden. Völker können nicht Hungers sterben wollen — das ginge über die höchste moralische Kraft. Einzelne können so viel Ethik, so viel Kraft besitzen und haben zuweilen das Recht, zuweilen selbst die Pflicht solchen Opfers — für große Volksgemeinschaften wäre ein solches Recht und solche Pflicht vorweg absurd. Und darum redet Wilson, der vor kurzem zu unseren Herzen gesprochen hat, heute an uns vorbei, seine Worte zünden diesmal nicht, sondern machen uns frösteln.

Den Hunger mit Hunger zu vergelten, werden die Tauchboote als taugliches Mittel erklärt. England, Frankreich und Italien sollen die Zufuhren abgeschnitten werden — es ist genau das, was uns schon getan worden ist. Anders aber sind die Mittel.

Die Westmächte haben unsere Flagge von den Meeren verbannt, keins unserer Handelsschiffe befährt die hohe See über Wasser. Die Uebermacht an Großkampfschiffen hat das bewirkt. Wäre es das allein, wir wären nicht abgeschnitten, denn die neutrale Schifffahrt hätte uns über neutrale Länder im Wege Rechtsens zugeführt, was wir brauchen. Hier setzte der erste Uebergriff Englands ein. Dieselbe Uebermacht an Großkampfschiffen sperrte den Neutralen diese Handelswege widerrechtlich. In den Beschränkungen der neutralen Schifffahrt waren die Neutralen und wir getroffen. An diesem Punkte setzt nun ein neues Schuldmoment ein: Die Neutralen begaben sich des Einspruchs, einzelne dazu zu schwach und sich zu verbinden entweder nicht geeignet oder nicht gewillt. Die Antriebe zur Abwehr waren sehr gering, denn die Entente beschäftigte allein die neutralen Kauffahrer reichlich und lohnend und versorgte sich damit mit allem, was sie brauchte. Diese Duldsamkeit tat uns unrecht, dieses Unrecht war um so empfindlicher, als nicht nur den Feinden Brot, sondern auch gegen uns tödende Waffen verfrachtet wurden. Wohl gemerkt, das Recht läßt diese Verfrachtung zu, aber sie wird durch ihre Einseitigkeit dennoch Unrecht.

Diese Einseitigkeit auszugleichen, wurde eine Waffe erfunden, von der das geltende Recht überhaupt noch nichts wußte und also nichts auszusagen konnte, das Unterseeboot. Soweit diese Waffe bloß feindliche Flaggen von der Oberfläche des Meeres strich, war sie unanfechtbar. Aber England und Frankreich versorgen sich nicht bloß durch eigene Schiffe, sondern durch die Fahrzeuge aller neutralen seefahrenden Nationen. Auszehrung Englands heißt Vöschung auch der neutralen Flaggen: Da aber fast ganz Europa in zwei Kampflager geteilt ist, von denen das eine die Hälfte der neutralen Fracht schon beseitigt hat, so bedeutet Wiedervergeltung nunmehr, daß auch die ganze andere Hälfte gelöscht, daß die neutrale Zwischenfracht überhaupt aufhört, daß das ganze Meer ringsum verödet wird. Das trifft im Augenblick die Neutralen schwer, zum Teil sogar schwerer als England selbst. Dieser Punkt offenbart den tragischen Konflikt, in den die Neutralen zwischen den Kämpfenden geraten müssen.

Das ist das Neue, Besondere und Kritische in

der Lage besonders Deutschlands. Schon deshalb, weil jeder die erste Hälfte seines Besitztums leichter opfert als die zweite. Die Neutralen haben nun die Wahl, ihre Schiffe über die Weltreise hinweg in den Heimathäfen liegen zu lassen oder andere Auskunstmittel zu ersinnen. Es scheint nun leicht verständlich, daß die Vereinigten Staaten, diese junge Weltmacht, zu stolz sind, ihre Flagge wegen Gefährlichkeit einzuziehen. Sie können sich darauf berufen, daß sie niemandem Feindseligkeiten zugefügt haben und also keinen Anlaß haben, Feindseligkeiten zu ertragen. Dem Kriegshandlungen sollen sich auf Kriegsführende beschränken. Soweit wäre Amerika auch uns verständlich, obwohl verstandesmäßiges Begreifen des Dritten das Handeln in eigener Not nicht ersparen kann. Es darf jedoch nie vergessen werden, daß sich Deutschland schon einmal Amerikas Standpunkt unterworfen hat, daß diese freiwillige Unterwerfung in der Erwartung geschah, daß nunmehr Amerika auch den anderen Teil zur Rückkehr auf das alte Recht zwingen und damit das Gespenst des Hungers ebenso von Deutschland nehmen werde wie von England. Das war billig und war gerecht und wäre auch klug gewesen. Denn nur so hätte sich das von Wilson angekündigte Ziel erreichen lassen; war Deutschland nicht zu Lande auszuhungern und England zur See nicht zu besiegen, dann war eben der Kompromißfriede der einzig gegebene Ausweg.

In jenem Versagen Amerikas nach der anderen Seite lag sein besonderer Anteil an der Schuld und darüber wird es alle jene nicht täuschen, die sich mitten im allgemeinen Leide Mühe geben, auch dem Feinde und dem Dritten gerecht zu werden, in der Ueberzeugung, daß der lautere Wille zur Gerechtigkeit stärker macht als der Taumel geflüchteter Rechthaberei. Amerika löst seine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Sein Stolz verträgt es nicht, daß die einmal von Deutschland ihm gemachte Zusage zurückgezogen wird, sein immer reges Wirtschaftsinteresse verträgt die Stillsetzung seiner Handelschifffahrt nicht und also antwortet es mit der Kündigung der Freundschaft. Noch ist diese keine Ansage der Feindschaft und dieses allerletzte Wort ist zur Stunde noch nicht gesprochen. Aber viele Kräfte scheinen am Werke, noch diesen letzten Schritt zu tun und das Unheil des Krieges auch auf die Neue Welt auszudehnen, auf daß auch nicht ein Fleck der bewohnten Erde von diesem Weltenbrand verschont bleibe. Das Furchtbarste, was überhaupt der Geschichte des Menschengeschlechts beschieden sein kann, scheint somit den heute Lebenden vorbehalten und nichts, auch das Letzte nicht erspart

Auch das Letzte nicht erspart.

Die ganze Welt steht heute unter dem erschütternden Eindruck äußerster Entschlüsse in allen Lagern. Kaum überbietbar schienen die Spannungen des Krieges, das Entsetzen seiner Mittel, die Leidenschaft der Parteien, die Tragweite seiner Entscheidungen. Von Monat zu Monat waren sie ja gewachsen, und der Krieg der Musketen, mit denen im August 1916 die Katastrophe einsetzte, schien idyllisch gegen den Krieg gigantischer Mörser und Haubitzen, dessen Zeuge wir in den Herbsttagen waren. Nun aber erleben wir noch eine Steigerung der Kriegsmittel, noch eine Ausbreitung des Kriegsschauplatzes, noch neue internationale Entwicklungen, und nicht einmal das liegt außerhalb des Kreises der Möglichkeiten, daß neue Kriegsführende auf den Plan treten. So schaurig läßt sich die Endphase des europäischen Völkerringens an!

Als der Präsident der Vereinigten Staaten seine Friedensbotschaft in die Welt gehen ließ, war kein Grund, an dem Ernst seiner Absichten zu zweifeln und von dem Oberhaupt der größten Demokratie der Erde sich etwa der alten Diplomatenlist zu versehen, die immer dann, wenn sie an Krieg denkt, am lautesten von Frieden redet. Was Wilson bot, das war ein Kompromißfriede. Jede von beiden Parteien mochte finden, daß er gerade ihrem Standpunkt zu wenig gerecht werde — das empfindet bei einem Kompromiß jeder und diese Empfindung allein hätte nichts verschlagen. Hätte der Krieg so geendet, daß es weder Sieger noch Besiegte gegeben, hätte sich die Entente in die angebotenen Verhandlungen eingelassen, dann wäre ein Friede möglich gewesen, der vielleicht alle verdroffen, aber keinen als unversöhnlichen Haßer zurückgelassen, der mit einem neuen Gleichgewicht der Mächte und Interessen, mit der gleichen Teilnahme aller an der Beherrschung und Nutzung der Erde geschlossen hätte.

Nun aber hat die schmähende Zurückweisung jedes Versöhnungsversuches nicht nur die Waffen noch verschärft, sondern die Kluft zwischen den Völkern noch erweitert und vertieft, nun hat der Fortgang des Krieges, den ein diplomatischer Friede nicht schließen sollte, bis zu seinem militärischen Schluß, soweit bis heute wenigstens das Auge ausblickt, nichts anderes übrig gelassen als das furchtbare Dilemma Sieg oder Niederlage. Was sich daraus für jeden Teil ergibt, wissen wir: Jedes irdische Geschöpf steht unter dem Gebot der Selbsterhaltung, einem geradezu physiologischen Gebot, dem gegenüber Politik und Moral überhaupt verstummen. Dennoch ist uns erlaubt, einen Augenblick über die eigene Lebensnot hinauszudenken und des gemeinsamen Endschicksals aller uns zu besinnen. Für uns allesamt wird in Zukunft Sieg und Niederlage des einen oder anderen ein furchtbares Verhängnis; Sieg und Niederlage graben tiefe Furchen in die Seele der Völker und aus diesen Furchen sprießen die Unkräuter der Ueberheblichkeit und des Hasses; Sieg und Niederlage nach so furchtbarem Ringen schaffen ganz andere, ganz einseitige Machtverhältnisse in der Welt und diese werden sie auf Menschenalter nicht zur Ruhe kommen

8.7.1917

Die Vereinigten Staaten und die Neutralen.

Zu einer einheitlichen Friedensaktion schien Wilson früher alle neutralen Staaten vereinigen zu wollen, heute erstrebt er offenbar deren Zusammenschluß zum einigen Vorgehen in der Tauchbootfrage. An Beweggründen zu solcher Vereinbarung fehlt es in der Tat nicht, wenigstens bei den seefahrenden Völkern. Für sie ist dieser Weltkrieg die große wirtschaftliche, für manche Macht unter ihnen sogar die große politische Konjunktur. Recht und Geschäft gehen dabei verschiedene Wege. Die Rechte der Neutralen sind von den Ententemächten zu Wasser und zu Lande in unerhörter Weise beschnitten worden, aber diese moralische Wunde fand Heilung in beispiellosen Geschäftsgewinnen. Dem Rechte nach darf jede neutrale Seemacht Handel treiben mit beiden kriegsführenden Gruppen — Bannware und Blockade im Sinne der Pariser Seerechtsdeklaration bildeten dabei die einzigen Schranken. Der Verkehr mit den Mittelmächten ist ihnen trotz rechtlicher Möglichkeit durch widerrechtliche Zwangsmassregeln der Entente praktisch entzogen worden — die Ostsee ausgenommen, die England nicht beherrscht. Darüber sahen die Neutralen bald hinweg, da ihnen auf der anderen Seite die Westmächte vollen Ersatz gaben. Die Schifffahrt aller Neutralen stellte sich trotz dem hohen Risiko in den Dienst der englischen Banngutbeförderung und ließ sich dafür märchenhafte Summen bezahlen. Sie unterwarfen sich willig und ohne viel Bedenken allen englischen Schikanen, ließen die Post von ihren Schiffen stehlen, ihre Firmen, die mit Deutschland Handel trieben, auf die Schwarze Liste setzen, ihren Schiffsverkehr mit deutschen Häfen völlig unterbinden, ihre Lebensmittelzufuhr rationieren und von englischen Ueberwachungsbeamten im eigenen Lande kontrollieren, sie beugten sich der Anordnung, daß ihren Schiffen Bunkerkohle in England nur noch gegen Fahrten für England verkauft wurde; alles das in Ausnützung der außerordentlichen Konjunktur des Krieges. Und jene Ueberseestaaten, die selbst nicht Seeverfrächter sind, verkauften die Erzeugnisse ihres Ackerbaus, ihrer Viehzucht, ihrer Bergwerke zu ganz unwahrscheinlichen Preisen. Die Neutralen, die nicht wie die Schweiz durch ihre Lage von dieser Konjunktur ausgeschlossen sind, verwandelten sich in Lohnfrächter und Lohnwerker der Entente und die kapitalistische und agrarische Herrenklasse dieser Länder, die ja leider auch dort die Presse beherrscht und den Staat regiert, erkannte bald in der Kriegsführung der Entente ihre Gelegenheit, in dem unbehinderten Seeverkehr den Gelegenheitsmacher. Unbehindert ist nicht so viel wie frei, die Needer und Händler sagten sich ähnlich wie der berühmte Damenbesuch bei Law: Schifaniert uns immerhin, wenn ihr uns nur reichlich zu verdienen gebt! Wohl mußte England für die Gegenstände, die ihm die gequälten Neutralen unter dem Drucke dieser Daumenschrauben leisteten, schwer bezahlen, und nie standen die heimischen Schiffahrtswerte an den Börsen in Amsterdam, in Kopenhagen und Christiania so hoch im Kurse wie in der letzten Zeit des Krieges. Je ernster England den Krieg zu nehmen, je größere Truppen- und Geschossmassen, je gewaltigere Lebensmittelvorräte es zu verfrachten hatte, desto leidenschaftlicher nahm diese Geschäftswelt Partei für die „Freiheit der Meere“, wie sie England versteht. Diese ist nicht „Freiheit allerwege“, sondern Freiheit auf der einen Seite, und zwar auf der zurzeit leistungsfähigeren.

Und die andere Seite? Seit sie als belagerte Festung abgeschlossen ist, haben die Kaufahrer an ihr das Interesse verloren. Nicht nur das: Deutschland besaß vor dem Kriege die zweitgrößte Handelsflotte der Welt — je länger der Krieg dauert, je mehr deutsche Schiffe stillgelegt oder nach portugiesischer Methode weggenommen werden, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß andere vorrücken. Wie gemeldet wird, haben sich in den neutralen Seestaaten Schifffahrtsgesellschaften ohne Zahl gebildet, allesamt bereit, die englische Seepolizei gegen englisches Geld einzutauschen. Was soll nun die andere Seite tun? Daß es Deutschland mit der vollen Freiheit der Meere

im alten Sinne der Gleichberechtigung und des gleichen Anteils aller Ernst ist, kann kein Einsichtiger bestreiten. In diesem Punkte steht Deutschland den Vereinigten Staaten weitaus näher England. Das Verhängnisvolle liegt in den Mitteln, mit denen die Mittelmächte um diese Freiheit zu kämpfen genötigt sind; England entrechtet die Seefahrer, indem es sie zugleich reichlich beschäftigt und fürstlich bezahlt, Deutschland verschafft ihnen die zukünftige Vollfreiheit, indem es ihren Verkehr gegenwärtig durch den U-Boot-Krieg stilllegt oder ihre Schiffe vernichtet — es glaubt, kein anderes Mittel zu haben. Der Gedanke hat an sich etwas Tragisches, daß die Freiheit nur durch Hemmung und Vernichtung erkaufte werden kann, während die Unfreiheit durch Kauf zur wirtschaftlichen Wohlfahrt wird. In diesem tragischen Gegensatz liegt die ganze Schwierigkeit von Deutschlands augenblicklicher Stellung.

Der Tauchbootkrieg soll England treffen; aber er trifft es nicht so sehr im englischen als im neutralen Schiffe und vor allem in der neutralen Ladung. Die Weltschifffahrt im Dienste Englands und seiner Verbündeten soll stillstehen, das ist zwar nicht der letzte Sinn der deutschen Seesperverklärung vom 31. Jänner, wohl aber ihr mitbeabsichtigter Erfolg! Und mit der Weltschifffahrt auch die Welterzeugung, soweit sie zur Ausfuhr nach England bestimmt ist! Wird dieser Gedanke verwirklicht, so ist für die neutralen Kapitalisten das Feld ihrer Tätigkeit geschlossen; ihnen bleibt nur noch die bescheidene Arbeit für das eigene Land, die im Frieden ihren Mann recht und schlecht ernährte, aber keine Phantastegewinne abwarf wie jetzt im Kriege. Der Zwang zu so plötzlichem Verzicht auf den Milliardensegel der Kriegsgewinne muß doch das ganze zu hoch aufgepeitschte Wirtschaftsleben der Neutralen einer Krise zutreiben. Trifft dieser Zwang Staaten wie Holland, deren Volksmassen zudem drei Viertel ihres Nahrungsbedarfs von Uebersee beziehen, dann bedroht er sie zugleich mit einer Ernährungskrise. Kolonialstaaten wie die amerikanischen freilich werden durch diesen Zwang von der schon heute infolge von Ueberausfuhr bestehenden Ernährungskrise befreit.

Das rechtliche Zukunftsinteresse der neutralen Staaten, das gegenwärtige Wirtschaftsinteresse ihrer herrschenden Klassen und das Lebensinteresse ihrer Massen weichen in jedem neutralen Lande nicht nur weit voneinander ab, sie sind auch von Land zu Lande verschieden. Rein auf das rechtliche Zukunftsinteresse ist beinahe nur die Schweiz als Staat, als Bourgeoisie und als Volkskörper gestellt; nur wenig anders liegen die Dinge in Schweden und volle Abnahmöglichkeit seiner ländlichen Produkte hat Dänemark in jedem Falle. In Norwegen aber wie in Holland ist das Verfrächterinteresse der Bourgeoisie in fataler Weise mit der Lebensnotdurft der Massen verknüpft und in den Vereinigten Staaten spricht einzig und allein das kapitalistische Erzeuger- und Verfrächterinteresse gegen den deutschen U-Boot-Krieg. Aus diesen Verschiedenheiten erklärt sich das verschiedene Verhalten der Neutralen zu der Anregung des Präsidenten Wilson, sich seinem Vorgehen einmütig anzuschließen.

Ein Zweifel ist nicht leicht möglich, daß Amerikas Verhalten in dieser Frage den Mittelmächten feindselig und kein Friedensmittel, sondern eher ein Anstoß zur Erweiterung des Krieges ist. Trotzdem könnte sich einmal unter bestimmten Voraussetzungen auch dieser Schritt — denkbarer, aber ganz unwahrscheinlicherweise — zum Guten wenden und dem Frieden dienen. Wenn er erleuchteten Staatsmännern der Neutralen die Handhabe böte, Wilsons Anregung zu erweitern: Protestiert gegen den Tauchbootkrieg, aber protestiert zugleich gegen die widerrechtlichen englischen Aushungerungsmethoden, rettet die Freiheit der Meere nach beiden Seiten, führt das Seerecht zurück auf den alten Stand! Hebt mit dem unbeschränkten Torpedo zugleich die Ausdehnung der Bannwarelisten, die papierene Blockade, die Theorien vom Kriegsgebiet zur See und von der fortgesetzten Reise, die Kontrolle der Ueberseetrusts auf! Schaffet noch einmal wie im Siebenjährigen Kriege eine „bewaffnete Seeneutralität“ und alle Neutralen werden hievon den größten Vorteil, die Welt aber einen baldigen Frieden ernten!

Dieser Ausweg wäre zwingend, er würde auch gegangen, wenn nicht auch in den neutralen Ländern

Kapitalinteressen den wahren und dauernden Staats- und Volksinteressen vorangingen! Da dem einmal so ist, so wird auch diese Völkerrechtskrise die Welt nur weiter in die Kriegskatastrophe verstricken!

Abonnementpreise des Blattes:

Mit täglicher Zustellung für 1000:

monatlich	fl. 2.70
vierteljährig	fl. 7.50
halbjährig	fl. 15.—
ganzzjährig	fl. 30.—

Ohne Zustellung:

monatlich	fl. 2.40
vierteljährig	fl. 7.—
halbjährig	fl. 14.—
ganzzjährig	fl. 28.—

Mit täglicher Postzustellung:

Für das Inland:

monatlich	fl. 2.—
vierteljährig	fl. 8.80
halbjährig	fl. 17.60
ganzzjährig	fl. 35.20

Für das Ausland:

vierteljährig	fl. 15.—
---------------	----------

Inserate werden in sämtlichen Inseratenbüros des In- und Auslandes aufgenommen.

Motto: Weisheit und Fortschritt!

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage“ monatlich . . . 20 Heller mehr

Nr. 15898

Bogsony, Freitag, 9. Feber 1917.

46. Jahrgang.

Ein Angriff des Feindes östlich des Casinutales vereitelt. Erfolgreiche Unternehmungen bei Tolmein und in der Vallarsa. Engländer auf den Nordufer der Ancre. Die Neutralen an Wilson. Die nordamerikanischen Staaten lehnen ab.

Es wurden durch unseren Gegenstoß schnell ausgeglichen.

7. Heeresgruppe Kronprinz.

Im Aire-Tal und bei Baugnois östlich der Argonnen holten Stoßtruppe 17 Gefangene aus den französischen Gräben.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Bei Riefelin, westlich von Luck, war ein Erkundungsvorstoß für uns erfolgreich.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

In den verschneiten Karpathen und im Berggelände der westlichen Moldau mehrfach rege Feuertätigkeit und Gefechte von Streifabteilungen.

Nun ist Wilson seiner Abstammung nach Engländer. Er ist in der englischen Weltanschauung herangebildet, seine Muttersprache ist die englische und sein ganzes Sinnen ist nach englischen Schnitten, und darum hat Wilson alle jene, die vertrauensvoll nach Nordamerika blickten, wenn man den Hüter für die Wahrung völkerrechtlicher Bestimmungen suchte, schon in den ersten Wochen des Krieges vollständig enttäuscht.

Schon in den ersten Septembertagen des Jahres 1914 fanden die deutschen Truppen auf der ganzen westlichen Front bei den gefangenen Franzosen und Engländern Dum-Dum-Geschosse in fabrikmäßiger Verpackung, so wie sie eben von der Heeresverwaltung geliefert worden waren. Da wandte sich der Deutsche Kaiser an den Präsidenten Wilson. Das Schreiben begann mit dem Satz: „Ich betrachte es als meine Pflicht, Herr Präsident, Sie als den hervorragendsten Vertreter der Grundsätze der Menschlichkeit zu benachrichtigen, daß nach der Einnahme der französischen Festung Longwy meine Truppen dort Tausende von Dum-Dum-Geschossen entdeckt haben, die durch eine besondere Regierungswerkstätte hergestellt waren.“ Und die Antwort Wilsons? Der Präsident sprach davon, daß er die Mitteilung des Kaisers, die für ihn lediglich eine „wichtige“ sei, mit „größtem Interesse zur Kenntnis genommen“ habe; der Präsident fühlte sich „hoch geehrt“, er „betet zu Gott“, daß der Krieg bald sein Ende erreichen möge, aber was die Sache selbst anlangt, so meint der Präsident „es wäre unklug und etwas verfrüht für eine einzelne dem gegenwärtigen Kampf glücklicherweise fernstehende Regierung und unvereinbar mit der neutralen Haltung einer Nation sich ein endgültiges Urteil zu bilden oder zum Ausdruck zu bringen.“ Das war alles, was der Präsident der Nordamerikanischen Union als Staatsrechtslehrer über die Anwendung der Dum-Dum-Geschosse zu sagen wußte. Man nannte das jenseits des Meeres neutral und diese Neutralität genügte, allmählig über Tausende und Tausende Gefälligkeiten gegenüber der Entente zu stillschweigender Duldung schwerster Völkerrechtsbrüche, die von der Entente begangen wurden greifen wir ein Beispiel aus der jüngsten Zeit heraus. Griechenland wird, obwohl neutraler Staat, von den Verbandsmächten geknebelt und geinartert, man hat die Verhungerungsblockade an den Küsten Griechenlands errichtet, man hat den Griechen alle Handelschiffe genommen und Hand auf die Kriegsschiffe gelegt, man mischt sich in die inneren Hoheitsrechte des Königs ein und macht sich Regierungsgeschäften und Polizeigewalt im neutralen Griechenland an, nur weil Grie-

Wilson.

Es ist ja richtig und in allen Lehrbüchern des Völkerrechtes steht es, daß der Abbruch diplomatischer Beziehungen nicht unbedingt den Krieg zur Folge haben muß. Der Präsident der Nordamerikanischen Union war, bevor er an die Spitze des mächtigen Staatswesens berufen wurde, Lehrer der Staats- und Völkerrechtswissenschaften. Er kennt sich also in den Formen des Völkerverkehrs aus; allein er nimmt aus seinem Verufe heraus auch das Recht für sich in Anspruch, in völkerrechtlichen Fragen der allein maßgebende und zur Entscheidung berufene Staatsmann zu sein. Es hat vor Kriegsbeginn und zu Kriegsbeginn auch noch einen großen Kreis hervorragender Persönlichkeiten gegeben die gerade im Präsidenten der Nordamerikanischen Union die richtige und berufene Persönlichkeit, Schiedsrichter in völkerrechtlichen Streitigkeiten zu sein, erblickten. Dadurch wurde Wilson in seiner Ansicht gestärkt und darauf ist ein Gutteil jenes stark ausgebildeten Selbstbewußtseins zurückzuführen, das wir seitdem beim Präsidenten Wilson so stark ausgebildet beobachten können.

Abgeblitzt.

Wien, am 8. Februar.

Das kriegerische Abenteuer, zu dem sich der große Pazifist Wilson entschlossen hat, läßt sich für ihn verteuert sehr schlecht an. Er, der „Einzige“, hatte geglaubt, es koste ihm nur eine herablassende Handbewegung, um die Neutralen Europas zu veranlassen, daß sie sich um die Ehre, ihre Haut für Amerika zu Markte zu tragen, nur so raufen. Aber die Theorie, der sich Professor Wilson hingegeben, war so ziemlich das graueste, das je in einer Studienstube erfunden worden ist. Alle Neutralen Europas haben Wilson eine bündige Absage zugehen lassen und sogar die Neutralen Südamerikas schickten sich an, diesem klugen Beispiele zu folgen. Selbst der biedere Revolutionspräsident Carranza von Mexiko rückt seinen Sessel eine Spanne weiter.

Nicht als der „einzige Europäer“, wie er nach seiner Botschaft an den Senat vor zwei Wochen von der Presse unserer heimischen „Wollenkuckucksheimer“ angehymnet wurde, steht heute Wilson vor uns.

Und heute hat er es schwarz auf weiß, daß er außerhalb der Marken des Landes, in dem der Dollar regiert, der reine Niemand ist. Die kleinsten Staaten schlagen dem Mann aus Amerika die Türen vor der Nase zu. Sie alle wollen nicht so, wie Wilson will. Wilson hat es glücklich zustande gebracht, die große nordamerikanische Republik zu einem Mauerblümchen zu machen, an dem auch die bescheidensten Tänzer vorbeisehen.

Da die andern Völker, mit denen Wilson Amerikas Schlachten zu schlagen gedachte, wie auf Verabredung streifen, ist man in Washington bemüht, sich selber über Hals und Kopf in kriegerische Vorbereitungen zu stürzen. Aber was die Londoner Presse bisher von den Kriegsplänen des neuesten Verbündeten zu berichten weiß, ist schwerlich geeignet, die hochgespannten Erwartungen zu rechtfertigen, die man in den Verbandsländern vom offenen Anschluß des großen Bruders jenseits des Ozeans gehegt haben mag. Abgesehen von der Eile,

scheinen die militärischen Genies der großen Republik bis zur Stunde noch nichts Welterstatterndes ausgeheckt zu haben. Mit der Ausrüstung von „Rauhreitern“, wie beim

Raub Kubas und der Philippinen, sind in einem Kriege gegen Deutschland wohl keine Lorbeern zu pflücken; Roosevelt hatte es in der Tat erheblich leichter als Wilson. Der Plan, alle Schiffe, die aus amerikanischen Häfen nach Europa fahren wollen, durch Begleitung von Kriegsschiffen zu schützen, ist sicherlich ein schönes Vorhaben, aber äußerst kostspielig und gefährlich; denn es steht nirgends geschrieben, daß die Tauchboote und Minen nur an den begleiteten, nicht aber an den noch wertvolleren begleitenden Schiffen ihre Vernichtungskünste erproben mögen. Je dichter der Schwarm, um so ergiebiger die Jagd. Wilson erfährt es in diesen Tagen, daß das Kriegsführen viel mehr Kopfzerbrechen verursacht.

Zumal wenn sich herausstellt, daß gleich die erste Voraussetzung, auf welcher man seinen Plan aufbaute, ein Luftschloß war, wie der rührende Glaube, die biederen Schweizer, Holländer, Dänen, Skandinavier und Spanier würden sich von Wilson wie Schachfiguren verwenden lassen.

Nach den ungeheuren Opfern und Erlebnissen von dreißig Kriegsmonaten, in einem Verteidigungskampfe von vier gegen zehn, ist man im eingekreisten Mitteleuropa sicherlich gegen die Neigung, den Eintritt einer neuen Großmacht in den Verband der Feinde auf die leichte Schulter zu nehmen, gefeilt. Die Kriegsgegnerschaft der nordamerikanischen Republik von der Größe Europas, mit einer Hundert-Millionenbevölkerung und unvermeßlichen Reichtümern, wäre auch für sich allein und unter anderen Verhältnissen eine ernste Sache. Eben deshalb und weil wir mit dem amerikanischen Volke durchaus in Frieden und Freundschaft leben wollten, haben die Mittelmächte während des Krieges gegenüber dem Amerika Wilsons Geduld und Nachsicht geübt bis zur äußersten Grenze des Möglichen. Während im Lande Wilsons Millionen Hände Tag und Nacht arbeiteten, um unseren Feinden die Fortführung des Krieges zu ermöglichen, während Tausende von Fabriken Mordgeschosse gegen unsere Brüder und Söhne herstellten, während Wilson alle unsere Vorstellungen dagegen brüst zurückwies, aber uns periodisch mit Protestnoten in die Flanke fiel, während drüben die Makler aus Freude über das glänzende Blutgeschäft an der Börse tanzten, meisterten wir unsere Empfindungen, hielten Augen und Ohren zu und nahmen die Sätze Wilsons, wenn er mit gefalteten Händen und zu den Wolken gerichteten Blicken — damit der qualmende Rauch der Munitions- und Geschosfabriken die Augen und den Fluß der pazifistischen Rede nicht störe — von Freiheit, Männerwürde, von Ehren und Heiligkeit deklamierte, bei ihrem Klange nicht bei ihrem Sinn. So ernstlich war es uns um die Erhaltung der amerikanischen Freundschaft zu tun.

Aber die Selbstentlarvung Wilsons, die Panktheit, mit der die Bestrafung, der moralische Sturz vom hohen Kapitol der Weltgeltung in die tarpeische Tiefe folgte, stellt alles Vorausgegangene in den Schatten. Wilson gleicht dem Parival, der, zu Höchstem berufen, aus sträflichem Unverstand die große Stunde verpaßt und mit Flächen aus der heiligen Burg gejagt wird. Was galt die Union vor dem Krieg der Welt und was gilt sie ihr heute! Ja noch zu Neujahr, selbst vor zwei Wochen hörten die Völker auf, wenn Wilson sprach, den viele für den Friedensbringer, für den Deus ex machina des blutigen Welt dramas hielten. Und heute? Kein Staat der alten und der neuen Welt ist so klein, um sich nicht als groß genug zu einer stolzen Absage an Wilson zu halten, der mit dem englischen Schatzminister Bonar Law gehofft hatte, diesmal mit fremden Fäusten die Tauchbootblockade niederbozen zu können. Eine Blase ist geplatzt. Amerika wird an der Staatskunst Wilsons lange zu tragen haben.

9. II. 1917

Unterseeboot- und Kriegsdebatte im Unterhause.

Eine Rede Bonar Law's.

London, 7. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet:

Bei Beratung über die Beantwortung der Thronrede hielt Asquith als Führer der liberalen Partei eine Rede, in der er erklärte, es dürfe sich keine Stimme eines Gegners aus persönlichen, parteilichen oder kleintlichen Gründen störend vernehmen lassen. Asquith kennzeichnete Deutschlands jüngste Politik als Politik unverhüllter Wildheit und als Kriegserklärung gegen die Neutralität.

In seiner Antwort sagte Bonar Law, die Rede Asquiths sei das bestmögliche Zeugnis für die Einigkeit im Lande in dem großen Kampfe. Seine Schlussworte gaben so gut, wie Worte es nur vermöchten, die Meinung des Landes bezüglich der Gerechtigkeit der eigenen Sache und des Anteiles wieder, den, wie England hoffe, die Neutralen in dem Kampfe übernehmen werden, deren Rechte ebensosehr wie die englischen in Frage gestellt worden seien.

In Beantwortung einer von Asquith bezüglich der Schiffsahrt gestellten Anfrage erklärte Bonar Law, die Handelsschiffe würden mehr und mehr der Regierung unbedingt zur Verfügung gestellt in der gleichen Weise, wie zu einem früheren Termin die Eisenbahnen. Man habe sich bezüglich der Schiffsahrt über ähnliche Abkommen schlüssig gemacht. Die Regierung hoffe, daß es binnen kurzem möglich sein werde, dem Hause genau die Maßnahmen anzugeben, die getroffen werden sollten.

In der Frage der Beschaffung von neuen Schiffen hat der Schiffsamtsdirektor bereits eine äußerst wertvolle Arbeit geleistet, indem der Bau einer großen Zahl von neuen Schiffen gefördert wird, und was für Verheerungen auch von den Unterseebooten angerichtet werden sollten, so hoffe ich, daß etwas geschieht, um die verlorenen Schiffe zu ersetzen.

Was die Beherrschung der See über der Oberfläche anlangt, hat die britische Marine niemals eine so vollkommene Herrschaft gehabt wie in diesem Kriege. Niemals in der ganzen Geschichte ist diese Macht mit solcher Rücksicht nicht nur auf die Rechte, sondern auch auf die Empfindlichkeiten der neutralen Mächte ausgeübt worden. Die Marine hat alles und mehr als alles getan, was von ihr erwartet werden konnte. Ohne die Marine wäre es für uns und unsere Alliierten unmöglich gewesen, diesen Krieg zu gewinnen, mit der Marine ist es trotz der Unterseeboote ausgeschlossen, daß wir der von ihnen drohenden Gefahr nicht begegnen können sollten. Neue Maßnahmen müssen erdacht werden; einige der besten Köpfe unseres Landes sind mit dieser Frage beschäftigt. Wir können uns des Gefühles nicht erwehren, daß wir die Erfahrung sich wiederholen sehen werden, die wir mit einer ähnlichen Drohung Deutschlands im Jahre 1915 gemacht haben, und wir werden sehen, daß Deutschland alles tut, was es kann, und doch keine Aussicht hat, unser Land auszuhungern und dadurch eine Niederlage herbeizuführen.

Die militärische Lage der Entente.

In einem kurzen Ueberblick über die militärische Lage führte Bonar Law aus: Es sind alle Anzeichen für einen Umschwung zugunsten der Alliierten vorhanden. Die Italiener sind infolge der Natur ihres Klimas und des Landes, in dem sie operieren, nicht imstande gewesen, mehr als Streifen durchzuführen, aber sie sind erfolgreich gewesen, und von überall her hören wir, daß der Geist der italienischen Truppen gut ist und daß wir, wenn der neue Feldzug beginnt, größeren Erfolgen entgegensehen können, als die waren, die ihre Waffen gegen Ende des letzten Feldzuges getront haben.

Wenn wir uns Rußland zuwenden, so finden wir, daß der Mut, die Entschlossenheit und die Weigerung, jemals eine Niederlage hinzunehmen, die in ihrer ganzen Geschichte die russischen Truppen kennzeichnen, sich noch ebenso wahr finden in allem, was sie tun. Trotz des schrecklichen Wetters und des Frostes haben unsere russischen Alliierten in der Gegend von Riga Fortschritte gemacht und Gefangene eingebracht; und derselbe Erfolg, wenn auch vielleicht in geringererem Umfange, ist ihnen in der Bukowina beschieden gewesen.

An Rumänien kann keiner der Alliierten ohne Kummer denken. Wir erkennen alle das schreckliche Unglück, das über das Land hereingebrochen ist, ein Unglück, zu dessen Verhinderung unser Land und unsere Alliierten gern alles getan hätten, was sie konnten. Dank der Kampfesigenschaften der dortigen Soldaten, der rumänischen und der russischen, und obwohl ein großer Teil des Landes überannt worden ist, besteht noch ein großer Teil des rumänischen Heeres und ist bereit, zu kämpfen. Durch seine Anstrengungen sind die Fortschritte der Deutschen am Sereth zum Stillstand gebracht worden und wir haben Grund zu hoffen, daß sie wenigstens keine weiteren Erfolge auf diesem Kriegsschauplatz erringen werden. Das Uebernehmen Rumäniens war ein schreckliches weiteres politisches Unglück für die Alliierten, aber es ist kein militärischer Gewinn für unsere deutschen Feinde. Sie haben die Ziele nicht erreicht, nach denen sie strebten. Sie haben sehr schwere Verluste erlitten und sind um so viel weniger als sonst imstande, die Anstrengung auszuhalten, die ihnen an anderen Fronten auferlegt werden wird, wenn die Jahreszeit vorrückt.

Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß dank namentlich der Tätigkeit der britischen Offiziere ein großer Teil des Getreides, das die Deutschen in Rumänien zu ernten hofften, vernichtet wurde. Wir haben Grund zu glauben, daß die Petroleumschätze in wissenschaftlicher und erfolgreicher Weise verknüpft wurden.

An der Salonikier Front ist die Lage, obwohl wegen der Härte der Jahreszeit außer Streifen keine Operationen möglich waren, nicht entmutigend. Obwohl der Heimat beraubt, sind die serbischen Truppen bereit, ihren Anteil am Kampfe zu übernehmen, wenn die Zeit dazu kommt.

Bonar Law gab sodann einen Ueberblick über die Lage in Aegypten, beschrieb die Einnahme von El Arisch, Magdhaba und Kassa und führte weiter aus: Bei diesen Operationen, die zur Säuberung der Sinaihalbinsel führten, wurden zwei Abteilungen in der Stärke von je etwa 3000 Mann zerstreut und 2950 Gefangene gemacht, während die britischen Verluste im ganzen nur 632 Mann betrugten.

In Mesopotamien wurde die Lage wieder völlig hergestellt. Unsere dortigen Erfolge wurden errungen, obwohl der Feind große Verstärkungen erhielt. Das ist an sich schon ein großer militärischer Vorteil, denn es verringert die Kräfte, die unserem russischen Alliierten entgegengestellt werden sollen. Die Verluste des Feindes während der umfangreichen Operationen der letzten Wochen werden schon bis zum 3. d. auf 2630 Tote allein geschätzt, während unsere Verluste sehr leicht waren.

Die Eroberung Deutsch-Ostafrikas ist so gut wie vollendet. Der Feind wurde aus allen fruchtbaren Teilen des Landes, aus allen Teilen, wo es Eisenbahnen gibt, vertrieben und hat die größten Schwermulden bei der Verpflegung. Es ist nur eine Frage kurzer Zeit, daß die letzte der deutschen Kolonien dem Repter des deutschen Kaisers entgleitet. Bei dieser Gelegenheit widmete Bonar Law dem General Smuts herzliche Worte der Anerkennung und fuhr dann fort:

Nun komme ich zu den Operationen in Frankreich. Da unsere Truppen in so vollkommener Uebereinstimmung mit den französischen vorgehen, konnte ich alles, was ich über sie sage, ebenso gut über unsere französischen Alliierten sagen. Die Lage ist dort so, daß wir sie mit Stolz, was die Vergangenheit anbelangt, und mit Vertrauen hinsichtlich der Zukunft betrachten können. Der Natur der Sache entsprechend fanden, seitdem sich das Haus vertagte, keine größeren Kampfhandlungen statt, aber es wurden beständig Streifen unternommen. Diese waren fast unterschiedslos erfolgreich. Die Gegenangriffe führten, glaube ich, in keinem einzelnen Falle zum Erfolge. Das Ergebnis ist, daß nicht nur unsere Soldaten, sondern auch unsere französischen Kameraden die Empfindung haben, daß sie moralisch dem Feinde völlig überlegen sind. Sie fühlen das moralische Uebergewicht auf ihrer Seite auch dort, wo unsere Truppen an der ausgesprochensten Unterlegenheit des Materials litten, sie fühlen aber, daß diese Unterlegenheit nicht mehr besteht und daß wir nun die Erfolge der Charakterüberlegenheit und des Kampfergeistes, verbunden mit der Ueberlegenheit des Materials und der Kriegsführung, erwarten können.

Es besteht kein Zweifel, daß der Feind von Anfang an den Grundsatz annahm, daß der Weg zum Siege nicht allein darin besteht, die Feinde zu bekämpfen, die Soldaten sind, sondern alle Welt in Schrecken zu setzen, eingeschlossen die Neutralen. Ich hörte kürzlich sagen, dieser Krieg habe offenbar gemacht, daß es zwei verschiedene Dinge gebe, nämlich die Natur der Menschen und die Natur der Deutschen. In seiner letzten Rede sagte der deutsche Reichskanzler, wenn die rücksichtslosesten Methoden als die zweckdienlichsten zur Erreichung eines schnellen Sieges anzusehen sind, müssen sie angewandt werden. Da haben Sie die Natur der Deutschen! Wir sahen sie schon vorher bei dem Einfall in Belgien und bei den anderen Grausamkeiten dieses Krieges. Hier hören wir es unverhüllt aussprechen, daß die wahre Menschlichkeit darin besteht, alle Haager Uebereinkünfte und alle bisher gemachten Bemühungen zur Herabminderung der Kriegsschrecken zu mißachten und dafür jedes Verfahren anzuwenden, das ihrer Meinung nach den Sieg sichern wird.

11. II. 1917

Frankfurter Zeitung

Verlagsblatt.

(Neue Frankfurter Zeitung.)

Verlag: Carl von Siedemann.

Für Auswärts: Amt Forstämter 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen

Kolonialzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
 Reklamen 2. —, Abendbl. 42 J.
 Familienanzeigen 4 L., zuzügl.
 10% Kriegszuschlag. Platz- und
 Votum-Vorschrift, ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 3337.
 Schillerstr. 30. Mainz: Schillerpl. 3.
 Berlin: Mauerstraße 16/18 Dresden: K.
 Waisenhausstr. 25. München: Pern-
 sistr. 8. Offenbach: Biebererstr. 34.
 Stuttgart: Poststr. 7. Zürich: Nord-
 strasse 62. Uns. übrige Agentur,
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.
 Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei G. m. b. H.
 Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

unfreiwillig das englische Angebot annehmen, so würde dies, wie „Tidens Tegn“ feststellt, ein Selbstaufgeben Norwegens bedeuten. Denn darüber, daß auch bei Annahme des Angebots, wonach bei Abzahlungsankauf die Schiffe bei Kriegsende den norwegischen Reedern wieder gratis oder bei Barzahlung billiger zurückzuliefern wären, nichts mehr von diesen norwegischen Schiffen übrig sein würde, ist man sich hier nicht im Unklaren. Daß solide Großreeder die Auslegung ihrer Schiffe einem Verkauf vorziehen, ist zweifellos, was auch aus der immer zahlreicher werdenden Abmusterung von Mannschaften ersichtlich ist. Ob Norwegen aber der englischen Forderung gegenüber widerstandsfähig bleiben können, um auf diese Weise den größten und besten Teil der Handelsflotte, auf die Norwegen stolz ist und die ihm Macht und Ansehen in der Welt verschafft hat, für die Zeit nach dem Kriege zu erhalten, diese Frage wird es nicht allein, sondern nur mit Schweden und Dänemark gemeinsam beantworten können, was in diesem äußerst ernstlichen Augenblick eine gewisse Beruhigung gibt.

„Socialdemokraten“ fragt: Wollen die Reeder das Land verkaufen? Will die Regierung den Skandal verhindern? — „Sjðfartstidende“ antwortet darauf, fast geschäftsmäßig: „Schiffe durch Verkaufen zu verlieren, können wir nicht als die schlimmste Möglichkeit betrachten.“

Gleichzeitig wird aus London gemeldet, daß Frankreich zufolge „Fair Play“ auf die auf amerikanischen Werften im Bau befindlichen 286 200 Tonnen norwegischer Neubauten, die einen Wert von 600 Millionen Kronen darstellen, seine Hand legen will, und daß zufolge „Evening Standard“ England nicht nur die norwegische, sondern auch die holländische Handelsflotte aufzulaufen sich entschlossen habe, damit, wie das Blatt vorgibt, Holland und Skandinavien, deren Stellung Sympathie abnötige, nicht erlaucht werde, Werkzeuge für die deutsche Politik zu werden. Größte Ueberraschungen ständen bevor.

Auch eine Wirkung der Seesperre.

dt Bern, 10 Febr. (Priv.-Tel., zf.) Der dänische Gesandte in London, Castienskjöld, ist auf der Reise nach Kopenhagen von London, durch die Seesperre zu diesem Umweg gezwungen, hier eingetroffen.

Aufgelegte Dampfer.

Vergen, 10. Febr. (W. B.) Sechs aus England mit Kohlen eingelaufene Dampfer sind aufgelegt worden. Die Dampfer waren bisher in der regelmäßigen Kohlen-schiffahrt beschäftigt.

Erhöhung der italienischen Seeverversicherungen.

— Der Personenaustausch in der Flottenleitung.

o Lugano, 10 Febr. (Priv.-Tel., zf.) Italien erhöhte den Höchstsatz der Seeverversicherung, der zu Kriegsbeginn 2, Ende 1915 5 Prozent betragen hatte, auf 7 Prozent und erlaubte, ihn nötigenfalls weiter zu überschreiten. — In den hohen Flottenämtern traten weitere zahlreiche Personalveränderungen ein.

Der Dampfer „St. Louis“.

t Haag, 10. Febr. (Priv.-Tel., zf.) Der amerikanische Dampfer „St. Louis“, der völlig bewaffnet ist, wird, wie die United Press meldet, bald nach England abfahren. Er wird nicht mit den von Deutschland vorgeschriebenen Kennzeichen versehen sein. Die Zeitungen sagen, ein Nichtauslaufen des Dampfers würde bedeuten, daß Amerika die Blockade seiner Häfen anerkenne.

Die niederländischen Schiffe in hinterindischen Häfen.

t Haag, 10. Febr. (Priv.-Tel., zf.) Amtlich wird mitgeteilt: Der niederländische Kolonialminister erhielt die telegraphische Nachricht, daß 22 niederländische Dampfschiffe, die in den englischen Häfen des Ostens zurückgehalten wurden, die Erlaubnis zur Abfahrt erhalten haben. (Es handelt sich hierbei um die in Singapur und Penang zurückgehaltenen holländischen Schiffe.)

Das russische Kriegsziel und die Schuld am Weltkriege.

Von Professor Hermann Duden in Heidelberg.

Wenn eine Macht einen Krieg bewußt gewollt hat, so wird sich der innere Zusammenhang zwischen diesen Kriegsmotiven und ihren späteren Kriegszielen allen Umständen zum Trotz auf die Dauer niemals verbergen lassen; beim Herannahen des Friedens wird sie sich zu den Zielsetzungen, die vor dem Kriege schon ihre verschwiegene Antriebe gebildet hatten, offen bekennen müssen. Dann aber tritt der große Moment ein, wo sich vor den Augen der lange von Scheinworten geblendeten Welt endlich enthüllt, welche der kämpfenden Parteien einen offensiven und welche einen defensiven Gesamtcharakter in ihrer Politik vor dem Kriege aufzuweisen hatte: das heißt wo die Entscheidung über das fällt, was man populär als die „Schuld am Weltkriege“ bezeichnet. Hier stehen wir heute.

Wir stehen zunächst vor der schwerwiegenden Tatsache, daß das Deutsche Reich ohne ein offensives, d. h. ein nur auf Kosten seiner Rivalen zu erkämpfendes Ziel in diesen Krieg eingetreten ist. Es mußte durch einen Verteidigungskrieg hindurch, den die Gegner ihm aufzwingen: dafür zeugt auch die unerlöschliche Unsicherheit des deutschen Volkes über die politischen Kriegsergebnisse, die man über die reine Defensive hinaus sich zu setzen habe. Mit Recht durfte der Reichskanzler von einer der heute am sichtbarsten hervorgetretenen großen Zielsetzungen des Krieges, von der Wiederherstellung Polens, es öffentlich ausbrechen, daß den Mittelmächten eine weltgeschichtliche Mission, noch der sie nicht begehrt hatten, durch den großen Zwang historischen Geschehens auf die Schultern gelegt worden sei. Und weiter: unsere Siege haben uns über die Linie des politischen Wünschenswerten nach allen Seiten hinausgeführt, aber unsere Forderungen auf einer Friedenskonferenz würden vermittels hinter der militärischen Kriegslage weit zurückgeblieben sein — wenn wir nunmehr auch noch dieser furchtbaren Lehre, über die Bedürfnisse unserer Zukunft frei von allen Sentimentalitäten zu denken gelernt haben. Selbst diese Sicherungsziele des Siegers lassen aber an keiner Stelle den Verdacht auskommen, daß sie eher in dem Jahrzehnt vor dieser Prüfung auch das Motiv einer offensiven Politik hätten abgeben können.

Umgekehrt aber steht es mit der Entente. Wie würden die Kriegsziele unserer Feinde sich ins Maßlose gedehnt haben, wenn sie über eine Kriegslage noch ihren Wünschen verfügt hätten: wollten sie doch heute, wo sie militärisch so weit hinter ihren Zielen zurückgeblieben sind, an einem Programm festhalten, das fast jedem Gliede des Verbundes die Erfüllung seiner phantastischen Sonderwünsche verspricht. Das läßt nur die eine Erklärung zu: daß diese feindlichen Endziele auch die uranfänglichen Kriegsmotive darstellen, die, lange vorsichtig verhüllt, nun doch — allen Fehlschlägen zum Trotz — nicht aufgegeben werden können, wenn nicht durch eine Wende in dem offensiven Ringen sein ganzer Zusammenhalt geprengt werden soll: sonst würden sie wohl kaum den vorführten Serben und Rumänen, die ihre eigenen Länder im eisernen Würfelspiel verloren haben, obendrein ihre vorwiegend „Kredentia“risinische zusichern. Um so unentbehrlicher aber wird zur moralischen Rechtfertigung dieser Räumelpläne die Fabel von den Wölfen der beiden Mittelmächte, die allein auf diese Weise von den verzweifelten Schafen des Verbundes zur Ruhe gebracht werden können.

So gehört die Antwort der unserer Feinde an den Präsidenten Wilson zu den aufschlußreichsten Beweisstücken für den ursprünglichen Offensivcharakter der Ententepolitik und ihre von Anfang an ihr innewohnenden Kriegsmotive: die Liste ihrer Begehrlichkeiten hat auch die Liste ihrer Schuldanteile enthüllt. Es ist ein Bekenntnis wider Willen, das uns Deutsche allerdings weniger überrascht als manche der sich stets in Allusionen wiegenden Neutralen. Warum der Klugheit und Gefährlichkeit unserer Gegner sich auch in dieser Liste auf das beschränkt, was immer seine Rolle in diesem Spiel gewesen ist: auf die Reduktion des Ganzen, darauf werden wir bei anderer Gelegenheit zurückkommen. Heute wollen wir den Nachweis des belastenden Zusammenhangs an der vielleicht verhängnisvollsten Stelle in der unumkehrbaren Vorgesichte des Krieges führen: an dem Anteil Rußlands an der großen Schuld.

Das russische Kriegsziel: Konstantinopel, d. i. die Herrschaft über die Dardanellen und die Zerstörung der asiatischen Türkei, ist nicht nur zurzeit eines der gefährlichsten Hindernisse für den Weltfrieden, es ist noch mehr, es ist zugleich eine der tiefsten Kriegursachen. Nachdem die russische Regierung im Jahre 1915 die vertragmäßige Anerkennung

11.11.1917

Die letzten 50 Jahre der italienischen Irredenta.

Ein Vortrag des Prof. Dr. M. Mayr in der Gesellschaft für christliche Soziologie.

Dem letzten Vortrag des L. L. Archidirektors und U. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayr (Innsbruck) entnehmen wir die folgenden geschichtlichen Klarstellungen über die letzten 50 Jahre der italienischen Irredenta. Die Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Italien wurden in den letzten 50 Jahren durch drei Dinge wesentlich beeinflusst, die bisher weniger Beachtung fanden. Es war dies erstens die Amnestie der Hochverräter im Friedensschluß 1866, welche auf die Bevölkerung dieselbe demoralisierende Wirkung ausübte wie jene des Jahres 1848, zweitens der für Oesterreich ungunstige Grenzverlauf, welcher auf den Krieg Maximilians I. (1508 bis 1516) mit der Republik Venedig zurückgeht. 1750 wurde unter Maria Theresia teilweise die Grenze zuungunsten Oesterreichs geändert, eine eigentliche Grenzregulierung wurde aber niemals vorgenommen. Ein drittes wesentliches Element für die Gestaltung der Beziehungen Italiens zu Oesterreich bildete das 1866 von Mazzini verkündete Irredentaprogramm, welches von jetzt an die Grundlage der ganzen Politik Italiens geblieben ist. Die Irredenta entwickelte sich nunmehr in dem Sinne, daß sie nicht nur die nationale Befreiung gewisser Teile Oesterreichs, sondern auch als die künftigen natürlichen Grenzen Italiens alles Land bis zu den Quellen der italienischen Gewässer ansprach, also die Landesteile von Adelsberg bis nach Dalmatien. Damit war das Programm des italienischen Imperialismus verkündet, dessen Fortentwicklung von 1866 bis 1916 sich in fünf Abschnitte gliedern läßt. Der erste von 1866 bis zum Berliner Kongreß (1866 bis 1878), der zweite von 1879 bis zum Abschluß des Dreibundes 1882, der dritte von 1882 bis 1896, die erste Periode des Dreibundes, der vierte 1896 bis zur Annexionskrise 1908, der fünfte von 1908 bis zum „vierten Befreiungskrieg“ Italiens 1915.

Von 1866 bis 1878 zeigte sich das äußere Verhältnis zwischen Oesterreich und Italien als ein friedliches, ja freundliches, obwohl um 1870, als ein Bündnis mit Frankreich verhandelt wurde, Italien sofort Ansprüche auf Trient und Teile von Istrien erhob. 1873 machte Viktor Emanuel seine Besuche in Berlin und Wien, wo am Jahrestag der Einnahme von Rom merkwürdigerweise eine Truppenchau vor dem König Italiens stattfand. Zwei Jahre später erwiderten Kaiser Franz Josef in Venedig, Kaiser Wilhelm in Mailand den Besuch. Als Kaiser Wilhelm durch Südtirol fuhr, gab es in Trient eine irredentistische Bewegung. Einige Jahre später sehen wir den italienischen Kammerpräsidenten Crispi bei Bismarck in

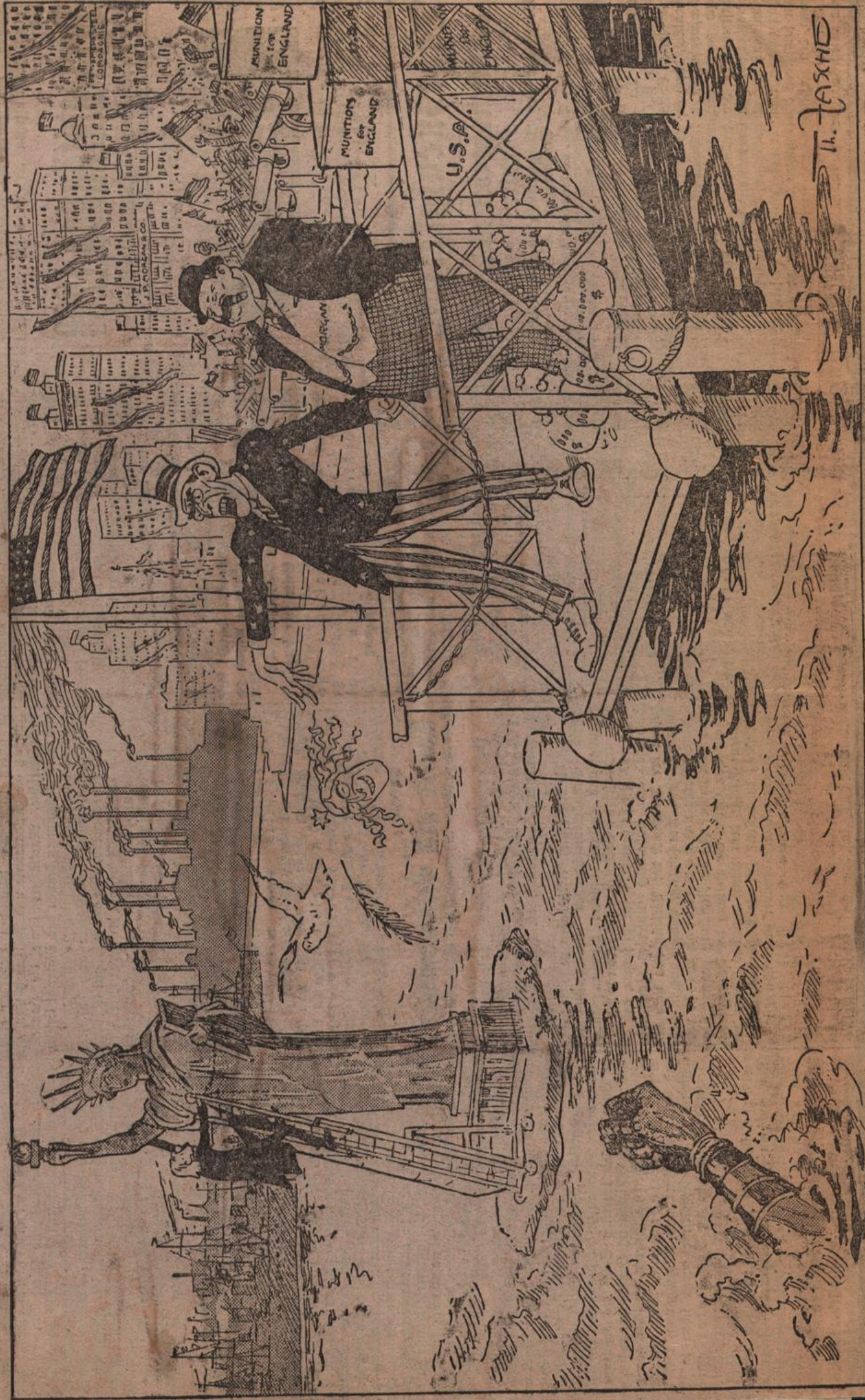
Gast sein. Damals war der Gedanke aufgetaucht, Bosnien und Herzegowina Oesterreich zuzusprechen, und da erhob zum erstenmal Crispi, der im Gespräch mit Bismarck Gastein als den südlichsten Punkt Deutschlands bezeichnete, den Anspruch besserer Grenzen für Italien auf Grund des Gedankens der Kompensationen, welches Wort von nun an nicht mehr bei den italienischen Irredentisten verschwindet. So wurde der Berliner Kongreß einer der schwersten Schläge für Italien. Unter dessen setzte in Italien die Propaganda, welche Oesterreichs Besitz auf Ober- und Niederösterreich beschränkt sehen wollte, so heftig ein, daß der Militärattaché Baron Haymerle 1879 seine Auffehen erregende Broschüre „Italicae Res“ verfassen konnte. In der Hauptache weist Haymerle die Kompensationstheorie, die Forderung der nationalen Grenzen und die Klagen über die Unterdrückung der Italiener in Oesterreich zurück. Südtirol wird gleichzeitig mit irredentistischen Alpen-, Turn- und Arbeitervereinen überschwemmt. Als 1878 König Viktor Emanuel stirbt, will man von Italien aus Einfälle von Freischaren in Welschtirol und Istrien versuchen, kann sich jedoch nicht entscheiden, ob Trient oder Triest anzugreifen sei, bis schließlich der Plan Zanolis dahin geht, den Landstrich von Görz bis Karfreit zu überfallen, was jedoch gleichfalls nicht zur Ausführung kommt.

Der zweite 1879 beginnende Abschnitt ist dadurch gekennzeichnet, daß auch in Triest sich intensiver die irredentistische Bewegung breit macht. Der italienische Staat muß aber einlenken und der irredentistischen Bewegung Halt gebieten. 1881 setzt sich Frankreich in Tunis, 1882 England in Ägypten fest; Italien ist im Mittelmeer unklammert und so gezwungen, sich dem Dreibund anzuschließen, der 1882 geschlossen wird, jedoch noch ein Jahr lang geheim gehalten werden muß. Der Dreibund verhinderte eine offene Agitation, dafür erarbeiteten im Stillen in Tirol die Autonomiebestrebungen Stück für Stück daran, die nationale Losrennung vorzubereiten. 1883 werden zwei italienische Landesauschüsse, 1884 der eigene Landeskulturrat, 1889 eine besondere Schulaufsicht gewährt. In diese Zeit fällt die Verteilung der Irredenta durch den Minister des Äußern Mancini, der es als Torheit erachtet, zu glauben, Italien wolle seine Gebiete nach den italienisch sprechenden Gebieten Oesterreichs ausstrecken, was den Untergang der italienischen Monarchie bedeuten könnte. Derselbe Grund könnte ja auch für Nizza und Savoyen sowie Malta angeführt werden. Eine gewisse Presse von dem Schlage der „Frankfurter Zeitung“ hat aus dieser Erklärung noch 1915 Kapital geschlagen, als es sich um den Landesrathacher handelte. 1887 setzte Italien seine Kompensationstheorie im § 7 des Dreibundes durch. Offizieller Deutung nach sollten speziell türkische Gebiete gemeint sein. Die italienische Öffentlichkeit war jedoch überzeugt, daß es um Welschtirol und Triest gehe. Es gab nun Grund genug zum Gegenstand ständigen Mißtrauens zwischen den Verbündeten. Es läßt sich eine neue Phase der irredentistischen Bewegung im Vereinsleben konstatieren, welche getragen wird von der „Lega nazionale“, von den Vereinen „Trento e Trieste“ und „Dante Alighieri“. Oesterreich zeichnete sich dagegen durch eine entgegenkommende Behandlung seiner Italiener aus.

In der vierten Periode 1896 bis 1908 treten zwei neue Elemente auf; in der äußern Politik jene „Extratouren“ Italiens der Vereinbarungen mit fremden Mächten und in der innern Politik der Gedanke des „Mare nostro“, daß die Adria ein italienischer Binnensee sei. Ständig wird von jetzt an die Universitätsfrage aufgegriffen. 1896 bis 1908 verlegt Italien überall in der auswärtigen Politik den Weg, bis endlich in der Annexionskrise die Explosion erfolgt. Das Jahr 1900 bringt den viel zu wenig gewürdigten Brief des Ministerpräsidenten v. Koerber, der klar angesichts der Obstruktion der italienischen Abgeordneten die ganze Gefahr der Irredenta kennzeichnet und jedes Paktieren mit derselben ablehnt. In voller Verkennung der Richtigkeit dieser Auffassung wollten in Tirol dagegen alle Parteien den Italienern entgegenkommen und 1901 wurde sogar der Entwurf zu einer Trennung, welcher den ersten Schritt zum Anschluß an Italien bedeutet, vorgelegt: Prof. Mayr gedenkt seiner damaligen entschiedenen Aufklärungsarbeit in der Presse, die auch den vollen Erfolg hatte, daß das Volk den Trennungsentwurf ablehnte.

Der letzte Abschnitt von 1908 bis 1915 kennzeichnet die Hoffnung der Irredenta auf internationale Bewerdungen, da es klar war, wie weit sich Italien vom Geist des Dreibundes entfernt hatte. Die Kleinarbeit leistet neben den Vereinen eine üppige Literatur, die unter Förderung der italienischen Ministerien in das ganze Volksleben eindringt. Selbst Staatsunterstützungen für die Wissenschaften werden diesen Bestrebungen dienstbar gemacht, über welche Bestrebungen der im Kriege gefallene Redakteur Burger in seiner interessanten Schrift wertvolle Aufschlüsse gibt. Den Mittelpunkt der Machenschaften bildet die „Lega nazionale“. Das ganze Schulwesen, die Volksbibliotheken, die Jugendbataillone, das Eingreifen des italienischen Generalstabes, das Netz der Spionage lassen den Hocherrat klar hervortreten. Sogar italienische Alpinbataillone verkehren mit den inländischen Vereinen und machen auf Ausflügen diesseits der Grenzen photographische Aufnahmen. So hat das offizielle militärische Italien längst den Krieg vorbereitet, als noch die freundlichen diplomatischen Beziehungen bestanden. Dabei bleiben aber die nebenbeurungen Blättern jetzt klar jener Politik bis Villo in abgeschworen wird, durch welche allein Italien auf der guten Dienste Deutschlands groß geworden ist.

Die Banken von Wallstreet haben beflaggt. (Originalzeichnung von Theo Fasche.)



Der Morgan, der Gould und der Roosevelt,
 Sie leben zur Welt und sie sterben für Geld,
 Sie liefern zum Morden die nötige Wehr,
 Sie stärken die Feinde, bewaffnen ihr Heer,
 Aus jedem Leib, der zu Boden rollt,
 Spritzt ihnen das rote, das blutige Gold,
 Die Kurie steigen und Reuter sagt nach:
 Die Banken von Wallstreet haben beflaggt.

Noch ist es Zeit zum entscheidenden Wort.
 Nicht Mexiko ist's, nicht Süd' gegen Nord!
 Es wächst aus dem Meer eine Riesenschicht,
 Geht acht, daß sie splitternd nicht niederläuft.
 Man riß sie heraus aus Frieden und Glück,
 Man kennt sie kein Jagen, und kennt kein Jürüß,
 noch klappen die Dollars in frühlichem Takt,
 Noch haben die Banken von Wallstreet beflaggt.

Das Steuermanier ist in Gefahr.
 Werd' Ihr des freischischen Jürgers nicht gewahr,
 Der Eure Freiheit Euch wiederlingt
 Im Golde Englands Euch niederzwingt?
 Dann tragt Ihr die Leiden, die mancher schon litt,
 Und wiebelnder Totentanz reißet Euch mit,
 Sie schliefen dann wohl, mit den Siegern den Raft,
 Die Banken von Wallstreet haben beflaggt. adg.

M. II. 1917

Eine Protestnote der niederländischen Regierung.

Gegen den verschärften Unterseeboottkrieg.

Wien, 10. Februar.

Die dem österreichisch-ungarischen Gesandten im Haag seitens der niederländischen Regierung zugemittelte Note nimmt auf die Ankündigung des verschärften Unterseeboottkrieges Bezug und besagt nach Zusammenfassung der von den Mittelmächten angekündigten Maßnahmen folgendes:

Was die Nordsee betrifft, sind die Grenzen der Kriegszone so gezogen, daß sie der niederländischen Schifffahrt einen Raum zur Durchfahrt freilassen. Dagegen ist im östlichen Teil des Mittelmeeres die Durchfahrt zwischen Port Said und der von Gibraltar nach Griechenland offen gelassenen Fahrwinne gänzlich versperrt, so daß der für den Handel Hollands als einer Kolonialmacht wesentliche Bedeutung besitzende Weg nach Indien abgeschnitten ist.

Die Regierung der Königin hat im Laufe des Krieges mehr als einmal ihre Ansicht über die durch die kriegführenden Mächte erfolgte willkürliche Abgrenzung eines Meeressteiles als Seekriegszone, in der der Handelsverkehr gefährdet ist, auseinandergesetzt.

Nach Einführung der Protestnoten der niederländischen an die großbritannische Regierung vom 16. November 1914 und an die deutsche Regierung vom 12. Februar 1915 anlässlich der Festsetzung von Kriegszonen in der Nordsee und im Kermellkanal schließt die Note wörtlich wie folgt:

Dem Grundsatz, den die königliche Regierung während dieses Krieges beständig geltend gemacht hat, getreu, vermag sie in der Zerstörung neutraler Schiffe durch kriegführende Mächte nur eine Verletzung des bürgerlichen Völkerrechtes zu erblicken, gar nicht zu reden davon, daß eine solche Zerstörung an die Gesetze der Menschlichkeit rühren würde, wenn sie ohne jede Rücksichtnahme auf die Sicherheit der eingeschifften Personen erfolgte.

Die Verantwortung für die allfällige Zerstörung niederländischer Schiffe durch österreichisch-ungarische Kriegsschiffe in den fraglichen Zonen und für den Verlust von Menschenleben, die sie im Gefolge hat, wird auf die kaiserliche und königliche Regierung zurückfallen. Deren Verantwortlichkeit wird um so schwerer wiegen in den voraussichtlich vorkommenden Fällen, in denen diese Schiffe in die Gefahrenzone zu begehen gezwungen worden wären durch gegnerische, in der Ausübung ihres Durchsuchungsrechtes begriffene Kriegsschiffe.

Die Antwort Spaniens an Oesterreich-Ungarn.

Die von der spanischen Regierung dem österreichisch-ungarischen Botschafter am spanischen Hofe übergebene Antwort auf die Note der Regierung vom 31. v. M. lautet in den wesentlichen Stellen wie folgt:

Die Regierung Seiner Majestät hat die mir von Eurer Durchlaucht am 31. v. M. übergebene Ankündigung des festen Entschlusses der österreichisch-ungarischen Regierung, vom nächsten Tage an mit allen Mitteln den Seeverkehr rings um Großbritannien, Frankreich und Italien sowie im östlichen Mittelmeer zu unterbrechen — eines Entschlusses, welcher auf die spanische Regierung den peinlichsten Eindruck geübt hat — sehr aufmerksam erwogen.

Die korrekt neutrale Haltung, welche Spanien seit Kriegsbeginn eingenommen hat und welche es immer mit unerschütterlicher Festigkeit und Redlichkeit beizubehalten verstanden hat, kann nicht die Folge nach sich ziehen, daß das Leben spanischer Untertanen, die sich dem Seehandel widmen, einer so ernsten Gefahr ausgesetzt werde, noch daß sein Handel in jenen Zonen, in denen die t. u. k. Regierung nach ihrer Erklärung mit allen Mitteln ihr Ziel zu erreichen trachten wird, in solchem Grade gehemmt und vermindert werde.

Die Regierung Seiner katholischen Majestät hat bereits einmal einen Protest formuliert, indem sie der Ansicht war, daß die Haltung der österreichisch-ungarischen Seestreitkräfte mit den Vorschriften des internationalen Seerechtes

nicht im Einklang stehe; im gegenwärtigen Augenblicke aber, da Oesterreich-Ungarn laut seiner Ankündigung die Kriegsführung auf einen so extremen, ebenso unerwarteten als präzedenzlosen Grad treibt, muß die spanische Regierung im Hinblick auf die Rechte und die Forderungen ihrer Neutralität mit um so gewichtigerem Grunde bei der t. u. k. Regierung ihren ebenso festen als ruhigen Protest erheben, indem sie berechtigterweise darauf aufmerksam macht, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich der Verantwortung nicht zu entziehen vermag, welche sie hauptsächlich im Hinblick auf den Verlust an Menschenleben auf sich nimmt, der die Folge ihrer Haltung sein kann.

Die Initiative zum Frieden.

Die spanische Regierung, immer bereit, im günstigen Augenblick zur Erreichung des von ihr immer so ersehnten Friedens die Initiative zu ergreifen oder mitzuhelfen, kann die Berechtigung eines Ausnahmestandes nicht zugeben, durch welchen entgegen den Rechten und trotz der genauen Einhaltung der Pflichten der Neutralität auf Grund eines anfechtbaren Prinzips der Handelsverkehr Spaniens erschwert oder vermindert und nicht nur das wirtschaftliche Leben dieses Landes aus Spiel gesetzt, sondern auch das Leben seiner Untertanen ernstlich bedroht und gefährdet werden.

Gestützt auf ihr gutes Recht, zweifelt die Regierung Seiner katholischen Majestät nicht, daß die t. u. k. Regierung in den freundschaftlichen Beziehungen, welche die beiden Mächte verbinden, den Antrieb finden wird, um selbst angesichts der mannigfachen Erfordernisse, wie sie der schreckliche Krieg der Neuzeit mit sich bringt, Mittel und Wege zu finden, damit dem Wunsche Spaniens Genüge geschehe, den dessen Regierung gemäß ihrer unausweichlichen Pflicht, das Leben ihrer Untertanen zu schützen und ihre Souveränität unverändert zu erhalten, geltend macht, auf daß Spaniens nationale Existenz keine Unterbrechung erfahre. Die spanische Regierung ist der Meinung, daß hierbei Vernunft und Recht völlig auf ihrer Seite sind.

11. II. 1917

Entscheidung zu Lande oder zur See?

Der verschärfteste U-Boot-Krieg mit seinen gleich am Beginn die Gegner verblüffenden Erfolgen lenkt begreiflicherweise die Aufmerksamkeit der gesamten Menschheit von den Landfronten wieder auf die Meere und Ozeane. In eine bedeutungsvolle Phase ist das Großstaatenringen getreten, und unwillkürlich hat die furchtbar geprüfte Bevölkerung Europas das Gefühl, daß solche Art des Kampfes nicht mehr allzulange dauern kann, daß jetzt die Lösung Wiegen oder Brechen heißt. Welche ungeahnte Wandlungen hat nicht dieser von Englands Politik ausgeflügelte Schicksalskrieg schon durchgemacht, und wie entwickelten sich seine Ereignisse bis jetzt immer anders als in der von den Urhebern des Völkermordens prophezeiten Richtung!

Als Greif und Gefinnungsgenossen im Sommer 1914 die Eintreffungsvorbereitungen für vollendet hielten und daher den Befehl zum Losschlagen in Petersburg und Paris erteilten, da war die Entente überzeugt, die Entscheidung werde bis zum Herbst durch den gleichzeitigen Einmarsch russischer und französischer Armeen in Berlin erzwungen sein. Die Alliierten erlebten jedoch die grausame Enttäuschung, tief in ihr eigenes Gebiet zurückgeworfen zu werden, ein Landsieg schien vorläufig aussichtslos, und der damals noch maßgebende Churchill prägte sein geflügeltes Wort, die deutschen Schiffe wie Ratten aus ihrem Loch ausgraben zu wollen. Nach ihm sollte nun die englische Flotte binnen kurzem die deutsche in einer Entscheidungsschlacht zerstören, die absolute Ozeanherrschaft erringen und damit den Krieg gewinnen. Da vernichtete Webdigen am 22. September 1914 bei Hoel van Holland mit seinem „U 9“ auf einen Schlag drei englische Panzerkreuzer, und wies mit solcher Tat als moderner Winkelried der Meere der Seekriegsführung neue Wege. Die Schlachtbegeisterung der englischen Admiralität kühlte sich infolge des konföderierenden Ereignisses gründlich ab, die Dreadnoughtgeschwader wurden zunächst unsichtbar, und die maritime Strategie des Inselreiches wählte die scheinbar weniger gefährliche Kampart des Umschlingungsstrategie. Von jedem Meerewerke abgeschnitten, mußten nun nach Ueberzeugung der Entente die zusammenbrechenden Mittelmächte binnen wenigen Monaten sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Auch diese Rechnung stimmte nicht, trotz empfindlicher Einschränkungen wußten die Verbündeten durchzuhalten, bisweilen die Sperre zu brechen, und die Gegner sahen sich gezwungen, das Schwergewicht ihres Angriffskrieges wieder auf die Landfronten zu verlegen. Ungeheure Heere wurden aufgestellt und zusammengezogen, England mußte, der Not gehorchend, seiner Jahrhunderte alten Tradition entzagen

und die alles auf den Kopf stellende Metamorphose zum „Militärstaat“ durchmachen.

Doch seit Jahr und Tag opferten die Ententemächte vergeblich Millionen Menschenleben auf den Landkriegsschauplätzen, ohne damit irgendwie dem beschworenen Ziele näherzukommen. Noch gewaltigere Massen, noch riesenhaftere Mengen Munition sollten daher im jetzigen Frühjahr abermals eingesetzt werden, und mit ununterbrochenem Materialnachschub von der See her wollten willfährige Kriegslieferanten aus fünf Weltteilen die Stoßkraft der alliierten Armeen ständig steigern. Aber da fahren nun die deutschen Unterseeboote, im Verlauf des Krieges außerordentlich verbessert und unheimlich leistungsfähig geworden, in großer Zahl in die schön ausgedachte Absicht und durchkreuzen so den als entscheidend gedachten Plan der Entente. Binnen acht Tagen hat die neue Seewaffe der Verbündeten schon an 200.000 feindliche Tonnen versenkt, und lähmender Schreck hält alle mit den Alliierten bisher in Verbindung gestandenen Handelsschiffe in ihren Häfen zurück.

Daß unsere unermüdeten Helden draußen mit ihrem beispiellosen Opfermut schon in absehbarer Zeit den Landfronten für die bevorstehenden Entscheidungsschlachten günstige Bedingungen schaffen werden, das erglöh sich heute schon mit Bestimmtheit aus der Lage zur See. Frankreich und Italien schreien jetzt schon um englische Kohle und Erze, und binnen kurzem wird das hungernde Britannien ebenso dringend um Lebensmittel rufen müssen. Das Inselreich rühmte sich, die bisherige Stelle Deutschlands im industriellen Weltverkehr eingenommen zu haben. Aber wie viele seiner Produkte und Artikel können jetzt in der Zeit der ungelösten und stets peinlicheren Magen- und Sonnenfrage in ferne Zonen verschifft werden? Raum hat der Tauchbootkrieg begonnen, und Englands gesamte Kohlenversorgung der Nordstaaten Europas ist ausgeschaltet und von Deutschland übernommen worden. Die U-Boot-Blockade der Verbündeten würde es dem größten Kolonialreich der Erde unmöglich machen, zum Schutze irgendwelchen entlegenen Besitzes, zur Lösung transozeantischer Probleme ein Geschwader in die See zu senden, einen Heereskörper oder eine Armee auf zahlreicher Transportflotte nach einem andern Weltteil zu verschiffen. Englands und Frankreichs weltlicher Arm reicht also heute nur mehr sehr bedingt bis zu ihren überseeischen Kolonien. Bloß über den schmalen, durch Defensivmittel aller Art gesicherten Kanal ist den Meerbeherrschern derzeit gegenseitiger beschränkter Verkehr ermöglicht. Solcher Notausgang genügt jedoch bestimmt nicht auf die Dauer für die ungeheuren Bedürfnisse der alliierten Kriegsführung zu Lande, für die unerlässlich regen Wechselbeziehungen der Feindesstaaten. In den bisherigen Zusammenhalt der Entente ward eine klaffende Bresche

geschlagen, und ihre tägliche Verbreiterung bis zur Unmöglichkeit der Ueberbrückung soll Sache der gefürchteten Tauchboote sein. Noch inmitten des unbeschreiblichen Weltjammeres und Menschheitselends der Gegenwart dürfen wir schon die Morgenröte eines verjüngenden, freieren Zeitalters ahnen.

14. II. 1917

Presliberalismus und auswärtige Politik.

Die Kriegführenden und die Parteigruppen Spaniens.

An leitender Stelle des „Berl. T.“ vom 8. d. M. (Nr. 70) befaßte sich T. W. (Chefredakteur Theodor Wolff) u. a. mit den Vorgängen in Spanien. Er schilderte zunächst die Stimmung im Lande gegenüber den Kriegführenden, wie folgt:

Vor Beginn des Krieges war in Spanien die Bestimmung über Frankreichs Auftreten in Marokko ziemlich allgemein. In den marokkanischen Grenzgebieten gehörten Reibereien zwischen Franzosen und Spaniern zum täglichen Zeitvertreib. Die klerikalen Kreise in Spanien hatten für den in Frankreich herrschenden Antiklerikalismus natürlich keine Sympathie. Die militärischen Kreise sählten sich durch die Herrengeste, mit der die Franzosen in Marokko wirtschafteten, verletzt. So war in Spanien ein starker Teil der Bevölkerung zum mindesten von jeglicher deutschfeindlichen Regung frei. Auch diese Elemente beklagten das Schicksal Belgiens und übten Kritik, aber ihre Grundstimmung wurde davon nicht berührt. Auf der Gegenseite standen die Liberalen und die meisten Anhänger der Linksparteien. Sie traten mit grober Entschiedenheit für Frankreich und England ein. Sie agitierten mit der belgischen Frage und allem, was dazu gehört.

Es ist in Spanien bekanntlich nicht anders als in den meisten neutralen Ländern. Fast überall schwärmen oder schwärmten doch bisher die Linksparteien, das sind die Vogenparteien, für die Entente und heften zum Kriege oder doch zum Sasse wider die Mittelmächte. Die Folgerung aus dieser Tatsache sind für jedes normale Gehirn gegeben. Aber im „B. T.“ fährt T. W. fort:

„Auch an dem spanischen Fall zeigte es sich, daß nur noch ein liberalisiertes Deutschland eine gute auswärtige Politik treiben könnte, und daß die Misere unserer innerpolitischen Verhältnisse uns auch die Besserung der außerpolitischen erschwert.“

Wenn es nach dem „B. T.“ ginge, müßte also das Deutsche Reich durch seine Liberalisierung sich auch noch jene Freundschaften, die es besitzt, vercherzen. Kein Liberalismus vermöchte natürlich den Mittelmächten die Sympathien der „Linksparteien“ in Spanien oder überhaupt in den neutralen Ländern zu gewinnen. Sie werden alle von der Pariser und Londoner Roge gelenkt. Paris als der Schauplatz der französischen Revolution, London-City als die Geldmetropole üben auf die Linksparteien überall eine unwiderstehliche Anziehung aus. Bei den romanischen Liberalen, Sozialdemokraten und Republikanern kommt noch die Schwärmerei für die lateinischen Schwesterationen und der Haß gegen den Germanismus. Aber das „Berliner Tagbl.“ folgert aus der Tatsache, daß die spanischen Katholiken, also der stärkste Teil der Bevölkerung nicht deutschfeindlich, die Linksparteien aber franzosen- und englandfreundlich sind, daß sich Deutschland liberalisieren, d. h. seine Freunde abstoßen und mit seinen Feinden paktieren solle! — Gleich darauf aber fährt T. W. in seiner Schilderung der spanischen Verhältnisse fort:

Am 1. Mai 1916 trat das konservative Kabinett Dato zurück und das liberale Kabinett des Grafen Romanones kam. Die gesamte Presse der Ententeländer und die liberalen Blätter Spaniens waren über diesen Wechsel ungemein erfreut. Auch der Graf Romanones betonte in all seinen Erklärungen, daß seine Regierung zur Wahrung der Neutralität entschlossen sei. Da der König diese Neutralität sorgsam behütet und gern, in geeigneter Stunde, am Friedenswerk mitbessern würde, wäre Romanones, ohne ein solches Neutralitätsbekenntnis, auch schwerlich zur Macht gelangt. Aber die Neutralität hat mancherlei Grabe und die Ententesfreunde erwarteten von dem neuen Kabinett immerhin eine für Frankreich und England freundschaftlich-wohlwollende Politik. Man warf dem sehr begüterten Grafen Romanones seine umfangreichen Exportgeschäfte vor. Die Beschuldigungen, die gegen ihn erhoben wurden, erregten ungeheures Aufsehen und wurden nicht widerlegt. Einige oppositionelle Blätter wurden konfisziert, einigen Journalisten wurde Verfolgung angedroht, aber der Prozeß wurde, da Romanones selber jede Anklage ablehnte, nicht angestrengt. In Paris stimmte der „Temps“ in seiner Nummer vom 11. Jänner einen Hymnus zu Ehren des spanischen Ministerpräsidenten an. . . . Eine „antigermanophile Liga“ wurde gegründet, der bisher etwa hundert Professoren, sechzig Schriftsteller, Künstler und Journalisten und einige Politiker beigetreten sind. Der Dichter Perez Galdos und der Maler Zuloaga gehören dazu. Deputierte der Linken, darunter alle Reformisten, unabhängigen Republikaner, der radikale Parteiführer Ferrroux und der sozialistische Parteiführer Pablo Iglesias, vereinigten sich, um dem Marschall Joffre nach seinem Rücktritt ein Album zu überreichen, für das Perez Galdos den Begleitbrief geschrieben hat. Aber die Nicht-Ententisten (nämlich die spanischen Katholiken! D. N.) duldeten nicht, daß über dieses Album in den Räumen des Kongresspalastes beraten würde und vertrieben die Albumkünstler aus dem Saal.

Das alles weiß T. W., aber er verlangt, Deutschland solle auf die Freundschaft der spanischen Katholiken pfeifen und den so gearteten Linksparteien nachlaufen! — In Nr. 78 veröffentlicht das nämliche Berliner liberale Organ die Zuschrift „einer Dame, die vor zwei Wochen aus Spanien nach Berlin zurückgelangte“ und die über „die Stimmung in Spanien“ u. a. erzählt:

Der Einfluß Englands und Frankreichs auf die gegenwärtige (liberale) spanische Regierung ist sehr groß. Die Befandten der Ententemächte nutzen ihren Einfluß aus, die heute leitenden Staatsmänner sympathisieren innerlich vollständig mit der Entente. Es spricht dabei der Umstand mit, daß spanische Minister nebenbei an irgendeinem geschäftlichen Unternehmen beteiligt sind — Graf Romanones ist Besitzer großer Minen, und sein Vater erwarb seine Reichtümer dadurch, daß er einen geschickten Chemiker hatte, der ein Verfahren Blei zu scheiden entdeckte — und Geschäfte mit Frankreich und England machte, Geschäfte, deren Erträge durch den Krieg sehr beträchtlich gestiegen sind. . . . Obgleich Spanien nicht in der Nähe der Kriegsschauplätze liegt, leidet es sehr durch den Krieg. Die Teuerung aller Lebensmittel ist ungeheuer. Die Arbeitslosigkeit ist unheimlich groß. Diese Bevölkerung interessiert sich aber leidenschaftlich für Politik. Die Spanier lieben ihr Vaterland glühend und hassen alle die, die es in Not bringen. Stehen sie unter dem Einflusse der Geistlichkeit oder

deutschfreundlicher Kreise, dann wird ihnen wohl erklärt, daß Deutschland ihre Schiffe nur als Antwort auf den Auslieferungsgesplan Englands torpediert. Sie hören dann von der Tapferkeit und dem Heldennut, mit dem Deutschland sich gegen eine Welt von Feinden wehrt. Sind sie mit Ententesfreunden zusammen, dann versucht natürlich der Gegner ebenfalls, seinen Einfluß geltend zu machen. Jeden Abend bringt die (katholische) „Tribuna“ auf der dritten Seite, da, wo in diesen Lettern die Hauptnachrichten stehen, unterdrückt und fettgedruckt die Worte: „Welches sind unsere wahren Freunde? Deutschland bietet uns Schiffe und Kohlen an, England verbietet uns die Annahme.“ Eine sehr gute Stütze haben wir an der Geistlichkeit. Auch ein sehr großer Teil des Militärs empfindet neben der Bewunderung des deutschen Heeres aufrichtige Sympathien für ganz Deutschland. Das Heer wünscht kein Eintreten Spaniens in den Krieg auf Seite Englands und Frankreichs und ein Eingreifen auf deutscher Seite ist technisch unmöglich. Auch die (katholischen) Carlsten sind gegen den Krieg in Verbindung mit der Entente, und im September vorigen Jahres, als es wirklich eine sehr kritische Zeit war, erschien am Kopfe des „Correo Espanol“ ein Ausruf des derzeitigen Kronprinzen Don Jaime: „Wenn die Regierung unser Vaterland in den Krieg ziehen will, dann werde ich mich an die Spitze meiner Geirenen stellen und mein Land dagegen verteidigen.“ Für den Krieg wiederum arbeitet eifrig die Sozialdemokratie. Sie läßt keine Gelegenheit unbenutzt, den Genossen in Frankreich ihre Sympathie zu bezeigen.

Aber Deutschland soll, so empfiehlt T. W. im „Berliner Tagblatt“, seinen spanischen Freunden zum Trub und den deutschfeindlichen Linksparteien zuliebe „sich liberalisieren“! — Und in der gleichen Nr. 78 zitiert das „B. T.“ eine Aeußerung des Prinzen Alfons von Bourbon, derzufolge es zwischen den gegenwärtigen (liberalen) Leitern der spanischen Politik und Frankreich ohne Wissen des Königs Alfonso ein geheimes Abkommen gibt und die Absichten vieler Parteigänger darauf hinauslaufen, Spanien offen an die Seite Frankreichs zu treiben und derart ihre Anstrengungen zu krönen, die auf die Vernichtung der spanischen Neutralität abzielen, nachdem sie bis jetzt das Möglichste taten, damit dieselbe doch wenigstens so viel als möglich der Nachbarnation Nutzen bringe.“ — Es ist zwar nicht wahrscheinlich, daß Romanones und seine Freunde von der Linken, angesichts der Stärke und Entschlossenheit der katholischen Rechtsparteien und des großen Einflusses der Geistlichkeit sowie der durchaus neutralen Gesinnung des Königs ihre deutschfeindlichen Pläne zu verwirklichen vermögen. Aber an „guten“ Willen fehlt es ihnen nicht und — T. W. vom „Berl. T.“ empfiehlt Deutschland, sich den Deutschfeinden zuliebe zu liberalisieren und die katholischen Freunde abzustößen!

Zahlrechtsdebatte im Abgeordnetensaale.

57. Sitzung, Mittwoch, 14. Februar. (Fortsetzung.)

Stm. Mitglieder: n. Seibel.

Zweite Beratung des Etats

wird fortgesetzt.

Herr Dr. Eohmann (Nat.) berichtet die in Specialkommission gemachten großen Fortschritte bei der Sachverhaltsklärung, die auch von den nachgelassenen Sachverständigen nicht unterbrochen wurden und zwar in der Richtung des Staatshaushalts nicht unterbrochen wurden und zwar in der Richtung des Staatshaushalts nicht unterbrochen wurden... (Text continues with detailed reporting on the committee's work and the state of the budget debate.)

Herr v. D. (Nat.): Ich möchte jetzt alles Trennende zurückstellen. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Herr v. D. (Nat.): Ich möchte jetzt alles Trennende zurückstellen. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Stellung der inneren Verwaltung.

Unter Umständen auf dem Gebiete der Stellung der inneren Verwaltung zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Stellung der äußeren Verwaltung.

Stellung der äußeren Verwaltung zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Allgemeine politische und finanzielle Lage.

Allgemeine politische und finanzielle Lage zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Stellung der inneren Verwaltung.

Stellung der inneren Verwaltung zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Stellung der äußeren Verwaltung.

Stellung der äußeren Verwaltung zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

richtung in der Verwaltung erheblich einzuwirken, hat er nicht. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Das Berliner Leben.

Das Berliner Leben zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

Die Wahlrechtsfrage.

Die Wahlrechtsfrage zu prüfen, ist heute nicht die Zeit. Wir müssen allgemein eine möglichst weitgehende Vereinfachung der Verwaltung anstreben. (Sitzung über die Fortsetzung der Diskussion über die Staatsausgaben.)

18. 7. 1917.

Das amerikanische Problem.

III. Am Scheidewege.

Von Dr. Béla Székely,

europäischem Spezialkorrespondenten des Wheeler-Sandifais amerikanischen Zeitungen.

Budapest, 17. Februar.

Der Ententismus hat drei geistige Führer in Amerika: Charles W. Eliot, Elihu Root und Theodor Roosevelt. Eliot ist ein Greis von zweiundachtzig Jahren, der mit seltener Jugendfrische des Geistes gesegnet ist. Ehrenpräsident der Harvard-Universität, ein Schriftsteller ersten Ranges, ein Moralist von hoher Begabung, lebt er in seinem Cambridger Heim das einfache, jetzt gedankenbefruchtende Leben eines antiken Philosophen. Er ist stets bereit, sich auszusprechen, entwickelt trotz seines Alters eine rege schriftstellerische und journalistische Tätigkeit, und wenn große Fragen die öffentliche Meinung beschäftigen, wenn Probleme von nationaler Bedeutung auftauchen, da horcht ganz Amerika mit Ehrerbietung auf, was das Cambridger Orakel zu sagen hat. Elihu Root ist der glückliche Besitzer des klügsten Kopfes in Amerika. Wenn man Rat will holen in Schwierigkeiten, ist Root der Mann, einem den Weg zu weisen. Kein Wunder, er hat sich als Rechtsanwalt die allererste Stelle in seinem Metier erobert, was viel sagen will in diesem Lande der großen Advokaten. Er war auch Kriegsminister und Staatssekretär des Aeußern. In beiden Aemtern hat sich die Gabe seines scharfen Verstandes zum Besten des öffentlichen Dienstes glänzend bewährt. Eine große, hagere Gestalt, ein Siebzjähriger, überrascht er durch das jugendfrische Leuchten der dunklen Augen, die in seinem Kopfe mit unheimlichem Glanz funkeln. Sie durchdringen einen, und auf wen ihre Blicke fallen, der kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß eine geistige Sonde in die tiefinnersten Tiefen seiner Seele hineingelassen wird. Roosevelt ist ein lebendes Dynamo, welches beständig die Notwendigkeit fühlt, sich der in ihm aufgespeicherten Elektrizität mit raketenartigem Effekt zu entledigen. Ein Meister in der Kunst, für sich Klänge zu machen, verkörpert er in sich, trotz seiner Fehler, so manche amerikanische Tugend. Was ihn einst zum Liebling der Vereinigten Staaten machte, zum verhäßtesten „Ladde“ des Volkes, das war seine unverfälschte demokratische Gesinnung, die eine freie Bahn für jedes Talent schon fünfzehn Jahre vor dem europäischen Krieg forderte, seine Liebe zur Arbeit in der Ueberzeugung, daß Arbeit veredelt, und dann auch der Mut seiner Ueberzeugung, für die er sogar das kostbare Gut seines Lebens, seine Popularität, bereit war, in die Schanze zu schlagen.

Diese drei Männer haben in Amerika seit dem Ausbruch des Krieges, jeder in seiner Weise, für England und gegen Deutschland Stimmung gemacht. Ihr Erfolg ließ, vom Standpunkte der Entente, nichts zu wünschen übrig. Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Soziologen, Gelehrte, Universitätsprofessoren, Verleger und Advokaten scharten sich von Anbeginn um sie. Die „Intellektuellen“ Amerikas betrachteten England noch immer als ihr geistiges Mutterland. Sie wurden an der Brust englischer Kultur großgezogen, Bacon, Darwin, Huxley und Spencer sind ihre Ideale, und wie sie in ihrer Jugend sich an den Werken von Scott, Dickens, Thackeray und George Eliot ergötzt, vertieften sie sich nun in Arnold Bennett, G. G. Wells, John Galsworthy und Bernard Shaw. Die Unterlage ihrer Erziehung ist englisch, und das bestimmte ihre Sympathien schon vor dem Kriege. Die Ursachen, die eine Ermüchtung des amerikanischen Volkes von dem Begeisterungssturm der Entente hervorbrachten, ließen diese Intellektuellen, sowie ihre drei großen Führer unberührt in ihren englischen Sympathien. Damit ist eine Spaltung in der öffentlichen Meinung Amerikas eingetreten, die um so wichtiger ist, als die Stimmen der in den Vereinigten Staaten naturalisierten Deutschen, Oesterreicher und Ungarn ebenfalls schwer ins Gewicht fallen. Daß dem so ist, beweist unwiderlegbar die letzte Präsidentschaftswahl.

Inzwischen hatte die wirtschaftliche Lage neuerdings eine Veränderung erfahren. England, Frankreich und Italien haben Munitionsfabriken in großem Stil errichtet, und die Zeit schien nicht mehr fern, da die Bestellungen der Entente sich erheblich vermindern würden. Man begann auch mit der Möglichkeit des Friedens zu rechnen, und man war sich klar darüber, daß nicht Gewinne, die von einer plötzlichen günstigen Konjunktur abhängen, die solide Grundlage einer nationalen Volkswirtschaft bilden, sondern das gesunde, natürliche Heranwachsen und Erstarken der Industrie und des Außenhandels. Männer wie James Farrell, Präsident des Stahltrusts, und Vanderbilt, Präsident der Citybank, und andere hervorragende Vertreter der Industrie und der Finanzwelt erhoben ihre warnende Stimme und bekehrten die Geschäftswelt Amerikas darüber, daß wenn der jetzigen abnormalen Prosperität nach dem Kriege nicht eine industrielle und finanzielle Katastrophe und eine gefährliche Arbeiterkrise folgen sollen, ein planmäßiger Umbau der wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika sofort in Angriff genommen werden muß. Tatsächlich hat eine Anzahl von Fabriken damit begonnen, ihre Munitionsproduktion zu vermindern und sich andererseits für die Friedensarbeit einzurichten. Die Dupont-Schießpulverfabrik, die größte ihrer Art in Amerika, wurde teilweise für die Herstellung von Farbstoffen umgewandelt. Andere Industrien begannen ebenfalls anzufatteln. Dadurch wurde das geschäftliche Interesse der Union an dem Krieg erheblich vermindert und das Interesse an dem Frieden gestärkt.

Auch in der finanziellen Welt Amerikas begannen viele einzusehen, daß sich nur noch am Frieden, nicht mehr am Kriege verdienen läßt. Der amerikanische Markt ist überfüllt mit den Schulden der Entente. Je länger der Krieg dauert, mit um so mehr neuen Kreditforderungen wird England gezwungen sein, an die Union heranzutreten. Wie der Hazardspieler weiter spielt, um seinen

Einjag zu retten, müßte man den alten Milliarden neue folgen lassen. Die längst erträumte Welt Herrschaft des Dollars ist zur Wirklichkeit geworden. Nicht der Sterling, sondern der Dollar ist heute die Standardwährung. England ist in diesem Kriege finanziell genügend geschwächt, um Londons Position als Geldmarkt der Welt einzubüßen. Aber ein finanziell ruiniertes England würde die amerikanischen Guthaben bei der Entente in einem Grade gefährden, der auch auf die Stärke des amerikanischen Geldmarktes eine katastrophale Rückwirkung haben könnte. In der Finanzwelt der Union hat sich daher das Bewußtsein durchgezogen, daß der Abschluß des Krieges und die darauffolgende Konsolidierung der englischen volkswirtschaftlichen Verhältnisse vitale amerikanische Interessen bilden.

So waren die Verhältnisse in Amerika zur Zeit der Präsidentschaftswahl im November vorigen Jahres beschaffen. Wenn man noch bedenkt, daß in der großen öffentlichen Meinung ein entschiedener Umschwung zuungunsten der Entente Platz gegriffen hat, verursacht durch die Unterbindung des überseeischen Postverkehrs, die irische Revolution, die Hinrichtung von Casement und die Veröffentlichung der Schwarzen Listen, so wird man sich nicht wundern, daß in der Präsidentschaftswahl die Friedensfrage eine Hauptrolle spielte. Mit der ihm eigenen Intuition, die Volksseele zu erfassen, hat der Präsident während der Wahlkampagne verkündet, daß, wie er das Land bisher von dem Kriege ferngehalten hat, er im Falle seiner Wiederwahl dem Lande auch in Zukunft den Frieden bewahren werde. Auf Grund dieses Versprechens, im Vertrauen zu dieser Zusage hat das amerikanische Volk Wilson ins Weiße Haus zurückgeschickt. Die Pazifisten, unter Bryans und Fords Führerschaft, haben viel zu diesem Resultat beigetragen. Kurz vor dem Ausbruch des Krieges hatten die Pazifisten in den Bryanschen Friedensverträgen einen großen moralischen Erfolg errungen. Der europäische Krieg hat ihnen dann für einige Zeit das Handwerk gelegt. Aber in dem Augenblicke, da die amerikanische Industrie die Demobilisierung ihrer Kriegsprüfung begann und die New-Yorker Finanzkönige der erworbenen Milliarden durch den Frieden sicherstellen wollten, anstatt sie durch die Fortdauer des Krieges gefährden zu lassen, hatten die Pazifisten mächtige Mitarbeiter für ihr Friedenswerk bekommen.

Auch die Tatsache, daß die Preise der Lebensmittel gewaltig in die Höhe gingen und das kostbare Gut des Amerikaners, sein „standard of life“ gefährdeten, hat viel dazu beigetragen, der Friedensidee im Wahlkampfe zum Siege zu verhelfen. Der Amerikaner ist ein lebensfroher, fröhlicher, intelligenter Arbeiter, der die Bequemlichkeiten seiner Existenz hochschätzt und dem die Bequemlichkeiten des Lebens zur Notwendigkeit geworden sind. Wenn er arbeitet er mit der größten Anspannung seiner Kräfte, um einen guten Verdienst zu haben, womit er sich und seiner Familie ein wirklich menschenwürdiges Dasein geben kann. Lust, Luftheizung, Badezimmer, eine täglich dreimalige Mahlzeit, anständige Kleidung, Theater, Bücher usw. sind selbstverständliche Bedürfnisse, ohne welche er gar nicht existieren könnte. Es ist daher natürlich, daß er mit angstvollem Auge die Preise der Lebensmittel und aller anderen Bedarfsartikel in die Höhe gehen sah. Nicht alle in Amerika arbeiten in Munitionsfabriken, und die Zahl der Gewerbetreibenden, der Geschäftsleute, der öffentlichen und der Privatbeamten zählt nach Millionen. Diese sehen die Kaufkraft des Dollars schrumpfen, und sie wünschen den Frieden, verwünschen den Krieg. Diese Millionen haben in der Wahl für Wilson und für den Frieden gestimmt und nicht die „Intellektuellen“, nicht die Zeitungsschreiber, nicht die Demagogen, nicht die bezahlten Kriegsbeher, sondern die Millionen arbeitssamer Menschen, ihre Frauen und Söhne und Töchter geben und bilden die wirkliche öffentliche Stimmung Amerikas.

Wenn man die Friedensbotschaft Wilsons mit Berücksichtigung auf die verschiedenen Kräfte, die in Amerika gegen den Krieg wirksam sind, genau untersucht, wird man zu dem Resultat gelangen, daß die Aktion des Präsidenten aus der Volksseele und aus der Volksstimmung herausgewachsen ist. Dann wird man sich auch zu einer Höhe aufschwingen können, wo man die bedeutsame Initiative Wilsons vorurteilslos betrachten und sie richtig bewerten wird können.

Nachdem der Präsident festgestellt hatte, daß die vitalsten Interessen der Vereinigten Staaten zum großen Teil durch den Krieg fortwährend gefährdet werden erklärte er, daß die Sicherung von Frieden und Recht nicht mehr lange verschoben werden kann. Damit hat er den Vereinigten Staaten auf dem Schachbrette der internationalen Politik eine Stellung gesichert, von wo sie für die Beendigung des grausamen Kriegsspiels eintreten konnten. Seine Devise von dem Frieden ohne Sieg hat der Verwirklichung von Englands Vernichtungsplänen energisch einen Riegel vorgeschoben. Und im Lichte der damaligen Lage gesehen, kann man ruhig sagen, daß damals nichts mehr geeignet war, den Krieg abzukürzen, als wenn England eingesehen hätte, daß infolge der amerikanischen Stellungnahme seine auf die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns, Deutschlands und der Türkei gerichteten Kriegsziele selbst in dem unwahrscheinlichen Falle eines Ententesieges unerreichbar waren. Die Freiheit des Meeres war der nächste vitale Punkt in dieser Friedensbotschaft. Die Wutausbrüche der Entente-Pressen zeigten klar, wie tief die Wunde war, die diese Ankündigung am britischen Leibe geschlagen hat.

Daß Wilson nach einer so gründlichen Verstimmlung der englischen Aspirationen der Entente in der Nationalitätenfrage eine Art Markotikum geben mußte, um nicht als der offene Feind Großbritanniens angesehen zu werden, sollte dem Scharfsinn österreichischer und ungarischer Politiker nicht entgangen sein. Und wenn man Wilsons Forderungen bezüglich der Nationalitäten kritisch sondiert, wird man zu dem Resultat gelangen,

187 II. 1917

Papsttum und Weltfrieden.

Wien, am 17. Februar.

Dieser Tage ging aus Zürich die Nachricht in die Welt, daß dort ein Kongreß von Katholiken aus kriegsführenden und neutralen Ländern stattfand, der die Frage der Wiederveröhnung der Völker behandelte, der die Religion, das Christentum als Ausgangspunkt dieser Veröhnung betonte und der in besonderer Weise auf den Papst, die autoritative Spitze des Christentums, als auf den berufensten Friedensvermittler hinwies. Dieser Hinweis ist außerordentlich vernünftig und zeitgemäß. Wir bleiben in der Deutung des Krieges und seiner Ursachen, in der Besprechung der Friedensmöglichkeiten allzu leicht im Neuperlichen stecken. Wir reden von herrschsüchtigen Plutokraten und ehrsüchtigen Ministern, von überspannten Chauvinisten und verbrecherischen Fürstenmördern, von lügenden Diplomaten und noch mehr lügenden Journalisten und lassen den Weltkrieg aus all deren Tätigkeit entstehen. Sicherlich haben diese Dinge Mitschuld am Weltkrieg; aber der Kern seines Warum und Wie liegt tiefer. Der Weltkrieg ist Ausdruck eines allgemeinen Kulturbankrotts, ist Frucht nicht nur der unseligen Arbeit von Handelsleuten, Diplomaten und Journalisten; er ist die Frucht vor allem falscher Weltanschauungen, falscher Wissenschaft, falscher Literatur und Kunst, kurz einer falschen Seelenrichtung der führenden Kreise neuerer Menschheit; erst diese moralischen und intellektuellen Falschheiten ließen die in Politik und Handel so recht ins Kraut schießen. Optimistischer Diesseitsglaube, die Tragik des Hienieden verkennend, im Menschlichen und Natürlichen sein Genüge suchend und doch nie davon gesättigt; Wissenschaft, allein der Menschenvernunft vertrauend, eben deshalb wetterwendisch und zwiespältig wie immer unerlöste Menschentöpfe; weil wetterwendisch und zwiespältig, deshalb die ordnende, gestaltende, harmonisierende Kraft verlierend, deshalb bald den Sachen und Suchten, der Materie ausgeliefert, deshalb, als Technik, als Naturwissenschaft, als Erfinderin der modernen Kriegswertzeuge bald der „tolle Hund“, den Wandervogel verflucht; Literatur und Kunst, nicht mehr Bundesgenossen des Gewissens, Propheten der Ideale, sondern Schmeichler und Hofnarren der Atheisten und Materialisten — das sind die tiefsten Ursachen des Weltkrieges; sie erst machten die lumpigen Politiker, Chauvinisten und Volkerverheer möglich. Die tiefsten Ursachen des Weltkrieges sind geistig-moralischer Art. Deshalb ist aber auch der Friede, ist die wahre Völkerveröhnung nicht von der bloßen Arbeit von Ministern und Feldherrn am grünen Tisch zu erhoffen, sondern vor allem von der Arbeit gesunder geistig-moralischer Faktoren; und deshalb erscheinen die autoritativen Vertreter dieser Faktoren als die zunächst Berufenen und Aussichts-vollen, wo es sich darum handelt, die Menschheit aus dem Uebel der Sprachenverwirrung, aus der Hölle des Völkerhasses und der Weltkriegsschlachten herauszuführen.

Wir wissen in diesem Sinne keine berufenere Macht als das Papsttum. Es ist die Spitze jenes Christentums, das seit bald 2000 Jahren Ausgangspunkt aller wahren Seelenerlösung und Seelenerhebung ist; Ausgangspunkt aller aufbauenden, die Menschen im Tiefsten einigenden Wissenschaft, Literatur, Kunst und aller echten Gesellschaftsorganisation. Ausgangspunkt aller Ueberwindung des Stofflichen durch den Geist, aller Ueberwindung der Egoismen und Individualismen durch ein erhabenes, gemeinsames Aredo, durch Gehorsam und

Opfer im Zeichen der Religion. (Wie Donoso Cortes sagte: „Das Christentum hat die Welt kultiviert, indem es die Autorität zu einer unverlethlichen Sache, den Gehorsam zu einer heiligen Sache, die Selbstverleugnung, die christliche Liebe, zu einer göttlichen Sache machte.“) Je mehr die moderne autonome, irreligiöse Kultur in ihrer ganzen Hilflosigkeit und Erbärmlichkeit entlarvt ist, je mehr wir sehen, welches beispielsweise die Frucht des vielgepriesenen Humanitätsglaubens der weltbeherrschenden Freimaurerlogen ist — die liberalen „Süddeutschen Monatshefte“ schrieben unlängst im Hinblick auf das allmächtige Londoner Freimaurertum: „Eine obere Schicht genießender Gewaltmenschen und darunter eine breite Masse von Sklaven — das ist der Höhe der Freimaurerei: Mammon und sonst nichts. Europa, Asien und Afrika schwimmen in Blut, und in den Geheimlogen zu London sitzen die Geldmenschen und rechnen und rechnen und lächeln sich zu und gehen dann heiter zu ihren Vergnügungen. Keine orphischen, keine eleusinischen Mysterien, keine Philosophie der alten und neuen Zeit steckt hinter dem Geheimnis nur Mammon!“ — je mehr wir solches sehen, um so mehr steigt unsere Achtung für jenes Christentum und jenes Papsttum, welches auf den Trümmerhaufen des zerfallenden Römerreiches eine neue Gesellschaft organisierte, welches die Barbarenstämme der Völkerwanderung erzog, welches das Mittelalter mit seinen Heiligen und Rittern, seinen Dombauern, Philosophen und seiner sozialen Gesellschaftsordnung schuf, welches die bedeutendsten Gestalten der Renaissance inspirierte, welches bis zur Stunde die stärkste Organisation und der stärkste Rückhalt aller Seelenkultur ist, bis zur Stunde von heiligsten Menschen, von tiefsten Denkern und gewaltigsten Künstlern als Seelenheimat gepriesen wird.

Als Seelenheimat und als Friedensheimat. Denn Friede, Völkerverbrüderung — das ist die zweite große Frucht des Christentums. Die alten Religionen waren national; die Israeliten des Alten Testaments trennen sich als auserwähltes Volk scharf von den Nicht-auserwählten; die Griechen und Römer schauen mit Verachtung auf die Fremden und Barbaren; erst das Christentum läßt alle Menschen als Brüder, als Söhne eines Vaters, als Pilger zu einem Ziel empfinden; das Christentum erst schafft den höheren, spirituellen Kosmopolitismus; schafft die kulturelle Harmonie der Völker, die Einleitung der nationalen und politischen. Freilich nur das wahre, vom Papst geführte Christentum, nicht das Christentum von Byzanz oder das orthodoxe von Rußland, nicht das liberale „freie“ von heute, das dem Politischen sich unterordnet, und deshalb vom Politisch-Staatlichen geschändet wird, das ans Nationale sich kettet und deshalb in nationalen Engen und Zufälligkeiten beinahe ertrinkt; sondern das wahre Christentum mit dem Papst an der Spitze.

Je mehr wir heute unter der Völkerverwirrung und dem Völkerhass leiden, um so leuchtender tritt die Hoheit der völkerveröhnenden, weil völkerverbindenden christlichen Idee zutage. Sie ist die große, aktuelle Idee; und ihr in der Welt der Feldherrnlager und Kabinette praktisch zum Durchbruch zu verhelfen, scheint eben die große, providentielle Aufgabe des Papsttums. Die höhere spirituelle Einheit der Menschheit der letzten 2000 Jahre ist die große Leistung des Christentums, bzw. des Papsttums. Gregorovius schreibt diesbezüglich im dritten Band seiner Geschichte der Stadt Rom die bewundernden Sätze: „Das cäsarische Rom hatte die Nationalität vernichtet, aber das päpstliche sie anerkannt und die moralische Gleichheit der Völker oder ihr allgemeines christliches Bürgerrecht

18. II. 1917

Sonntag, 18. Februar 1917

Zeitung

704

Gelehrten Sachen

ges. Ullstein & Co., außerhalb bei allen Postanstalten. Bezugs-
preis 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. Durch die Post
jährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — Anzeigenpreis
50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahrespreis. — Anzeigen-
rate 8/9, Ullsteinhaus, Kochstr. 22/23, und alle Ullstein-Filialen

2-26 Fernsprech. Zentrale. Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800,
11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

Ancrè.

Die deutsche Sache.

Von

Dr. Friedrich Naumann.

Mitglied des Reichstages.

In Christiania hat Friedrich Naumann am 3. Fe-
bruar zu den norwegischen Studenten über die
deutsche Sache gesprochen und durch Vermittlung un-
seres norwegischen Berichterstatters seine Aufzeich-
nungen für diesen Vortrag zur Verfügung gestellt,
aus denen wir die Stellen, die für Deutschland von
besonderem Interesse sind, zusammengestellt haben.

Das, was wir als den ungeheuren Krieg der Gegenwart erleben,
es ist im Grunde eine Anhäufung sehr verschiedener Kriege, die
nur auf den Zeitpunkt gewartet haben, wo der eine den anderen
aufdecken würde. Wir sehen vor Augen ein Wiederaufleben fast
aller noch unerklärlicher älterer territorialer oder nationaler Strei-
tigkeiten des europäischen Kontinents und sehen gleichzeitig einen
Kampf um die Seeherrschaft und um die Freiheit der Meere. Das
wird am deutlichsten, wenn man die Protokolle des einstigen
„Wiener Kongresses“ zur Hand nimmt. Schon damals gab es
ebenso wie jetzt, eine italienisch-österreichische Frage, wengleich
mit etwas anderen Grenzen. Schon damals hatte man eine ser-
bische Frage, und es gab eine Zeit, in der der Staatskanzler Met-
ternich den Wunsch hatte, Serbien anstelle von Oberitalien zur
österreichischen Monarchie hinzuzuziehen. Auf dem Wiener Kon-
gress wurde schon über die Fürstentümer geredet, d. h. über Wal-
lachei und Moldau, aus denen später Rumänien entstand. Und
auch die orientalische Frage, d. h. die türkische Herrschaft in Kon-
stantinopel, stand auf der Tagesordnung. Lange und eingehend
wurde auf dem Wiener Kongress über die Wiederaufrichtung des
zerteilten Polens gesprochen, bis schließlich als Ergebnis eine neue
hundertjährige Teilung entstand. Besonders wichtig ist, daß es
schon damals die belgische Frage gab, denn durch den Kongress
wurden Holland und Belgien als Königreich der Niederlande vor-
übergehend vereinigt. Auch beschäftigte den Kongress die Fest-
legung der Grenzen zwischen Frankreich und Deutschland und da-
mit das Schicksal sowohl der deutschen wie der französischen Be-
völkerung im Elsaß. Da außerdem durch den Wiener Kongress
die englischen Besitzungen von Gibraltar, Malta, Capland und Cey-
lon bestätigt wurden, so kann man die Schlußakte der Wiener
Verhandlung nicht nur als grundlegend für die europäische Län-
dergestaltung, sondern auch im gewissen Sinne vorbereitend für
die Entwicklung der maritimen Herrschaftsverhältnisse ansehen.

Das, was am wenigsten vollständig aus der Hand des Wiener
Kongresses hervorging, war die politische Verfassung des mittel-
europäischen Gebietes. Der deutsche Bund mit seinen 39 Mon-
archen konnte nicht die endgültige Form für die deutsche Nation
und für die Magyaren und Westslaven sein. Es entstanden mit
Notwendigkeit Kämpfe um Verfassung, Zentralisation und Dezen-
tralisation dieses weiten Gebietes. Das sind die Kriege der Bis-
marck'schen Zeit, aus denen sich einesteils die Staatseinheit des
deutschen Reiches ergeben hat und andererseits ein Bündnis mit
der österreich-ungarischen Doppelmonarchie. Dieses von Bismarck
ins Leben gerufene System der mitteleuropäischen Regierungen
hat sich im jetzigen Kriege unter den allerschwersten Erschütterun-
gen und Prüfungen bewährt. Es hat sich ebensogut die Festigkeit
des deutschen Reiches gezeigt wie die Treue jenes Bündnisses, das
im Jahre 1879 Bismarck mit dem ungarischen Grafen Andrássy
geschlossen hat. Von diesem Bündnis an bestand eine Gesamt-
Verantwortlichkeit der mitteleuropäischen Regierungen und Be-
völkerung.

Es war der Bund zwischen Deutschland und Oesterreich-Un-
garn ein Verteidigungsbund nach Osten und nach Westen. Als
Verteidigungsbund ist er lange Zeit hindurch eine Grundlage des
europäischen Friedens geblieben, bis von Serbien durch den un-
erhörten Mord des Thronfolgers die uns verbündete Doppelmon-
archie in den Kampf hineingezogen wurde. Vom reichsdeutschen
Standpunkte aus konnten und durften wir unsere österreichisch-
ungarischen Bundesgenossen nicht einem Zerlegungs- und Zer-
stückelungsprozeß überlassen. Es wird zwar jetzt von Seiten der
Westmächte in verschiedenen Reden und politischen Erklärungen
dargestellt, als ob der Friede des Erdteiles dadurch gewinnen

alle unsere ökonomische und sozialpolitische Gesetzgebung beruht
ohne Ausnahme auf dem Gedanken der Fortdauer des Friedens.
Das ist in so hohem Grade der Fall gewesen, daß wir uns selbst
nachträglich in gewissem Sinne Vorwürfe machen, daß wir zu
wenig an die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Krieges gedacht
haben. Die Rede von unserem kriegerischen Willen ist eben eine
Legende.

Es kam der Krieg unvermittelt wie Gewitter und Sturmflut an
einem schwarzen Tage, und mit dem Kriege entstanden für uns
und alle Beteiligten die peinlichen Fragen des Völkerrechts. Trotz
des Zerbrechens und Uebertretens herkömmlicher völkerrechtlicher
Bestimmungen oder Gewohnheiten halte ich es für falsch und ge-
radezu verhängnisvoll, wenn man das Völkerrecht im ganzen als
wertlos und aussichtslos beiseite schieben will. Denn irgendwann
müssen wir hinter dem Kriege wieder zu geordneten Verhältnissen
kommen. Das aber heißt, es muß neues Völkerrecht geben. Aus
dem Kriege wird das Bedürfnis nach Völkerrecht und völkerrecht-
lichen Garantien noch unendlich viel stärker emporsteigen, als es
jemals früher gewesen ist. Der Verlauf des Krieges spricht nicht
gegen das Wesen des Völkerrechts an sich, sondern spricht nur da-
für, daß das bisherige Völkerrecht ein viel zu lockeres und zu-
fälliges Gewebe gewesen ist.

Es ist bei aller Rechtsbildung, sowohl im Zivilrecht, wie im
Strafrecht, wie im Völkerrecht, eine altgewohnte Erscheinung, daß
die vorhandenen Rechte den älteren und bestehenden Klassen nüt-
licher zu sein pflegen als den aufstrebenden und jüngeren Klassen.
Darauf beruht ja überhaupt der Fortschritt und die Veränderung
des Rechtes, daß mit dem Auftreten neuer Schichten und neuer
Aufgaben altes Recht eingeschmolzen wird, um von neuem in eine
Form gegossen werden zu können. Um bei einem der allerschwie-
rigsten Punkte anzufangen, so ist jener vor 80 Jahren in London
angefertigte Neutralitätsvertrag Belgiens einer von zahllosen
Verträgen, der damals mehr gegen Frankreich und Holland als
gegen das damalige deutsche Reich gerichtet war, ein Vertrag, der
den Belgiern gestattete anzugreifen, wenn sie wollten, ohne daß sie
einen Angriff erleiden sollten. Das letzte Urteil über den Ein-
marsch der Deutschen nach Belgien wird sicherlich davon abhängen,
was endgültig in den Akten über die Vereinbarungen zwischen
Belgien und den Westmächten gefunden wird.

Bei einer rein formalen Behandlung des Völkerrechts erscheinen
gewisse Dinge als erlaubt, nur weil über sie noch niemals früher
etwas bestimmt wurde und andere erscheinen als verboten, weil sie
bei früheren Verhandlungen noch gar nicht in Betracht gezogen
werden konnten. Ich beabsichtige in diesen Tagen des beginnenden
rückwärtslosen U-Bootkrieges nicht, mich ausführlich über die sehr
schwierige Frage der Verwendung dieser neuen Waffe auszu-
sprechen, darf aber doch darauf aufmerksam machen, daß es nach
den Grundsätzen allgemeiner Rechtsbildung ein merkwürdiges
Verfahren ist, die Rechtslage der Kreuzer ohne weiteres zur
Rechtslage der Unterseeboote zu machen. Es wird sicherlich eine
fernere Zukunft auch ein Völkerrecht der Unterseeboote herstellen
müssen. Heute ist dieses Recht noch nicht vorhanden und entsteht,
wie jedes Recht, aus dem Streit.

In keiner bisherigen Darstellung des Völkerrechts findet man
ausgeführt, daß es verboten sei, eine Bevölkerung von mehr als
120 Millionen Menschen auszuhungern zu wollen, wie es jetzt gegen-
über Mitteleuropa die englische Absicht ist. Einen solchen un-
geheuren Aus Hungerskrieg zu beginnen, vertritt sich offenbar
mit dem Humanitätsideal der Angelsachsen. Da nun unser deutsches
Volk und unser österreichischer und ungarischer Bundesgenosse die
Objekte und Opfer eines solchen Aus Hungerskriegs-Unternehmens
sind, so soll man sich nicht allzu sehr wundern, wenn sie über die
völkerrechtliche Zulässigkeit eines derartigen Planes ihre eigenen
Bedanken haben und die Deklamationen der Westvölker über Völker-
recht nur mit tiefstem inneren Zweifel aufnehmen.

Der tägliche zweimalige Zustellung für Wien:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 5.—
 vierteljährlich 14.50
 halbjährlich 29.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—

Für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 18.—
 und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Bänder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.—
 und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
 Morgenblatt 14 h
 Sonn- und Feiertage . . . 16 „
 Nachmittagsblatt 6 „

Wochenpost.

reich-Ungarns.

917

XXIV. Jahrgang

Reichspost

an allen Fronten.

europäischen Krieg verwickelt war. Soweit war die Rechnung gewiß richtig — wenigstens für den Anfang, und es wäre alles nach Wunsch gegangen, wenn der Krieg, wie man im Jahre 1914 auf allen Seiten annahm, nach wenigen Monaten beendet gewesen wäre. Auf die Dauer aber haben die raublustigen Mächte mit ihrer Absicht, den Verbündeten möglichst viel zu erpressen, nicht hinter dem Berg halten können. Ihre Aufbringlichkeit in Hindostan hat den Engländern, in der Mandchurei den Russen und ihr Auftreten in China beiden sowie den Vereinigten Staaten schon viele Sorgen bereitet und die Schlußabrechnung zwischen Japan und seinen Anstiftern steht noch aus. Es wird sich vielleicht erst nach Jahren herausstellen, was größer war, der Gewinn oder der Schaden, der der Entente aus dem japanischen Bündnis erwachsen ist.

Der zweite Neutrale, der den Lockungen der Entente folgte, war Italien. (Portugal ist zu belanglos, um erwähnt zu werden.) Wie gering der Vorteil ist, den Italiens Eingreifen unseren Feinden bisher gebracht hat, ist allgemein bekannt. Wohl sind ein paar Hunderttausende unserer Truppen an unserer Südwestgrenze gebunden worden, aber eine Entlastung der russischen Front ist dadurch nicht herbeigeführt worden, so daß der militärische Wert der Beteiligung Italiens am Kriege für den Verband beinahe gleich Null ist. Dafür aber bildet Italien je länger, je mehr einen bedeutenden Passivposten im Hauptbuche seiner Verführer, die es ununterbrochen mit Geld und Kosten versehen müssen, ohne dabei auf seine Zuverlässigkeit allzu fest bauen zu können. Italien bildet derzeit ohne Zweifel im Gefüge des Vierverbandes die Stelle der geringsten moralischen Widerstandskraft. Es läßt sich mit aller Sicherheit annehmen, daß, könnte jener 21. Mai 1915 wiederkehren, an welchem über die künftige Haltung Italiens die Würfel fielen, die Entente, ebenso wie Italien selbst eine andere Entscheidung vorziehen würden.

Nach Italien kam Bulgarien an die Reihe. Hier hat die Entente einmal unzweifelhaft „pour le roi de Prusse“ gearbeitet. Ihrer rastlosen Mühsarbeit ist es zu danken, daß Bulgarien, dem das Verharren in der Neutralität unmöglich gemacht wurde, sich schließlich dorthin wendete, wohin es seine natürlichen Interessen zogen.

Das halb zu Tode gepeinigete Griechenland hat sich dem Willen der Entente unterwerfen müssen, soweit es sich um seine Entwaffnung und Demütigung handelte. Darüber hinaus, zu einem positiven Eingreifen in den Krieg, hat es sich nicht zwingen lassen, und Sarraïl ist heute nicht einen Schritt dem Erfolg der Salonikiunternehmung näher gekommen, als vor einem Jahr. Das Passivum der Entente besteht hier in dem Verlust aller Zuneigungen bei dem griechischen Volk und in der vollständigen Zerstörung des sorgsam gewahrten Nimbus als „Beschützer der kleinen Nationen“.

Rumänien! Die reichlichen Tränen, die unlängst Bonar Latu im Unterhaus über das „schreckliche Schicksal“ dieses Verbündeten vergoß, sprechen eine deutliche Sprache. Auch hier ein gründlicher Fehlschlag, über dessen Schwere sich der englische Minister nur damit zu trösten weiß, daß er auf die Verluste hinweist, die naturgemäß auch für die Mittelmächte im rumänischen Kriege eintreten mußten. Wenn es nur darauf angekommen wäre, dem Vierbund ein paar tausend Mann abzuschießen um den Preis des fünfzigfachen Opfers an rumänischem Kanonenfutter, würde die mit echter Ententemoral gemachte Rechnung stimmen. Es fragt sich aber, ob es heute für Rußland nicht vorteilhafter wäre, an einem neutralen Rumänien eine

Die diplomatischen Pyrrhussiege des Verbandes.

Von Emil Neugeboren, Hermannstadt,
 Mitglied des ungarischen Abgeordneten-
 hauses.

Einer der grundlegenden Unterschiede in der Kriegsführung der Entente und des Vierbundes besteht darin, daß wir uns aus eigener Kraft unseres Lebens wehren, während unsere Feinde vom ersten Tag des Krieges angefangen kein eifrigeres Bemühen zeigten, als immer neue und neue Hilfstruppen auf den Plan zu rufen und nach und nach die ganze Welt in den Krieg zu verwickeln. Sehen wir ab von der doppelt schweren Verhöhnung an der Kulturmenscheit, die England und Frankreich begangen haben, indem sie ihre farbigen Kolonialsklaven mit ihren barbarischen Kampfesweisen ins Feuer schickten und ihnen die Selbstzerfleischung der weißen Kulturrasse vor Augen führten, sehen wir ferner davon ab, daß die Vereinigten Staaten als Büchsenpanner mit unendlichen Massen an Munition und Geschützen den Gegnern zur Seite standen, so hat die Entente der Reihe nach jedes europäische Volk zu umgarnen und zur Teilnahme am Krieg zu bewegen getrachtet. Bei einer ganzen Anzahl ist es ihr gelungen, die aktive Teilnahme herbeizuführen, andere neutrale Staaten vermochten sie wenigstens gewalttätig dazu zu bringen, daß sie passiv die Mittelmächte aushungern halfen. Eine dritte Kategorie hat ihre Neutralität bis auf das äußerste verteidigt, und bei einer vierten endlich haben die Bemühungen der Entente in das Gegenteil ihres Zieles umgeschlagen. Alle vier Kategorien aber haben das gemeinsame, daß sich die Viebesmühen im Enderfolg nicht nur nicht gelohnt, sondern daß sie sogar mit einer ausgesprochenen Unterbilanz geendet haben.

Nehmen wir sie der Reihe nach, die verführten und die standhaften Objekte der gegen die Neutralität gerichteten Unternehmungen des Verbandes, so kann man schon mit den Japanern anfangen, die im Grunde genommen auch in die Reihe der künstlich aus ihrer Neutralität gebrachten Staaten gehören. Sie haben ja nicht einmal so viel Grund gehabt, gegen die Mittelmächte aufzutreten, wie die Italiener oder Rumänen, denn das bischen Kiautschau für sich allein hätte sie wohl kaum zur Perfidie gegen Deutschland verleiten können. Andererseits lag der Entente auch weniger daran, Deutschland um diese seine kultivierteste Kolonie bestehen zu lassen, als darum, zu verhüten, daß Japan Rußland in den Rücken falle, während dies in den

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Aus der Altengeschichte.

Letzter Tage sind zwei Schweizer Bücher in zweiter Auflage erschienen, die sich in bemerkenswerter Weise mit der Vorgeschichte des Weltkrieges befassen: das auch in Deutschland vielgelesene Buch „Weltkrieg und Gottesreich“ des Züricher reformierten Pfarrers Dr. Adolf Bolliger (Verlag Hirsch in Konstanz) und „Zur Geschichte des Kriegsausbruches“ von Dr. J. Ruchti veröffentlichte Schrift (Ferd. Wyß Verlag, Bern). So erfreulich viele Erkenntnisse und Wahrheiten des erstgenannten Buches sein mögen, so kann man doch die Verwunderung darüber nicht unterdrücken, wie wenig z. B. die wichtige Vorgeschichte des serbischen Konfliktes und die Rechtsgrundlage des österreich-ungarischen Ultimatus an Serbien noch im neutralen Ausland bekannt sind. Daß selbst der wohlgeleitete Autor nach dem Fürstenmorde von Sarajevo noch zu dem Urteil kommen kann, Serbiens Antwort auf das Ultimatum sei „fast demütig und wehmütig“ gewesen und habe wohl 90 Prozent der erstaunlichen Forderungen“ erfüllt. Die Forderung nach Garantien nach der Herstellung der Rechtsordnung in Serbien gegenüber den verbrecherischen Antrieben gegen die Monarchie erscheint dem Autor selbst nach den Enthüllungen des Sarajevoer Fürstenmordprozesses und der dazu ausgegebenen amtlichen Aktenstücke noch „erstaunlich“. — Offenbar rächt sich heute noch an uns die Gutmütigkeit, mit der wir seit Jahren den großserbischen verbrecherischen Brandstiftungen zugehört und es, den internationalen Pressumtrieben des Spalajkovic das Feld überlassend, versäumt haben, Europa über das wirkliche Serbien längst vor dem Weltkrieg zu unterrichten. Um so erfreulicher ist die zweite Schweizer Schrift, deren Autor bei weitem klarer spricht. Der Wert der preisgekrönten Schrift Dr. Ruchtis liegt in dem Umstande, daß sie auf Grund des im August 1914 herausgegebenen englischen Weißbuches selbst die Mitschuld Englands am Weltkriege nachweist und seine Herbeiführung durch Rußland beleuchtet. Im Nachstehenden geben wir wichtige Darlegungen der Schrift in großen Zügen wieder.

Zu der Einleitung wird hervorgehoben, daß die Depeschen Grews verworren und schwer verständlich sind. Was er verschweigt oder nur andeutet, ist mitunter gerade die Hauptsache. Gleich das erste Aktenstück des Weißbuches sei überaus lehrreich. Der englische Staatssekretär berichtet am 30. Juli 1914 der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky habe es ihm gegenüber als sehr wünschenswert bezeichnet, „wenn Rußland die Vermittlerrolle zwischen Österreich-Ungarn und Serbien übernehme“. Rußland als Vermittler in eigener Sache, fügt Ruchti hinzu, dies zeuge von einer „fast unbegrenzten“ Friedensliebe der deutschen Diplomatie. In seiner Erwiderung erklärt Grew: der Gedanke eines Krieges zwischen irgendwelchen Großmächten sei ihm verhaßt und daß eine derselben wegen Serbien in einen Krieg verwickelt werden sollte, schien ihm verabscheuungswürdig. Immerhin sagte Grew schon am 20. Juli 1914 die Möglichkeit eines Krieges ins Auge. Nach der Meinung Grews gehört der Streitfall zwischen Österreich-Ungarn und Serbien vor das europäische Forum. Als aber Botschafter Graf Mensdorff-Pouilly dem englischen Staatssekretär einen längeren Bericht über diese Angelegenheit überreichen wollte, erwiderte Grew, er sei nicht gesonnen, eine Betrachtung über diese Frage auszusprechen. Er findet auch kein Wort des Abscheus für das grauenhafte Verbrechen von Sarajevo. Die deutsche Regierung war der Meinung, daß der Streitfall Österreich-Ungarn und Serbien allein angehe. Merkwürdigerweise war auch die französische Regierung am 24. Juli 1914 noch dieser Ansicht und fügte bei, man hoffe in Paris, daß diese Frage eine direkte und friedliche Lösung finden werde. Der Punkt des österreich-ungarischen Ultimatus, wonach Serbien verpflichtet werden sollte, zur Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Donaumonarchie gerichteten serbischen Bewegung die Mitwirkung von Organen der österreich-

ungarischen Regierung anzunehmen, habe den meisten Anstoß erregt. Ruchti erinnert demgegenüber an die Umtriebe, die Serbien gegen die Nachbarmonarchie innerhalb und außerhalb seiner Grenzen nicht nur geduldet, sondern begünstigt hat und daran, daß es nicht gewillt war, selber Ordnung zu schaffen. Mit dem Bekanntwerden des österreich-ungarischen Ultimatus in Petersburg nahm dort die Lage sofort eine gefährliche Wendung. Minister Sazonow ersuchte am Morgen des 24. Juli den englischen Botschafter Buchanan telephonisch um eine Zusammenkunft auf der französischen Botschaft, um die Lage zu besprechen, da der österreich-ungarische Schritt zu einem baldigen Kriege führen dürfte. „Das sagte der russische Minister des Auswärtigen an jenem Morgen schon am Telephon!“ bemerkt Ruchti. Bei dieser Unterredung erklärte Sazonow, daß Österreich-Ungarn nie einen solchen Schritt unternommen haben würde, ohne zuerst Deutschland befragt zu haben. Diese Anstrengung, Deutschland hereinzuziehen, sei wichtig. Den Beweis bleibt das ganze Weißbuch schuldig. Buchanan hatte am Schluß der Konferenz den Eindruck, daß Frankreich und Rußland entschlossen seien, eine feste Haltung (a strong stand) einzunehmen. Unter „strong stand“ versteht der Diplomat hier, man wolle es auf einen Krieg ankommen lassen. Das war die damalige Friedensstimmung der Entente. In diesem Lichte müssen die Friedensbemühungen der folgenden Tage betrachtet werden. Sazonow behauptete, Serbien habe die bekannte Erklärung vom 31. März 1909 (nach der Annexion von Bosnien und Herzegowina) worin es gute Nachbarschaft zu halten versprach, allen Großmächten abgegeben. Diese Behauptung sei ebenso unwahr wie durchsichtig. Serbien hatte nur Österreich-Ungarn eine solche Erklärung zu geben, weil keine andere eine solche verlangte. Wenn Serbien sein Versprechen nicht hielt, war es allein Österreich-Ungarns Sache, hier einzuschreiten. Das ist der rechtliche Standpunkt. Sazonow brauchte also eine Erfindung, um sich eine europäische Plattform zu schaffen, auf der es ihm möglich war, durch Serbien an Österreich-Ungarn heranzukommen. „Unter diesen Auspizien begannen die Bemühungen zur Erhaltung des Friedens, sie waren von allem Anfang an aussichtslos.“

Die Erwiderung Serbiens auf das österreich-ungarische Ultimatum zeigt, wie man auf schwere Anklagen eine ausweichende Antwort gibt. Daß die serbische Regierung nicht im Sinne hatte, ihren bisherigen Kurs zu ändern, geht aus einer Mitteilung des serbischen Gesandten in London vom 23. Juli 1914 hervor: Serbien sei zwar bereit, Österreich-Ungarn Genugtuung zu verschaffen, wenn aber von ihm verlangt würde, gewisse politische Ideale aufzugeben, so könne sich ein unabhängiger Staat einer solchen Bevormundung nicht unterwerfen. Was er unter den politischen Idealen versteht — schreibt Ruchti — ist unzweideutig. Stellen wir einmal die Frage, was hätte die Schweiz zu gewärtigen, wenn ihre Behörden und Bürger „gewisse politische Ideale nach dem Veltin oder Mailand, gegen Mühlhausen oder nach der Franche-Comté mit sich herumtragen und ihnen so ungeschont nachsagen, wie Serbien es getan“? Die englische Diplomatie betrieb den Plan einer Viermächte-Konferenz und setzte noch andere kleine Nebel in Bewegung. Buchanan gab gegenüber Sazonow der Hoffnung Ausdruck, Rußland möchte nicht den Krieg überstürzen und mit der Mobilisierung warten, bis England im Interesse des Friedens eingegriffen hätte. Es sei aber nicht nachzuweisen, daß der englische Botschafter von Grew zu dieser Warnung beauftragt war. In einer Depesche Grews an Buchanan vom 25. Juli 1914 wird die eventuelle Teilnahme Englands am Kriege in Aussicht gestellt und im voraus Zustimmung zur russischen Mobilisation erteilt. „Damit für Rußland keinerlei Zweifel über Englands Haltung bestände“, erklärte Grew am 27. Juli dem russischen Botschafter, England werde nicht in jedem Falle unbeteiligt bleiben. Diese Meinung wurde durch die Tatsache widerlegt, daß die erste britische Flottendivision, welche zufällig in Portland vereinigt sei, den Befehl erhalten habe, nicht zu den Manövern auszulassen, also sich bereit zu halten. Sofort fügt er aber bei, diese Maßregel dürfe nur so ausgelegt werden, daß England keine andern als diplomatische Schritte unternehmen werde. Diese Mitteilung sei für Rußland lösbar gewesen, und man verstand sie an der Reme trotz ihrer Zweideutigkeit. Ruchti legt dann die Bemühungen Sazonows dar, die Mittelmächte als die Urheber des Krieges hinzustellen und Deutschland so zu reizen, daß es zum sichern Bruch komme. Rußland war für eine europäische Plattform und ist zum Krieg entschlossen, bevor noch die Frist des österreich-ungarischen Ultimatus an Serbien abgelaufen ist.

Sazonow behauptete schon am 30. Juli 1914, daß Deutschland mobilisierte. Er brauchte dieses völlig unbewiesene Argument, um Rußlands eigene Totalmobilisierung zu rechtfertigen und die angegriffene Unschuld zu spielen. Grew verweigerte das seitens Deutschland gewünschte Neutralitätsversprechen und fügte gegenüber dem französischen Botschafter Cambon bei, wenn Frankreich und Rußland sich in einen Krieg verwickelt sehen, würde England in denselben ebenfalls hineingezogen werden. Die französische Regierung erlahmte daraus schon am 31. Juli, daß England mit tun werde. Marchese di San Giuliano ließ am 30. Juli Lionn don erklären, er sei in jedem Fall für den Meinungsaustausch mit der großbritannischen Regierung fortzusetzen, auch wenn sich der Plan, Verhandlungen zwischen den vier Mächten anzubahnen, als unausführbar erweise. Grew wußte somit schon am genannten Tage, daß Italien sich mit der Sache der Verbündeten nicht solidarisieren würde, sondern „in gutem Fall“ auf Englands Seite bleiben würde.

Frankreich bemühte sich, Englands Waffenhilfe durch ein förmliches Abkommen sicherzustellen. Die englische Regierung macht aber ihre Entscheidungen von einer weiteren Entwicklung abhängig. Daß aber Frankreich längst wußte, woran es war, geht aus zwei Briefen hervor, die am 22. und 23. November 1913 zwischen Grew und dem Botschafter Cambon ausgetauscht wurden. Grews Schreiben wird von Ruchti vollständig wiedergegeben. Gestützt auf diese harmlos unverbindliche Form der englisch-französischen Abmachungen glaubte sich die englische Regierung berechtigt, dem Parlament und Volk immer wieder zu versichern, England sei niemandem verpflichtet. Sehr interessant ist der von Ruchti geführte Nachweis, daß bei der Art, wie man die erwähnten Briefe ins Weißbuch hineingebracht hat, hinsichtlich des Datums eine „Fälschung starker Sorte“ verübt worden ist.

Der letzte Abschnitt der Schrift Ruchtis behandelt die vom Botschafter Lichnowsky mit Grew über die Frage der Neutralität Englands gepflogenen Unterredungen, die mit der Erklärung des englischen Staatssekretärs schlossen, daß er jedes Neutralitätsversprechen endgültig verweigere und daß England seine Hände frei behalten müsse. Die deutsche Regierung wußte sehr wohl, daß England im Sinne hatte, unter allen Umständen an einem Kriege gegen den deutschen Rivalen teilzunehmen. „Diese Tatsache ist für alle Zeiten durch das englische Weißbuch selber festgelegt und nicht mehr aus der Welt zu schaffen.“ Es sei wohl nur aus der großen Eile, mit der das Weißbuch zusammengestellt wurde, zu erklären, daß dieses Aktenstück, das wie in anders den ganzen Hintergrund der englischen Politik beleuchtet, in englische Dokumentensammlung hineingeraten ist. Grew verfuhr wie in der Unterredung vom 3. August, durch die er die Gemüter auf die englische Kriegserklärung vorbereitete die letzten Vorschläge Deutschlands.

Am 6. August begründete Premierminister Asquith im Parlament die Kriegserklärung mit dem Hinweis auf die Vorschläge des deutschen Reichskanzlers vom 29. Juli, unterschlug aber gleich Grew die mit dem Botschafter Lichnowsky am 1. August geführten Verhandlungen und „gab dem Parlament, dem englischen Volk und der ganzen Welt eine bewußt falsche Darstellung der Tatsachen.“

23. / 1. 1917

itung.

1917

23. Februar

Der Mittelstand im Kriege.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom
22. Februar. Fortsetzung.

Zweite Lesung des Handels- und Gewerbeetats.

Abg. Dr. **Boenisch** (Str.) fortfahrend: Wir haben jetzt allmählich einen Zusammenschluß des Handwerks erreicht, wie er zur Zeit seiner höchsten Blüte im Mittelstand bestand. Hilft Dir selbst, so hilft Dir Gott! — diese Wahrheit dürfen die Handwerker nie aus dem Auge lassen. Man muß dem Handwerk aber durch Verbesserung der Technik und Zuführung mechanischer Kraft helfen. Der Vaterländische Hilfsdienst schreibt tief in die Verhältnisse des Handwerks ein, aber das Handwerk hat sich damit abzufinden gewußt. Namentlich werden ihm dadurch noch mehr als bisher die Lehrlinge entzogen. Das neue Siedlungsland, auf das wir alle hoffen, muß auch mit Handwerkern und Bauern besetzt werden; die bei der ersten großen Siedlung vor 700 Jahren so Hervorragendes geleistet haben. (Beifall.)

Abg. Dr. **Reinhold** (Str.): Die Wiederaufrichtung des Mittelstandes wird nach dem Kriege eine unserer wichtigsten Aufgaben sein. Sobald die Mittelschicht selbständiger Existenzen zerrieben wird, bleibt eine große Masse unfähiger werdende auf der anderen Seite übrig. Die Proletarisierung der Massen würde immer weiter fortschreiten. Die Parole eines Teiles der Sozialdemokratie, daß nach dem Kriege alles wieder auf den Stand wie vorher kommen müsse, hat gestern schon der Abg. Dr. Bell vom Zentrum abgelehnt. Unsere Gegner wollen den Krieg als Wirtschaftskrieg fortsetzen, da können wir den Hosen von Antwerpen nicht entbehren. Die Führer der Sozialdemokratie sind doch im Innern nicht so bescheiden, warum denn diese falsche Bescheidenheit nach außen. (Sehr gut rechts. Antwerpen in der Hand Englands würde die Erdrosselung Deutschlands bedeuten. (Vizepräsident Dr. **Dorsch** erinnert den Redner daran, daß Mittelstandstagen zur Beratung stehen.) Dem Nachwuchs im Handwerk muß schon frühzeitig das Verständnis dafür aufgehen, daß es besser ist, in bescheidenen Verhältnissen selbständig zu sein, als abhängig, wenn auch vielleicht mit etwas größerem Einkommen. Von besonderer Wichtigkeit ist die Kreditfrage.

Abg. **Haase** (Bpt.): Ich will mich nur mit den Sorgen des Kleinhandels und Kleingewerbes befassen. Die eigenen Verkaufsstellen der Gemeinden haben sich nicht bewährt, der Kleinhandel macht das besser. Unter den vielen verfehlten Verordnungen ist besonders die zu nennen, daß im Schaufenster keine Preise angebracht werden dürfen. Der Kaufmann muß doch trachten, seine Waren abzusetzen; wenn es nötig sein sollte, alle Waren zu streifen, so soll man das sagen, aber uns nicht dieser Ungewißheit aussetzen. (Sehr richtig links.)

Besonders schwer leidet das Bauhandwerk unter dem Kriege durch das Verbot der Privatbauten und der Teuerung der Löhne und Materialien. Man hat nur für Tagelöhner, aber nicht für Akkordarbeiter einen Aufschlag bewilligt. Ein in Kottbus vorgekommener Fall läßt mich die Aufforderung aussprechen, auch die Preissteigerung zu berücksichtigen, die seit Zuschlag einer Arbeit für die Militärverwaltung eingetreten ist und die natürlich bei dem Angebot zur Übernahme der Arbeit noch nicht berücksichtigt sein konnte. Unter den riesig gestiegenen Holzpreisen leidet die Tischlerei schwer. Man nimmt beim Einschlag der Hölzer viel zu wenig Rücksicht auf die Interessen der kleinen Handwerker. Die ohnehin schwere Lage der Gaskette wird durch die Polizeitunde noch unerträglich gestaltet. Bei Reparaturen sollte das Publikum auf die vorhergehende Preisfestsetzung verzichten. Oft kann der Handwerker gar nicht übersehen, wie teuer ihm eine Reparatur zu stehen kommt. So viel Vertrauen kann das Handwerk beanspruchen, daß es seine Kunden nicht überorteilen wird. Die Uebergangszeit wird für das Handwerk zweifellos recht schwer werden. Viele Betriebe werden noch lange Zeit beschäftigungslos bleiben. Die Handwerker sehen mit großer Beunruhigung dieser Zeit entgegen. Warum wird in das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft nicht auch ein Handwerker berufen? (Sehr gut links.) Das würde sicher ihr Geschäft haben stillstehen und in die Fabriken gehen müssen, sollten, wie es in Baden schon lange geschieht, ebenso wie Kriegsteilnehmer unterstützt werden. Das Handwerk ist in seinen Forderungen wirklich bescheiden, aber es kann mit vollem Recht eine gerechte Behandlung verlangen. Wir glauben, daß der Minister den besten Willen für das Handwerk hat. Aber wenn die untergeordneten Organe sich doch etwas mehr danach richten würden! (Sehr gut links.) Weiter müssen wir häufig darüber Klage führen, daß dies nicht geschieht. In diesen Fällen sollte die Zentralbehörde auch zugreifen und statt der bisherigen Worte Taten sehen lassen. (Zustimmung links.)

Das gewerbliche Fortbildungsschulwesen soll auch während des Krieges keine Unterbrechung erfahren, denn wir brauchen einen tüchtig vorgebildeten Nachwuchs. Die Lehrlingsnot wird noch zunehmen durch Einziehung der älteren Lehrlinge zum Hilfsdienst. Man sollte nach dem Vorbild kleinerer Bundesstaaten staatliche Beihilfen für die Lehrlingsausbildung gewähren. Natürlich dürfen sie nicht der Förderung der Lehrlingszücherei dienen. Vielleicht empfiehlt sich die Errichtung von Beratungsstellen für das Lehrlingswesen, man könnte diese Aufgabe auch den Arbeitsnachweisen übertragen. Wenn alle beteiligten Instanzen den guten Willen haben, wird sich auch ein Weg finden, die Lehrlingsnot zu beseitigen. Das Handwerk wird beweisen, daß es durch das Kriegshandwerk das Friedenshandwerk nicht verlernt hat. (Beifall.) Es wird mit teilnehmen an dem Wiederaufblühen unseres Wirtschaftslebens und dabei zeigen, daß es auch nach einem so gewaltigen Krieg noch das Rückgrat des Staates bilden kann. (Beifall bei d. Bpt.)

Ein **Regierungsvertreter** erklärt, daß der Minister die vom Vorredner schon im Ausschuss vorgebrachten Beschwerden geprüft habe und daß in allen Fällen, wo es notwendig sei, eingegriffen werde. Die Fortbildungsschulen sollen nach Möglichkeit aufrecht erhalten werden, damit die Lehrlinge nicht unbeaufsichtigt sind, dagegen dürfen Befreiungen vom Unterricht gewährt werden, wenn die dringenden Bedürfnisse der Industrie dies erforderlich machen.

Abg. **Reinert** (Soz.): Das Handwerk ist bei uns überorganisiert oder vielleicht richtiger verorganisiert. Die wirtschaftliche Lage der Handwerker haben alle diese Organisationen nicht bessern können. Die Preisverbände stellen die Preise für die Lieferungen fest, und der einzelne Meister muß nun sehen, wie er bei diesen Preisen zurechtkommt. Dem Handwerk wird auch durch die Preisverbände nicht alles das zugewendet, was er erhofft, die Preisverbände wollen den Zwischenverlehr der Agenten usw. ausschalten. Wer das billigt, kann auch nicht die Konsumvereine bekämpfen, die doch auch nur ein gleiches Ziel verfolgen. Sie besorgen doch auch nur das Beispiel der Großindustrie mit ihren Preiskonventionen. Der Krieg hat dem Kleingewerbe vielfach einen geradezu vernichtenden Schlag versetzt. Dazu kommt die ungeschorene Bervollkommnung der Technik durch die Wissenschaft. Diese Entwicklung ist nicht aufzuhalten. Man soll dem Handwerk keine zu großen Hoffnungen machen, auch mit der Kreditgewährung ist es nicht getan. Der Lehrlingsmangel ist eine Folge der ungebremsten Lebensmittelerhöhung, die dazu zwingt, daß jedes Mitglied der Familie so viel verdient, wie es kann. Für die Hochausbildung